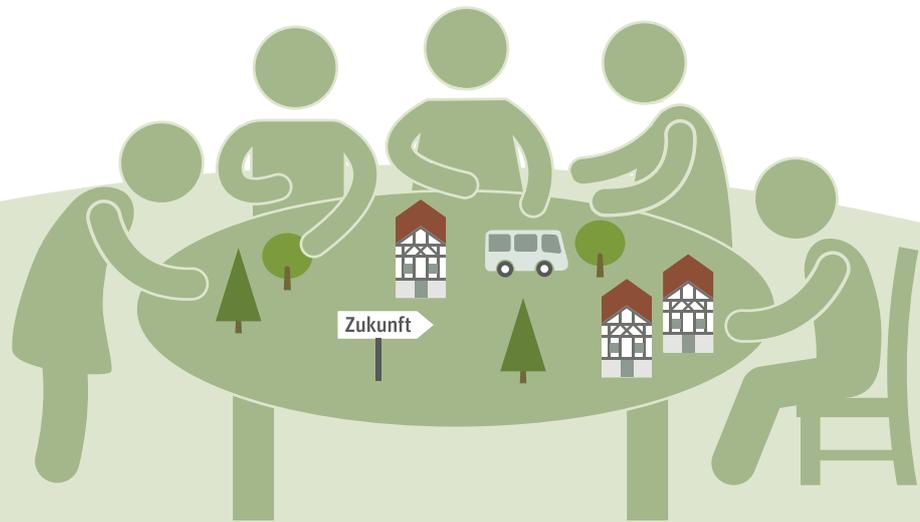


Land mit Zukunft

Neue Ideen vom Runden Tisch



Über das Berlin-Institut

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen regionaler und globaler demografischer Veränderungen beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten.

In seinen Studien, Diskussions- und Hintergrundpapieren bereitet das Berlin-Institut wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf.

Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter www.berlin-institut.org.

Unterstützen Sie die unabhängige Arbeit des Berlin-Instituts

Das Berlin-Institut erhält keinerlei öffentliche institutionelle Unterstützung. Projektförderungen, Forschungsaufträge, Spenden und Zustiftungen ermöglichen die erfolgreiche Arbeit des Instituts. Das Berlin-Institut ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zustiftungen sind steuerlich absetzbar.

Im Förderkreis des Berlin-Instituts kommen interessierte und engagierte Privatpersonen, Unternehmen und Stiftungen zusammen, die bereit sind, das Berlin-Institut ideell und finanziell zu unterstützen. Informationen zum Förderkreis finden Sie unter <http://www.berlin-institut.org/foerderkreis-des-berlin-instituts.html>

Bankverbindung:
Bankhaus Hallbaum
IBAN DE50 2506 0180 0020 2864 07
BIC/SWIFT HALLDE2H

Über die Landesstiftung „Miteinander in Hessen“

Die Stiftung „Miteinander in Hessen“ wurde Ende 2011 von der Hessischen Landesregierung gegründet. Vorsitzender des Kuratoriums ist der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier. „Miteinander in Hessen“ fördert und unterstützt bürgerschaftliches Engagement und private Initiativen in Hessen. Freiwillig übernommene Mitverantwortung festigt den Zusammenhalt der Gesellschaft und ist heute wichtiger denn je. Die Landesstiftung leistet Starthilfe für Projekte, von denen die Gemeinschaft profitiert, sie ist Kooperationspartner der Bürger und stärkt so das Miteinander in Hessen.

www.miteinander-in-hessen.de

Über die Herbert Quandt-Stiftung

Die Herbert Quandt-Stiftung (gegr. 1980) ist eine private gemeinnützige Stiftung mit Sitz in Bad Homburg v. d. Höhe. Die Stiftung ist nach einer strategischen Neuausrichtung seit 2017 ausschließlich fördernd auf den Gebieten Kunst, Kultur, Wissenschaft und Bürgerschaftliches Engagement tätig und führt keine operativen Projekte mehr durch.

www.herbert-quandt-stiftung.de



Land mit Zukunft

Neue Ideen vom Runden Tisch

Impressum

Originalausgabe

Februar 2018

© Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Sämtliche, auch auszugsweise Verwertung bleibt vorbehalten.

Herausgegeben von

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Schillerstraße 59

10627 Berlin

Telefon: (030) 22 32 48 45

Telefax: (030) 22 32 48 46

E-Mail: info@berlin-institut.org

www.berlin-institut.org

Das Berlin-Institut finden Sie auch bei Facebook und Twitter (@berlin_institut)

Design: Jörg Scholz (www.traktorimnetz.de)

Layout und Grafiken: Christina Ohmann (www.christinaohmann.de)

Druck: Laserline Berlin

Fotos: Jörg Zank (Homburg), Heinrich Kowalski (Waldeck), Gemeinden

Einige thematische Landkarten wurden auf Grundlage des Programms EasyMap der Lutum+Tappert DV-Beratung GmbH, Bonn, erstellt.

ISBN: 978-3-946332-96-1

Die Autoren

Manuel Slupina, 1979, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln. Ressortleiter Demografie Deutschland am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Sabine Sütterlin, 1956, Diplom an der Abteilung Naturwissenschaften ETH Zürich. Freie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Das Berlin-Institut dankt der Herbert Quandt-Stiftung und der Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ für die Finanzierung des Projekts.

INHALT

Vorwort: Wie der ländliche Raum seine Zukunft gestalten kann	4
Das Wichtigste in Kürze: Was will „Land mit Zukunft“ und was hat das Programm erreicht?	6
1 DEMOGRAFISCHER WANDEL UND ENGAGEMENT IN HESSEN	8
2.1 Starkes Gefälle	8
2.2 Porträts der sechs Gemeinden	12
2.3 Einordnung innerhalb Hessens	17
2.4 Demografischer Wandel braucht freiwilliges Engagement	20
2 „LAND MIT ZUKUNFT“	34
2.1 Die erste Befragung.....	34
2.2 Das Programm	44
2.3 Die zweite Befragung.....	57
3 WIE WEITER?	59
3.1 Die Lehren aus dem Programm „Land mit Zukunft“	59
3.2 Welche Erkenntnisse lassen sich daraus ableiten?	62
3.3 Wo Bürger aktiv werden.....	67
Quellen.....	72

WIE DER LÄNDLICHE RAUM SEINE ZUKUNFT GESTALTEN KANN

Im Bundesland Hessen lässt sich seit der Nachkriegszeit eine klare Zweiteilung beobachten: Während der Süden mit dem Rhein-Main-Ballungsraum, mit seinen Banken und forschungsintensiven Industrieunternehmen eine hohe Wirtschaftskraft aufweist, zu den wohlhabendsten Regionen Europas gehört und entsprechend viele Arbeitskräfte anzieht, finden sich die Vorzüge der Mitte und des Nordens von Hessen auf anderer Ebene. Dort liegt die Attraktivität eher in mittelgroßen Städten und in kleineren Orten mit historischer Bausubstanz sowie einer vielfältigen Landschaft. Als waldreichstes Bundesland bietet Hessen Erholungsgebiete für Millionen.

Zu diesen Unterschieden, die eher als Reiz denn als Nachteil des Bundeslandes zu verstehen sind, gesellen sich seit einiger Zeit größere Herausforderungen: der demografische und der Strukturwandel. Beide Prozesse sind kaum zu beeinflussen und lassen sich auf keinen Fall umkehren. So hat sich die Arbeitswelt grundlegend verändert. Neue Jobs in wissensintensiven Gesellschaften entstehen überwiegend dort, wo es eine kritische Masse an kreativen Unternehmen, Forschungszentren und klugen Köpfen gibt. Deshalb wachsen – im Übrigen weltweit – die Metropolen, während entlegene Landesteile insbesondere junge Bewohner verlieren. Orte, die jenseits der Pendeldistanz zu den angesagten Metropolen liegen, altern deshalb stark und erleben einen schleichenden Bevölkerungsschwund. Mitunter entsteht dadurch eine Abwärtsspirale, weil sich die Versorgung mit Infrastrukturen wie Nahverkehr,

Einkaufsmöglichkeiten oder medizinischen Diensten kaum noch auf klassische Art und Weise organisieren und finanzieren lassen und immer weiter ausdünnen. Attraktiver werden die Gebiete durch diese Entwicklung nicht. Die Menschen, die dort leben, fühlen sich teilweise benachteiligt und ungerecht behandelt.

Fehlt es an Geld oder an Ideen?

Der Staat ist angesichts der Unterschiede zwischen boomenden Metropolregionen und peripheren Gebieten per Grundgesetz dazu angehalten, für eine „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ zu sorgen. Auch wenn das Gesetz nicht definiert, was damit gemeint ist, geschweige denn von einer „Gleichheit“ spricht, so versuchen doch die EU, der Bund und die Landesregierungen mit verschiedensten Ausgleichs- und Fördermaßnahmen einem Abgehängtsein bestimmter Regionen vorzubeugen.

Doch dabei stellt sich stets die wichtige Frage: Was bringt die Unterstützung? Denn fördern sollte man nur, was auch Erfolg verspricht und zu einer Verbesserung der Lage in den betroffenen Gebieten beiträgt. Sonst wäre das Geld anderenorts besser eingesetzt. Spätestens seit sich herumgesprochen hat, dass ein Autobahnanschluss nicht notwendigerweise die Ansiedelung erfolgreicher Unternehmen und einen wirtschaftlichen Aufschwung nach sich zieht, ist dieser Zusammenhang bekannt.

Ohnehin lässt sich mit Geld allein keine Region stabilisieren. Der wichtigste Rohstoff sind die Menschen mit ihrer Tatkraft – gerade in ländlichen Gebieten. Sie wissen am ehesten, woran es fehlt. Sie sind die Experten, wenn es um die Entwicklung ihrer Heimat geht. Maßgeblich dafür, dass die Bewohner vor Ort eine Perspektive für sich sehen und nicht abwandern, ist das, was sie für sich selbst und ihre Umgebung erreichen können.

Wo die „von unten“ organisierte Zivilgesellschaft mit ihren Vereinen, Initiativen und kirchlichen Organisationen funktioniert, ist sie zu Recht der Stolz der Region. Das Engagement zeigt den Menschen, was sie leisten können, es vermittelt ein Gefühl der Selbstwirksamkeit. Alles, was sie erreichen können, begründet Selbstverständnis und Selbstwertgefühl der Orte. Hinter dem Ruf nach mehr zivilem Engagement auf dem Land verbirgt sich deshalb kein Versagen des Staates, der vor seinen eigenen Aufgaben kapituliert, sondern die Anerkennung bürgerlicher Fähigkeiten.

Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger befreit den Staat allerdings nicht von seinen Aufgaben. Er muss die Menschen dabei unterstützen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Er muss einen bürokratiearmen Rahmen für ihre Arbeit schaffen und den Engagierten Freiräume lassen. Er sollte beratend zur Seite stehen und finanzielle Unterstützung gewähren und eingestehen, dass er keine Patentlösungen für die Probleme des ländlichen Raumes hat.

Lasst doch mal die Bürger ran

Das Programm „Land mit Zukunft“ der Herbert Quandt-Stiftung und der Landesstiftung „Miteinander in Hessen“, das Kern der vorliegenden Untersuchung ist, nimmt diesen Grundgedanken des Kümmerns um eigene Belange auf. Und es bietet gleichzeitige eine niedrighschwellige Unterstützung vielversprechender Ideen. Es baut auf der Erkenntnis auf, dass dort, wo Menschen auf Probleme stoßen, auch Ideen entstehen, wie diese zu bewältigen sind. Dies ist eine anthropologische Grundkonstante. Tatsächlich kursieren auch heute in den ländlichen Gebieten Deutschlands zahllose Konzepte, wie sich Dinge, die nicht mehr oder schlecht funktionieren, wieder zum Laufen bringen lassen. Wie sich etwa der ausgedünnte öffentliche Nahverkehr durch Bürgerbusse ergänzen lässt, wie die letzte verschwundene Einkaufsmöglichkeit durch einen multifunktionellen Dorfladen ersetzt oder wie aus einem leerstehenden Gasthaus ein Kulturzentrum werden kann.

Das Interessante an derartigen Projekten ist, dass sie nicht nur die Daseinsbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger verbessern, sondern die Orte dergestalt aufwerten, dass diese auch für Zuzügler wieder attraktiv werden können. Das Berlin-Institut hat in verschiedenen Studien gezeigt, dass es in einem Meer des demografischen Schrumpfens immer wieder Orte gibt, die stabil sind oder gar wachsen. Bei der Suche nach den Gründen für diesen Bruch des allgemeinen Trends hat sich gezeigt, dass in diesen Orten eine besonders aktive Zivilgesellschaft zuhause war. Sie ist der lebende Beweis dafür, dass es sich mitunter fern der Zentren besser, günstiger und näher an den Mitmenschen leben lässt als in Frankfurt oder Wiesbaden.

Fehler zulassen – und daraus lernen

Das Programm „Land mit Zukunft“ verfolgt einen vergleichsweise neuen Ansatz. Es verspricht nicht in erster Linie Geld oder große Investitionen, sondern hat erst einmal interessierte Bürgerinnen und Bürgern (in sechs hessischen Kommunen) an Runden Tischen versammelt und grundlegende Fragen gestellt: Welche Versorgungsangebote erodieren? Was sind Eure Herausforderungen im demografischen Wandel und wie wollt Ihr ihnen begegnen? Erst wenn bei diesem Prozess vielversprechende Ideen auf den Tisch kamen, gab es eine (Teil-)Förderung. Die so unterstützten Initiativen konnten bei bestimmten Fragen Experten hinzuziehen und sie konnten von Erfahrungen anderer Orte profitieren, um nicht bei jedem Problem das Rad neu erfinden zu müssen.

In dem Programm sind einige funktionierende Projekte entstanden, aber es gab auch Enttäuschungen und Fehlschläge. Wie stets im Leben verläuft nicht alles reibungslos, gerade wenn man Dinge zum ersten Mal ausprobiert. Deshalb haben wir in dieser Studie auch Misserfolge betrachtet und analysiert, denn aus Fehlern lässt sich am meisten lernen. Auch dieser Ansatz ist eher ungewöhnlich, weil große Förderprogramme lieber ihre Erfolge feiern als über Fehlschläge zu reden.

Förderung im ländlichen Raum heißt Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Menschen vor Ort die Möglichkeit und den Freiraum geben, das Beste aus ihrer Lage zu machen. Sobald die Menschen spüren, dass ihre Eigeninitiative zu Verbesserungen führt, dass dadurch andere zum Mitmachen bewegt werden und das Gemeinschaftsgefühl wächst, haben sie die wichtigste Nachricht verstanden: Das Land hat Zukunft.

Berlin, im Februar 2018

Reiner Klingholz
*Direktor Berlin-Institut für
Bevölkerung und Entwicklung*

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE: WAS WILL „LAND MIT ZUKUNFT“ UND WAS HAT DAS PROGRAMM ERREICHT?

„Bürgerinnen und Bürger können viel bewegen. Sie sind Experten, wenn es darum geht, die Probleme und Bedürfnisse vor Ort zu analysieren und kreative Lösungsansätze für das Gemeinwesen zu entwickeln“ – mit diesen Worten umschreiben die Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ und die Herbert Quandt-Stiftung den Ansatz ihres gemeinsamen Programms „Land mit Zukunft – Demografischer Wandel und Bürgergesellschaft in Hessen“.

In ländlichen Gemeinden, die von sinkenden Geburtenzahlen, Abwanderung, Alterung und Mangel an Arbeitsplätzen in nächster Umgebung betroffen sind, sehen sich die Bewohner vor ganz praktische Fragen gestellt: Wie lässt sich der Alltag organisieren, wenn Geschäfte schließen, der Bus seltener fährt und es in der Nähe keinen Arzt mehr gibt? Wie kann das Lebensgefühl verbessert werden, wenn leer stehende Häuser das Stadtbild beeinträchtigen und am Selbstbewusstsein kratzen? Wie lässt sich das Miteinander stärken, wenn Vereine, Parteien oder Kirchengemeinden in der Fläche nicht mehr präsent sein können und ihre Angebote deutlich einschränken müssen?

Die Daseinsvorsorge der öffentlichen Hand stößt hier häufig an Grenzen. Die Zivilgesellschaft kann zwar nicht alle Lücken füllen, aber einiges dazu beitragen, die Lebensqualität vor Ort zu verbessern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Diese Überzeugung bildete den Ausgangspunkt für das Programm „Land mit Zukunft“. Die Idee: Die Bürger selbst sollten sagen, wo sie den größten Bedarf sehen, um dann darauf zugeschnittene innovative Projekte zu entwickeln und umzusetzen. Das Angebot des Programms bestand darin, ein Forum für eine solche Diskussion zu schaffen, den Prozess zu moderieren und zu begleiten sowie bei Bedarf externe Experten oder Berater hinzuzuziehen. Dafür und für die Verwirklichung der Projekte stellten die beiden Stiftungen Fördermittel von bis zu 60.000 Euro pro Gemeinde für einen Zeitraum von drei Jahren bereit.

Die Suche nach geeigneten Kommunen erfolgte unter nordhessischen Gemeinden zwischen 3.000 und 15.000 Einwohnern, die besonders ausgeprägt vom demografischen Wandel betroffen sind. Die Wahl fiel schließlich auf sechs Kommunen, „die zwar vor großen Herausforderungen stehen, in denen es aber viele aktive Bürgerinnen und Bürger gibt, die etwas verändern wollen“, so Staatsminister Axel Wintermeyer, der damalige Vorstandsvorsitzende der Landesstiftung und jetzige Vorsitzende des Stiftungsrates.¹

Starkes Gefälle und Aufklärungsbedarf

Um das Programm „Land mit Zukunft“, seine Ergebnisse und seine Bedeutung einordnen zu können, gehen wir in Kapitel 1 zunächst der Frage nach, wie sich der demografische Wandel in den ländlichen Gegenden Nordhessens auswirkt, was bereits geschieht, um den Herausforderungen zu begegnen und welche Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement es hier gibt.

Während die meisten Gemeinden im Süden des Bundeslandes Hessen, im Rhein-Main-Gebiet, wachsen, schwindet die Bevölkerung abseits der Städte im Norden bereits seit einigen Jahren teilweise rapide. Und eine Trendwende scheint nicht in Sicht. Die Folgen sind mancherorts schon heute sichtbar: Leerstehende Ladenlokale, baufällige Wohnhäuser und geschlossene Gaststätten zeugen vom Einwohnerschwund. Auch der Rückzug der Versorgungsangebote aus der Fläche ist in vielen Kleinstädten und Dörfern bereits zu spüren.

In diesen Orten sind es dann häufig tatkräftige Bürger, die mit kreativen Ideen die Lebensqualität erhalten. Das Land Hessen bietet dabei sehr gute politische Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement – aber gerade in den abgelegenen ländlichen Regionen, die den demografischen Wandel bereits verstärkt erleben, kommen die vielen Programme und Projekte, Service-Angebote und Anreizsysteme bislang nur spärlich an. Dieses Bild zeigte sich zumindest in den sechs untersuchten „Land mit Zukunft“-Kommunen.

Die Engagementlandschaft und ein neuer Ansatz

Eine erste Befragungsrunde hat ergeben, dass es in den sechs Gemeinden insgesamt gut bestellt ist um das freiwillige Engagement und die Bürger bereit sind, nach neuen Lösungen zu suchen. Entsprechend gut fiel die Resonanz auf die Einladung aus, am Programm „Land mit Zukunft“ mitzuwirken.

Vom Frühsommer 2015 an haben Mitarbeiter der beiden Stiftungen engagierte Bürger in Bad Karlshafen, Homberg (Efze), Schlitz, Sontra, Tann (Rhön) und Waldeck dabei begleitet, Ideen für Projekte zu entwickeln. Was dabei entstanden ist und welche Erfahrungen die Menschen vor Ort mit dem Förderansatz von „Land mit Zukunft“ gemacht haben, was sie als hilfreich und zielorientiert empfunden haben oder was ihnen die Arbeit erschwert hat, stand im Mittelpunkt der zweiten Befragung zum Ende des Programms im Herbst 2017.

Die sechs „Land mit Zukunft“-Gemeinden



Die Ergebnisse beschreibt die vorliegende Studie in Kapitel 2. Zusammengefasst lässt sich sagen: Dass die Bürger nicht nur beteiligt, sondern von der Bedarfsanalyse bis zur Projektentwicklung auch begleitet wurden, bewerteten die Befragten überwiegend als einen gelungenen Ansatz. Einen weiteren Pluspunkt sahen sie im gezielten Wissenstransfer von Experten oder von freiwillig Engagierten, die bereits eine ähnliche Projektidee realisiert haben. Viele rechtliche oder organisatorische Fragen konnten so zügig beantwortet und Hürden aus dem Weg geräumt werden.

Doch auch beim Programm „Land mit Zukunft“ zeigte sich: Kein Pilotprojekt ist ohne Verbesserungsbedarf. So sind nicht in allen Gemeinden tragfähige Projekte entstanden. Und der Wechsel der Projektleitung zur Halbzeit, sowie Unklarheiten bei den Förderrichtlinien und den Organisationsformen brachten einige Vorhaben zwischenzeitlich ins Stocken.

Ziel der Studie war daher auch zu untersuchen, was sich daraus lernen und auf andere Regionen oder Kommunen übertragen lässt. Die Befunde, Handlungsempfehlungen und modellhafte Beispiele sind in Kapitel 3 nachzulesen.

1

DEMOGRAFISCHER WANDEL UND ENGAGEMENT IN HESSEN

1.1 STARKES GEFÄLLE

Wir werden weniger, älter und vielfältiger – diese Kurzformel für den demografischen Wandel stimmt nicht mehr ganz: Deutschlands Bevölkerung hat zwar zwischenzeitlich zu schrumpfen begonnen, nachdem sie im Jahr 2002 den vorläufigen Höchststand von 82,5 Millionen Einwohnern erreicht hatte. In den letzten Jahren werden wir aber wieder mehr, was einzig und allein der hohen Zuwanderung aus dem Ausland zu verdanken ist. Die Eurokrise, die Bemühungen, ausländische Fachkräfte ins Land zu locken sowie der Zustrom an Flüchtlingen in jüngster Zeit haben zu hohen Wanderungsgewinnen geführt. Die meisten Neuankömmlinge zieht es dabei in die Großstädte und Ballungszentren. Das Angebot an Arbeitsplätzen und sozialer Infrastruktur dort lockt allerdings nicht nur Zuwanderer aus dem Ausland an, sondern auch viele junge Menschen aus den ländlichen Regionen Deutschlands, wenn sie eine Ausbildung beginnen, ein Studium aufnehmen oder ins Berufsleben einsteigen.² In jüngster Zeit berichten Medien verstärkt darüber, dass es wieder mehr Menschen auf Land zieht. Allerdings deuten die bisherigen Wanderungsstatistiken nicht auf eine allgemeine Trendwende hin, die auch entlegene ländliche Regionen erfassen könnte. Eher scheint es so, dass in einigen Großstädten der steigende Wachstumsdruck nun stärker in deren ländliches Umland ausstrahlt.

In vielen ländlichen Regionen der Bundesrepublik geht die Bevölkerung seit langem zurück und die Gesellschaft altert dort stärker als im Rest des Landes. Längst zeigt sich ein erhebliches Gefälle zwischen Stadt und Land,

nicht nur demografisch, sondern auch bei der Wirtschaftskraft, der Infrastruktur und der Versorgung. Das demografische Gefälle zeigt sich besonders ausgeprägt innerhalb Hessens: Die Metropolregion im Süden platzt gleichsam aus den Nähten, während die ländlichen Gebiete im Norden Einwohner verlieren.

Flüchtlinge prägen die Nachkriegszeit

Finanzplatz, Flughafen, Forschung – vieles, wofür Hessen bekannt ist, konzentriert sich im Süden. Mit dem international bedeutenden Luftverkehrsknotenpunkt in Frankfurt und dem Autobahnkreuz von A3 und A5, dem Regierungs- und Verwaltungssitz Wiesbaden sowie dem Wissenschaftsstandort Darmstadt ist die Region attraktiv für Unternehmen und Arbeitnehmer und somit ein wichtiger Wirtschaftsmotor und Arbeitgeber für das ganze Land.

Das war nicht immer so. Das heutige Bundesland Hessen, von der amerikanischen Militärregierung 1946 aus den ehemaligen preußischen Provinzen Kurhessen und Nassau sowie dem rechtsrheinischen Teil des „Volksstaates“ Hessen zusammengefügt, stand in seinen Anfängen vor gewaltigen Herausforderungen. Neben dem Wiederaufbau der kriegszerstörten Städte galt es allein bis 1950 rund 720.000 Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ostgebieten zu integrieren.³ Wichtige Impulse für den Erfolg der Rhein-Main-Region kamen aus den weitreichenden Investitionsprogrammen der 1950er und -60er Jahre sowie den Entscheidungen für

den Ausbau des Flughafens Frankfurt und die Stärkung Frankfurts als Finanzstandort. Der „Hessenplan“, den die Landesregierung 1951 aufsetzte, war ein ambitioniertes Investitions- und Entwicklungsprogramm für die Bereiche Wirtschaft, Infrastruktur und Soziales. Er hatte in erster Linie die Integration der Vertriebenen in Arbeit und Gesellschaft zum Ziel.⁴ Die Vertriebenen, die im Rahmen des Bundes-Umsiedlungsprogramms zusätzlich nach Hessen kamen, wurden gezielt in den Süden gelenkt. Aber auch jene, die sich der Wohnungsnot wegen zunächst in den ländlichen Regionen Nordhessens niedergelassen hatten, sollten umsiedeln, als sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Südhessen positiv entwickelten. So nahm der Hessenplan Einfluss auf die Bevölkerungsverteilung in den Landesteilen. Gleichzeitig sah er vor, auch in strukturschwachen Regionen Arbeitsplätze und Wohnraum zu schaffen, um diese attraktiv und lebenswert zu machen.⁵

Teilung und Strukturwandel setzen Nordhessen zu

Besonders der östliche Teil Nordhessens' benötigte Unterstützung. Mit der deutschen Teilung war er plötzlich von Thüringen abgeschnitten. Damit waren auch die zuvor

* Im Rahmen dieser Studie ist mit „Nordhessen“, wo nicht anders vermerkt, immer der Regierungsbezirk Kassel gemeint, da die Kommunen im Programm „Land mit Zukunft“ alle hier liegen – mit Ausnahme von Schlitz: Die Gemeinde gehört zwar zum Regierungsbezirk Gießen, also zu Mittelhessen, sie grenzt jedoch auf drei Seiten an den Regierungsbezirk Kassel.

gepflegten engen Beziehungen zwischen Unternehmen beider Regionen gekappt. Während in einigen strukturschwachen Regionen Vertriebene für einen gewissen Aufschwung sorgten, indem sie ihre zurückgelassenen Unternehmen neu aufbauten, wurden die Randlagen zum Schauplatz des Kalten Krieges. Entlang des Eisernen Vorhangs bezogen Nato-Truppen Stellung. Während Südhessen prosperierte und Sonderzüge von 1955 an jeden zweiten Wochentag dringend benötigte Arbeitskräfte aus Italien nach Frankfurt brachten, ließen sich Unternehmen im Norden nur mithilfe gezielter Förderung ansiedeln und halten.⁶

Nach der Wiedervereinigung erlebte Nordhessen einen kurzen Boom. Doch etliche Unternehmen im ehemaligen „Zonenrandgebiet“ überlebten den Wegfall der staatlichen Unterstützung aus der Vorwendezeit nicht. Andere wiederum verlegten ihren Standort wenige Kilometer ostwärts nach Thüringen, wo die Löhne niedriger waren und die Förderquoten für die neuen Bundesländer galten.⁸ Die Arbeitslosenzahlen stiegen, die Wirtschaft schwächelte. Hinzu kam, dass die Bundeswehr im Zuge ihrer Umstrukturierung Militärstandorte entlang der einstigen

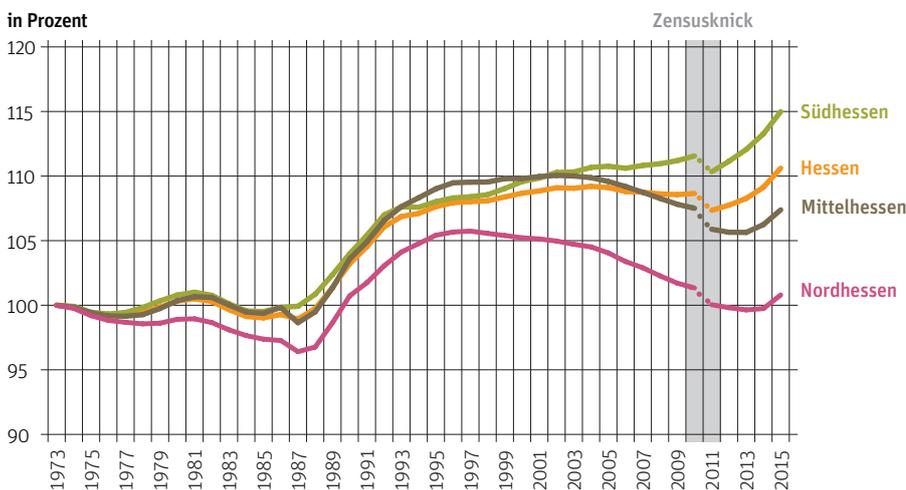
Grenze auflöste und in nächster Zeit weitere aufgeben wird. Das kostet Arbeitsplätze und der regionalen Wirtschaft geht Kaufkraft verloren.

Mittlerweile erweisen sich die Lage in der Mitte Deutschlands und Europas wie auch die günstige Verkehrsanbindung Nordhessens als Vorteil: Einige große Logistik- und Speditionunternehmen haben sich hier angesiedelt. Insgesamt zählt die Mobilitätswirtschaft, traditionell in der Region ansässig, zu den vier Schlüsselbranchen Nordhessens: Neben großen Arbeitgebern wie Volkswagen in Baunatal, Daimler und Bombardier in Kassel sowie Continental in Korbach finden sich auch etliche kleine und mittelständische Firmen. Weitere bedeutende Wirtschaftszweige sind erneuerbare Energie, Gesundheit und Tourismus.⁹ Von 2000 bis 2010 hat sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Nordhessen sogar besser entwickelt als im Landesdurchschnitt.¹⁰ Der starke Rückgang der Arbeitslosigkeit in dem Zeitraum ist allerdings zum Teil auch dem Bevölkerungsrückgang und damit dem gesunkenen Angebot an freier Arbeitskraft zuzuschreiben. Der Fachkräftemangel zeichnet sich schon als nächste Herausforderung ab.

Der Süden wächst, der Norden schrumpft

Im Großraum Frankfurt, in der Landeshauptstadt Wiesbaden und in Darmstadt leben heute fast zwei Drittel der Bevölkerung Hessens.¹¹ Zwar gibt es mit Gießen und Marburg in Mittelhessen, Fulda im Osten und der Großstadt Kassel ganz im Norden noch einige größere Städte mit teils urbanem Umland, doch Richtung Norden wird es ruhiger und leerer. Nordhessen nimmt rund 40 Prozent der Landesfläche ein, hat aber nur knapp 20 Prozent der Bevölkerung. Mit lediglich 146 Menschen je Quadratkilometer ist die Region eher dünn besiedelt und ländlich geprägt.¹²

Während die Bevölkerung in Südhessen (Regierungsbezirk Darmstadt) von 2006 bis 2015 um vier Prozent gewachsen ist, schrumpfte sie im Rest des Landes: in Mittelhessen (Regierungsbezirk Gießen) um 1,7 Prozent, in Nordhessen (Regierungsbezirk Kassel) sogar um 2,5 Prozent.¹³ Es überrascht daher kaum, dass von den zehn hessischen Gemeinden mit den größten Bevölkerungsverlusten acht in Nordhessen liegen. Spitzenreiter bei diesem Negativtrend ist Frankenu: Die Gemeinde hat innerhalb der

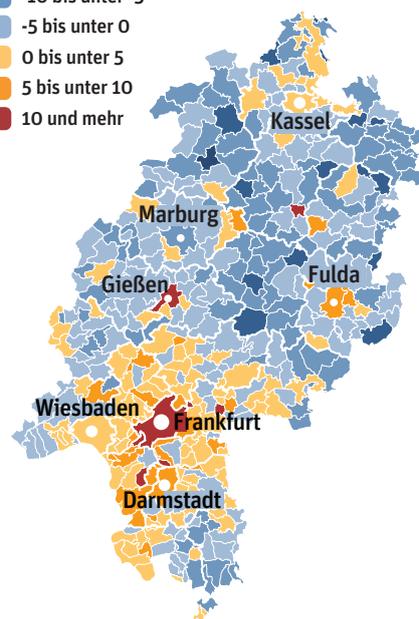
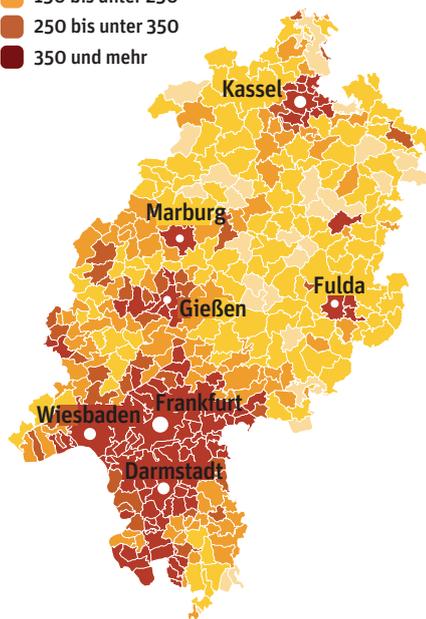


Zwischenhoch durch Zuwanderung

In der Nachkriegszeit hatte Hessen nicht nur durch Vertriebene an Bevölkerung gewonnen, sondern auch durch die Anwerbung von Arbeitskräften aus Südeuropa und später aus der Türkei. Diese kamen nach der ersten Ölkrise 1973 jedoch in deutlich geringerer Zahl oder gingen zurück in ihre Heimat. Bis zum Fall des Eisernen Vorhangs schrumpfte die Bevölkerung Nordhessens bereits fast kontinuierlich und deutlicher als jene Mittel- und Südhessens. Spätaussiedler aus der zerfallenden Sowjetunion, Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien und Zuzügler aus der früheren DDR sorgten in den 1990er Jahren für ein demografisches Zwischenhoch, das jedoch in Nordhessen nicht lange anhielt.

Bevölkerungsentwicklung 1973 bis 2015, Basisjahr 1973 = 100 Prozent

(Datengrundlage: Hessisches Statistisches Landesamt¹⁷, Statistisches Bundesamt¹⁸, eigene Berechnungen)



vergangenen zehn Jahre 15 Prozent ihrer ursprünglich 3.439 Einwohner verloren. Zu den zehn Schlusslichtern zählt auch eine der Gemeinden im Programm „Land mit Zukunft“: Waldeck hat zwischen 2006 und 2015 10,4 Prozent seiner Bevölkerung eingebüßt.¹⁴

Die Regionen, die jetzt schon schrumpfen, dürften künftig weitere Verluste zu verkraften haben. Nach der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Hessischen Statistischen Landesamts aus dem Jahr 2016 wird die Einwohnerzahl Nordhessens zwischen 2014 und 2030 um knapp zwei Prozent schwinden.¹⁵ In diese Berechnung sind die hohen Zuwandererzahlen der jüngsten Zeit bereits eingeflossen.* Nordhessen schrumpft demnach nicht so stark wie Mittelhessen, wo 2030 etwa drei

Prozent weniger Menschen leben werden als noch 2014. Südhessen hingegen hat mit einem geschätzten Wachstum von über acht Prozent zu rechnen.

Südhessen ist mit einem Durchschnittsalter von 42,8 Jahren auch jünger als Nordhessen, das auf fast zwei Jahre mehr kommt. Bis 2030 liegt das Durchschnittsalter in Südhessen leicht über dem heutigen Wert für Nordhessen, wo es dann bereits 47,4 Jahre beträgt. Im Werra-Meißner-Kreis könnte es den Vorausberechnungen zufolge bis 2030 bereits auf 49,3 Jahre, im Vogelsbergkreis sogar auf 50,7 Jahre geklettert sein.¹⁶ Dann wäre mehr als ein Drittel der Bevölkerung in dem mittelhessischen Landkreis 65 oder älter und nur noch die Hälfte im erwerbsfähigen Alter.

Wo die Bevölkerung schwindet, dünnt die Versorgung aus

Nordhessen besticht auf den ersten Blick vor allem durch seine idyllischen Landschaften, weiten Wälder und malerischen alten

Dörfer schrumpfen am stärksten

Während die meisten Gemeinden der Metropolregion im Süden wachsen, schwindet die Bevölkerung abseits der Städte im Norden bereits seit einigen Jahren teilweise rapide. Als entlegene Wachstumsinsel im Norden fällt Schwarzenborn im Schwalm-Eder-Kreis aus dem Rahmen: Die nach Zahl der Einwohner kleinste Stadt Hessens hat auf dem Gelände des aufgelösten Bundeswehr-Truppenübungsplatzes ab 2014 einige hundert Flüchtlinge untergebracht. Von dieser Ausnahme abgesehen, dürfte sich aber die Hoffnung einiger ländlicher Regionen, dank der gestiegenen Zuwanderung wieder auf den Wachstumspfad zu gelangen, nicht erfüllen. Denn viele Neankömmlinge dürften mit der Zeit eher zu neuen Stadt- als Landbewohnern werden.¹⁹

Bevölkerungsdichte der hessischen Gemeinden 2015, in Einwohnern je Quadratkilometer (links)
Bevölkerungsentwicklung der hessischen Gemeinden zwischen 2006 und 2015, in Prozent (rechts)
(Datengrundlage: Hessisches Statistisches Landesamt²⁰)

Städtchen. Doch bei näherem Hinsehen offenbaren leerstehende Ladenlokale, baufällige Wohnhäuser und geschlossene Gaststätten, dass die Region vom demografischen Wandel stark betroffen ist. Der Rückzug der Versorgungsangebote aus der Fläche ist mancherorts bereits zu spüren.

Am deutlichsten zeigt sich das beim täglichen Einkauf: Discounter und Supermärkte auf der grünen Wiese, mit großzügigen Parkflächen versehen, haben das Lädchen im Dorf längst abgelöst. Für Pendler, die nach der Arbeit noch schnell mit dem Auto einkaufen können, ist das praktisch. Für Ältere oder Dorfbewohner ohne Auto wird es jedoch zur Herausforderung, die alltäglichen Besorgungen zu erledigen. Angesichts der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft auf dem Land dürfte es den Menschen künftig wichtiger werden, dass Einkaufsmöglichkeiten, Poststellen, Bankfilialen und Arztpraxen fußläufig oder mit attraktiven öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind. Zudem fehlt mit dem Laden in der Dorfmitte ein Ort, wo man sich trifft und soziale Kontakte pflegt.

* Eine Studie der Hessen Agentur aus dem Jahr 2015 geht von einem noch gravierenderen Rückgang aus: Sie sagt für Nordhessen Einwohnerverluste von über sechs Prozent bis zum Jahr 2030 voraus, bis 2050 sogar von fast 20 Prozent gegenüber den Zahlen von 2013. Am schwersten dürfte es demnach den Werra-Meißner-Kreis treffen. Hier stehen die Prognosen auf einem Minus von fast 13 Prozent bis 2030 und 30 Prozent bis 2050.⁷

Not macht erfinderisch

Im Vogelsbergkreis ist die Versorgung mit Lebensmittelmärkten zwischen 1997 und 2010 deutlich zurückgegangen. Im Werra-Meißner-Kreis konnten einer Analyse aus dem Jahr 2011 zufolge nur noch 45 Prozent der Bevölkerung innerhalb von 15 Minuten eine Einrichtung der Nahversorgung zu Fuß erreichen.²² Mancherorts stellen sich engagierte Dorfbewohner diesem Trend entgegen und treiben die Eröffnung von Dorfläden voran, die zusätzliche Dienstleistungen wie Café-Ecke, Paket- oder Reinigungsannahme anbieten (siehe S. 71).

Anstrengungen gibt es auch zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), dessen Angebot in manchen ländlichen Gebieten auf den Schülertransport zusammengeschrumpft ist. In Kirchheim im Landkreis Hersfeld-Rotenburg betreiben Ehrenamtliche den ersten Bürgerbus Hessens. Er verbindet die zwölf Kirchheimer Ortsteile untereinander und mit einigen Ortsteilen der Nachbargemeinden Breitenbach sowie Oberaula im Schwalm-Eder-Kreis. Und er sorgt für eine gute Anbindung an die Kreisstadt Bad Hersfeld. Den Fahrplan und die Strecken haben die Bürger selbst festgelegt. 1985 als Modellversuch des Landes begonnen, ist der Kirchheimer Bürgerbus heute eine feste Einrichtung unter dem Schirm der beiden Landkreise und des regionalen ÖPNV-Unternehmens.²³

Im Werra-Meißner-Kreis hat der Verkehrsverbund Nordhessen (NVV) gemeinsam mit dem Kreis die Initiative für ein „Projekt zur aktiven Selbsthilfe für die Menschen“ ergriffen: Unterstützt und finanziert vom Land Hessen, testet er seit 2013 in zwei Pilotregionen das bundesweit einmalige Modell „Mobilfalt“. Dabei können die Bewohner der Gemeinde Witzenhausen und des interkommunalen Zweckverbandes Sontra/Nentershausen/Herleshäuser neben dem klassischen ÖPNV-Angebot auch Mitfahrgelegenheiten in privaten PKW zum normalen Tarif nutzen. Gegen einen geringen Aufschlag können sie

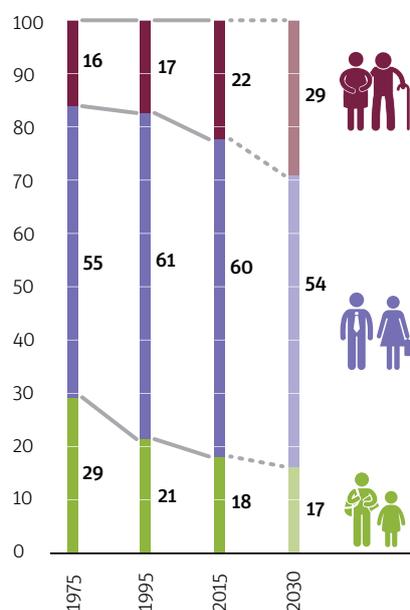
sogar Taxi fahren, wenn sich keine passende Verbindung findet. Zwischen Angebot und Nachfrage vermittelt die NVV über eine Internetplattform, per Telefon oder über die Mobilitätszentrale in Eschwege.²⁴ Ein ähnliches integriertes Mobilitätskonzept setzt seit Herbst 2017 die Odenwald-Regional-Gesellschaft im ländlichen südhessischen Odenwaldkreis um: Über eine digitale Plattform vermittelt „Garantiert mobil!“ Fahrten nach Bedarf in allen zur Verfügung stehenden Verkehrsmitteln zum Einheitstarif.²⁵

Auch Ärzte altern

Bislang mangelt es in Hessen nicht an Hausärzten. Das Land erreicht fast flächendeckend Versorgungsgrade von über 100 Prozent. Eine knapp ausreichende oder Unterversorgung ist allenfalls in Teilen Südhessens und im Nordwesten festzustellen.²⁶ Allerdings stehen viele Hausärzte kurz vor dem Ruhestand. 2014 war fast ein Drittel der hessischen Hausärzte über 60 Jahre alt, deutlich mehr als ein Drittel zwischen 50 und 59.²⁷ Aus dem Verhältnis von jungen zu älteren niedergelassenen Ärzten lässt sich schon heute ablesen, dass vor allem in den entlegeneren

ländlichen Regionen die Versorgung bald ausdünnen könnte, so im Werra-Meißner-Kreis, im Landkreis Hersfeld-Rotenburg und im Vogelsbergkreis.²⁸

Wie überall in Deutschland haben es auch in Hessen Landärzte schwer, Nachfolger für ihre Praxis zu finden, wenn sie in Rente gehen. Denn jüngere Ärzte lassen sich lieber im städtischen Umfeld nieder, wo es Teilzeitstellen und Angestelltenverhältnisse gibt und eine urbane Infrastruktur, von der Kita bis zum Kino, zur Verfügung steht. Das Hessische Sozialministerium versucht seit 2012 mit einem „Gesundheitspakt“ gegenzusteuern. Dieser beinhaltet ein Bündel von Maßnahmen, neben Anreizen für Medizinstudenten, die Arbeit auf dem Land kennenzulernen, die Zuschüssen für die Ansiedlung einer Landpraxis etwa auch die Förderung von ehrenamtlichen Fahr- und Begleitdiensten für Patienten und den Aufbau regionaler Gesundheitsnetze, in denen neue, sektorenübergreifende Versorgungsformen ihren festen Platz haben. Mit Ausnahme des Landkreises Kassel gelten in der Vereinbarung alle nordhessischen Landkreise als „grundsätzlich förderfähig“.²⁹



Fortschreitende Alterung

Zwischen 1975 und 1995 ist in Nordhessen der Anteil der unter 20-Jährigen zwar schon um acht Prozentpunkte zurückgegangen, gleichzeitig wuchs aber der Bevölkerungsanteil im Erwerbsalter – eine günstige Ausgangslage für Wirtschaftswachstum. In den darauffolgenden 20 Jahren gab es keine allzu großen Verschiebungen. Die bevorstehenden Veränderungen sind dafür umso gravierender. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sinkt bis 2030 voraussichtlich unter den Wert von 1975. Allerdings dürfte der Anteil der nachrückenden Generation dann im Vergleich zu den 1970er Jahren um rund 12 Prozentpunkte geschrumpft sein, während gleichzeitig jener der Älteren um ungefähr diesen Wert wächst.

Bevölkerungsanteile nach Altersgruppen in Nordhessen für die Jahre 1975, 1995, 2015 und 2030 (prognostiziert), in Prozent

(Datengrundlage: Hessisches Statistisches Landesamt²¹)

- 65 Jahre und mehr
- 20 bis unter 65 Jahre
- unter 20 Jahre

1.2 PORTRÄTS DER SECHS GEMEINDEN



Bad Karlshafen

Kreis:	Landkreis Kassel
Ortsteile:	2
Fläche:	14,85 km ²
Einwohner (30.09.2016)*:30	3.824
Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2015**,:31	-8,1 Prozent
Vorausschätzung Bevölkerungsentwicklung 2015 bis 2030***,:32	-10,9 Prozent
Bevölkerung ab 65 Jahren 2015:33	25,3 Prozent
Bevölkerung unter 15 Jahren 2015:34	12,9 Prozent

→ Die nördlichste Gemeinde Hessens besteht aus der Kernstadt Karlshafen und dem 1972 eingemeindeten Städtchen Helmarshausen. Dank einer Solequelle, die vor 200 Jahren entdeckt wurde, darf sich Karlshafen seit 1977 den Zusatz „Bad“ geben. Seit 2004 sprudelt das heilende Wasser in der „Weser-Therme“. Unmittelbar daneben befindet sich das „Carolinum“, eine Fachklinik für Orthopädie, Neurologie, Geriatrie und Rehabilitation mit angeschlossenen Altenheim.

* Die Quellenangaben für die Daten gelten für alle sechs Gemeinden.

** Einschließlich der Korrektur durch den Zensus 2011.

*** Kleinräumige mittel- und langfristige Bevölkerungsvorausschätzungen werden als Fortschreibung der Entwicklung in der Vergangenheit ermittelt. Wegen ausgeprägter Schwankungen beim Wanderungsverhalten sind sie mit hohen Unsicherheiten behaftet.

Die Umgebung lädt zum Radfahren, Wandern und Paddeln ein. Kurgästen und Touristen bieten die beiden Ortsteile zudem eine Reihe von Sehenswürdigkeiten. So stehen in Helmarshausen Reste eines Benediktinerklosters aus dem 10. Jahrhundert, das weitherum für seine Buchmalkunst berühmt war. Über dem Ortskern mit seinen Fachwerkhäusern aus dem 16. bis 18. Jahrhundert thront die Krukenburg aus dem 12. Jahrhundert.³⁵ Die Kernstadt Karlshafen zeichnet sich durch eine weitgehend erhalten gebliebene barocke Stadtanlage aus. Sie wurde 1699 von dem Landgrafen Karl von Hessen-Kassel gegründet, um hugenottische Glaubensflüchtlinge anzusiedeln.

Der Hafen, um den die Häuser und Höfe symmetrisch angeordnet sind, war Teil einer damals geplanten, aber nie vollendeten Wasserstraße bis nach Kassel. Das Hafenbecken lag jedoch seit langem trocken und bot einen tristen Anblick. Pläne zur Wiedereröffnung waren umstritten. Anfang 2016 hat eine sehr knappe Mehrheit der Bürger dafür votiert, den historischen Hafen wieder mit der Weser zu verbinden und mit Wasser zu füllen. Wenn die Bauarbeiten wie geplant Anfang 2019 abgeschlossen sind, wird sich zeigen, ob die Hoffnungen berechtigt waren, ein attraktiveres Stadtbild könnte Karlshafen als Wohnort aufwerten und auch mehr Touristen anziehen.

In der Kernstadt können Kinder nach der Grundschule auf die Gesamtschule im benachbarten Gebäude wechseln, die den 5. bis 10. Jahrgang abdeckt. Das Einzugsgebiet der Gesamtschule umfasst nicht nur den Landkreis Kassel, sondern auch die benachbarten nordrhein-westfälischen und niedersächsischen Landkreise im Dreiländereck.

Herausforderungen:

Abgesehen von der Rehaklinik Carolinum und dem städtischen Eigenbetrieb Weser-Therme

gibt es in der Gemeinde nur noch einen größeren Arbeitgeber, die Schleifscheibenfabrik Krebs & Riedel mit rund 200 Mitarbeitern. Viele Arbeitnehmer aus Bad Karlshafen pendeln nach Hofgeismar, Kassel oder Baunatal. Das ehemalige Kreiskrankenhaus Helmarshausen schloss Ende 2014. Ein privates Unternehmen hat es gepachtet und gestaltet es schrittweise zu einem Pflegezentrum um.³⁶ Im Herbst 2016 stellte der Supermarkt in der Kernstadt den Betrieb ein. Als Nahversorger bleiben zurzeit nur ein Discounter und im Ortsteil Helmarshausen ein kleiner Lebensmittelmarkt, außerdem Bäckereien und Metzger.³⁷

Der hohe Leerstand fällt ins Auge. Im Ortsteil Karlshafen reiht sich in der einstigen Einkaufsstraße ein leeres Ladenlokal an das andere. Am Weserufer zerfällt das frühere Freibad, am Ortseingang rottet ein lange stillgelegtes Gasthaus vor sich hin. Auch in jüngster Zeit schlossen mehrere Restaurants und Hotels. In Helmarshausen stehen vor allem Wohnhäuser leer, sogar denkmalwerte Fachwerkgebäude.

Die Gemeinde ist hoch verschuldet und steht unter dem hessischen Kommunalen Schutzschirm.³⁸ Es gibt Überlegungen, aus Spargründen Teile der Verwaltung mit dem benachbarten Trendelburg zusammenzulegen. Die Stadt kann nicht in dringend notwendige Sanierungsarbeiten investieren. So hat sie auch die Unterstützungsbeiträge für Jugendarbeit, Feiern und Veranstaltungen gestrichen, mit denen die Sport-, Musik- und Heimatvereine einst rechnen konnten.

Zwischen den beiden Ortsteilen herrscht eine gewisse Rivalität. Die Karlshafener empfinden eher urban, während die Helmarshäuser eine gewachsene Dorfgemeinschaft bilden. Manche von ihnen bedauern bis heute die Zusammenlegung mit dem historisch jüngeren Karlshafen. ■



Homberg (Efze)

Kreis:	Schwalm-Eder-Kreis
Ortsteile:	21
Fläche:	99,99 km²
Einwohner (30.09.2016):	13.906
Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2015:	-4,9 Prozent
Vorausschätzung Bevölkerungsentwicklung 2015 bis 2030:	-1,8 Prozent
Bevölkerung ab 65 Jahren 2015:	22,1 Prozent
Bevölkerung unter 15 Jahren 2015:	13,4 Prozent

→ Als Kreisstadt des Schwalm-Eder-Kreises ist Homberg (Efze) die einwohnerstärkste unter den sechs Kommunen im Programm „Land mit Zukunft“. Die Kernstadt, auf einer Anhöhe über dem Tal des Flüsschens Efze gelegen, gilt als „Fachwerkkleinod Nordhessens“.39 Die mittelalterliche Anlage mit dem Marktplatz und der mächtigen gotischen Kirche im Zentrum ist weitgehend erhalten geblieben. Übertagt wird sie von der Ruine der namensgebenden Hohenburg.

Zu der Gemeinde gehören aber auch 20 Stadtteile, in der Selbstdarstellung „kleine, lebendige Dörfer, die sich ihren eigenen Charakter bewahrt haben und mit einem aktiven Vereins- und Kulturleben aufwarten“.40 Tatsächlich führt die kommunale Internetplattform gut 200 Gruppierungen auf, in denen viele der rund 14.000 Einwohner organisiert

sind, vom Akkordeonensemble bis zur Dorfgemeinschaft „Wir Holzhäuser“. Dazu zählen lokale Parteiorganisationen, Bürgerinitiativen und Burschenschaften, Fördervereine und Freiwillige Feuerwehren, Wandergruppen und Wohlfahrtsverbände.

Die Bevölkerung weist einen relativ hohen Anteil an unter 15-Jährigen auf. Das dürfte damit zusammenhängen, dass es in der Gemeinde insgesamt neun Schulen gibt, darunter ein Gymnasium, eine Berufsschule sowie mehrere besondere Förderschulen.41 Für die Interessen der jungen Menschen setzt sich die Stadtjugendvertretung ein. Die Belange der älteren Menschen vertritt ein Seniorenbeirat.

Herausforderungen:

Homberg ist zwar Kreisstadt, hat aber innerhalb des Kreises Konkurrenten: Die etwa gleich großen Gemeinden Fritzlar und Melsungen sowie Schwalmstadt, die mit rund 18.000 Einwohnern größte Gemeinde des Kreises, verlieren weniger ausgeprägt an Bevölkerung und an Infrastruktur.42 So wurde das Homberger Amtsgericht 2006 aufgelöst, während es in Schwalmstadt, Melsungen und Fritzlar weiterhin Amtsgerichte gibt. Die einst drei Kreiskrankenhäuser in Schwalmstadt, Melsungen und Homberg hat Anfang 2007 alle ein privates Unternehmen übernommen, das jedoch im September 2010 die Klinik in Homberg schloss. Nur die Kreisverwaltung ist geblieben.

Viele Homberger pendeln zu dem gut 30 Kilometer entfernten Volkswagenwerk in Baunatal. Ein weiterer großer Arbeitgeber in der Region ist der Stammsitz des weltweit arbeitenden Medizintechnikherstellers B. Braun in Melsungen. Fritzlar verfügt über einen Heeresflugplatz. Homberg hingegen hat mit der Aufgabe der Ostpreußenkaserne 1993 und der endgültigen Auflösung des Bundeswehrstandortes 2005 sowohl Kaufkraft als auch Arbeitsplätze verloren. In den leer stehenden Wohnblöcken des „Bahnhofsviertels“ ließen sich seit den 1990er Jahren Spätaussiedler nieder. Mithilfe des Förderprogramms

„Soziale Stadt“ hat die Gemeinde seit 2004 große Anstrengungen unternommen, das Gebiet aufzuwerten und den Zusammenhalt der Bewohner zu stärken. Als Leuchtturmprojekt entstand dabei im ehemaligen Gaswerk an den Efzewiesen das Jugendzentrum, dessen Einrichtung und Angebot unter Einbeziehung der jetzigen Nutzer gestaltet wurde. Hier hat auch der Stadtjugendpfleger sein Büro.

Die Kernstadt wirkt auf den ersten Blick sehr gepflegt und gut erhalten. Selbst am Marktplatz stehen jedoch Ladengeschäfte leer. Und in der zweiten Reihe zeigen viele Häuser Zeichen des Zerfalls. Die Initiative „Bürger für Homberg“ (siehe S. 49) setzt sich für den Erhalt, die sachgerechte Renovierung und energetische Sanierung der Fachwerkbäude ein. Es scheint jedoch schwierig, eine Nutzung zu finden, welche die Stadt wieder mit Leben erfüllt.

Die Gemeinde hat kaum finanziellen Spielraum, da sie hoch verschuldet ist und unter dem kommunalen Schutzschirm steht: Das Land nimmt ihr einen Teil der Altschulden ab, wenn sie bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegt. Unter anderem hat sie daher auch kommunale Immobilien abgestoßen und so 2016 erstmals einen Haushalt ohne Auflagen genehmigt bekommen.43 Jetzt muss sie aber dringend in ihr Abwassersystem und den Bau eines neuen Kindergartens investieren. Das vom Zerfall bedrohte Traditionsgasthaus „Krone“ konnte die Stadt 2014 nur retten, weil der Erwerb zu 70 Prozent aus dem Städtebauförderprogramm des Bundes gedeckt war und der Verein „Bürger für Homberg“ den städtischen Eigenanteil durch eine Spendenaktion aufbrachte.44 Engagierten Bürgern verdankt sich auch der Erhalt der Stadthalle im hangabwärts gelegenen neueren Teil der Stadt: Das Jugendstilgebäude aus dem Jahre 1911 war lange Zeit als Lagerhalle für einen Landhandel genutzt worden. Als der Plan aufkam, es zu einem Supermarkt umzubauen, gründete sich eine Bürgerinitiative zur Rettung des Hauses als Veranstaltungs- und Versammlungsort. 1991 war Einweihung, 2016 feierte die Stadt das 25-jährige Jubiläum. ■



Schlitz

Kreis:	Vogelsbergkreis
Ortsteile:	17
Fläche:	142,09 km²
Einwohner (30.09.2016):	9.764
Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2015:	-5,0 Prozent
Vorausschätzung Bevölkerungsentwicklung 2015 bis 2030:	-5,1 Prozent
Bevölkerung ab 65 Jahren 2015:	21,4 Prozent
Bevölkerung unter 15 Jahren 2015:	13,1 Prozent

→ Anno 812 wurde Schlitz erstmals urkundlich erwähnt, als der Mainzer Erzbischof auf dem Hügel „Slitese“ eine Kirche weihte. Ihre malerische Silhouette verdankt die Kernstadt den mittelalterlichen Burgen und dem „Hinterturm“ auf dem Hügel. Die komplett erhaltene historische Altstadt ist nur durch zwei Tore zugänglich und von Fachwerkhäusern geprägt. Seit 1961 darf sich die Kernstadt mit dem Prädikat „staatlich anerkannter Erholungsort“ schmücken.⁴⁵ Bekannt ist Schlitz auch für sein Trachtenfest, das alle zwei Jahre Besucher anlockt, und für das Autorennen „Hessen Rallye Vogelsberg“.

Seit der hessischen Gemeindegebietsreform besteht die Stadt aus der Kernstadt und 16 Orten, die als „Schlitzerland“ bezeichnet werden. Die rund 9.800 Einwohner verteilen sich dabei auf der drittgrößten Gemeindefläche Hessens nach Frankfurt am Main und Wiesbaden. Allerdings ist über die Hälfte davon

mit Wald bestanden und mehr als ein Drittel wird landwirtschaftlich genutzt.⁴⁶

Im ländlichen Raum des Regierungsbezirks Gießen fungiert Schlitz als Grundzentrum.⁴⁷ Die Kernstadt verfügt über mehrere Kindertagesstätten, eine Grundschule und eine Gesamtschule, die alle Schularten bis zur 10. Klasse abdeckt. Auch die erste Landesmusikakademie hat hier seit 2003 ihren Sitz. Rund hundert Vereine listet die Gemeinde allein in den Bereichen Kultur, Musik, Sport und Tiere auf.

Von Ende des 18. bis Mitte des 19. Jahrhunderts hatte Schlitz dank seiner Leinen- und Damastwebereien eine wirtschaftliche Blüte erlebt. Nach dem Niedergang dieses Handwerkszweigs galt das Schlitzerland als Notstandsgebiet.⁴⁸ Heute bieten der Tourismus, das örtliche Gewerbe – darunter als größter Arbeitgeber ein Onlinehändler für Leuchten mit 150 Beschäftigten und drei Webereien – knapp 2.000 Arbeitsplätze. Im Mittel der vergangenen 15 Jahre übersteigt jedoch die Zahl der Auspendler jene der Einpendler um mehr als das Dreifache.⁴⁹

Herausforderungen:

Die historische Kernstadt ist zwar umfassend saniert worden. Dennoch stehen viele Ladengeschäfte in der Altstadt leer, während sich entlang der Straße zwischen den Ortsteilen Schlitz und Hutzdorf etliche Supermärkte und Gewerbebetriebe aneinander reihen. In den Dörfern des Schlitzerlandes gibt es wenig bis keine Nahversorgung. Zum Einkufen wie auch zum Arbeiten orientieren sich viele Bewohner nach dem nur 20 Kilometer Fahrstrecke entfernten Fulda. Vom dortigen ICE-Bahnhof gelangen Pendler aus Schlitz in einer knappen Stunde sogar ins Rhein-Main-Gebiet. ■



Sontra

Kreis:	Werra-Meißner-Kreis
Ortsteile:	16
Fläche:	111,29 km²
Einwohner (30.09.2016):	7.665
Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2015:	-9,8 Prozent
Vorausschätzung Bevölkerungsentwicklung 2015 bis 2030:	-7,7 Prozent
Bevölkerung ab 65 Jahren 2015:	24,4 Prozent
Bevölkerung unter 15 Jahren 2015:	12,3 Prozent

→ Die ersten urkundlichen Erwähnungen des heutigen Stadtteils Ulfen wie auch der Kernstadt Sontra gehen auf das 8. Jahrhundert zurück. Sontra gehörte zum Handels- und Städtebund der Hanse. Seit dem 15. Jahrhundert ist die Gewinnung von Kupferschiefer nachgewiesen. Als diese Tradition in den 1930er Jahren erneut auflebte, zogen so viele Bergleute zu, dass die Zahl der Einwohner binnen kurzem von 2.200 auf 5.500 stieg. Durch die Ansiedlung von Flüchtlingen und Vertriebenen wuchs die Stadt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges abermals auf fast 7.000 Einwohner. Mitte der 1950er Jahre war der Bergbau jedoch unrentabel geworden. In der Folge wanderten viele Bergleute wieder ab.

Von den heute rund 7.700 Einwohnern Sontras leben gut 4.600 in der Kernstadt. Die übrigen verteilen sich auf 15 Stadtteile. Lindenau als kleinster zählt lediglich 11 Bewohner.

Ulfen ist nach Fläche der größte und nach Einwohnern der drittgrößte Stadtteil.⁵⁰ 2014 wurde Ulfen Regionalsieger im Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“. Hier gibt es noch einen Lebensmittelmarkt, einen Gasthof, ein Dorfgemeinschaftshaus, ein Jugendzentrum im ehemaligen Dreschschuppen und die Mittelpunktgrundschule des gesamten Ulfetales.⁵¹

Auch in Sontra sind die Menschen in hohem Maße organisiert: Das Verzeichnis der Gemeinde führt über 90 Vereine, Parteiverbände und freiwillige Feuerwehren auf. Allein der Turnverein hat rund 900 Mitglieder. Sontra ist mit einem Bahnhof an die Verbindung Göttingen-Bebra angeschlossen. Die Gemeinde verfügt neben der Grundschule Ulfen über eine weitere in der Kernstadt, eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe sowie insgesamt sechs Kindertagesstätten.

Herausforderungen:

Nach dem Ende des Bergbaus in den 1950er Jahren kämpfte die Stadt Sontra, so die Selbstdarstellung, „mit allen Kräften darum, den wirtschaftlichen Anschluss nicht zu verlieren“. 1962 wurde sie Garnisonsstadt. Doch 2008 löste die Bundeswehr den Truppenstandort „Husarenkaserne“ auf. Damit fielen nicht nur Arbeitsplätze weg, auch die Geschäfte erlitten Einbußen. Davon zeugen die vielen leeren Schaufenster entlang der Einkaufsstraße in Sontras Altstadt, deren Fachwerk-Ensemble seit Mitte der 1980er Jahre liebevoll saniert worden ist. Aber auch Wohngebäude stehen leer.

Zuvor hatte die Region, die im Südosten an Thüringen grenzt, bereits den Wegfall der Zonenrandförderung verkraften müssen. Mehrere größere Gewerbebetriebe schlossen, neue ließen sich wegen der besseren Förderung vorzugsweise im nahen Thüringen nieder. Ein weiterer Wegzug eines Unternehmens ließ Mitte der 2000er Jahre die Zahl der Arbeitslosen für einige Zeit deutlich ansteigen. Die Zahl der Auspendler überwiegt seither jene der Einpendler.⁵² Ein Feriendorf aus den

1960er Jahren, das in den Anfangsjahren für eine gewisse Belebung des Fremdenverkehrs gesorgt hatte, wurde Ende 2015 zu einem Erstaufnahmelager für 500 Flüchtlinge umgewandelt.

2006 hat Sontra mit den benachbarten Gemeinden Herleshäusen und Nentershausen einen „interkommunalen Zweckverband“ (InkomZ) gegründet, der Aufnahme in das Landesförderprogramm „Stadtumbau in Hessen“ fand. Ziel ist die städtebauliche und infrastrukturelle Anpassung an den demografischen und wirtschaftlichen Strukturwandel. Gemeinsam haben sich die drei Kommunen daran gemacht, das brachliegende ehemalige Kasernengelände zu einem Gewerbegebiet umzugestalten und zu vermarkten. Des Weiteren planen sie ein medizinisches Versorgungszentrum aufzubauen. ■



Tann (Rhön)

Kreis:	Landkreis Fulda
Ortsteile:	10
Fläche:	60,42 km ²
Einwohner (30.09.2016):	4.463
Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2015:	-5,0 Prozent
Vorausschätzung Bevölkerungsentwicklung 2015 bis 2030:	-8,8 Prozent
Bevölkerung ab 65 Jahren 2015:	22,0 Prozent
Bevölkerung unter 15 Jahren 2015:	12,2 Prozent

→ Der Name Tann geht möglicherweise auf irische Mönche zurück, die hier Ende des 6. Jahrhunderts das Christentum verbreiteten. Angeblich verliehen diese auch dem Werra-Zufluss Ulster den Namen ihrer nordirischen Heimatregion. Die Stadt wird 1197 erstmals urkundlich erwähnt.⁵³ Der 1970 eingemeindete Ortsteil Wendershausen ist schon seit dem Jahr 823 dokumentiert. Eberhard von der Tann, ein Angehöriger des Rittergeschlechts, das seit dem 12. Jahrhundert seinen Stammsitz in der Stadt hatte, war mit Martin Luther befreundet und brachte 1534 die Reformation in seine Heimat. Die Tann'sche Forstverwaltung bewirtschaftet bis heute die Wälder, die seit 600 Jahren im Besitz der Freiherren von Tann sind.

Es gibt eine Grundschule in der Kernstadt und eine im Stadtteil Schlitzenhausen sowie insgesamt drei Kindergärten. In allen Stadtteilen sind Sport- und Schützenvereine, Musik- oder Tanzgruppen aktiv.

Tann liegt mitten im Naturpark Hessische Rhön und ist als Luftkurort anerkannt. Nicht nur die idyllische Landschaft des Ulstertals macht die Gemeinde zu einem beliebten Ausflugsziel, sondern auch das gepflegte historische Gebäudeensemble des Städtchens Tann mit dem Stadttor, dem dreiflügeligen Schloss Tann, dem Marktplatz, dem Freilichtmuseum „Rhöner Dorf“ und weiteren Museen.

Während der deutschen Teilung war die Gemeinde mit ihren zehn Stadtteilen auf drei Seiten vom Gebiet der DDR umgeben. Entsprechend regional ausgerichtet waren die örtlichen Unternehmen und Handwerksbetriebe. Nun liegt Tann wieder im Herzen Deutschlands und wirbt für sich mit dem Slogan „grenzenlos schön“.

Herausforderungen:

Nach wie vor mangelt es Tann an Arbeitsplätzen, weshalb vor allem junge Menschen abwandern. Der Pendleranteil ist hoch, auch dank einer guten Verkehrsanbindung an Fulda und andere Zentren.

Im Städtchen Tann stehen viele alte Wohngebäude leer, obwohl sie sorgfältig restauriert wurden und obwohl Fleischer, Bäcker, Gaststätten, Apotheke wie auch Arztpraxen fußläufig erreichbar sind. Hauskäufer interessieren sich eher für die ländlichen Ortsteile, wo es Platz gibt und Natur in der Nähe liegt.

Die Gemeinde hat kaum finanziellen Spielraum. Um den Haushalt zu konsolidieren, musste sie unter anderem zahlreiche Steuern und Gebühren erhöhen und viele freiwillige Leistungen zurückfahren, etwa Dorfgemeinschaftshäuser in die Trägerschaft der Ortsgemeinschaften überführen. ■



Waldeck

Kreis:	Waldeck-Frankenberg
Ortsteile:	10
Fläche:	115,73 km ²
Einwohner (30.09.2016):	6.829
Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2015:	-10,4 Prozent
Vorausschätzung Bevölkerungsentwicklung 2015 bis 2030:	-6,9 Prozent
Bevölkerung ab 65 Jahren 2015:	25,7 Prozent
Bevölkerung unter 15 Jahren 2015:	10,5 Prozent

→ Die Stadt Waldeck verfügt über ein unschätzbare touristisches Kapital: Die Lage am Nordufer des Edersees. Eine gewaltige Sperrmauer, Anfang des 20. Jahrhunderts errichtet, um die Pegel von Weser und Mittellandkanal zu regulieren, hat den nach der Wasserfläche zweitgrößten Stausee Deutschlands entstehen lassen. Segler und Surfer, Schwimmer, Taucher und Angler finden hier ein weitläufiges Revier. Personenschiffe bieten Rundfahrten an. Der Uferstraße entlang reihen sich Hotels und Restaurants aneinander. Die Halbinsel Scheid bietet mehrere Campingplätze. Eine Seilbahn führt zum historischen Schloss im Stadtteil Waldeck, der über dem See thront. Rundherum erstrecken sich die Wälder des Naturparks Kellerwald-Edersee mit vielen Wanderwegen. Auch ein gut ausgebautes Radwegenetz steht zur Verfügung.

Selbst Gäste aus den Niederlanden schlagen in Waldeck gern ihre Zelte auf oder kaufen sogar Häuser, um sich in der Gegend niederzulassen. Es bleibt offen, ob dies mit der historischen Verbindung zwischen dem hiesigen Adel und dem holländischen Königshaus zu tun hat: Emma von Waldeck und Pyrmont hatte 1879 Wilhelm III. geheiratet und war damit Königin der Niederlande geworden.

Verwaltungssitz der Kommune ist Sachsenhausen, der mit rund 1.800 Einwohnern größte Stadtteil. Der kleinste, Selbach, hat knapp 90 Einwohner. Fünf der insgesamt zehn Ortsteile verfügen über einen Kindergarten, drei über eine Grundschule. Hinzu kommt eine Mittelpunktschule mit Förderstufe und Realschulzweig in Sachsenhausen.

Herausforderungen:

Neben einigen größeren Gewerbebetrieben bieten vor allem kleinere Handwerksbetriebe Arbeitsplätze vor Ort. Viele Arbeitnehmer aus Waldeck pendeln in die Kreisstadt Korbach oder nach Kassel. Dem äußeren Anschein zum Trotz ist der Tourismus als Wirtschaftsfaktor ausbaufähig: Der Landkreis

Waldeck-Frankenberg gehört zwar zusammen mit Frankfurt und dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg zu den drei Regionen mit den meisten Übernachtungen je Einwohner, aber Waldeck bekommt davon wenig ab. So wies die Gemeinde 2007 eine Bettenauslastung von nur knapp 27 Prozent auf. 35 Prozent gelten als Minimum für einen wirtschaftlichen Betrieb. Die umliegenden Gemeinden und vergleichbare Ziele am baden-württembergischen Titisee oder Schluchsee erreichten zwischen 33 und 39 Prozent. Ende 2010 hat sich Waldeck aus der langjährigen Zusammenarbeit mit den benachbarten Seeanrainer-Gemeinden Edertal und Vöhl gelöst und vermarktet sich seither selbst als Tourismusziel. Die Übernachtungszahlen sind wieder gestiegen. Wie andere Touristenregionen in Deutschland leidet allerdings auch Waldeck darunter, dass weniger Besucher ihren mehrwöchigen Sommerurlaub in der Region verbringen. Heute kommen mehrheitlich Kurz- und Wochenendurlauber an den Edersee. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer für den gesamten Landkreis Waldeck-Frankenberg beträgt 4,4 Tage. Das ist viel im hessenweiten Vergleich, verdankt sich jedoch größtenteils längeren Kuraufenthalten, etwa in der nahe gelegenen Stadt Bad Wildungen.⁵⁴

Auf Initiative einiger Hotelbesitzer gibt es seit 2012 jedes Frühjahr ein Literaturfestival mit bekannten Namen in Waldeck und Umgebung. Der TSV Eintracht organisiert seit 1984 jährlich das sportliche Großereignis Edersee-Triathlon. Einige der rund 45 Vereine aus den Ortsteilen wirken dabei mit. Insgesamt gibt es jedoch nur wenig Austausch und Kommunikation der weit verstreut gelegenen Stadtteile untereinander. ■

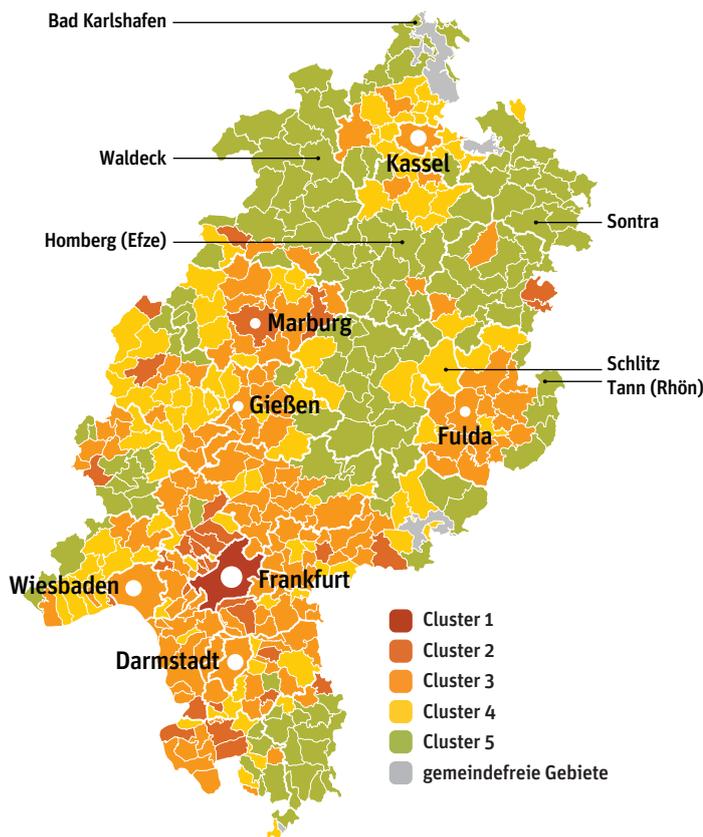
1.3 EINORDNUNG INNERHALB HESSENS

Das Spektrum der 426 politisch selbständigen Städte und Gemeinden in Hessen reicht von der Metropole Frankfurt mit ihren gut 730.000 Bewohnern bis Hesseneck im Odenwald, wo sich 625 Einwohner auf drei über rund 30 Quadratkilometer verstreute Ortsteile verteilen.⁵⁵ Schwarzenborn am Knüll verzeichnete zwischen 2006 und 2015 das höchste Bevölkerungswachstum, Frankenu im Landkreis Waldeck-Frankenberg den stärksten Schwund.

Wie sind die für das Programm „Land mit Zukunft“ ausgewählten Gemeinden Bad Karlshafen, Homberg (Efze), Schlitz, Sontra, Tann (Rhön) und Waldeck in diesem Spektrum einzuordnen?

Beantworten soll die Frage die folgende Clusteranalyse. Sie fasst jeweils die Gemeinden in Hessen in Gruppen (Cluster) zusammen, die sich bei einer Reihe ausgewählter demografischer sowie sozioökonomischer Indikatoren am ähnlichsten sind. Der Leitgedanke dabei ist, dass Gemeinden mit ähnlichen

Voraussetzungen mit großer Wahrscheinlichkeit vor vergleichbaren Herausforderungen stehen. Das erleichtert es, die Ergebnisse aus der Untersuchung der sechs Gemeinden des Programms „Land mit Zukunft“ auf andere Regionen Hessens zu übertragen. Zudem bietet es eine Diskussionsgrundlage dafür, ob sich bewährte Handlungsansätze aus einer Gemeinde auch für andere Gemeinden des gleichen Clusters anbieten. Aus der Analyse aller hessischen Gemeinden haben sich fünf Cluster ergeben.



Große Ähnlichkeiten im Norden

Clusteranalyse der Gemeinden und Städte in Hessen

(Datengrundlage: Hessisches Statistisches Landesamt⁵⁶, BBSR⁵⁷, eigene Berechnungen)

Die Indikatoren: Durchschnittswerte der Cluster						
Cluster	Anzahl der Gemeinden	Einwohnerzahl, 2015	Bevölkerungsentwicklung in Prozent, zwischen 2006 und 2015	Alten-Abhängigenquotient (über 64-Jährige je 100 Personen zwischen 15 und 64 Jahren), 2015	PKW-Fahrzeit zum nächsten Oberzentrum in Minuten, 2015	Steuereinnahmekraft je Einwohner in Euro, 2015
1	1	732.688	12	22	0	2.769
2	31	19.664	1	33	28	2.342
3	147	19.110	2	30	19	941
4	100	10.861	-2	36	19	972
5	147	6.385	-6	36	38	737

(Datengrundlage: Hessisches Statistisches Landesamt⁵⁸, BBSR⁵⁹, eigene Berechnungen)

Cluster 1: Frankfurt am Main bildet ein eigenes Cluster, da die demografischen und Strukturdaten hier stark von allen anderen Kommunen abweichen. Allein die Einwohnerzahl von rund 730.000 übersteigt die aller anderen Gemeinden bei Weitem, ebenso das Bevölkerungswachstum von zwölf Prozent binnen zehn Jahren. Die Stadt weist mit 22 Älteren je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter einen vergleichsweise niedrigen Alten-Abhängigkeitsquotienten auf. Dank des Flughafens, der vielen Finanzinstitute und großen Unternehmen liegt die Steuereinnahmekraft je Einwohner deutlich über dem hessischen Durchschnitt.

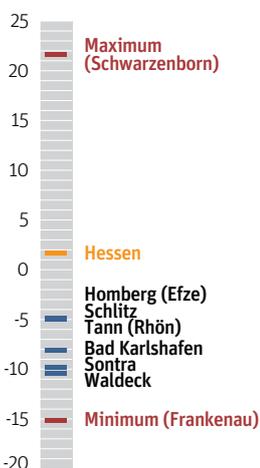
Cluster 2: Die 31 Gemeinden dieses Clusters verteilen sich über die gesamte Landesfläche, wobei in Nordhessen nur drei vertreten sind: Allendorf (Eder) sowie Heringen (Werra) und dessen Nachbargemeinde Philippsthal (Werra). Dieses Cluster hebt sich vor allem durch die durchschnittlich höhere Steuereinnahmekraft je Einwohner von den Clustern drei bis fünf ab. Die Bevölkerung ist im Schnitt etwas älter als in Cluster 3, die Einwohnerzahl ist in den vergangenen Jahren unterm Strich aber noch stabil geblieben.

Cluster 3: In dieser Gruppe finden sich viele der größeren hessischen Städte sowie Gemeinden im Umland der Großstädte, deren Bewohner das nächste Oberzentrum in durchschnittlich 19 Autominuten erreichen. Was die demografische Entwicklung angeht, stehen die Gemeinden in Cluster 3 besser da als die anderen Gemeindegruppen, abgesehen vom jungen Frankfurt: Im Schnitt sind sie in den vergangenen zehn Jahren noch leicht gewachsen. Außerdem kommen auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter durchschnittlich 30 Menschen über 64 Jahre, womit Cluster 3 etwas jünger ist als Cluster 2, 4 und 5.

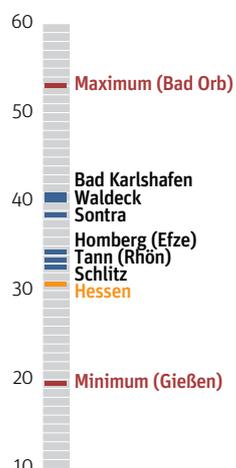
Einordnung der Gemeinden nach einzelnen Indikatoren

(Datengrundlage: Hessisches Statistisches Landesamt⁶⁰, BBSR⁶¹, eigene Berechnungen)

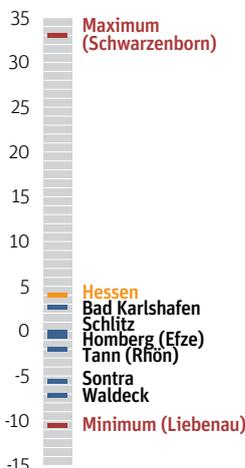
Prozentuale Veränderung der Bevölkerung 2015 im Vergleich zum Jahr 2006



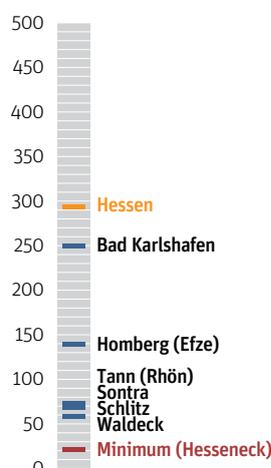
Anzahl der über 64-jährigen je 100 Personen zwischen 15 und 64 Jahren, 2015



Durchschnittlicher jährlicher Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner zwischen 2006 und 2015



Einwohner je Quadratkilometer, 2015*



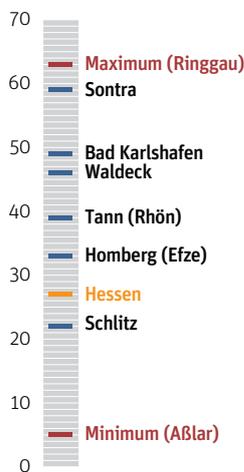
* Die am dichtesten besiedelte Stadt Hessens ist Frankfurt am Main mit fast 3.000 Einwohnern pro Quadratkilometer. In jeder fünften Gemeinde Hessens leben mehr als 500 Einwohner pro km², was hier nicht dargestellt ist. Alle Untersuchungsorte sind dünn besiedelt und liegen unter dem hessischen Durchschnitt.

Cluster 4: Als einzige der sechs „Land mit Zukunft“-Kommunen liegt die Stadt Schlitz, im Einzugsgebiet Fuldas gelegen, im 4. Cluster. Dieser fasst viele Gemeinden und Kleinstädte sowie einige kleinere Mittelstädte zusammen. Ihre Bevölkerung ist zwischen 2006 und 2015 um durchschnittlich zwei Prozent geschrumpft. Mit 36 Älteren je 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter ist die Alterung schon weiter vorangeschritten als der hessische Landesdurchschnitt von 31. Die durchschnittliche Entfernung zum nächsten Oberzentrum entspricht jener in Cluster 3, viele Gemeinden liegen auch im Umland größerer Städte. Die Steuereinnahmekraft ist größer als in Cluster 3 und 5, jedoch unter dem hessischen Durchschnitt.

Cluster 5: Die Gemeinden in dieser Gruppe liegen in den eher ländlichen, abgelegenen Regionen Hessens. Im Ballungsraum Südhessen fallen lediglich einige wenige Gemeinden entlang der Landesgrenze sowie weite Teile des Odenwaldkreises darunter. In Nordhessen hingegen bilden sie außerhalb der Strahlkreise von Fulda und Kassel die Mehrheit. Mit den Städten Bad Karlshafen, Homberg (Efze), Waldeck, Sontra und Tann fallen darunter auch fünf der sechs nordhessischen Kommunen im Programm „Land mit Zukunft“. Die Bewohner der Gemeinden in Cluster 5 fahren im Durchschnitt 38 Minuten mit dem Auto zum nächsten Oberzentrum. Wie fast überall im ländlichen Raum vollzieht sich der demografische Wandel hier schneller als in den urbanen Regionen.

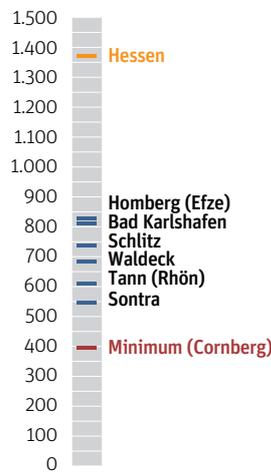
So gehen die Einwohnerzahlen in den ohnehin eher kleinen Gemeinden schneller zurück als anderswo in Hessen. Auch die Alterung der Gesellschaft ist hier weiter vorangeschritten. Im Schnitt kommen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter rund 36 Personen über 64 Jahren. Um die Versorgung der Einwohner zu gewährleisten und anzupassen, haben die Gemeinden jedoch tendenziell weniger finanzielle Mittel zur Verfügung: Im Schnitt nehmen sie je Einwohner nur 737 Euro an Steuern ein.

PKW-Fahrzeit zum nächsten Oberzentrum in Minuten, 2015*



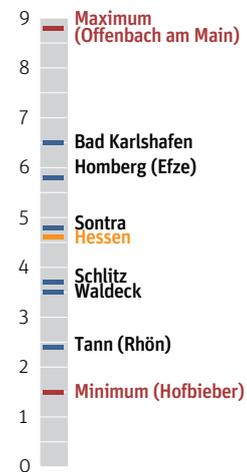
* Bezogen auf alle Gemeinden, die selbst kein Oberzentrum sind.

Steuereinnahmekraft je Einwohner in Euro, 2015**



** Die höchsten Steuereinnahmen hat die Stadt Eschborn mit 7.500 Euro pro Einwohner. Hier nicht dargestellt, da der Wert weit über der Skala liegt. Die untersuchten Gemeinden liegen alle deutlich unter dem hessischen Durchschnitt.

Prozentualer Anteil der Arbeitslosen an den 15- bis unter 65-jährigen Einwohnern, 2015



1.4 DEMOGRAFISCHER WANDEL BRAUCHT FREIWILLIGES ENGAGEMENT

Die Politik schafft Rahmenbedingungen

Hessen gehört zu den Bundesländern, die vergleichsweise früh begannen sich mit dem demografischen Wandel auseinanderzusetzen. Als erstes Landesparlament setzte der hessische Landtag 2003 eine Enquetekommission ein mit dem Auftrag, „ressortübergreifend“ zu untersuchen, wie sich das Altern und Schrumpfen der Bevölkerung vor allem in den ländlichen Regionen auswirkt, und konkrete Lösungsvorschläge zu erarbeiten. 2005 veröffentlichte die Enquetekommission einen Zwischenbericht. Die darin wiedergegebenen Statistiken machten klar, dass sich der demografische Abwärtstrend in den beiden nördlichen Regierungsbezirken deutlich verschärfen würde.⁶² Die Landesregierung hatte bereits im Jahr zuvor den Chef der Staatskanzlei als Demografie-Beauftragten benannt. Nun reagierte sie mit einer „Strategie für eine demographische Trendwende in Hessen“: Mithilfe eines Zehn-Punkte-Plans strebte sie eine „Erhöhung der Geburtenrate“ an.⁶³ Gemeinsam mit der sächsischen Landesregierung gab sie außerdem 2007 einen weiteren Plan heraus. Erstes Ziel war auch hier, mit mehr Familienfreundlichkeit „jungen Menschen Mut zu Kindern zu machen“, um den Schrumpfungstrend zu stoppen. Beide Pläne sahen indessen auch schon voraus, dass sich der demografische Wandel langfristig nur gestalten lässt, wenn die Politik das freiwillige Engagement der Bürger fördert.⁶⁴

Im Herbst 2007 legte die Enquetekommission ihren Abschlussbericht vor. Dieser enthielt Handlungsempfehlungen zu sieben Themenfeldern, säuberlich nach Parteien getrennt. Weitgehende Einigkeit herrschte darüber, dass engagierte Bürger viel dazu beitragen können, die Auswirkungen des demografischen Wandels in den Kommunen abzufedern, ob sie Nachwuchsfußballer trainieren, die Kasse des Gesangsvereins verwalten oder die Freiwillige Feuerwehr verstärken, ob sie in der Gemeindepolitik mitwirken, Dorfläden gründen oder Bürgerbusse betreiben. Einigkeit gab es auch darüber, dass freiwilliges Engagement Anerkennung braucht.⁶⁵

Bei dem Demografiepreis, den das Land seit 2010 alljährlich auslobt, erhalten neben Verwaltungen und Unternehmen regelmäßig auch ehrenamtliche Initiativen Auszeichnungen, die etwa Leih-Großeltern und Familienlotsen vermitteln, ein Dorfzentrum als Treffpunkt gestalten, Senioren helfen oder mobile Jugendarbeit betreiben.⁶⁶ Der dritte Demografiebericht, den die Landesregierung 2013 herausgab, hebt erneut hervor, welche Bedeutung die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger „sich einzubringen, neue Ideen zu entwickeln und Lösungen zu erproben“ für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen habe, weshalb das Land Eigeninitiative und Verantwortung für sich und andere in besonderem Maße unterstütze.⁶⁷ Und im vierten Bericht von 2016 heißt es: „Eine aktive Bürgergesellschaft ist eine wesentliche Stütze und Ergänzung staatlichen Handelns insbesondere im ländlichen Raum und trägt zu einer neuen Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders bei.“⁶⁸

Diese Bekenntnisse gründen unter anderem darauf, dass Hessen auch in Sachen Engagementpolitik als Pionier gelten darf: 1999 hat die Landesregierung die Ehrenamtskampagne „Gemeinsam aktiv“ ins Leben gerufen. Im Internationalen Freiwilligenjahr 2001 gründete sie die Landesehrenamtsagentur, eine Vermittlungs-, Beratungs- und Fortbildungsstelle für jegliche Form freiwilligen Engagements. Diese unterstützt Gemeinden und Kreise, die eine lokale Freiwilligenagentur einrichten, ebenso wie „beispielhafte lokale Initiativen“.⁶⁹

Aus all dem lässt sich ableiten, dass Hessen im Prinzip ein günstiges Klima für Ideen bietet, wie sich der demografische Wandel unter Einbindung der Bürger gestalten lässt. Hinzu kommen zahllose Programme und Projekte zur Verbesserung des Lebens in den vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Regionen Nordhessens und zur Stärkung des Ehrenamts. Bei der Fülle an Fördertöpfen und Service-Angeboten, die kaum aufeinander abgestimmt sind, fällt es allerdings schwer den Überblick zu behalten. Im Folgenden werden sie thematisch geordnet beschrieben. Dabei richtet sich der Fokus jeweils darauf, an welchen der vielfältigen Programme und Projekte die sechs „Land mit Zukunft“-Kommunen teilgenommen haben und was diese dort erreicht haben.

WIE HESSEN DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL IN DIE KÖPFE BRINGT

Oberstes Ziel der hessischen Demografiestrategie ist den Abwärtstrend zu bremsen. Um zu erforschen, ob familienpolitische Maßnahmen den Menschen mehr „Mut zu Kindern“ machen, schrieb das Sozialministerium 2005 das Modellprojekt „Familienstadt mit Zukunft“ aus. Aus 30 Städten mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern, die sich beworben hatten, fiel die Wahl auf Büdingen im südhessischen Wetteraukreis und Frankenberg (Eder) im Landkreis Waldeck-Frankenberg. Mit jeweils bis zu fünf Millionen Euro Fördermitteln konnten die beiden Städte zehn Jahre lang unterschiedliche Maßnahmen erproben, etwa zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder zum Ausbau der Kinderbetreuung. Die landeseigene Dienstleistungsgesellschaft Hessen Agentur, die das Projekt wissenschaftlich aufgearbeitet hat, zog Ende 2016 ein überwiegend positives Fazit: Die Familienfreundlichkeit habe sich in der Einschätzung der Bevölkerung in beiden Städten spürbar verbessert. Das spiegle sich auch in der Entwicklung der Geburtenrate wider: „Hier ist in beiden Modellkommunen ein signifikant positiver Trend festzustellen.“⁷⁰

Indes gehört zur hessischen Demografiepolitik auch die Erkenntnis, dass sich die Gestaltung des demografischen Wandels an den regionalen Bedürfnissen ausrichten muss – und dass diese Aufgabe letztlich bei den Kommunen und ihren Bewohnern liegt.⁷¹ Dazu muss aber erst einmal das Bewusstsein dafür geschärft werden, was demografischer Wandel bedeutet und welche Aufgaben damit anstehen. Dies ging die Staatskanzlei mit dem Programm „Hessen 2050“ an. Vier ausgewählte

Modellregionen erhielten 2006 ein Jahr lang Unterstützung bei dem Vorhaben, „Verfahrens- und Organisationsstrukturen für einen dauerhaften Dialog über den demografischen Wandel“ zu schaffen. Dabei waren möglichst viele Handelnde in Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Verbänden, Vereinen, Kirchen und anderen Organisationen einzubeziehen. Die Modellregionen brachten ganz unterschiedliche Voraussetzungen mit: Die Landeshauptstadt Wiesbaden und der südhessische Landkreis Darmstadt-Dieburg müssen sich hauptsächlich auf den steigenden Anteil älterer Menschen einrichten. Im mittelhessischen Landkreis Marburg-Biedenkopf sinken die Einwohnerzahlen mittelfristig moderat verglichen mit dem Werra-Meißner-Kreis, der zu den am stärksten vom demografischen Wandel betroffenen Regionen zählt.

Die Auswertung des Programms ergab weiteren Handlungsbedarf: Bei vielen Beteiligten sei zwar die Bereitschaft groß, sich mit dem demografischen Wandel auseinanderzusetzen und Wege zur Bewältigung der Folgen zu suchen. Aber die langfristige Dimension und die Komplexität des Geschehens verhinderten mitunter frühzeitig nötige Weichenstellungen und erschwerten es, realisierbare Projekte zu definieren, heißt es in dem Abschlussbericht. Gleichzeitig würden kleine, lokale Projekte als zu unbedeutend für die Bewältigung des demografischen Wandels wahrgenommen. Insgesamt aber habe sich der Demografie-Dialog als sinnvolles Instrument erwiesen, um zu informieren und zu sensibilisieren, um Erfahrungen auszutauschen und Projekte anzuregen.⁷²

Aufgrund dieser Erfahrungen initiierte die Staatskanzlei unter anderem „lokale Demografie-Dialoge“, erstmals im Jahr 2008, dann erneut 2014 in jeweils rund 20 Gemeinden

und Landkreisen. Diese erhielten durchschnittlich rund 2.000 Euro, um mit ihren Bürgern Ideen- und Zukunftswerkstätten zu organisieren oder sie über Pläne wie den Aufbau einer Nachbarschaftshilfe oder neue Nutzungen für alte Häuser zu informieren. 2008 gab es einen Demografie-Dialog in Schlitz, 2014 in Sontra. Der Landkreis Waldeck-Frankenberg konnte 2014 rund 60 Bürger zu einem „Fachtag Regionalentwicklung“ versammeln. Diese diskutierten über Fachkräftemangel, Bildungsabwanderung, Integration und neue Wohnformen.⁷³

Die Hessen Agentur zog eine positive Bilanz der lokalen Demografie-Dialoge 2014. Damit seien erneut Bürger, Politiker, Verwaltungsmitarbeiter und andere Akteure für die Auswirkungen der künftigen Bevölkerungsentwicklung sensibilisiert worden: „Sie vereinbarten Handlungsfelder und Ziele, die ihnen wichtig sind, entwickelten Ideen, damit ihre Gemeinde auch im demografischen Wandel lebenswert bleibt oder gründeten Arbeitsgruppen, um Projekte umzusetzen.“⁷⁴

2008 lancierte die Staatskanzlei das Veranstaltungsformat „Praxisforum Demografie“. Dabei stehen Projekte im Mittelpunkt, mit denen es gelungen ist, vor Ort Folgen des demografischen Wandels zu mildern. Die Teilnehmer erhalten Anregungen, selbst ein Projekt in Angriff zu nehmen. 2008 wurden generationenübergreifende Initiativen vorgestellt, 2009 stand das Thema Beruf-Kinder-Pflege im Mittelpunkt.⁷⁵ Nach diesen zwei Probeläufen führt jetzt die Servicestelle „Vitale Orte 2030“ die Praxisforen weiter (siehe S. 25).

Im Überblick: Strategien, Programme und Fördertöpfe für den ländlichen Raum Hessens

Programm, Initiative, Beratungsangebot	Förderung durch	Zeitraum	Inanspruchnahme durch „Land mit Zukunft“-Kommunen
DEMOGRAFISCHER WANDEL			
Enquetekommission	Land	2003 bis 2007	
Demografie-Beauftragter	Land	seit 2004	
Demografiepreis	Land	seit 2010	
Modellprojekt „Familienstadt mit Zukunft“	Land	2005 bis 2016	
Modellprojekt „Hessen 2050“	Land	2006	
Lokale Demografie-Dialoge	Land	2008 und 2014	Schlitz, Sontra
LÄNDLICHER RAUM			
Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen	Bund-Länder-Programm	1970er bis Ende 90er Jahre	Homberg, Schlitz, Sontra
Einfache Stadterneuerung	Land	1984 bis 2010	Tann, Bad Karlshafen
„Aktive Kernbereiche in Hessen“	Land	seit 2008	
„Stadtbau in Hessen“	Bund-Länder-Programm	seit 2004	Homberg
„Soziale Stadt“	Land	seit 1999	Homberg
„Städtebaulicher Denkmalschutz“	Land	seit 2009	Bad Karlshafen
Inge plus	Land	2015 bis 2018	Bad Karlshafen
Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge (MORO)	Bund	2012 bis 2015	
Kompetenznetz „Vitale Orte“	Land	seit 2012	
Servicestelle „Vitale Orte 2030“	Land	seit 2012	
„Praxisforum Demografie“	Land	seit 2008	
EPLR mit LEADER und Dorfentwicklung	EU/Bund/Land	derzeitige Förderperiode 2014 bis 2020	alle außer Bad Karlshafen
EHRENAMT			
Ehrenamtskampagne „Gemeinsam aktiv“	Land	seit 1999	
Landesehrenamtsagentur	Land	seit 2001	
Engagement braucht Leadership	Bosch-Stiftung	2014 bis 2016	
Ehrenamt sicher in die Zukunft (EASI)	Land	2012 bis 2014	
E-Lotsen	Land	seit 2004	Homberg
Ehrenamtcard	Land	seit 2006	

Programme und Projekte zur Entwicklung des ländlichen Raumes

Wie die Moderne in Hessens Dörfer kam

Der „Hessenplan“, den die Landesregierung zu Beginn der 1950er Jahre aufsetzte, zielte in erster Linie darauf ab, in den südlichen Ballungsräumen Arbeitsplätze und Wohnraum für die vielen Vertriebenen und Flüchtlinge zu schaffen und so die Landkreise zu entlasten, in denen die Einwohnerzahlen stark angestiegen waren. Als Ausgleich lief unter dem Titel „Soziale Aufrüstung des Dorfes“ gleichzeitig ein Programm zur Verbesserung des dörflichen Lebens an. Es bewirkte unter anderem, dass in vielen ländlichen Orten Dorfgemeinschaftshäuser errichtet wurden. Diese dienten der Landbevölkerung nicht nur als Treffpunkt und Veranstaltungsort, sondern boten auch gemeinschaftlich zu nutzende Fernsehräume, Duschen, Waschküchen, Backöfen, Obstpressen oder Tiefkühlanlagen zum Lagern von Vorräten. Mancherorts war auch eine Gesundheitsstation oder der Kindergarten angeschlossen.

Rund 1.500 Dorfgemeinschaftshäuser entstanden über ganz Hessen verteilt, bis die letzte Förderperiode 1988 auslief.⁷⁶ Heute, da auch in entlegenen Regionen praktisch jeder Haushalt über eine moderne Infrastruktur verfügt, haben sie ihre ursprüngliche Funktion verloren. In manchen klammen Kommunen werden sie wegen der hohen Kosten für Unterhalt und Betrieb zur Belastung.⁷⁷

1965 setzte der „Große Hessenplan“ den Investitionsrahmen für die Entwicklung des inzwischen prosperierenden Bundeslandes. Den Schwerpunkt bildete dabei der Ausbau der Infrastruktur auf dem Land.⁷⁸ 1970 trat dann der auf 16 Jahre angelegte „Landesentwicklungsplan Hessen 80“ in Kraft, der Investitions- und Raumplanung zusammenführte mit dem Ziel, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilen des Landes herzustellen.⁷⁹ So wurden

„Entwicklungsbänder“ festgelegt sowie Zentralorte bestimmt, die in ländlichen Gebieten Versorgungsfunktionen für die umliegenden kleineren Gemeinden übernehmen.⁸⁰

Im Zuge der Modernisierung nahm Hessen auch die Gebietsreform in Angriff: Von 1969 an wurde die Anzahl der politisch selbstständigen Kommunen durch Zusammenlegung und Eingemeindung von damals 2.700 auf heute 426 reduziert, zunächst auf freiwilliger Basis, von 1972 bis 1977 dann zwangsweise. Ziel war, die kommunalen Verwaltungen leistungsfähiger und effizienter zu machen. Ausgangspunkt war dabei die Feststellung gewesen, dass „auf dem flachen Lande die ehemals sich selbst genügende, weitgehend autarke Dorfgemeinschaft ihre Existenz verloren hatte“, wie es in der Landesgeschichte heißt: „Pendler trugen städtische Anforderungen in die Dörfer, die aber diesen Ansprüchen mit ehrenamtlicher Verwaltung und wenig Einnahmen nicht genügen konnten.“⁸¹

Die Entwicklung hin zu reinen „Schlafdörfern“, in denen nur noch wenige Bauern wirtschaften, hat sich in der Folge noch verstärkt. Dennoch trauern viele Bewohner eingemeindeter Dörfer bis heute der verlorenen Eigenständigkeit nach, wie sich auch bei den Recherchen in den sechs „Land mit Zukunft“-Kommunen gezeigt hat. Bei der Gebietsreform sind große Flächengemeinden entstanden, am extremsten im Fall von Schlitz im osthessischen Vogelsbergkreis: Mit gut 142 Quadratkilometern ist der Ort flächenmäßig die drittgrößte Stadt Hessens hat aber nur rund 9.800 Einwohner, von denen fast die Hälfte in der Kernstadt lebt. Zwischen Unter-Wegfurth, dem nördlichsten der 17 Ortsteile, und Hemmen an der südlichen Gemeindegrenze liegen gut 20 Kilometer – das ist fast so weit wie vom nördlichen Frankfurter Stadtteil Nieder-Eschbach zum Rhein-Main-Flughafen.

In Schlitz wie auch in den anderen fünf „Land mit Zukunft“-Projektkommunen haben die Bewohner der einzelnen Ortsteile erstaunlich wenig miteinander zu tun. Der öffentliche Verkehr verbindet weniger die Dörfer

untereinander, sondern ist vor allem von und zur Kernstadt ausgerichtet. Auch funktioniert das Zusammenleben in der Kernstadt häufig anders als in den dörflichen Orts- respektive Stadtteilen. Die unterschiedlichen Bedürfnisse zeigen sich unter anderem daran, welche Förderprogramme in Anspruch genommen werden. Die Kernstädte der sechs Kommunen haben sich bislang vorwiegend um die Realisierung städtebaulicher Maßnahmen bemüht. Die Dörfer profitieren hingegen eher von Programmen für die Entwicklung des ländlichen Raums, bei denen Ideen und Mitarbeit der Bürger gefragt waren oder noch sind.

Fördermittel aus Brüssel, Berlin und Wiesbaden

Letztere werden maßgeblich aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanziert. Die Umsetzung der Maßnahmen obliegt in Deutschland den Bundesländern. In Hessen folgt sie dem „Entwicklungsplan für den ländlichen Raum“ (EPLR), der die Fördermittel von EU, Bund und Land bündelt. Im Vordergrund steht dabei zwar die Entwicklung einer „nachhaltigen, bäuerlichen und gentechnikfreien Landwirtschaft, die zum Erhalt und zur Entwicklung lebenswerter ländlicher Räume beiträgt“. In der EPLR-Förderperiode 2014-2020 finden jedoch auch „lokale und regionale Vorhaben für Lebensqualität in den ländlichen Kommunen“ vermehrt Unterstützung. Dabei gibt es zwei Schwerpunkte, die beide auf einer Beteiligung der Bürger basieren.

Da ist einmal das „Leader“-Programm zur Unterstützung modellhafter Projekte im ländlichen Raum. Diesem liegt die Idee zugrunde, dass die politischen Entscheidungsträger gemeinsam mit engagierten Bürgern und Privatwirtschaft an den lokalen Bedürfnissen orientierte Konzepte entwickeln, um beispielsweise die Versorgungs- und Verkehrsinfrastruktur zu verbessern, regionale Produkte zu vermarkten oder den Tourismus zu fördern.⁸² Über Anträge und Projekte entscheidet in den Leader-Regionen jeweils eine „Lokale Aktionsgruppe“.

In der Förderperiode 2007-2013 entstand etwa im Waldecker Ortsteil Sachsenhausen eine Nahwärmeversorgung für die Gebäude der Gemeindeverwaltung, die sich aus der hier vorhandenen regenerativen Energiequelle Holzhackschnitzel speist.⁸³ In der laufenden Förderperiode 2014-2020 sind 24 hessische Gebiete als Leader-Regionen anerkannt. Sie umfassen das gesamte Landesgebiet mit Ausnahme der Ballungsräume Rhein-Main und Rhein-Neckar sowie der hessischen Oberzentren. Zusammengenommen deckt die Fläche dieser Regionen 85 Prozent des ländlichen Raumes zwischen dem Landkreis Kassel und dem Odenwald ab.⁸⁴ In der Rhön erhält unter anderem die gemeinnützige Rhönhof-Stiftung Mittel, um das Wohnhaus eines 1907 erbauten Vierseithofes in Tann, das seit mehreren Jahren leer stand, als „lebendiges Kulturdenkmal“ herzurichten. Menschen mit Behinderungen sollen hier gemeinschaftlich und barrierefrei wohnen, betreut von Mitarbeitern des Diakoniezentrums Tann. Außerdem kann der örtliche Kultur- und Geschichtsverein zwei Räume nutzen, um seine Sammlung zu lagern und Treffen abzuhalten. Ein in München lebender Tanner hat sein Geburtshaus in die von ihm gegründete Stiftung eingebracht und es damit vor dem Verfall bewahrt. Das Haus in Tann ist das erste Projekt dieser Stiftung, die sich vorgenommen hat, bundesweit Gebäude und Grundstücke mit ungewisser Zukunft für soziale Zwecke zu nutzen.⁸⁵ Aber auch in Homberg (Efze), Schlitz, Sontra und Waldeck werden derzeit Leader-Projekte realisiert. Dazu gehören unter anderem Betriebserweiterungen und Existenzgründungen, aber auch die Einrichtung eines Jugendclubs in einem Dorfgemeinschaftshaus, ein Skulpturenweg oder der Erwerb einer multifunktionalen Bühne.

Dorfentwicklung

Den zweiten Schwerpunkt für die ländliche Entwicklung im EPLR bildet das hessische Dorfentwicklungs-Programm. Hierbei konnten bis vor kurzem einzelne Ortsteile oder Dörfer Zuschüsse für private wie auch öffentliche Infrastrukturprojekte erhalten,

beispielsweise für die Restaurierung ihres Dorfgemeinschaftshauses oder die Sanierung maroder Friedhofsmauern. In einigen Ortsteilen der Gemeinden, die am Programm „Land mit Zukunft“ teilnehmen, liefen 2017 die letzten dieser Projekte aus. So haben Einwohner von Berge, einem Stadtteil von Homberg (Efze), einen Spielplatz nach den Vorstellungen von Kindern und Eltern gebaut, den Dorfplatz vor der Kirche neu gestaltet, den bestehenden Jugendklub runderneuert und zuletzt einen historischen Rundwanderweg angelegt.⁸⁶ Im Stadtteil Habel von Tann (Rhön) wurde die Umgestaltung des Schulhauses zu einem Multifunktionsgebäude gefördert.⁸⁷ Im Waldecker Ortsteil Höringhausen haben Bürger im Sommer 2016 weitgehend in Eigenarbeit den Bau einer Festscheune und die Umgestaltung des Dorfplatzes fertiggestellt.⁸⁸

2012 änderte die Landesregierung ihre Förderpolitik, um das Dorfentwicklungsprogramm besser auf die Herausforderungen durch den demografischen und den Strukturwandel anzupassen: Nun finden nur noch Gesamtkommunen mit allen Stadt- oder Ortsteilen Aufnahme in das Programm. Um Fördermittel für Projekte zu erhalten, müssen sie ein „integriertes kommunales Entwicklungskonzept“ (IKEK) vorlegen und bei der Bearbeitung die Bürger intensiv einbeziehen. Das Konzept muss dazu dienen, die Versorgungsinfrastruktur des Hauptortes zu stärken und die Ortsteile untereinander besser zu vernetzen. Zum Beispiel kann ein Bürgerbus dazu beitragen, die in der Fläche verstreuten Weiler besser mit dem Hauptort zu verbinden, wenn der öffentliche Personennahverkehr dies nicht mehr leistet; gleichzeitig kann ein solcher ehrenamtlicher Service Bewohner der Ortsteile zusammenbringen, die sonst wenig miteinander zu tun haben.

Sanierung der Städte auf dem Land

Schlitz und Sontra sind 2017 neu in das Förderprogramm Dorfentwicklung aufgenommen worden. Sie erarbeiten jetzt ein IKEK.⁹⁶ Indessen haben mit Ausnahme von Waldeck alle „Land mit Zukunft“-Gemeinden

von städtebaulichen Förderprogrammen des Landes profitiert: Homberg (Efze), Schlitz und Sontra erhielten Mittel aus dem Bundes-Länder-Programm „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“, das von den 1970er Jahren bis Ende der 1990er half, die Bausubstanz vor allem der Fachwerkgebäude in den historischen Altstädten zu bewahren. Tann (Rhön) und Bad Karlshafen waren in dem Landesprogramm „Einfache Stadterneuerung“, das von 1984 bis 2010 aufgelegt wurde, um Straßen und Plätze zu verbessern, Grünflächen zu schaffen sowie in geringerem Umfang private Gebäude und Dorfgemeinschaftshäuser zu sanieren. Nach der Öffnung der ehemals deutsch-deutschen Grenze lag der Fokus für einige Jahre auf der Modernisierung von Häusern, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Nutznießer dieser Programme waren hauptsächlich die Kernstädte. Dabei standen städtebauliche Aspekte im Vordergrund. Der demografische Wandel spielte kaum eine Rolle.

Das ist anders bei dem Bundes-Länder-Programm „Stadtumbau in Hessen“. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der baulichen Anpassung der Stadt- und Siedlungsstrukturen, der Gebäude und Infrastrukturen an die „Herausforderungen der demografischen Entwicklung und des wirtschaftlichen Strukturwandels“. 2016 kamen die Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel hinzu. Im Rahmen dieses Programms gründete sich beispielsweise der Zweckverband Schwalm-Eder-Mitte, in dem sich die drei Gemeinden Knüllwald, Schwarzenborn und Homberg (Efze) darüber abstimmten, wie sich die Gebäudeinfrastruktur besser nutzen lässt. Homberg hat die Mittel aus der Stadtumbauförderung genutzt, um den 2006 aufgegebenen Sitz des Amtsgerichts zu einem Ärztehaus umzubauen und so den Verlust des Kreiskrankenhauses wenigstens teilweise zu kompensieren.

Das Bundes-Länder-Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ verfolgt sogar ausdrücklich einen integrierten Ansatz, der den demografischen Wandel einschließt.

KEIN BÄCKER, KEIN ARZT, KEIN BUS – WAS TUN?

Im Jahre 2012 startete das Bundesverkehrsministerium (damals Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) im Rahmen der „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO) das „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“. Bundesweit wurden 21 ländliche Regionen ausgewählt, die Konzepte für die Anpassung der Infrastruktur und der Versorgung an den demografischen Wandel entwickeln sollten – ausdrücklich unter aktiver Beteiligung der Bürger. Auch Hessen war mit drei Modellregionen vertreten, die zunächst Strategien zur Daseinsvorsorge entwickelten, um dann erste Projekte umzusetzen. So kamen bei „Spessartregional“ im östlichen Teil des Main-Kinzig-Kreises Ansätze zur bedarfsgerechten Verknüpfung des öffentlichen Nahverkehrs mit alternativen Bedienformen zur Erprobung, etwa mit einem internetbasierten regionalen Mitfahrnetzwerk.⁸⁹ Der Vogelsbergkreis hat in seinem Pilotprojekt die Voraussetzungen für den erfolgreichen Einsatz von Elektrofahrzeugen bei der Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum untersucht.⁹⁰ Im Anschluss daran haben Bürger in zwei Gemeinden Projekte entwickelt: In Lautertal-Hopfmansfeld stand zeitweilig ein E-Mobil als Carsharing-Fahrzeug zur Verfügung; ohne organisatorische Unterstützung, ohne finanzielle Förderung oder Sponsoring und ohne ausreichende Dichte an Ladestationen im ländlichen Raum ließ sich dieser Service jedoch nicht aufrechterhalten. Weitergeführt wird nur das Projekt in Schotten: Dort kann

die Nachbarschaftshilfe in Kooperation mit der Gemeinde ein kommunales Elektroauto nachmittags für Fahrdienste nutzen.⁹¹ Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg hat im Rahmen von MORO das bestehende Helfernetzwerk genutzt, um neue Wege zur Sicherung der medizinischen Versorgung und Pflege älterer Menschen zu beschreiten; dazu gehörte unter anderem, medizinische Fachangestellte zur Entlastung der Hausärzte zu qualifizieren und kommunale Seniorenbetreuer einzusetzen.⁹² Mit der „Hausarztakademie“ hat der Kreis gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen inzwischen einen Weiterbildungsverbund geschaffen, der es angehenden Allgemeinärzten ermöglicht, praktische Erfahrungen bei niedergelassenen Ärzten und Kliniken in der Region zu sammeln.⁹³ Alle drei Pilotprojekte wurden gemeinsam vom Bund und dem Land Hessen finanziert.

Im Zuge der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes rief das hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 2012 das „Kompetenznetz Vitale Orte 2030“ ins Leben. Es besteht aus rund 30 Personen, die „beruflich mit dem ländlichen Raum befasst sind und sich dort auch privat engagieren“, das heißt Vertreter von Kommunen, Behörden und gesellschaftlichen Organisationen von Bauernverband bis Kirche. Mit Blick auf den besonders ausgeprägten Bevölkerungsrückgang und die Alterung der Gesellschaft in den ländlichen Regionen des Landes sammelt das Kompetenznetz neue Ideen und gute Beispiele dafür, wie sich hier dennoch die Versorgung sichern lässt.

Die eigens gegründete Servicestelle „Vitale Orte 2030“ sorgt dafür, diese Ideen und Anregungen allen zugänglich zu machen: Kommunalverwaltungen und -politikern, Behörden und Vertretern von Vereinen, Verbänden, Kirchen, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern, „die dazu beitragen wollen, dass ihr Ort auch in Zukunft ein lebendiger Ort bleibt“. Die Servicestelle bietet Vorträge, Workshops und Beratung an, sie stellt Daten, Prognosen und Leitfäden für jede Kommune bereit und betreibt eine Internetplattform mit Tipps, Informationen zu Fördermitteln und beispielhaften Projekten. Sie bietet auch Praxisforen an, bei denen solche Projekte vorgestellt werden. 2014 gab es beispielsweise ein Forum unter dem Titel „Kein Bäcker, kein Arzt, kein Bus – was tun?“ mit Vertretern der drei MORO-Modellregionen, die ihre Erfahrungen weitergaben.⁹⁴ 2016 beschäftigte sich ein Praxisforum mit Baukultur zwischen Tradition und Moderne, 2017 ging es um Kulturprojekte und um Mobilität im ländlichen Raum.⁹⁵

Demnach gehört zur „typischen Problemlage“ der Fördergebiete ein mittlerer bis starker Bevölkerungsrückgang, die Schließung kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie Verlust von Funktionen und Gebäudeleerstand. Ziel des Denkmalschutzprogramms ist, „diesen strukturellen Defiziten entgegenzuwirken“.⁹⁷ Bad Karlshafen erhält seit 2014 Mittel aus diesem Programm.⁹⁸ Zudem fördert der Bund die Öffnung des historischen Hafenbeckens zur Weser von 2015 bis 2018 mit 5,5 Millionen Euro aus dem „Zukunftsinvestitionspakt“.⁹⁹

Sanierungsprogramme allein dürften den grundlegenden strukturellen Defiziten allerdings nicht ausreichend entgegenwirken. Um zumindest die Innenstädte attraktiver zu gestalten und die leer stehenden Geschäfte zu beleben, hat das Landesumweltministerium das Programm „Inge plus“ aufgelegt, benannt nach dem hessischen Gesetz zur Stärkung innerstädtischer Geschäftsquartiere, das die rechtliche Grundlage bildet. Es unterstützt Grundstückseigentümer, Einzelhändler und Gastronomen dabei, „gemeinsam mit den Kommunen zeitlich begrenzte Maßnahmen zur Verbesserung des Umfeldes und der Attraktivität des Quartiers“ zu entwickeln und umzusetzen. Im Rahmen von Inge plus hat Bad Karlshafen eine Anschubfinanzierung von 40.000 Euro erhalten, um von 2016 bis 2018 mithilfe eines Büros für Stadtmarketing und verschiedener Bürger-Dialogveranstaltungen ein Konzept für einen „Innovationsbereich“ in der historischen Altstadt zu erstellen.¹⁰⁰

Wie in den sechs „Land mit Zukunft“-Kommunen zu beobachten ist, stehen in den Altstädten jedoch zunehmend nicht nur Geschäftslokale, sondern auch bereits sanierte Wohngebäude leer. Das ist einmal Folge des demografischen Wandels, es rührt aber auch daher, dass sich für die historischen Häuser kaum noch Käufer oder Erben interessieren. Besonders Fachwerk steht im Ruf, eine schlechte Energiebilanz aufzuweisen; Denkmalschutzauflagen erschweren es, die Gebäude barrierefrei und damit alters- oder

familiengerecht herzurichten. Zudem stehen sie in den historischen Vierteln sehr dicht beieinander und verfügen daher weder über einen Garten noch einen Balkon. Gleichzeitig gibt es vielerorts ein reichliches Angebot an Neubauten der 1960er und 70er Jahre, die weniger Sanierungsaufwand erfordern und zudem oft im Grünen stehen und damit eher den Vorstellungen vom „Leben auf dem Land“ entsprechen.¹⁰¹

Unterstützung für benachteiligte Quartiere

Um städtebauliche Aufwertung geht es auch in dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, das die Bundesregierung 1999 aufgelegt hat – allerdings speziell auf benachteiligte Stadt- und Ortsteile ausgerichtet, auf soziale Brennpunkte. Gefördert werden Projekte, welche die Behebung baulicher und infrastruktureller Mängel mit einer Verbesserung der Lebensbedingungen und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts verknüpfen.¹⁰² Ein Projekt widmet sich dem Bahnhofsgelände und den Efwiesen in Homberg (Efze). In den Sechzigerjahre-Mietshäusern des Stadtteils, der früher viele Angehörige der Bundeswehr beherbergte, haben sich viele Aus- und Übersiedler aus der ehemaligen Sowjetunion niedergelassen. Aus Sicht der Kernstadtbewohner galt das Gebiet einst als „Ghetto“, aus dem, wer konnte, schnellstmöglich wieder wegzog. Es fehlte ein Ort, wo sich gerade die vielen jungen Menschen aufhalten konnten. Bis heute gibt es für die rund 1.800 Einwohner des Bahnhofsviertels weder einen Kindergarten noch eine Schule.

Nach Angaben des Quartiermanagers Klaus Herz hat sich die Lebens- und Wohnqualität in dem Gebiet seit dem Projektbeginn 2005 sehr verbessert. Die erste bauliche Maßnahme hatte darin bestanden, das frühere Sparkassengebäude als Sitz des eigens für das Projekt gegründeten Stadtentwicklungsvereins und als Treffpunkt für die Bewohner herzurichten. Hier können sie sich beraten lassen, es gibt Sprachkurse – zu denen neuerdings auch Asylsuchende kommen -

Hausaufgabenhilfe, Tanzgruppen und weitere Angebote. Einige der Mitarbeiter sind ehrenamtlich tätig. Allerdings wechsele diese Besetzung alle paar Jahre, sagt Klaus Herz. Beim Umbau des ehemaligen Gaswerks an den Efwiesen zu einem vorbildlich gestalteten Jugendzentrum haben die künftigen Nutzer engagiert mitgewirkt. Ein großer Spielplatz wurde nach den Wünschen der Bewohner saniert und ist mittlerweile ein beliebter Aufenthaltsort für Jung und Alt. Der Plan, im Bahnhofsgelände einen Bewohnerbeirat ins Leben zu rufen, ließ sich mangels Interesse bisher allerdings nicht realisieren.

Programme und Projekte zur Förderung des freiwilligen Engagements

Hoher Einsatz in Hessen

Die Bereitschaft, sich ehrenamtlich in den verschiedensten Lebensbereichen zu engagieren, sei in Hessen „außerordentlich groß“ – hebt die Landesregierung hervor. Nach dem jüngsten bundesweiten Freiwilligenurvey von 2014 liegt das Land mit einer Engagementquote von 44,4 Prozent immerhin etwas über dem Bundesdurchschnitt von 43,6 Prozent. Im Ländervergleich folgt Hessen an sechster Stelle. Die Spitzenplätze nehmen Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg mit über 48 Prozent ein.¹⁰³

Die Engagementquote bezeichnet dabei den Anteil der Personen ab 14 Jahren, die in Gruppen, Vereinen, Verbänden oder Initiativen freiwillig Aufgaben übernehmen, die also beispielsweise Vorstandsarbeit leisten, Trainings leiten oder anderweitig ihre Dienste zur Verfügung stellen, unbezahlt oder allenfalls gegen eine Aufwandsentschädigung. Der Anteil der Personen ab 14 Jahren an der Wohnbevölkerung, die insgesamt in zivilgesellschaftliche Organisationen eingebunden sind, ob lediglich als zahlende Mitglieder, Passive oder aber in einer Funktion – die Aktivitätsquote –, liegt entsprechend höher: Bundesweit nahm er von 66 Prozent im

ersten Freiwilligensurvey von 1999 bis 2014 auf etwas über 70 Prozent zu. Hessen wies über die 15 Jahre hinweg eine fast gleichbleibend hohe Aktivitätsquote zwischen 71 und knapp 73 Prozent auf.

In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass von den rund 5,3 Millionen Einwohnern Hessens ab 14 Jahren fast 3,8 Millionen öffentlich gemeinschaftlich aktiv sind. Von diesen wiederum zählen fast 2,4 Millionen als freiwillig Engagierte. Die verbleibenden 1,5 Millionen sind weder in Parteien und Kirchen noch in Vereinen oder Bürgerinitiativen aktiv; darunter fallen aber auch jene, die früher einmal aktiv waren oder sich vorübergehend zurückgezogen haben. Da die letzten Daten 2014 erhoben wurden, ist hierbei allerdings die Zahl derer noch nicht berücksichtigt, die seit Herbst 2015 Geflüchtete unterstützen.

Wer engagiert sich?

Generell steigt die Wahrscheinlichkeit für freiwilliges Engagement mit dem sozioökonomischen Status, zu dem der Bildungsgrad gehört, und dem Gesundheitszustand. Gesellschaftliche Veränderungen haben die Engagementbereitschaft und -quote über die Zeit mehrheitlich positiv beeinflusst. An erster Stelle steht dem jüngsten Freiwilligensurvey zufolge, dass Ehrenamt zunehmend öffentlich thematisiert wird und sich die Politik verstärkt damit befasst. Des Weiteren hat aber auch die gestiegene Lebenserwartung zu einer relativ langen Lebensphase geführt, die viele in guter Gesundheit und wirtschaftlich abgesichert verbringen. Diese „jungen Alten“ engagieren sich in zunehmendem Maße.¹⁰⁴

Wie in den meisten Bundesländern bringt sich auch in Hessen die jüngste Altersgruppe am stärksten ein. Die 14- bis 29-Jährigen liegen jedoch mit einer Engagementquote von 47 Prozent nur minimal über derjenigen anderer Altersgruppen bis 64. Unter den 65-Jährigen und Älteren in Hessen bringen sich immerhin noch fast 38 Prozent ein – deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt (34 Prozent). Die Grenze, von der an Menschen aufgrund

WAS HEISST FREIWILLIGES ENGAGEMENT?

In den Freiwilligensurveys lässt die Bundesregierung seit 1999 alle fünf Jahre erheben, wer sich in welchem Umfang in das Gemeinwesen einbringt. In den repräsentativen Befragungen sollen die Interviewten zunächst angeben, ob sie außerhalb von Beruf und Familie in einem von 14 gesellschaftlichen Bereichen aktiv sind. Der Begriff der gemeinschaftlich ausgeübten Aktivität ist dabei sehr weit gefasst: Eine Mitgliedschaft im Sportverein gehört ebenso dazu wie die Beteiligung an einer Bürgerinitiative oder Selbsthilfegruppe. „Aktiv sein“ kann also in diesem Zusammenhang beispielsweise heißen, am Fußballtraining oder an Spielen teilzunehmen. Als „freiwillig Engagierte“ gelten jedoch nur jene unter den Befragten,

die angeben, innerhalb dieser Aktivität auch konkrete Aufgaben und Arbeiten zu übernehmen, etwa im Vereinsvorstand oder beim Organisieren von Sportveranstaltungen, unbezahlt oder gegen geringe Aufwandsentschädigung.

Der Anteil der Personen ab 14 Jahren, die nicht mit ihnen verwandte Kinder betreuen, die gesundheitlich eingeschränkten Nachbarn, Freunden oder Bekannten bei alltäglichen Verrichtungen helfen oder diese pflegen, ist ähnlich hoch wie die Engagementquote. Diese „informelle Unterstützung im außerfamilialen sozialen Nahraum“ wird jedoch in den Freiwilligensurveys nicht als gemeinschaftliche Aktivität eingestuft.

altersbedingter Einschränkungen kaum noch ehrenamtliche Aufgaben übernehmen, hat sich im Zeitverlauf nach oben verschoben: Sie liegt in Hessen bei etwa 75 Jahren.¹⁰⁵

Was treibt Menschen in Hessen an, sich freiwillig zu engagieren? An vorderster Stelle nannten die Befragten in Hessen 2014 zu 93,7 Prozent, sie hätten Spaß an ihrem Engagement. Sehr häufig gaben sie auch an, sich freiwillig zu engagieren, um mit anderen Menschen (84 Prozent) und anderen Generationen (82,7 Prozent) zusammenzukommen sowie um die Gesellschaft mit zu gestalten (82,3 Prozent).

Unterstützung erhielten die engagierten Freiwilligen von ihren Arbeitgebern, vor allem und über die Jahre zunehmend in Form von flexibler Arbeitszeitgestaltung und Nutzung der betrieblichen Infrastruktur. Weiterhin besteht jedoch Bedarf an Unterstützung durch Organisationen: Die Engagierten wünschen sich, dass diese geeignete Räume und Ausstattungsmittel für Projekt- und Gruppenarbeit zur Verfügung stellen, aber auch, dass sie

fachliche Unterstützung und Weiterbildungsmöglichkeiten bieten. Wie es in der Sonderauswertung für Hessen heißt, in der die Freiwilligensurveys bis 2009 erfasst sind, habe es zwar in den vorangegangenen Jahren neue Initiativen gegeben, um Engagierte besser zu qualifizieren, auch vorangetrieben durch die verschiedenen Programme des Landes. Offensichtlich genügten diese aber nicht, um „dem ausgeprägten Qualifizierungsbedarf ausreichend nachzukommen, bzw. wurde dieser durch die bereitgestellten Angebote möglicherweise erst geweckt.“ Auch die Unterstützung durch den Staat lässt bei den Befragten noch Wünsche offen. Sie vermischen vor allem Informationen und Beratung zu Engagementmöglichkeiten. Öffentliche Ehrungen und Anerkennung werden eher nachrangig genannt.

Stetig gewachsen ist dabei jedoch die grundsätzliche Bereitschaft, sich in die Gemeinschaft einzubringen¹⁰⁷ – wobei offen bleibt, ob die Befragten hier lediglich eine positive Einstellung angeben, ohne die Konsequenzen zu ziehen, oder sich ernsthaft für eine

freiwillige Tätigkeit interessieren. Ob letztere dann tatsächlich aktiv werden, hängt der hessischen Landesstudie zufolge von vielerlei Faktoren ab: „Möglicherweise fehlt es (...) an attraktiven und interessanten Angeboten sowie an Zugangsmöglichkeiten zu einem Engagement.“¹⁰⁸ Fazit der Landesstudie: Das freiwillige Ehrenamt sei durch angepasste Angebote weiter zu fördern, um vermehrt auch Frauen im jungen und mittleren Lebensalter, jüngere Menschen mit mittleren und niedrigen Bildungsabschlüssen sowie Bewohner des ländlichen Raumes zu gewinnen. Die Freiwilligen seien verstärkt fachlich zu unterstützen, durch Hauptamtliche in den Organisationen und durch Weiterbildungsangebote. Projekte seien außerdem an die knappen zeitlichen Ressourcen der Engagierten anzupassen, mehr Informationen über Engagementmöglichkeiten bereitzustellen und eine bessere Anerkennungskultur zu schaffen.

„Gemeinsam aktiv“

In Hessen geschieht schon einiges, um diesen Forderungen nachzukommen. Zeitgleich mit der ersten Erhebungswelle des

Freiwilligensurveys im Jahre 1999 hatte die hessische Landesregierung die eingangs erwähnte Kampagne „Gemeinsam aktiv“ begonnen. Unter dieser Überschrift lief und läuft nach wie vor eine Vielfalt von Programmen und Projekten zur Förderung der Einsatzbereitschaft und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bürgerengagement in Hessen. Die Verantwortung für die Kampagne liegt bei der Staatskanzlei. Sie hat dafür gesorgt, dass Hessen als erstes Bundesland Rahmenverträge abgeschlossen hat, die Freiwillige gegen Unfall- und Haftpflichtrisiken versichert. Sie hat die „Ehrenamts-Card“ geschaffen, mit der Bürger, die sich mindestens fünf Stunden pro Woche für das Gemeinwohl einsetzen, in den Genuss reduzierter Eintrittspreise und anderer Vergünstigungen kommen – und damit Anerkennung erfahren.

Im Zuge der Kampagne hat die Regierung außerdem ein neues Ehrenamt erfunden: Seit 2004 können sich Freiwillige in Hessen auf Vorschlag ihrer Gemeinde als Engagement-Lotsen qualifizieren. Die „E-Lotsen“ sollen Engagementwillige wie auch Vereine und andere Organisationen vor Ort informieren

und vernetzen, aber auch neue Projekte anschieben. Sie nehmen an Workshops teil, bei denen die angehenden „E-Lotsen“ Erfahrungen austauschen, sich in Freiwilligenmanagement fortbilden, Projekte zu planen und umzusetzen lernen. Das Programm läuft in Verantwortung der Gemeinden, die dafür eine Anschubfinanzierung von jeweils 2.000 Euro erhalten. Voraussetzung ist ein fester Ansprechpartner bei der Kommune.

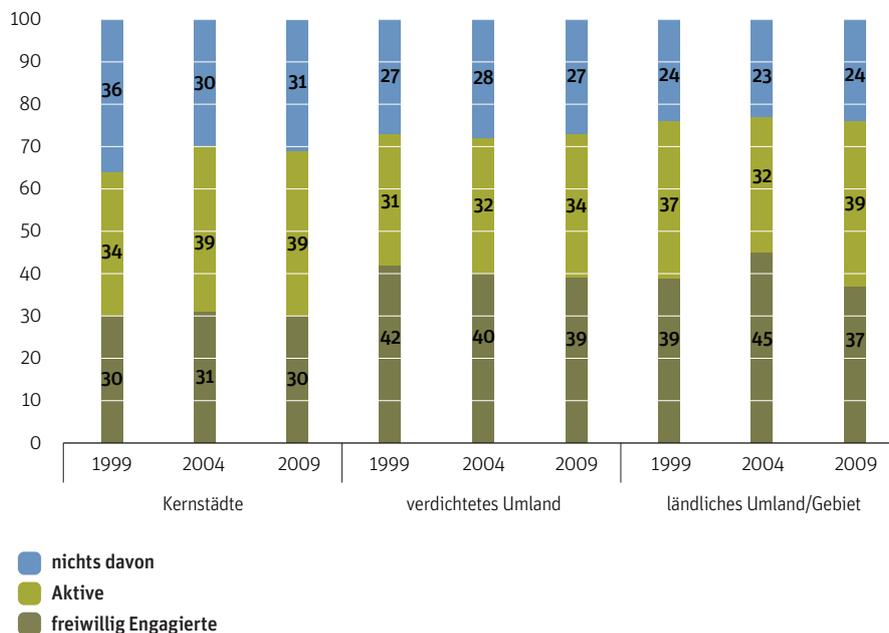
Unter den sechs „Land mit Zukunft“-Kommunen hat nur Homberg (Efze) einen E-Lotsen. Ursprünglich hatten sich vier Bürger der Stadt qualifiziert. 2011 machten sie sich sogleich daran, ein Café für Menschen mit wenig Geld zu realisieren. Die Idee stammte vom Diakonischen Werk im Schwalm-Eder-Kreis, das den „EinLaden“ am Obertor der Homberger Altstadt betreibt: Neben dem Verkauf von Secondhand-Kleidung, Büchern und Haushaltsgegenständen sowie der Ausgabe von Lebensmitteln durch die „Homberger Tafel“ sollte in dem Ladenlokal auch ein Treffpunkt ohne Verzehrzwang geschaffen werden. Mit den vorhandenen ehrenamtlichen Mitarbeitern war dieses Vorhaben

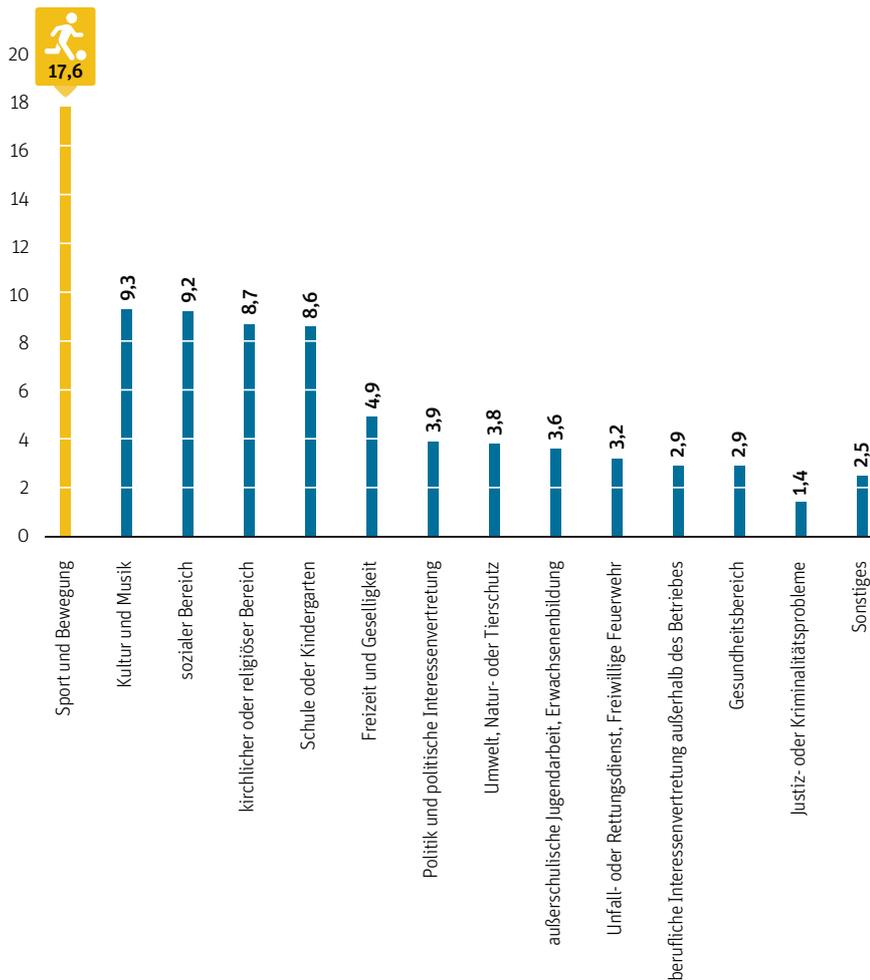
Auf dem Land sind mehr Menschen in Vereinen

Die Engagementquote (olive) liegt in den größeren hessischen Städten, die bis auf Kassel alle im Süden des Landes liegen, mit rund 30 Prozent im Verlauf der ersten drei Freiwilligensurveys konstant unter dem Landesdurchschnitt. Indessen hat die Beteiligung (grün) an öffentlichen Organisationen wie Vereinen oder Initiativen hier im Verlauf der ersten drei Freiwilligensurveys zugenommen. Im dicht besiedelten Umland der Städte, wo viele Familien sowie Personen mit höheren Bildungsabschlüssen leben, zeigt ein ähnlich hoher Anteil engagierten Einsatz für die Gemeinschaft wie im überwiegend ländlichen Nordhessen. In den Dörfern ist der Grad der Beteiligung in Organisationen aller Art generell am höchsten.

Anteile der Wohnbevölkerung ab 14 Jahren in Hessen, die in zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv sind, sich freiwillig engagieren respektive keines von beiden, nach siedlungsstrukturellen Kreistypen in den Jahren 1999, 2004 und 2009, in Prozent

(Datengrundlage: Freiwilligensurveys Hessen¹⁰⁶)





Sport liegt an der Spitze

Wie auf Bundesebene fand sich beim jüngsten Freiwilligenurvey 2014 auch in Hessen der höchste Anteil freiwillig Engagierter im Bereich Sport und Bewegung, gefolgt von den Bereichen Kultur, Soziales, Kindergarten und Schule sowie Kirche.

Anteil freiwillig engagierter Personen ab 14 Jahren in Hessen 2014 nach Bereichen, in Prozent (Mehrfachnennungen möglich)

(Datengrundlage: Freiwilligenurveys Hessen¹⁰⁹)

Strukturen für den Strukturwandel im Ehrenamt

Trotz der „außerordentlich hohen“ Einsatzbereitschaft der Hessen ist das freiwillige Engagement kein Selbstläufer. Wie auf Bundesebene ist auch hier seit den 1990er Jahren ein Wandel der Engagementstrukturen zu beobachten: Der Einstieg über Vereine und andere traditionelle Formen funktioniert nicht mehr wie früher quasi automatisch. Engagementwillige können oder wollen sich tendenziell nicht mehr selbstverständlich langfristig binden. Ihre Interessen und Bedürfnisse haben sich verlagert. Organisationen, die Ehrenamtliche gewinnen wollen, müssen sich verstärkt darum bemühen und sich dann auch um das ehrenamtliche Personal kümmern. „Freiwilligenmanagement“ nennt sich das im Fachjargon. Die plötzliche große Nachfrage an ehrenamtlichen Unterstützern, Paten und Mentoren für Flüchtlinge im Jahr 2015 hat zusätzliche Verschiebungen bewirkt. So meldeten sich viele Hilfwillige, die sich bis dahin ansonsten nirgendwo beteiligt hatten. Gleichzeitig entstand der Bedarf, in Fortbildungen spezifische Kenntnisse und Hintergrundwissen für diese Aufgaben zu erwerben.¹¹¹

Der Strukturwandel im Ehrenamt erfordert auch neue Strukturen für die Förderung, Information, Vernetzung und Qualifizierung des Ehrenamts. Nach wie vor gibt es für alle Bereiche Zuständigkeiten in den Ressorts der

allerdings nicht umzusetzen. Die Homberger E-Lotsen übernahmen fürs Erste kurzerhand selbst den Ausschank von Kaffee, zunächst an zwei Nachmittagen wöchentlich. Es gelang ihnen, Freiwillige zu mobilisieren und sogar Ehrenamtliche zu finden, die einmal pro Woche Essen kochten. Das Mittagstisch-Angebot am Mittwoch wie auch das Café im „EinLaden“ laufen längst von allein. Die E-Lotsen haben sich neue Aufgaben gesucht und einen „Danke-Tag“ für Ehrenamtliche in Homberg organisiert sowie einen „lebendigen Adventskalender“.

Das einstige Quartett ist allerdings infolge Um- respektive Rückzugs auf einen einzigen Lotsen zusammengeschrumpft. Und der hat

neben seiner Rolle als Ehrenamtskoordinator der Stadt noch eine ansehnliche Palette hauptamtlicher Funktionen: Er ist Standesbeamter, Seniorenbeauftragter und obendrein zuständig für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde. Es sei schwieriger geworden, sagt er, Leute für eine ehrenamtliche Tätigkeit zu begeistern. Die 30- und 40-Jährigen hätten wenig Zeit und Lust. Seit 2008, als Homberg die jährlich in wechselnden Regionen stattfindende Festveranstaltung „Hesentag“ ausrichtete und über 800.000 Besucher empfing, seien die Menschen zusätzlich „müde und ausgepowert“. Die fünfte Auflage des Danke-Tages, den das Homberger E-Lotsen-Kleeblatt einst angestoßen hatte, musste nach vier recht erfolgreichen Malen wegen zu geringer Beteiligung abgesagt werden.¹¹⁰

Der gesellschaftliche Wandel verändert das Engagement

Der demografische Wandel wirkt sich auch auf das freiwillige Engagement aus: Traditionelle Vereine bekunden zunehmend Nachwuchsprobleme, insbesondere bei der Neubesetzung von Vorstandsposten. Verändert haben sich im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung aber auch die individuellen Motivationen und Anforderungen an ehrenamtliche Tätigkeiten: Wer sich engagiert, will genau wissen wofür und welche Gegenleistung zu erwarten ist. Dabei geht es außerhalb des Sportbereichs weniger um Übungsleiterpauschalen oder Aufwandsentschädigungen, sondern um den Zugewinn an Sinn und Erfahrung.

Gegenüberstellung der Eigenschaften von traditionellem und neuem Ehrenamt

(Nach: Braun¹¹²)

Altes Ehrenamt	Neues Ehrenamt
weltanschauliche und dauerhafte Bindung an eine charakteristische Trägerorganisation	vielfältige, zeitlich befristete, pragmatische und tätigkeitsorientierte Engagements
milieugebundene Sozialisation	biografische Passung
selbstloses Handeln, Aufopferung und Fürsorge	Norm der Gegenseitigkeit; Medium der Selbstfindung und Selbstsuche
unentgeltlich	Honorartätigkeit, Niedriglohnbeschäftigung
Laientätigkeit	ausbildungsorientiert, Kompetenzentwicklung, (Semi-)Professionalität

Landesregierung: So kümmert sich das Innenministerium um die Freiwilligen Feuerwehren, die Rettungsdienste und den Sport, während das Kultusministerium die Förderung des Engagements im Bildungsbereich verantwortet, das Ministerium für Wissenschaft und Kunst sich kultureller Initiativen annimmt und das Sozialministerium der Generationen-, Familien- und Seniorenhilfe. Das Sozialministerium hat indessen auch die Entwicklung aufgegriffen, dass die Zahl Engagementwilliger und aktiver Freiwilliger in der Altersgruppe über 60 Jahren wächst und dass diese sich im Besonderen für die Unterstützung älterer Personen oder für die gegenseitige Hilfe über die Generationen hinweg interessieren, ohne sich jedoch an Vereine oder andere Organisationen zu binden. Im Herbst 2012 begann das Sozialministerium ein Modellprojekt zum Aufbau von „Senioren- und Generationenhilfen“, das die Hessische Landesregierung als Teil ihrer Seniorenpolitischen Initiative verstand. Im Rahmen des Modellprojekts konnten drei Landkreise, darunter der Schwalm-Eder-Kreis, Koordinationsstellen einrichten mit dem Ziel, „das Angebot der Senioren- und Generationenhilfen auszubauen, die Einrichtung neuer Projekte zu begleiten und die im Modellprojekt erzielten Erfahrungen auch weiteren interessierten Kommunen zugänglich zu machen“. Dabei legte die Regierung Wert auf die Feststellung, sie wolle keine Parallelstrukturen begründen, sondern an die Arbeit der bestehenden Anlaufstellen anknüpfen.¹¹³

Gleichzeitig haben einige Ministerien für ihre Zuständigkeitsbereiche teilweise eigene Angebote der Qualifizierung und Anerkennung entwickelt, zusätzlich zu jenen des Landes; so vergibt etwa das Sozialministerium die Landesauszeichnung „Soziales Bürgerengagement“.¹¹⁴ Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe dient dem Austausch und der Abstimmung der Ministerien untereinander.¹¹⁵

Neue Möglichkeiten, sich zu informieren und zu vernetzen, bietet die bereits erwähnte Landesehrenamtsagentur. Sie organisiert unter anderem Fachtagungen, sorgt für die Verbreitung guter Ideen, vermittelt Kontakte und berät beim Aufbau lokaler Anlaufstellen für Engagierte. Solche Ansprechpartner sind teilweise bei Kreisverwaltungen angesiedelt, es gibt aber auch Freiwilligenagenturen, die von Vereinen betrieben werden. Sie haben sich unter dem Dach der Landesarbeitsgemeinschaft Freiwilligenagenturen (LAGFA Hessen) miteinander vernetzt und bieten Beratung, Fortbildungen und Seminare an. Hessenweit gibt es inzwischen rund 60 örtliche Freiwilligenagenturen. Allerdings ballt sich die Mehrheit von ihnen im Süden des Bundeslandes, während sie im Norden vergleichsweise dünn gesät sind.

Des Weiteren hat die hessische Regierung Ende 2011 die öffentlich-rechtliche Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ ins Leben gerufen, um das bürgerschaftliche Engagement im Land zu fördern. Ausgestattet mit einem Stiftungskapital von inzwischen 20 Millionen Euro aus Landesmitteln, unterstützt die Landesstiftung bürgerschaftliches Engagement und private Initiativen in Hessen. „Ehrenamtliche Beteiligung ist heute wichtiger denn je und trägt dazu bei, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu festigen“, so beschreibt sie ihre Aufgabe: „Unsere Gesellschaft ist lebendig und vielfältig. Damit dies so bleibt, sind Ideen und Tatkraft gefragt. Hierzu will die Stiftung ermutigen. Als Anstifter zum Engagement und Motor für Veränderungen leistet die Landesstiftung Starthilfe für Projekte, von denen die Gemeinschaft profitiert und stärkt so das Miteinander in Hessen.“

Engagierte befähigen

Das Angebot an Qualifizierungs- und Fortbildungsprogrammen für Ehrenamtliche in Hessen ist groß und vielfältig. Und die Zahl der Menschen, die jährlich in der einen oder anderen Form an Qualifizierungsangeboten teilnehmen, geht in die Hunderttausende. In Bereichen wie Sport, Rettungsdienste oder Kirche betreiben meist die Verbände oder Organisationen eigene Bildungswerke und Akademien. In den letzten Jahren sind

neue, verbandsübergreifende Fortbildungsangebote von unterschiedlichen Anbietern hinzugekommen, etwa von Kommunen, Volkshochschulen, Bildungsträgern der Wohlfahrtsverbände, Freiwilligenagenturen und der Landesehrenamtsagentur.

Ein beträchtlicher Teil dieser Programme zielt darauf ab, den Bedarf zu decken, der sich durch den Wandel des Engagements ergibt: Vereine sind immer noch die wichtigste Organisationsform für ehrenamtliches Engagement. Doch gestaltet es sich zunehmend schwieriger, Freiwillige für Vorstands- und Leitungsaufgaben zu gewinnen – nicht nur aus Mangel an Zeit oder Lust, sondern auch wegen gestiegener rechtlicher Anforderungen und Haftungsrisiken. Und wie erwähnt, müssen Organisationen generell „Freiwilligenmanagement“ betreiben. Doch wie lassen sich Freiwillige gewinnen und danach auch für eine Weile bei der Stange halten? Um die Kenntnisse darüber zu vermitteln, hat die hessische Landesehrenamtsagentur eine Fortbildung entwickelt. Der Kurs „Freiwilligenmanagement – eine Entwicklungschance für gemeinnützige Organisationen und Kommunen“ stellt die angehenden Freiwilligenkoordinatoren zunächst vor die Frage, wie ehrenamtstauglich ihre Organisation ist. Er verdeutlicht, dass Freiwilligenmanagement eine kontinuierliche Aufgabe und gleichzeitig eine lohnende Investition ist. Jährlich schließen rund 20 Teilnehmer die zwölfstägige Qualifizierung ab.¹¹⁶

2011 schrieb die Landesehrenamtsagentur zusammen mit der Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ ein Modellprojekt „Ehrenamt sicher in die Zukunft“ (EASI) aus mit dem Ziel, ehrenamtliche Vereinsvorstände und Führungskräfte im ländlichen Raum zu gewinnen und zu halten. Aus 30 Bewerbungen wurden acht Kommunen für das Projekt ausgewählt. Drei davon, Eschwege, Großalmerode und Wanfried im Werra-Meißner-Kreis, hatten sich zusammengetan, um mit Unterstützung durch die Eschweger Freiwilligenagentur „Omnibus“ teilzunehmen und die ortsansässigen Vereine zukunftsfähig zu

machen. Der EASI-Abschlussbericht fasst die Erkenntnisse aus diesem Projekt klar und gut lesbar zusammen. Darüber hinaus enthält er eine praktische Checkliste, mit der sich Organisationen Schritt für Schritt ehrenamtstauglich machen können.¹¹⁷

Eine vergleichbare Zielrichtung verfolgte das Programm „Engagement braucht Leadership“ (EbL) der in Stuttgart beheimateten Robert Bosch Stiftung, das diese nach ersten Erfahrungen in Bayern von 2014 bis 2016 in drei weiteren Bundesländern auflegte, darunter Hessen. Wenn es immer schwieriger werde, Vorstandsposten in Vereinen zu besetzen, liege das oft auch „an einem verstaubten Bild von Vorstandsarbeit, aber manchmal auch an fehlender Offenheit in Vereinen für frischen Wind von außen oder zeitgemäße Strukturen“, so die Begründung.¹¹⁸ In Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen und der Landesehrenamtsagentur förderte die Stiftung lokale „Werkstatt-Teams“. Diese erarbeiteten an die jeweiligen Gegebenheiten angepasste Maßnahmen zur Qualifizierung bestehender Vereinsvorstände und zur Rekrutierung Freiwilliger aus allen gesellschaftlichen Gruppen.¹¹⁹ Zu den ausgewählten Regionen gehörte auch der Landkreis Waldeck-Frankenberg. Die Gemeinde Waldeck war jedoch nicht beteiligt.¹²⁰

Auch für die Qualifizierung Freiwilliger in der Flüchtlingsarbeit bieten die verschiedenen regionalen und lokalen Anlaufstellen eine Fülle von Fortbildungen und Kursen. Das hessische Innenministerium unterstützt gemeinsam mit der Sportjugend Hessen in dem Programm „Sport und Flüchtlinge“ Gemeinden, in denen Vereine Sport- und Bewegungsangebote für Asylsuchende anbieten möchten. Ehrenamtliche, die sich als Coach und Vermittler solcher Projekte einsetzen, erhalten eine kostenlose Qualifizierung, eine Aufwandsentschädigung und Versicherungsschutz.¹²¹

Zwischenbilanz

Was vermögen all die vielen Programme und Projekte, Service-Angebote und Anreizsysteme zu bewirken? Konnten oder können sie zur positiven Gestaltung des demografischen Wandels beitragen, den ländlichen Raum zukunftsfester und Dörfer, in denen die Versorgungsangebote schwanden, wieder lebenswerter machen? Formulierungen wie diese tauchen häufig in Ausschreibungen, Anträgen oder Projektbeschreibungen auf. Sie sind indes zu unpräzise, um als Kriterien zu taugen, an denen sich der Erfolg von Förderprogrammen oder Projekten messen ließe.

Vorweg: Wirkungen solcher Programme und Projekte lassen sich generell nur schwer messen, da sich nicht feststellen lässt, wie sich eine Region oder Gemeinde ohne das jeweilige Vorhaben entwickelt hätte. Selbst eine positive Entwicklung lässt sich zudem nicht zwingend auf ein Förderprogramm zurückführen, da bestimmte gesellschaftliche oder demografische Trends den Effekt bewirken können. Es fehlen die Kontrollvariablen. Wenn beispielsweise Geld geflossen ist, um einen Spielplatz in einem Dorf zu errichten, und die Gemeinde daraufhin einen Zuzug von Familien verzeichnet, lässt sich nicht sagen, ob sich die Zuzügler wegen des Spielplatzes im Dorf niedergelassen haben oder vielleicht, weil es billiges Bauland gibt oder weil sich die Vorstellungen von Eltern darüber geändert haben, wie und wo Kinder aufwachsen sollen.

Ein einfaches, aber wichtiges Kriterium für die Bewertung wäre die Nachhaltigkeit: Wenn ein gefördertes Projekt oder eine Initiative auch nach Auslaufen der Förderung weiter bestehen kann, ist anzunehmen, dass der Bedarf dafür tatsächlich vorhanden ist und ein positiver Effekt eingetreten ist, der Kräfte vor Ort zu mobilisieren und auch längerfristig zu halten vermag. Zur Beurteilung wäre in bestimmten Zeitabständen zu prüfen, ob das jeweilige Projekt „überlebt“

hat, etwa nach fünf oder zehn Jahren. Dabei könnte festgestellt werden, welche Faktoren das Überdauern begünstigen oder hemmen. Evaluierungen dieser Art gibt es kaum. Hessen bildet da keine Ausnahme.

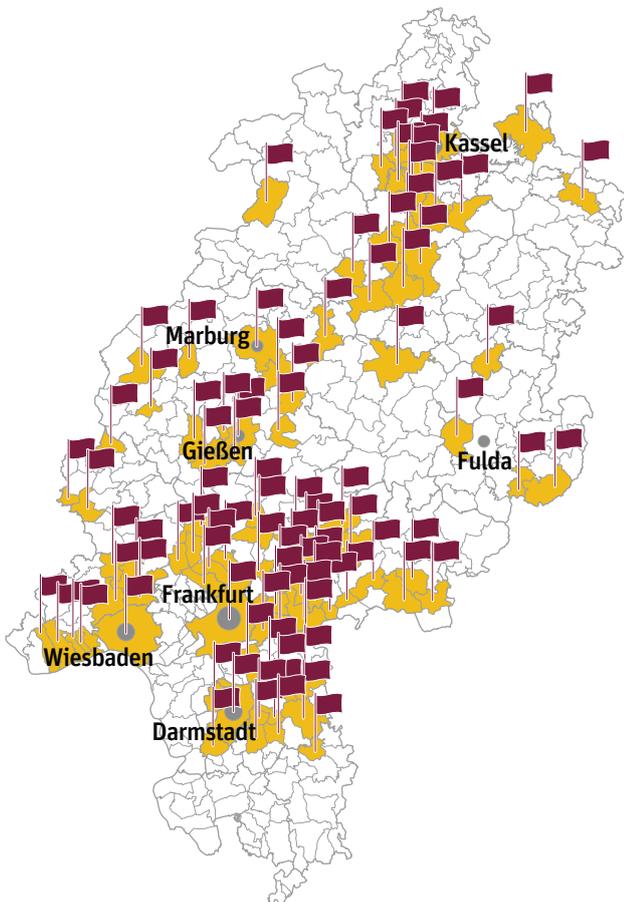
Zu einigen der hier dargestellten Programme liegen Auswertungen, Abschlussberichte und Evaluierungen vor. Doch nur selten findet sich eine klare Analyse, bei der die ursprünglich gesetzten Ziele Punkt für Punkt am Grad ihrer Erfüllung gemessen werden, wie sie bei der Evaluierung des Dorfentwicklungsprogramms zur Anwendung kommt: Hier hat sich ein Berliner Planungsbüro 15 Kommunen genauer angesehen, die für die Umsetzung eines IKEK-Vorhabens nach den neuen Richtlinien Fördermittel erhalten hatten. Die Evaluierung ergab, dass die

gesamtkommunale Perspektive, die integrierten Dorfentwicklungskonzepten zugrunde liegen sollte, bei den betrachteten Projekten nach wie vor schwach ausgeprägt war. Zwar würden jeweils umfassend Daten und Fakten, Stärken und Schwächen der Großgemeinden analysiert, aber die Ergebnisse würden kaum zusammengefasst und interpretiert. Es fehle daher an einer Gesamtstrategie. Noch immer werde vorwiegend von den einzelnen Orten her gedacht. Fazit der Gutachter: Im Ländervergleich ist Hessen Vorreiter, was den gesamtkommunalen Ansatz in der Dorfentwicklung angeht. Aber das Verfahren bedarf noch einiger Anpassungen.¹²²

Viele Endberichte beschränken sich darauf, minutiös die Ausgangssituation und die getroffenen Maßnahmen aufzulisten.

Als Erfolgskriterium müssen häufig nackte Zahlen genügen, mit denen sich aber wenig anfangen lässt. So hat die Staatskanzlei im Rahmen der „Gemeinsam aktiv“-Kampagne eine landesweite Suchmaschine eingerichtet, über die sich Nachfrager und Anbieter freiwilliger Tätigkeiten finden können. Rund 13.000 Organisationen haben sich eingetragen, die freiwillig Engagierte suchen. Das klingt nach einer stolzen Bilanz. Es gibt jedoch keine Erhebung darüber, wie viele der suchenden Organisationen fündig geworden sind.¹²³ Es ist also nicht möglich, die ehrenamtsfördernde Wirkung der Suchmaschine zu beurteilen.

Ein anderes Beispiel ist die Ehrenamts-Card: Sie wurde geschaffen, um Menschen, die wöchentlich mehr als fünf Stunden ihrer Freizeit freiwillig Aufgaben im Sinne der Gemeinschaft übernehmen, Dank und Wertschätzung auszudrücken. Besitzer erhalten verschiedene Vergünstigungen, etwa beim Besuch von Schwimmbädern, Sportveranstaltungen, Freizeitparks, Konzerten und Theatern. Für die Ausgabe der Karte und das Angebot an Rabatten sind die Kreise und kreisfreien Städte zuständig. Sie stellten von der Einführung Anfang 2006 bis Mitte 2007 insgesamt rund 11.000 Exemplare aus, inzwischen sind



Im Norden eher dünn gesät

Die Rolle der Engagementlotsen, die in enger Zusammenarbeit mit ihrer Kommune „anderen Engagierten mit Rat und Tat zur Seite stehen und neue Projekte auf den Weg bringen“ sollen, lässt sich bislang hauptsächlich nach Zahlen beurteilen: Bis 2013 haben landesweit 63 Kommunen insgesamt rund 300 Bürger zur Qualifizierung entsandt.¹²⁴ Inzwischen sind es über 600 E-Lotsen aus 96 Gemeinden.¹²⁵ Die Standorte konzentrieren sich überwiegend auf Mittel- und Südhessen.

Hessische Kommunen mit Engagementlotsen 2017

(Quelle: Gemeinsam aktiv¹²⁶)

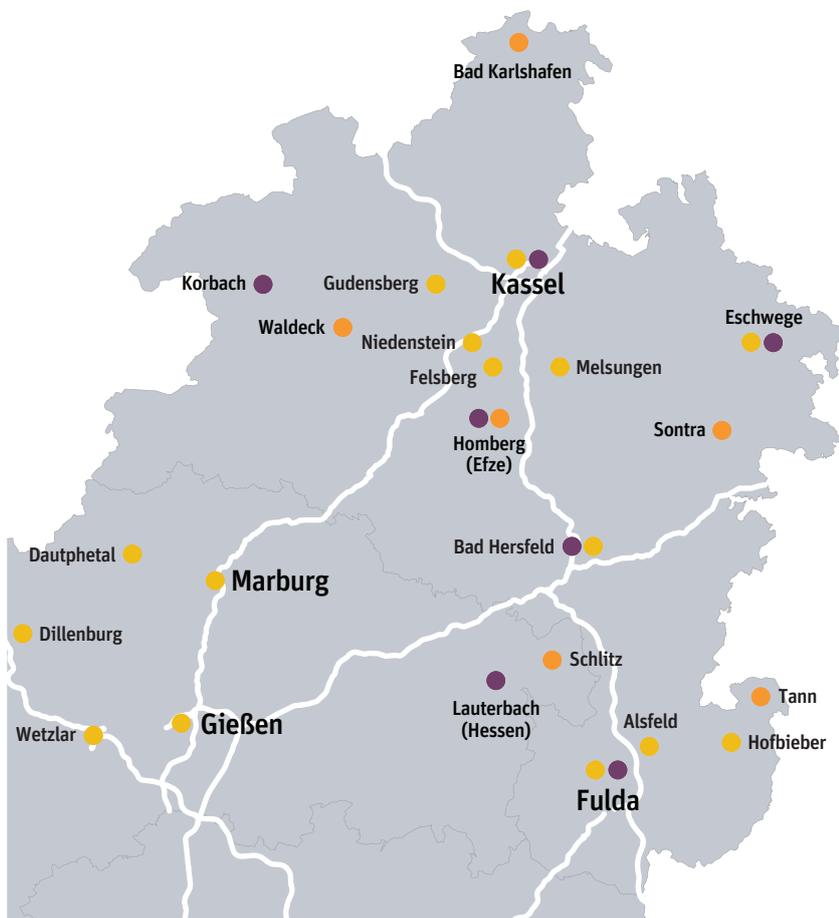
es etwa 15.000. Eine Befragung unter 2.300 Besitzern der Ehrenamts-Card in ganz Hessen ergab 2007, dass rund 94 Prozent von ihnen diese sehr positiv bewerten und dass auch jene, die sie nicht einsetzen, sich dadurch gewürdigt fühlen.¹²⁷

Allerdings wurde nicht erhoben, wo die Befragten leben. Wie sich bei den Interviews in den „Land mit Zukunft“-Kommunen im Rahmen der vorliegenden Studie herausstellte, spielt das jedoch eine Rolle: Einige der Gesprächspartner beurteilen die E-Card als entbehrlich, da es auf dem Land nur wenige oder gar keine Angebote mit interessanten Vergünstigungen gebe.

Vielen Gesprächspartnern war indessen noch nicht einmal bekannt, dass die Karte existiert. Ebenso ist den meisten Interviewten bislang verborgen geblieben, dass es Ehrenamts-Lotsen gibt – selbst in Homberg, der einzigen unter den sechs Gemeinden, in der einer wirkt. Gleichzeitig äußerten mehrere Personen den Wunsch nach mehr Informationen über modellhafte Projekte, nach Beratung beim Entwickeln von Projekten und Unterstützung beim Ausfüllen von Förderanträgen – obwohl es alles das im Prinzip gibt: Informationen lassen sich unter anderem auf den Internetplattformen der Kampagne „Gemeinsam aktiv“ und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen finden. Persönliche

Beratung bieten die vielen Freiwilligenagenturen in unterschiedlichen Trägerschaften, außerdem steht in den meisten Landkreisen ein Bürger- oder Ehrenamtsbeauftragter als Ansprechpartner zur Verfügung.

Diese Beobachtungen legen die Schlussfolgerung nahe, dass zumindest in den sechs ländlichen Gemeinden im „Land mit Zukunft“-Programm noch Aufklärungsbedarf zu den zahlreichen Unterstützungsangeboten gibt. Somit lassen sich die eingangs gestellten Fragen teilweise beantworten: Das Land Hessen bietet sehr gute politische Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement – aber gerade in den abgelegenen ländlichen Regionen, die den demografischen Wandel bereits verstärkt erleben, kommen die vielfältigen Maßnahmen und die Informationen darüber bislang nur spärlich an. Dieses Bild zeigte sich zumindest in den sechs untersuchten „Land mit Zukunft“-Kommunen.



Wo Ehrenamt Rat und Unterstützung findet

In den dünner besiedelten Regionen Hessens gibt es weniger Anlaufstellen für Freiwillige als in der Metropolregion im Süden. Das liegt unter anderem daran, dass verschiedene Landkreise unterschiedlich aktiv sind bei der Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement. Die Gesprächspartner in den sechs „Land mit Zukunft“-Gemeinden nutzen die vorhandenen Angebote kaum, obwohl sie Beratungsbedarf haben. Sie wissen wenig darüber und wenn doch, ist womöglich die Hemmschwelle hoch, einfach zum Telefonhörer zu greifen.

Anlaufstellen für Freiwillige in Mittel- und Nordhessen
(Datengrundlage: *Gemeinsam aktiv*¹²⁸)

- „Land mit Zukunft“-Gemeinde
- Standorte von Freiwilligenagenturen
- Ansprechpartner beim Landkreis

2 | „LAND MIT ZUKUNFT“

In Dörfern und kleinen Städten auf dem Land sind die Bürger enger mit dem Gemeinwesen verbunden als in den urbanen Zentren. Und sie haben die Herausforderungen, die der demografische Wandel mit sich bringt, viel direkter vor Augen. Folglich sind sie Experten dafür, maßgeschneiderte Lösungsansätze für diese Herausforderungen zu entwickeln. Das ist der Grundgedanke hinter „Land mit Zukunft“. Das Programm baut auf die Bereitschaft der Bürger, sich freiwillig für das Gemeinwesen einzusetzen.

Doch wie groß ist diese Bereitschaft in den sechs Programmkommunen? Was motiviert die Bürger bei ihrem Engagement und wo stoßen sie an Grenzen? In welcher Rolle sehen sich die Bürger selbst und welche Zukunftsbilder haben sie von ihrer Heimat? Diese Fragen standen am Ausgangspunkt unserer Untersuchungen. Zielsetzung war erstens, die spezifischen Gegebenheiten vor Ort zu analysieren, und zweitens zu erheben, welche konkreten Erfahrungen die Beteiligten mit dem Programm „Land mit Zukunft“ gemacht haben.

Dafür haben wir alle sechs Kommunen besucht und dort in zwei Befragungsrunden Experten aller Art interviewt. Die erste Befragung fand im Frühjahr 2016 statt, als die Teilnehmer der Runden Tische gerade mit dem Sammeln von Ideen begonnen hatten. Zunächst wollten wir herausfinden, wie es um das Engagement in den sechs Kommunen bestellt ist, wie stark also das Fundament ist, auf dem „Land mit Zukunft“ aufsetzt. Die zweite Befragung erfolgte im Herbst 2017, als sich die meisten „Land mit Zukunft“-Projekte in der Anfangsphase befanden. Dazu später mehr.

2.1 DIE ERSTE BEFRAGUNG

Was freiwillig Engagierte antreibt und was sie hemmt

In der ersten Erhebungsrunde hatten wir ehrenamtlich Tätige zu Interviews eingeladen, die wir über öffentlich zugängliche Listen finden konnten: Vorstände von Vereinen oder Gewerbeorganisationen, Ortsvorsteher, Seniorenbeiräte und Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehren. Damit war zwar eine gewisse Vorauswahl getroffen, die Einladung war aber mit der Bitte verbunden, Menschen im näheren Umfeld anzusprechen und mitzubringen, die sich anderswo oder gar nicht engagieren. Allerdings fanden sich auch bei unseren Besuchen vor Ort nur vereinzelt Personen, die nicht in den bestehenden Vereinen oder Organisationen aktiv sind und darüber Auskunft geben mochten. Zum Interview eingeladen waren darüber hinaus Hauptamtliche, die mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun haben. So haben wir Interviews mit allen sechs Bürgermeistern geführt, mit zwei

Stadtjugendpflegern, einem Fachbereichsleiter für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung, der gleichzeitig „Engagementlotse“ ist, zwei Pfarrern, Mitarbeitern der Diakonie sowie der Freiwilligenagentur „Omnibus“ in Eschwege.

Insgesamt haben 25 Einzelinterviews und 6 Gruppendiskussionen stattgefunden, 3 von ihnen mit 8, 12 respektive 19 Teilnehmern sowie 3 Gruppengespräche mit Jugendlichen, zweimal Besucher eines Jugendhauses und einmal Freiwillige der Jugendfeuerwehr. Die jüngsten Teilnehmer zählten 15 Jahre, die ältesten waren in ihren Achtzigern. Die Auswahl entspricht, wie bei qualitativen Untersuchungen üblich, nicht einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung. Vielmehr handelt es sich überwiegend um Personen, die über Erfahrungen im Bereich des Engagements verfügen und daher als Experten gelten.

Alle Befragungen folgten einer vorgegebenen Struktur. Die Möglichkeit, dabei individuell

Themen, Vorschläge und Gedanken einzubringen, war ein fester Bestandteil dieser Struktur. In den Gruppengesprächen konnten die Teilnehmer auf Antworten und Meinungen mit Gegenargumenten reagieren, was diesen Gesprächsrunden eine Eigendynamik verlieh.

Zusammengefasst ging es in der ersten Befragungsrunde zunächst darum zu erfahren, wer sich aus welchen Motiven heraus freiwillig engagiert und wie es um das Umfeld für Engagement bestellt ist: Gibt es Anerkennung dafür? Wie leicht oder schwer fällt es, andere für eine ehrenamtliche Tätigkeit zu begeistern?

Des Weiteren haben wir danach gefragt, wie sich der demografische Wandel konkret bemerkbar macht, wie die Gesprächspartner die Versorgungsangebote in ihrer Gemeinde einschätzen und welche Perspektive sie für sich und für ihre Heimat sehen. Die

Gespräche mit kommunalen Vertretern und anderen Hauptamtlichen haben zusätzlich für einen Blick aus einer anderen Perspektive auf die Möglichkeiten und Grenzen des Ehrenamtes gesorgt.

Die Auswertung der Gespräche erfolgte mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse. Dazu wurden die Interviews zunächst verschriftlicht und themengleiche Aussagen zusammengefasst. Die ausgewählte Methodik ermöglicht es, aus verschiedenen Blickwinkeln auf das ehrenamtliche Engagement in den sechs Kommunen zu schauen. Die Ergebnisse haben wir im Folgenden zusammengefasst und häufig wiederkehrende zentrale Aussagen in Form von Zitaten wiedergegeben.

Warum engagieren sich die Menschen?

„Es bereichert mein Leben“, lautete eine häufig vorgebrachte Antwort. In einem Verein oder einer Initiative aktiv zu sein stärke den Zusammenhalt und schütze vor Vereinsamung. Aber auch Tradition spielt eine Rolle: Viele der Befragten sind schon in jungen Jahren ins Engagement hineingewachsen. Kinder und Jugendliche gehen zur freiwilligen Feuerwehr oder machen im Sportverein mit, einmal, weil es auf dem Land immer noch dazu gehört, aber auch, weil es nur wenige Alternativen gibt, die Freizeit zu verbringen. Vor allem wenn innerhalb einer Familie mehrere Generationen aktiv sind, lernen die Kinder schon früh, dass es gleichsam „normal“ ist, sich in die Gemeinschaft einzubringen. Ein Pfarrer erzählte, die familiäre Tradition spiele innerhalb der Kirchengemeinde eine wichtige

„Sich gesellschaftlich einzubringen und das eigene Umfeld mitzugestalten, bedeutet für mich Lebensqualität. Ich glaube, wer sich nicht engagiert, wird irgendwann mal ganz einsam.“

Vereinsarbeit liegt bei uns in der Familie. Mein Enkel, gerade mal sieben Jahre alt, ist schon dabei und auch mein Sohn unterstützt den Verein. Wir sind also mit drei Generationen vertreten.

Rolle: Wenn die Eltern selbst früher bei den Jugendfreizeiten mitgefahren sind, schicken sie heute ihre Kinder hin. Hier macht sich ein Kohorteneffekt bemerkbar: Wer sich bereits in jungen Jahren engagiert, tut dies auch später deutlich häufiger.

Neu Zugezogene gaben an, eine aktive Bürgergesellschaft sei ein Grund für die Wahl des neuen Wohnortes gewesen. Für diese Neubürger war es vom ersten Tag an wichtig, selbst zum Gemeinwohl beizutragen und Teil einer lebendigen Dorfgemeinschaft zu werden. Andere, auch Alteingesessene, die sich in Initiativen für Nachbarschaftshilfe einsetzen, bescheinigten sich halb ironisch, halb ernst gemeint, sie hätten eben ein Helfersyndrom. Das treibe sie an, für andere da zu sein.

Wer will, wer kann sich engagieren?

Unsere Einladungen sind überwiegend freiwillig Engagierte gefolgt, das heißt, Vereinsvorstände und Verantwortliche anderer Organisationen, die bereits gut ausgelastet sind, seltener „Aktive“ im Sinne der Definition der Freiwilligensurveys, also einfache Vereinsmitglieder (siehe S. 27). Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, dass Engagement meist an einigen wenigen hängt. Und es passt zu der häufig geäußerten Feststellung, bei der Vereinsarbeit seien es gerade in Kleinstädten und auf dem Dorf „immer die Gleichen“, die Verantwortung übernehmen, ob im Kindergarten, in der Schule oder beim Sportverein. Diese Personen sind oft in mehreren Vereinen aktiv, obendrein noch bei der Freiwilligen Feuerwehr, in der Kirchengemeinde und in der Politik. In allen sechs

Die sich in der Kirchengemeinde engagieren, sind auch bei der Freiwilligen Feuerwehr oder den Vereinen dabei. Man trifft überall die Gleichen. Ich weiß gar nicht, wie die das alles schaffen und wie die sich immer wieder aufs Neue motivieren.

Kommunen gab es solche Menschen, die viel Zeit aufbringen und eine treibende Kraft für eine aktive Zivilgesellschaft sind.

Auch bei weniger traditionellen Formen von Engagement sind es häufig einzelne „Macher“, die sich in eine Idee verbeißen und ein bestimmtes Vorhaben vorantreiben. Einen großen Teil ihrer Energie investieren die Macher vorweg, um Mitstreiter zu finden. Sie müssen „Klinken putzen“ und für ihr Vorhaben werben. Von ihnen hängt somit maßgeblich ab, ob Bürger lokale Probleme angehen. Diese Schlüsselfiguren gelte es entsprechend zu fördern und zu unterstützen, lautete eine Forderung. Häufig sind sie mehrfach engagiert und laufen Gefahr, sich zu überfordern. Wenn sich diese Menschen dann wegen Überlastung oder aus anderen Gründen zurückziehen, ist dies ein großer Verlust für den Ort und die Bürgerschaft.

Wir können noch so viele Ideen spinnen, letztlich braucht es immer einen, der sich der Sache annimmt und andere überzeugt mitzumachen. Die Leistung dieser Motivatoren und Macher ist entscheidend und sollte auch angemessen gewürdigt werden.

Wie lassen sich Bürger aktivieren?

Damit das zivilgesellschaftliche Engagement nicht zu stark an Einzelnen hängt, gilt es Menschen zu gewinnen, die sich nicht – oder nicht mehr – engagieren. Je größer die aktive Gemeinschaft, desto eher kann sie dazu beitragen, die Lebensqualität vor Ort zu erhalten, und verhindern, dass sich die Macher „verbrennen“. Neue Mitstreiter lassen sich nach den Erfahrungen mehrerer Befragter am ehesten mobilisieren, wenn man die Menschen zum richtigen Zeitpunkt, passend zu ihrer Lebenssituation anspricht, zum Beispiel wenn die Kinder gerade das Haus verlassen haben oder der Ruhestand naht.

Wenn die Kinder ausziehen oder der Ruhestand ansteht, haben einige auf einmal Zeit und suchen eine neue Aufgabe. Genau dann muss man sie ansprechen. So konnten wir etwa einen pensionierten Berufskraftfahrer für den Bürgerbus gewinnen.

Unter jenen, die sich bislang wenig oder gar nicht engagieren, finden sich nach Ansicht vieler Befragter häufig Zugezogene, die seltener in das soziale Umfeld integriert sind. Die Frage, wie sich neue Dorfbewohner für die etablierten Vereine und ehrenamtlichen Strukturen besser gewinnen lassen, beschäftigte vor allem die Teilnehmer der Gruppendiskussionen. Einige stufte die Chancen dafür aufgrund schlechter Erfahrungen als eher gering ein. Zu oft seien sie mit ihren Versuchen gescheitert, Zugezogene für ihre Sache zu gewinnen. Den Grund dafür sehen sie darin, dass die meist jungen Familien in den Neubaugebieten andere Interessen hätten. Neben den familiären Verpflichtungen und dem Pendeln zum Arbeitsplatz fänden diese kaum noch Zeit für ehrenamtliche Aktivitäten.

Bei uns sind es die berühmten 13 Familien, die alles am Laufen halten. Die werden jedoch allmählich weniger. Man kennt auch nicht mehr jeden im Ort. Wir müssen stärker auf die Neuen zugehen. Das Dorfleben funktioniert nur, wenn alle an einem Strang ziehen und vorhandene Angebote wahrnehmen - wenigstens punktuell.

Mehrheitlich kamen die Gesprächspartner aber zu dem Schluss, dass verstärkte Anstrengungen seitens der Alteingesessenen und der Gemeinde dazu beitragen könnten, die Neuen in die vorhandenen Strukturen einzubinden. Es gab auch eine Reihe von Vorschlägen, wie dies praktisch aussehen könnte: Die Gemeinde solle neue Mitbürger bei der Anmeldung gleich mit allen Informationen zum Vereinsleben versorgen. Die Ortsvorsteher und Vereinsaktiven sollten neue Bewohner zu Begrüßungsabenden einladen. Aus dem betriebswirtschaftlichen Personalmanagement stammt schließlich die Idee, die Engagierten vor Ort könnten sich Zugezogenen als Mentoren anbieten.

Viele Gesprächsteilnehmer – darunter auch solche, die selbst einst zugezogen oder nach längeren Lebensphasen in städtischer Umgebung aufs Land zurückgekehrt sind – verwiesen bei dieser Diskussion allerdings darauf, dass man auch eine gewisse Eigeninitiative seitens der neuen Bewohner erwarten könne: Im Dorf mache man sich normalerweise bei den Nachbarn bekannt. Dabei könne man sich auch über das Angebot der Vereine und ehrenamtliche Aktivitäten informieren.

Mit der Zuwanderung vieler Flüchtlinge nach Deutschland gelangten vom Herbst 2015 an auch Menschen aus Syrien, dem Irak oder aus Nordafrika in die sechs Gemeinden. Wie in vielen anderen Regionen zeigte sich auch hier eine große Bereitschaft, den neuen

Nachbarn zu helfen. Wie einige Gesprächspartner bestätigten, tauchten neben den „üblichen“ Ehrenamtlichen, die sich bereits seit Jahren engagieren, auch neue Gesichter bei den Helferkreisen auf. Aktiviert habe diese Freiwilligen wahrscheinlich die zeitweilig herrschende Not, die Neuankömmlinge zu versorgen und sie bei den ersten Schritten auf neuem Terrain zu begleiten – sicherlich eine Ausnahmesituation. Es sei jedoch zweifelhaft, ob dieses Engagement anhalte und sich die neuen Freiwilligen, einmal aktiviert, auch in anderen Bereichen einsetzen.

Eigentlich müsste man den Neubürgern am Anfang zeigen, was es alles gibt und ein Mentoring-Programm anbieten nach dem Motto: Wenn du Fragen hast, wende dich an mich. Denn wer zugezogen ist, weiß doch erst einmal nichts darüber, was es alles bei uns gibt.

Was hemmt das Engagement?

Was müsste sich ändern, um die Arbeit der Freiwilligen zu erleichtern? Dies war eine weitere Frage bei den Interviews und Gruppendiskussionen. Die Freiwilligenkoordinatorin Kathrin Beyer sieht eine Hürde darin, dass es an Möglichkeiten fehlt, den freiwillig Engagierten wenigstens ihren Aufwand zu erstatten: Mitunter scheitert das Engagement daran, dass es nicht nur Zeit erfordert, sondern auch Geld kostet. Dies ist etwa dann der Fall, wenn Bürger Fahrten zu ihrem Einsatz mit dem Bus oder dem eigenen Auto selbst bezahlen müssen. Aufgrund der großen Entfernungen fallen aber solche Kosten gerade im ländlichen Raum häufig an. „Die Fahrtkosten muss man sich leisten können. Alleinerziehenden und Rentnern fehlt manchmal das Geld. Die stünden eigentlich bereit und würden ihre Zeit investieren. Die eigenen finanziellen Möglichkeiten werden dann zu einem begrenzenden Faktor“, so Kathrin

Beyer. Ihrer Meinung nach dürfte Engagement eigentlich kein Geld kosten. Es reiche doch, wenn jemand Zeit mitbringe.

Die Befragten und Diskussionsteilnehmer, die in Vereinen Aufgaben übernommen haben, sahen Handlungsbedarf etwa bei den zahlreichen Vorschriften und Regulierungen, die tendenziell zunehmen. Diese erschwerten die Vereinsarbeit und schreckten Menschen ab, verantwortliche Positionen zu übernehmen. Vor allem steigen den Befragten zufolge die Anforderungen an die Rechnungslegung der Vereine. Immer öfter meldet sich das Finanzamt für eine Betriebsprüfung an. Von den Kassenwarten erfordert dies ein umfangreiches steuerrechtliches Wissen. Von Glück reden kann ein Verein, in dem Menschen diese Aufgaben übernehmen, die aus ihrem beruflichen Alltag das nötige Wissen mitbringen.

Viele Engagierte wünschten sich eine bessere Unterstützung durch hauptamtliche Kräfte. Dabei würde es oft schon reichen, wenn die Verwaltung für das Ausleihen von Ausstattung für Feste oder für die Nutzung gemeindeeigener Räumlichkeiten durch lokale Initiativen keine oder nur geringe Gebühren verlangen würde. Wenn es bei Projekten um kleine Beträge oder rechtliche Fragen geht, liegt es nahe sich erst einmal an die kommunalen Verwaltungen zu wenden. Diese gäben sich zwar oft hilfsbereit, sagen die Interviewpartner. Da aber viele Landkreise und Gemeinden knapp bei Kasse seien, bleibe es in vielen Fällen bei fachlicher Unterstützung.

Bei Festen im Ort muss man jedes Mal eine Schankerlaubnis beantragen, einen Ordnungsdienst und Straßensperrung organisieren. Der Aufwand dafür ist erheblich. Zudem fehlt es an den notwendigen kleinen Hilfestellungen durch die Verwaltung. Dazu kommen noch die hohen Gebühren. Das ärgert mich, weil es die Motivation dämpft.

Generell fehlt es nach Meinung der meisten Befragten an Ansprechpartnern bei Kommune, Kreis oder Land, die bei rechtlichen oder anderen Fragen, die professionelle Expertise erfordern, schnell und unbürokratisch aushelfen. Ein Bereich, in dem die Gesprächspartner große Hemmnisse sahen, betrifft die bestehenden Förderprogramme. Informationen darüber erreichten die Engagierten vor Ort nur selten. Und wenn doch, koste es viel Zeit und Nerven, sich über die Anforderungen und Voraussetzungen zu erkundigen und Anträge formgerecht auszufüllen. Viele würden dies gar nicht erst in Angriff nehmen, weil sie davon ausgingen, dass eine Förderung mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden sei. Ohne schlüssige Antwort blieb die Rückfrage, ob bekannt sei, wo man sich gegebenenfalls Informationen zu den vielen verschiedenen Förderprogrammen und -töpfen holen könne. Die Sportvereine verwiesen auf ihre Dachverbände. Dass es bei fast jedem Landkreis einen Ansprechpartner gibt, war den Befragten nicht bekannt.

Förderprogramme können indessen auch wie Korsette wirken und ihrerseits bürgerschaftliches Engagement hemmen, so der Hinweis einer hauptamtlichen Freiwilligenkoordinatorin: Wenn im Detail definiert ist, für welche Zwecke das Geld ausgegeben werden darf, schränke dies Initiativen ein, die neue Ansätze erproben möchten. Es gehe oft darum, was sich politisch gut nach außen verkaufen lässt. Da fließe dann zu viel Energie in den Überbau anstatt in das eigentliche Projekt. Initiativen würden gestartet, aber häufig fehle eine nachhaltige Finanzierung. Damit ließen sich Angebote kaum verstetigen oder Prozesse nachhaltig gestalten.

Letzteres greift ein zentrales Problem der aktuellen Förderpraxis auf. Fast immer ist diese zeitlich begrenzt und es gibt selten die Möglichkeit, das Programm aufgrund guter Ergebnisse zu verlängern. Mit dem Auslaufen der Unterstützung enden dann auch die Projekte. Für die Beteiligten bedeutet das, dass sie sehr viel Zeit aufwenden müssen, um

immer neue Fördermöglichkeiten zu finden. Diese Zeit fehlt ihnen dann, um das eigentliche Projekt voranzubringen.

Die Förderformulare sind oft so geschrieben, dass ein normaler Mensch sie kaum versteht. Wenn das Land mit dabei ist, wird es nochmal komplizierter. Da muss man etwa die jeweilige Haushaltsstelle wissen. Bei der Gemeinde geht das viel einfacher: Meist formlos, man reicht einfach hinterher die Rechnung ein.

Zwischen Nachwuchssorgen und Konkurrenzdenken

Mit neuen Ideen begeistern

In allen sechs Gemeinden sinken die Einwohnerzahlen. Besonders junge Menschen zieht es weg, meist in die Großstadt oder sogar ins Ausland. Nach der Schule wollen viele erst einmal die Welt kennenlernen. Allerdings fällt es nicht allen leicht, die Heimat zu verlassen. So gaben bei den Gesprächen in den Jugendzentren und bei der Jugendfeuerwehr einige an, dass sie gerne in der Region bleiben würden, wenn es die entsprechenden Ausbildungsplätze oder Hochschulen gäbe.

Ich will erst einmal in der Stadt studieren. Was danach ist, weiß ich noch nicht. Später würde ich schon gern zurückkommen. Meine Schwester hat das auch so gemacht. An sich ist Schlitz schön und es ist gut, eine Heimat zu haben.

Das Fehlen junger Erwachsener wirkt sich auch auf das freiwillige Engagement aus. Vereine oder Freiwillige Feuerwehren haben Probleme neue Mitglieder zu finden und vor allem verantwortliche Positionen zu besetzen. Dies gefährdet die Staffelübergabe in den Vereinen und Initiativen und verschärft den Wettbewerb um die jungen Bewohner.

Bei uns fehlen die jungen Menschen. Die machen häufig Abitur und sind dann weg. Ein Vereinswesen kann aber nur gut funktionieren, wenn ein Generationswechsel stattfindet.

Doch auch während der Schulzeit, wenn die Kinder und Jugendlichen noch zuhause leben, ist es für einige Vereine oder ehrenamtlichen Organisationen schwierig, diese für sich zu gewinnen. Wie sich in Gesprächsrunden mit jungen Menschen in zwei Jugendhäusern ergab, sind für die Jüngeren vor allem Sportvereine attraktiv, eventuell engagieren sie sich auch bei der Jugendfeuerwehr oder als Schülersprecher. Wandergruppen, Chöre oder Musikvereine mit einem eher traditionellen Repertoire können dagegen bei jungen Menschen weniger punkten. Auch wenn dieser Befund kaum überrascht – für solche Vereine bedeutet dies, dass sie sich neu aufstellen müssen, wenn sie überleben wollen. Zumal die jungen Befragten – unter anderem dank des medialen Angebotes – ihre Freizeit vielfältiger als früher gestalten können.

Einige Vereine und Organisationen haben bereits reagiert und Ansätze entwickelt, um den Nachwuchssorgen zu begegnen. So hat sich die Feuerwehr Schlitz nach einem starken Rückgang bei der Jugendfeuerwehr entschlossen, eine Projektwoche in der Gesamtschule anzubieten, um den Kindern die Aufgaben der Feuerwehr nahezubringen. Dieses Angebot war so erfolgreich, dass es in

den zwei folgenden Jahren wiederholt wurde. Das sei zwar sehr zeitaufwendig gewesen, sagt der Stadtbrandinspektor, man habe aber zwanzig Nachwuchsfeuerwehrleute hinzugewinnen können.

Es gibt viele Vereine oder Veranstaltungen, an denen man sich beteiligen könnte, aber es fehlt häufig am Interesse bei den Jugendlichen. Und in den eigenen Reihen finden die Vereine auch nicht genügend Helfer unter dem Nachwuchs. Die Vereine leiden darunter.

Auch Sportvereine gehen in die Schulen und werben um neue Mitglieder, wurde berichtet. Die Möglichkeit mit Schulen zusammenzuarbeiten wird jedoch bislang zu wenig genutzt, wie sich in den Gesprächen gezeigt hat. Ein Hindernis ist dabei, dass dieser Ansatz den Verantwortlichen ein hohes Maß an zusätzlichem Einsatz abverlangt. Die Organisation von Projektwochen oder Sportangeboten nehme viel Zeit in Anspruch. Ebenfalls eine Rolle spielt dabei, dass viele der Aktiven berufstätig sind und es den Vereinen daher schwer fällt, Gruppenleiter für Nachmittagsangebote in Schulen zu finden.

Ich sehe ein großes Potenzial in einer besseren Vernetzung mit den Schulen. Der Spielmannszug hier oder die Gitarrengruppe dort könnten doch Musikunterricht erteilen, damit die Schüler nicht in die Kreisstadt zur Musikschule müssen. In der Schule kriegt man den Nachwuchs auf dem Silbertablett serviert.

Die Staffelübergabe in den Vereinen wird zur Herausforderung

Bei uns fehlen die 30- bis 50-Jährigen. Die arbeiten, haben Familien, müssen den Alltag organisieren. Die gehen allenfalls mal in eine Kulturveranstaltung zur Entspannung. Aber bei der aktiven Vereinsarbeit sind die nicht dabei. Das machen hauptsächlich Senioren.

Selbst wenn die Organisationen erfolgreich Kinder und Jugendliche für sich gewinnen können – wenn die jungen Menschen nach der Schule weggehen und nicht wiederkommen, ist die mittlere Generation automatisch schwächer vertreten. Diese beteiligt sich nach Aussagen vieler Teilnehmer schon heute vergleichsweise wenig am Vereins- und Gemeinschaftsleben. Die Beobachtung deckt sich allerdings nicht mit den Zahlen des Freiwilligensurveys für ganz Hessen.¹ Die Befragten erklären sich ihre Wahrnehmung, dass die mittlere Generation fehle, so: Junge Eltern fänden neben der Familienarbeit und dem Beruf allenfalls noch Zeit und Kraft, sich im Kindergarten, in der Schule oder in den entsprechenden Fördervereinen zu engagieren. Ein Nachwuchsproblem haben die Vereine demnach nicht nur bei den Jugendlichen. Sondern auch bei den Menschen im mittleren Alter, die theoretisch Verantwortung übernehmen und Vorstandsposten besetzen könnten. Daher gestaltet sich der Generationswechsel in den Leitungsfunktionen zunehmend schwierig.

Viele Vorstände sind im fortgeschrittenen Rentenalter und Nachfolger nicht in Sicht. Damit ist die Existenz der Vereine gefährdet. Denn, so die Freiwilligenkoordinatorin, bleibe der alte Vorstand zu lange unter sich und höre dann irgendwann auf, werde es schwierig, den Verein in die nächste Generation zu retten.

Die Einsicht, dass Vereine zu wenig dafür tun, jüngere Menschen an die Vorstandsarbeit heranzuführen, zeigte sich in einer Reihe von Gesprächen und Diskussionen. Auch erste Ideen, wie sich das ändern ließe, wurden genannt. Beispielsweise könnten Interessierte, die sich noch nicht zutrauen, Verantwortung zu übernehmen, zunächst Beisitzer werden. So könnten sie einen Einblick in die Aufgaben eines Vereinsvorstandes gewinnen, ohne sich gleich zu verpflichten. Auch sollte es die Möglichkeit geben, sich für einen kürzeren Zeitraum wählen zu lassen. Gerade jüngeren berufstätigen Vereinsmitgliedern käme das entgegen, da sie häufig nicht absehen können, wie sich ihr Berufsleben entwickelt.

Aus der Zeit gefallen?

Trotz neuer Ideen und Ansätze, für einige Vereine dürfte sich die Frage stellen, ob sie überhaupt weitermachen können, wenn die Zahl der Mitglieder kontinuierlich schwindet und ihr Angebot insbesondere jüngere Menschen kaum noch anspricht. Die verbleibenden Mitglieder stehen damit vor der schwierigen Entscheidung, ihren Verein womöglich sterben zu lassen. Das fällt gerade den langjährig Aktiven schwer, da sie teilweise seit Generationen mit dem Verein verbunden sind. Mitunter haben die Vereine aber auch zu spät auf neue Entwicklungen reagiert. Das Festhalten an alten Strukturen, das Gedanken und Diskussionen über eine neue Ausrichtung nicht zulässt, schreckt jüngere Interessenten ab, so eine Bilanz der Gespräche.

Vereine müssen aber auch erkennen, wenn ihre Zeit abgelaufen ist. Dazu gehört viel Mut. Aber vielleicht ist das die Chance für einen Neuanfang, dass im Ort etwas Neues entstehen kann.

Erwächst aus der Not ein stärkeres Miteinander der Vereine?

Mangel an Nachwuchs gefährdet den Bestand vieler Vereine. Fördert diese Not ihr Zusammenrücken? Schließen sich Vereine zusammen, um zu überleben? Die Bereitschaft aufeinander zuzugehen erwies sich in den Gesprächen als unterschiedlich groß und maßgeblich von der lokalen Situation abhängig. Zu wirklichen Zusammenschlüssen kommt es häufig erst, wenn der Betrieb allein nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Hier ist das Beispiel der Freiwilligen Feuerwehr Schlitz zu nennen: Weil in den einzelnen Ortsteilfeuerwehren nicht genügend Leute zusammenkommen, werden die Übungen eben gemeinsam abgehalten.

Bei uns hat sich die Vernetzung der Vereine untereinander in den letzten Jahren gut entwickelt. Das ist aber aus der Not heraus geboren. Wir haben in fünf Ortsteilen Sportvereine. Die kriegen jeder allein gar keine Mannschaft mehr zusammen, daher gehen sie zusammen. Das dürfte künftig noch zunehmen.

Der häufigste Anlass für eine Zusammenarbeit, zumindest für eine zeitlich begrenzte, sind größere Veranstaltungen in den Orten selbst: Da sorgen beispielsweise die Landfrauen für die Verpflegung, der Spielmannszug oder Chor für die musikalische Begleitung und der Sportverein übernimmt die Organisation. Doch bei der Zusammenarbeit über die Ortsteile hinweg zeigte sich Verbesserungsbedarf: Immer wieder komme es zu Terminkollisionen mit dem Ergebnis, dass die Kirmes im einen Ortsteil dem gleichzeitig stattfindenden Fest im anderen die Besucher abspenstig macht. Vereinzelt war tatsächlich ein gewisses Konkurrenzdenken herauszuhören. Die Mehrheit der Interviewpartner sprach sich daher dafür aus, dass die Vereine

und Organisationen ihre Aktivitäten und Veranstaltungen besser aufeinander abstimmen. Denn ein Wettbewerb um die weniger werdenden Bewohner und deren Aufmerksamkeit schade am Ende allen.

Es gibt zwar viele Schnittpunkte zwischen den Vereinen, an einer guten Abstimmung untereinander hapert es jedoch bislang. Und dann passiert es, dass über die Sommermonate an einigen Sonntagen zwei, drei Veranstaltungen gleichzeitig stattfinden. Da nehmen sich die Vereine selbst die Butter vom Brot. Alle Versuche das zu ändern, haben bisher wenig gebracht.

Einige, die sich professionell mit dem Ehrenamt beschäftigen, denken indessen weiter. Ihnen geht es nicht mehr nur darum, die Zusammenarbeit der eigenständigen Vereine zu verbessern, sie schlagen vor, alle Vereine in einem Dorf unter einem gemeinsamen Dach zu bündeln. Jeder bisherige Verein wäre dann eine Sparte im gemeinsamen Dorfverein und würde keinen eigenen Vorstand mehr benötigen. Bei den Engagierten stieß dieser Vorschlag im Allgemeinen auf wenig Gegenliebe. Dennoch haben sich innerhalb von „Land mit Zukunft“ übergreifende Initiativen gebildet.

An der Dorfgrenze endet häufig das Engagement

Die Zusammenarbeit der Vereine wird in einigen der sechs Gemeinden durch ein ausgeprägtes „Kirchturmdenken“ erschwert. Dieses hat zwei Seiten. Einerseits ist es Ausdruck einer lokalen Verwurzelung. Die Bewohner schauen genau hin, was in ihrem Ort passiert und versuchen Einfluss darauf zu nehmen. Sie bringen sich in die Gestaltung ihres direkten Umfelds ein. Andererseits kann der fehlende Blick über die Dorfgrenze hinaus nachteilig sein. Herausforderungen wie etwa

die Flüchtlingshilfe oder das Schaffen neuer Mobilitätsangebote machen es notwendig, dass die Ortsteile gemeinsam nach Lösungen suchen. Auch darf die Fokussierung auf den eigenen Ort nicht einer Zusammenarbeit bestandsgefährdeter Vereine über mehrere Ortsteile hinweg im Wege stehen. So können gemeinsame Fußballmannschaften bei Nachwuchsmangel helfen den Vereinsbetrieb aufrecht zu erhalten.

Die Bewohner betrachten häufig nur, was um ihren Kirchturm herum passiert. In einigen Ortsteilen funktioniert das sehr gut. Die haben ein sehr lebendiges Vereinsleben und teilweise auch noch Gastronomie, was es in den andern Ortsteilen so nicht gibt. Von ihrem Lokalstolz wollen die nicht so recht abrücken. Es ist dann schwierig zu sagen, die sollen sich ändern.

Viele der ehemals eigenständigen Dörfer haben bis heute die Gemeindereform der 1970er Jahre nicht überwunden. Es gibt große Unterschiede in der Wahrnehmung und im Lebensgefühl zwischen den urbanen Kernstädten und den teilweise sehr kleinen, entlegenen Ortsteilen. In einigen Dörfern wird bis heute ein gewisses Maß an Lokalpatriotismus gepflegt, die Identifikation mit der Großgemeinde ist hingegen schwach ausgeprägt. Besonders stark zeigte sich diese unterschiedliche Wahrnehmung zwischen den zwei Ortsteilen von Bad Karlshafen.

Engagement im Umbruch

Neue Aufgaben

Trotz Nachwuchsproblemen – in den dörflichen Ortsteilen der sechs Kommunen und teilweise auch in den Kleinstädten haben wir lebendige Vereinsstrukturen vorgefunden.

Für die Lebensqualität in den Orten sind Feiern und Veranstaltungen im Sommerhalbjahr offensichtlich von großer Bedeutung: Von April an laden überall Tafeln zur Kirmes, zum Ziegen-, Wein-, Schlepper- oder Gartenfest ein. Kein Wunder, dass die gegenseitige Unterstützung und die Zusammenarbeit der Vereine bei diesen Anlässen in den Gesprächen breiten Raum eingenommen haben.

Indessen verändert der gesellschaftliche Wandel auch in den sechs Kommunen das Ehrenamt. Die Aussagen vieler Gesprächspartner decken sich mit den Befunden der Freiwilligensurveys: Neue Aufgaben stehen an, neue Formen von Engagement gewinnen an Boden (siehe S. 29). Wie die Befragung ergeben hat, spielt dabei das Alter der Freiwilligen eine wichtige Rolle. Die älteren Bewohner sind stark in den traditionellen Ehrenamtsformen aktiv. Jüngere Menschen engagieren sich hingegen eher in offenen Strukturen und bei zeitlich begrenzten Projekten.

Die Vereine sind wichtig, aber unmodern geworden. Viele wollen kein Vereinsmitglied mehr sein. Wir haben etwa eine Boule-Bahn gebaut. Das war lose verabredet und hat geklappt. Für mich stellt sich die Frage: Wie bekommt man Aufgaben in diese offenen Strukturen rein?

Neue Formen des Engagements vermögen nach den Beobachtungen der Gesprächsteilnehmer auch Menschen zu aktivieren, die sich bisher kaum oder nicht engagiert haben. Das hat sich deutlich gezeigt, als Unterstützung für die Flüchtlinge gefragt war und sich schnell und spontan Helfergruppen gebildet haben.

Eine wichtige Frage bei den Gruppengesprächen war, ob sich diese bisher häufig schwer erreichbaren Bewohner auch für

die etablierten Vereinsstrukturen gewinnen lassen – aber nicht nur in klassischer Form, indem sie als Mitglieder geworben werden, sondern auch, indem sich die etablierten Vereinsstrukturen für die neuen Formen des Engagements öffnen und sich die Vereine auf diese Weise erneuern. Die Vereine könnten etwa jene verlässlichen und beständigen Strukturen bieten, an denen es kurzfristigen Projekten mitunter fehlt. Beispielsweise können Sportvereine einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Flüchtlinge leisten. Dabei hilft, dass es Überschneidungen gibt: Viele, die sich in den offenen Hilfenetzwerken engagieren, sind auch Vereinsmitglieder. Unbeantwortet blieb jedoch die Frage, wie Strukturen aussehen könnten, die mit weniger Verlässlichkeit auskommen, wenn sich immer mehr freiwillig Engagierte nicht mehr dauerhaft einer Sache verschreiben wollen.

Persönlich finde ich es Quatsch, dass Vereine nicht mehr modern sein sollen. Gesellschaftliche Arbeit in den Orten ist über Jahrhunderte von den Vereinen geleistet worden. Beides sollte gehen, Vereine und lose Projekte. Es gibt in den Helfergruppen für die Flüchtlinge auch viele Vereinsmenschen. Das sollte man nutzen und Kontakte knüpfen. Flüchtlingsarbeit lässt sich ja auch gut mit den Sportvereinen verbinden.

Wie fühlt sich der demografische Wandel vor Ort an?

Bei unseren Besuchen vor Ort konnten wir einen persönlichen Eindruck davon gewinnen, welche Spuren Abwanderung, Alterung und wirtschaftlicher Strukturwandel in den sechs ländlichen Gemeinden bereits hinterlassen haben. Am deutlichsten lassen sich die Veränderungen am Leerstand ablesen. Ungenutzte Wohnhäuser und Geschäftslokale,

stillgelegte Gaststätten und Läden finden sich in allen sechs Kommunen – in den Kernstädten ebenso wie in den dazugehörigen Dörfern.

Im Zuge des demografischen Wandels muss sich bürgerschaftliches Engagement nicht nur an veränderte Vorstellungen und Ansprüche anpassen, es kommen auch ganz neue Aufgaben auf die Zivilgesellschaft zu. Leerstand, Versorgungslücken und ein steigender Anteil älterer Menschen, deren Familienangehörige nicht mehr vor Ort wohnen, stellen ein wachsendes Aufgabenfeld für Bürger dar.

Entstehen aus der Bürgerschaft Initiativen, diesen Herausforderungen zu begegnen? Sehen es die Bürger überhaupt als ihre Aufgabe an, in diesem Bereich tätig zu werden? Welche Entwicklungen nehmen die Menschen in Orten wahr? Wo sehen sie Handlungsbedarf und werden selber aktiv?

Aus den Ortsteilen erhält unser Verein eigentlich nur Hilfsanfragen von Menschen, die nicht in die Dorfgemeinschaft oder in die Nachbarschaft eingebunden sind. In der Kernstadt vereinsamen aber immer mehr Ältere und die trauen sich oft auch nicht, um Hilfe zu bitten. Wir kümmern uns dann um die, lesen vor, gehen spazieren, einkaufen oder begleiten sie bei Behördengängen.

Im Ergebnis der ersten Befragung ist dies ein Bereich, in dem die Bürger bereits die Initiative ergriffen haben. Traditionell unterstützen sich Nachbarn im dörflichen Alltag meist formlos. Vereine oder Organisationen sind dafür in der Regel nicht nötig. Dieses Engagement ist daher von außen kaum sichtbar, übernimmt aber im gemeinschaftlichen Zusammenleben viele wichtige Aufgaben. In vielen Ortschaften der sechs Kommunen

SONDERFALL FREIWILLIGE FEUERWEHR

Vor dem Hintergrund der Fragestellung, welche Aufgaben das Ehrenamt angesichts schmäler werdender Daseinsvorsorge im ländlichen Raum übernehmen kann, spielt das Brand- und Katastrophenschutzwesen eine besondere Rolle: Diese originär staatliche Aufgabe wurde in Deutschland hauptsächlich auf die Freiwilligen Feuerwehren übertragen, die es verpflichtend in jeder Gemeinde geben muss. Berufsfeuerwehren sind in Hessen nur für Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern vorgesehen. Das Bundesland gibt die Rahmenbedingungen wie Bedarfsplanung, Personalstärke oder Regelzeiten vor und finanziert die technische Ausstattung. Auf Gemeindeebene gibt es jeweils eine öffentlich-rechtliche Einsatzabteilung sowie einen Feuerwehrverein, der meist privatrechtlich organisiert ist.

Bei dem Gruppengespräch in Schlitz zeigte sich beispielhaft, was das heute im ländlichen Raum bedeutet: Wenn es in der Kernstadt brennt oder ein Unglück gegeben hat, ist die Einsatzabteilung rasch zur Stelle, weil ein guter Teil ihrer Mitglieder beim städtischen Bauhof arbeitet oder aber bei Firmen, die bereit sind, freiwillige

Feuerwehrleute für Einsätze freizustellen. In den dörflichen Ortsteilen hängt die Einsatzbereitschaft wesentlich davon ab, wie viele Mitglieder der örtlichen Feuerwehrvereine in der Nähe verfügbar sind. Viele Erwerbstätige pendeln, sodass sie im Ernstfall tagsüber nicht schnell genug vor Ort sein können. Hinzu kommt, dass die Verantwortlichen Aufgaben wie das Vorbereiten von Übungen, das Abnehmen von Prüfungen und die Verwaltung zur Gänze am Feierabend und in der Freizeit erledigen müssen. Die Freiwilligen bekämen immer mehr aufgebürdet, sagt der Stadtbrandinspektor. Dadurch sei es schwieriger geworden, Leute zu finden, die sich als Wehrführer zur Verfügung stellen. Nachwuchssorgen vermelden teilweise auch die Jugendfeuerwehren. Wie sich in einer Gesprächsrunde bei der Jugendfeuerwehr im Bad Karlshafener Stadtteil Helmarshausen herausstellte, sehen es erstaunlich viele Jugendliche auf dem Land immer noch als selbstverständlich an, sich dort zu engagieren. Aber wenn sie für ihre Ausbildung oder das Studium wegziehen, sind sie für die Feuerwehr verloren.

funktioniert offenbar diese Nachbarschaftshilfe gut. Ältere, meist alleinstehende Bewohner können sich derzeit darauf verlassen, dass sie zum Einkaufen mitgenommen werden oder bei Bedarf Unterstützung im Haushalt erhalten, wenn sie nicht gänzlich zurückgezogen leben und wenig Kontakt mit der Gemeinschaft pflegen. Die Anzahl der älteren Menschen, die Hilfe benötigen, wird jedoch künftig weiter ansteigen. In vier der sechs „Land mit Zukunft“-Kommunen haben Bürger deshalb Vereine gegründet, die Nachbarschaftshilfe organisieren. Sie bringen

Unterstützer und Menschen, die Hilfe brauchen zusammen, organisieren Fahrdienste für Personen, die nicht eigenständig mobil sind, oder betreiben Second-Hand-Läden, Suppenküchen oder Treffpunkte, die für kleines Geld einen Kaffee anbieten, obendrein Beratung und Gelegenheit für Gespräche. Diese Organisationen sind unabhängig von „Land mit Zukunft“ entstanden. Trotzdem beteiligten sich auch einige der in diesen Initiativen aktiven Personen an dem Programm.

Wo sehen die Bürger den größten Handlungsbedarf?

Bei der ersten Erhebungsrunde haben sich vier Schwerpunkte herauskristallisiert, bei denen die Gesprächsteilnehmer den größten Handlungsbedarf sahen: Mobilität, Nahversorgung, soziale Einrichtungen und Leerstand.

Wie in vielen ländlichen Regionen in Deutschland dünnt sich auch in den sechs untersuchten Kommunen der Nahverkehr zunehmend aus. Busverbindungen gibt es meist nur noch im Schülerverkehr. Die Anbindung der Ortsteile an die Kernstadt fanden viele Befragte unzureichend. Zudem verkehren die Busse kaum zwischen den einzelnen Ortsteilen. Besonders bei Älteren oder Jugendlichen, die kein eigenes Auto haben, waren die fehlenden Mobilitätsangebote ein wichtiges Thema. Beide Gruppen sind darauf angewiesen, von anderen mitgenommen zu werden. Von Bürgern organisierte Mobilitätsangebote gab es zu diesem Zeitpunkt in keiner der sechs Kommunen.

Wir haben in Sontra eigene Fahrdienste organisiert für die Menschen, die Unterstützung benötigen. Wir betreiben eine Telefonzentrale und haben eigene Fahrzeuge, die wir gesponsert bekommen haben.

In vielen Ortsteilen gibt es schon lange keine Metzger, Bäcker oder Lebensmittelgeschäfte mehr. Den Befragten war bewusst, dass sich daran auch in Zukunft nichts ändern dürfte: Für die großen Handelsketten ist der Einzugsbereich zu klein und ein kleiner Laden lässt sich kaum wirtschaftlich betreiben. Ein Bürgermeister wies darauf hin, dass die Kommunen wenig ausrichten können: „Einen Supermarkt kann man kaum noch ansiedeln, selbst wenn man dem die Fläche schenken würde.“

Vor allem ältere Menschen in den Orten sind aber auf eine fußläufig erreichbare Nahversorgung angewiesen. Was können Bürger tun? Im Waldecker Ortsteil Höringhausen haben der Ortsbeirat und einige Bewohner die Initiative ergriffen, um einen von Bürgern betriebenen Dorfladen und damit auch einen Treffpunkt zu schaffen (siehe S. 71). Dies ist jedoch unabhängig von „Land mit Zukunft“ geschehen. Ein vergleichbares Projekt ist im Rahmen des Programms nicht entstanden.

Soziale Einrichtungen wie Kindergärten oder Dorfgemeinschaftshäuser erfüllen vor allem in den kleinen, randständigen Ortsteilen wichtige Funktionen als soziale Treffpunkte. Bei letzteren stellt sich aber zunehmend die Frage, wer für den Erhalt dieser Gebäude aufkommen soll. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage der Kommunen besteht bei einigen die Absicht, diese Aufgabe stärker in die Hände der Dorfgemeinschaft zu legen. Mancherorts haben Bürger in Eigenarbeit geholfen, die Gebäude zu renovieren.

Auch im privaten Immobilienbestand müsste viel investiert werden. Einige Häuser sind am Verfall. Das lässt sich kaum ändern, weil keiner bereit ist, in alte Wohnhäuser zu investieren. Die Kommune könnte die leerstehenden Häuser übernehmen, aber dann müsste sie für die Abrisskosten aufkommen.

Der zunehmende Leerstand vor allem in den Kernstädten beschäftigte viele Gesprächspartner. Da die historischen Häuser dort meist eng beieinander stehen und in vielen Fällen über keinen Garten oder Hof verfügen, sind sie für Zuzügler wenig attraktiv. Diese zieht es meist in die umliegenden Ortsteile, wo es mehr Platz und Nähe zur Natur gibt. In Homberg (Efze) hat sich der Verein „Bürger

für Homberg“ schon vor Jahren auf die Fahne geschrieben, die vom Verfall bedrohten historischen Gebäude in der Innenstadt zu retten und wieder mit Leben zu füllen – mit wechselndem Erfolg. Gesprächspartner aus dem Vorstand setzten bei der ersten Befragung große Hoffnungen darauf, dass es mit Hilfe des Programms „Land mit Zukunft“ gelingen könnte, diese Anstrengungen zu verstärken (siehe S. 49).

Was kann bürgerschaftliches Engagement hier leisten?

Die angeführten Beispiele zeigen, dass Bürger in den sechs Kommunen bereits begonnen haben, Aufgaben zu übernehmen, die von der klassischen Daseinsvorsorge nicht mehr geleistet werden, oder zum Zeitpunkt der Befragung im Begriff waren, dies im Rahmen von „Land mit Zukunft“ zu tun. Einige Befragte gaben jedoch zu bedenken, dass diese neuen Aufgaben das freiwillige Engagement überfordern können und dass die Bürger nicht jede Lücke zu füllen vermögen. Sie sahen schon jetzt die Grenze dessen erreicht, was freiwillig Engagierte leisten können, und fürchteten, dass diese sich zurückziehen könnten, wenn sie sich überlastet fühlen. Auch neue Mitstreiter könnten so kaum gefunden werden.

Die Sicht der Bürgermeister

Diese Feststellungen führen zwangsläufig zur Frage: Wie können die Gemeinden die freiwillig Engagierten unterstützen, wenn diese immer mehr Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge auffangen? Dies war eine der Fragen an die Bürgermeister der sechs Kommunen, denn gerade den Gemeindevorstehern fällt in diesem Kontext eine zentrale Rolle zu. Sie würdigten einhellig das große Engagement ihrer Bürger. „Wir wissen, was das Ehrenamt leistet, wie viele Stunden da unbezahlt aufgewendet werden“, so der Tenor. „Was die Menschen da auf die Beine stellen, von der Renovierung des Dorfgemeinschaftshauses über die Vereinsarbeit bis hin zu Nachbarschaftshilfe, das könnte die Kommune selbst

nicht leisten.“ Insbesondere die zahlreichen Vereine bewegten viel in den Kommunen und bereicherten das soziale Leben. Dabei seien einige Bürger sogar Vorsitzende gleich mehrerer Vereine. Anerkennung erhielten die freiwillig Engagierten durchaus, meinte ein Bürgermeister, „ob in dem Maße, wie sich der Einzelne das vorstellt, ist allerdings eine Frage des Betrachters“.

Wenn die Zivilgesellschaft aber Aufgaben außerhalb der klassischen Bereiche wie Sport, Musik oder Feuerwehr übernimmt, stößt dies vereinzelt auch auf Skepsis. Wenn also Bürger den Dorfplatz pflastern oder das Dorfgemeinschaftshaus ausbauen, ist dies nach Ansicht eines Bürgermeisters problematisch: Bei ehrenamtlich geleisteten Arbeiten gebe es keine Ausschreibung oder fachgerechte Abnahme. Wenn dann etwa ein so renoviertes kommunales Gebäude den Brandschutzauflagen nicht genüge und Nachbesserungsarbeiten nötig würden, entstünden nachträglich hohe Kosten. Ähnlich, wenn Bürger sich anböten, den Rasenplatz zu mähen, dies aber wegen anderer Verpflichtungen nicht in der gebotenen Regelmäßigkeit tun könnten und der Platz dann zum Sanierungsfall werde. „Im Nachhinein wäre es in einigen Fällen günstiger gewesen, eine Firma die Arbeiten machen zu lassen“, sagte einer der befragten Bürgermeister.

Von ähnlichen Erfahrungen berichteten auch andere Bürgermeister. In den meisten Fällen habe sich das Problem jedoch durch professionelle Unterstützung lösen lassen. Bei Umbaumaßnahmen wurde etwa ein Architekt hinzugezogen, der die Statik berechnete und den Engagierten zur Seite stand: „Diese Entscheidung hat zwar zunächst für Unruhe bei den beteiligten Vereinen gesorgt, am Ende herrschte aber die Einsicht, dass allein das gute Ergebnis zählt.“ Notwendig sei eine klare Aufgabenteilung zwischen Engagierten und bezahlten Kräften, eine eindeutige Festlegung, was Bürger in Eigenleistung erbringen können und was fachliche Unterstützung erfordert.

Künftig dürfte es in ländlichen Räumen aber schwieriger werden, diese Grenze zu ziehen. Der Übergang zwischen Tätigkeiten, die von Hauptamtlichen und solchen, die von Freiwilligen ausgeübt werden, zerfließt zunehmend, wenn die Versorgungslücken größer werden und Bürger in die Bresche springen. Einige Bürgermeister sahen diese Entwicklung kritisch. „Die Kommunen dürfen sich nicht aus der Daseinsvorsorge zurückziehen und den Bürgern die Verantwortung überlassen“, unterstreicht etwa der Waldecker Bürgermeister Jörg Feldmann. In Homberg (Efze) formulierte es sein Amtskollege Nico Ritz so: „Die Kommune muss den Engagierten den Rücken freihalten für ihre eigentlichen Aufgaben und sich um die Dinge kümmern, die keinen Spaß machen.“

Die Antworten auf die Frage, wie das Engagement aus den Rathäusern heraus unterstützt werden könnte, fielen unterschiedlich aus. Das Wichtigste ist nach Ansicht einiger Bürgermeister, dass die Politik und die Verwaltung den Engagierten nicht im Wege stehen, dass sie den Mut aufbringen, Projekte und Vorhaben erst einmal laufen zu lassen und beizeiten die richtigen Anstöße zu geben. Dabei könne man von den Ehrenamtlichen auch etwas fordern: „Die Leistungen der Engagierten zu würdigen heißt auch, mit ihnen kritisch zu diskutieren und auszuloten, wie ein Vorhaben funktionieren könnte“, sagte einer der befragten Bürgermeister. Die kommunale Planung müsse die Menschen vor Ort mit einbeziehen.

Wie dies funktionieren kann, lässt sich beispielhaft in Homberg (Efze) beobachten. Statt die Haushaltsplanung im Rathaus zu entwerfen, sie dann vorzustellen und zu beschließen, sind die kommunalen Verantwortlichen einen neuen Weg gegangen. Sie haben die Ortsvorsteher der Gemeinde gebeten, eine Wunschliste aller mittel- und langfristigen Investitionen zu erstellen und sich dabei auch nicht zu scheuen, vermeintlich abwegige Vorschläge aufzuschreiben. „Das hat in einigen Fällen zu sehr kreativen Ideen

geführt und einen wichtigen Diskussionsprozess angestoßen“, bilanziert Bürgermeister Nico Ritz.

Fazit

Die erste Befragungsrunde im Frühjahr 2016 hat gezeigt, dass es in den sechs Gemeinden insgesamt gut bestellt ist um das freiwillige Engagement. Allerdings zeichnen sich Entwicklungen ab, welche die Engagementlandschaft verändern. So haben die Befragten festgestellt, dass neue Formen des Engagements auf dem Vormarsch sind, die noch wenig in die traditionellen Strukturen eingebettet sind. Gleichzeitig leiden althergebrachte Vereine an Nachwuchsmangel, sei es, weil ihr Angebot jüngere Menschen nicht mehr anspricht oder weil diese nach der Schule wegziehen. Hinzu kommt, dass Engagierten, die in mehreren Vereinen und Organisationen gleichzeitig eingebunden sind, Überlastung droht. Wenn sie wegfallen, wäre dies ein Verlust, denn viele Initiativen und Projekte hängen von ihrem Einsatz ab. Deren Fortbestand ist ohne diese treibenden Kräfte gefährdet.

Die Bürger sind sich der Herausforderungen bewusst, vor die der demografische Wandel nicht nur das traditionelle Vereinsleben stellt, sondern auch das gesamte Gemeinwesen. Die Bereitschaft, darüber nachzudenken, zu diskutieren und Ideen zu entwickeln, ist hoch, insbesondere dort, wo auch die Verwaltung offen ist für Impulse und Initiativen aus der Bürgerschaft.

Entsprechend gut fiel die Resonanz auf die Einladung aus, im Rahmen des Programms „Land mit Zukunft“ Ideen und Projekte zu entwickeln. Was daraus geworden ist, zeigt das folgende Kapitel.

2.2 DAS PROGRAMM

Ansatz und Umsetzung

Der Informations-Flyer, mit dem die Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ und die Herbert Quandt-Stiftung ihr Kooperationsprojekt öffentlich bekannt gemacht haben, bringt präzise auf den Punkt, worum es geht: „Das Programm „Land mit Zukunft“ stärkt Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gestaltungskraft. Die Ideen entstehen direkt vor Ort und werden selbstständig verwirklicht. Um Menschen nachhaltig zu unterstützen, setzt das Programm nicht einseitig auf Finanzierung. Vielmehr begleiten die beiden Stiftungen die Engagierten beim Erwerb von Wissen und Austausch von Erfahrungen.“

Das Programm ruhe auf drei Säulen, schreiben die beiden Stiftungen weiter: Erstens könnten die Bürger bei der Projektarbeit neue Erfahrungen sammeln, gemeinsam Chancen ergreifen und die Kreativität ihres Ortes wecken. Zweitens ermögliche eine intensive Vernetzung den Beteiligten, Erfahrungen im Ort, zwischen den Orten und im Land auszutauschen, sich gegenseitig zu beraten und Ideen weiterzugeben. Und drittens würden Fortbildungen den Engagierten helfen, ihre Kompetenzen zu stärken, um beispielsweise relevante Gesetze und Vorschriften besser zu verstehen.²

Soweit der Ansatz. Offizieller Start des Programms war im Herbst 2014 mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung. Richtig los ging es im Frühsommer 2015, zunächst unter Federführung der Herbert Quandt-Stiftung. Die Stiftungen luden in allen sechs Gemeinden die Einwohner zu „Bürgerdialogen“ ein und machten dies unter anderem über Artikel in den lokalen Zeitungen publik. Bei diesen Auftaktveranstaltungen standen jeweils vier leere Pinnwände bereit. Sie waren jeweils einem Themenbereich gewidmet: „Alltag“, „Zusammenleben“,

„Attraktivität der Stadt“ und „Mein Einsatz – Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement“. Nach einer kurzen Einführung teilten sich die Teilnehmer in kleinere Gruppen auf und diskutierten reihum an diesen vier Stationen den Ist-Zustand und ihre Vorstellungen zur Zukunft ihrer Gemeinde. Mitarbeiter der Stiftungen griffen die Themenvorschläge auf, schrieben sie auf Zettel und hängten diese an die Pinnwände. Auch erste Projektideen waren dabei. Zum Schluss konnten die Teilnehmer mithilfe von Klebepunkten darüber abstimmen, bei welchem Thema sie den größten Handlungsbedarf sahen. Die drei am höchsten bewerteten Themen bildeten jeweils den Ausgangspunkt für die weitere Arbeit.

In der nächsten Stufe des Programms versammelte sich jeweils ein kleiner Kreis Engagierter, die sich ausdrücklich dafür gemeldet hatten, in regelmäßigen Abständen zu Gesprächen am sogenannten Runden Tisch. Um eine „vertrauliche und konstruktive Arbeitsatmosphäre“ zu ermöglichen, fanden diese Sitzungen in einem geschlossenen Rahmen statt. Moderiert und begleitet von Mitarbeitern der beiden Stiftungen, diskutierten die Teilnehmer die ausgewählten Schwerpunktthemen. Ziel war, konkrete Projekte auszuarbeiten, diese im Detail zu planen und Förderanträge dafür zu stellen. Im Verlaufe dieses mehrere Monate andauernden Prozesses hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, Fachleute einzuladen, Erfahrungswissen aus vergleichbaren Projekten einzuholen oder selbst an Fortbildungen teilzunehmen. Eine Konferenz in Bad Hersfeld am 11. Juni 2016 bot zudem Gelegenheit, die Projekte vorzustellen, sich untereinander zu vernetzen und Erfahrungen auszutauschen. Eine Einbindung von politischen Mandatsträgern war in dieser Phase bewusst nicht vorgesehen.

Fliegender Wechsel

Im Sommer 2016 fand ein Rollentausch statt, der beim Start des Programms nicht vorgesehen war. Die Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ übernahm die Projektleitung und damit die Verantwortung für die Umsetzung des Programms. Die Herbert Quandt-Stiftung, die einer Entscheidung ihrer Stifterin zufolge Ende 2016 ihre operative Tätigkeit einstellen sollte, behielt lediglich ihre Rolle als Kooperationspartner und Förderer bei. „Nach intensiven Verhandlungen“, heißt es hierzu im Jahresbericht der Landesstiftung, habe ein „nahtloser Übergang“ gewährleistet werden können und „die bei einem solchen Prozess natürlicherweise entstehenden Reibungsverluste sind in einem sehr überschaubaren Rahmen geblieben“.³

Dies nahmen manche der Engagierten vor Ort allerdings anders wahr. Zum Zeitpunkt des Wechsels waren die moderierten Gespräche an den Runden Tischen in einigen Orten abgeschlossen und es lagen mehr oder weniger ausgereifte Projektideen und Förderanträge vor. Den Mitwirkenden kam der Wechsel folglich äußerst ungelegen. Denn damit gingen ihnen die vertrauten Ansprechpartner verloren, die bis dahin eine wesentliche Stütze des Prozesses gewesen waren. „Es herrschte auf einmal eine große Unsicherheit. Wir hingen einige Monate in der Luft“, berichtete einer der Teilnehmer, „das war ziemlich demotivierend und hat dazu geführt, dass sich viele der Aktiven zurückgezogen haben.“

Hinzu kam, dass den Beteiligten erst jetzt klar wurde, dass sie die Hälfte der für ihr Vorhaben notwendigen finanziellen Mittel aus eigener Kraft aufbringen mussten. Bei der Auslobung des Programms hatten die beiden Stiftungen für jede teilnehmende Gemeinde bis zu 60.000 Euro für einen Zeitraum von drei Jahren in Aussicht gestellt. Dabei hatten

sie im Kooperationsvertrag festgelegt, dass die Partner vor Ort einen Eigenanteil nach dem „Matching Fund“-Prinzip leisten müssten. Auch die Förderrichtlinien der Landesstiftung besagen, dass diese in der Regel 30 bis höchstens 50 Prozent der Gesamtkosten eines Projekts übernimmt. Die Richtlinien sind im Internet einsehbar. Beides war den Mitarbeitern der Stiftungen bekannt, doch wie sich jetzt herausstellte, war diese Information bei der Mehrheit der Engagierten vor Ort nicht angekommen. In einigen Kommunen gingen die Teilnehmer der Runden Tische davon aus, dass die Förderung sämtliche Kosten ihrer Projekte decke. In anderen Gemeinden hatten die Teilnehmer zwar mit einem Eigenanteil gerechnet, jedoch höchstens von 15 bis 20 Prozent der Gesamtkosten. Diesen Anteil hofften sie in Form von Eigenleistungen erbringen zu können.

Der Eigenanteil stellte die Beteiligten vor eine unerwartete Hürde. Denn nun mussten sie überlegen, wie sie die nötigen finanziellen Mittel aufbringen sollten. Die meisten fanden letztlich Wege, diese aufzutreiben, um ihre Projekte voranzubringen. Einige stiegen jedoch aus. Sie empfanden es als „frustrierend“, dass die Mitarbeiter der Landesstiftung nach der Stabübergabe bei dem Versuch, aus den vorliegenden Vorschlägen förderfähige Projekte im Sinne des Programms zu entwickeln, teilweise Veränderungen vorschlugen, teilweise zusätzliche Anregungen oder Erfahrungen aus anderen Regionen oder neue Ideen in die Gespräche einbrachten. So kamen vereinzelt Ideen nicht weiter voran, weil sich niemand mehr dafür einsetzen mochte, sei es aus Mangel an Motivation oder an freier Zeit.

Ähnliche Ideen

Schon bei den Bürgerdialogen zum Auftakt des Programms hat sich deutlich gezeigt, dass die Bürger in den sechs Gemeinden vergleichbare Probleme wahrnehmen: Häuser und Ladengeschäfte stehen leer. Trotz schmucker Altstädte und beeindruckender

Naturschönheiten ziehen die Orte nicht genügend Touristen an. Der Nahverkehr lässt zu wünschen übrig. Die Ortsteile haben wenig miteinander zu tun, die Vereine stimmen ihre Veranstaltungen nicht aufeinander ab, es fehlt also am Miteinander.

Kein Wunder also, dass die Gruppen teilweise identische Projektideen entwickelten, zumindest um jene Probleme anzugehen, zu deren Lösung Bürger im Rahmen dieses Programms beitragen können. Wo die Teilnehmer feststellten, dass es mit der Kommunikation und Kooperation zwischen den Dörfern und Vereinen hapert, lag der Gedanke nahe, sich über das Internet zu vernetzen. Und wo ganze Ladenzeilen verödeten, gab es verbreitet das Bedürfnis, die Schaufenster mithilfe von Kunstausstellungen oder anderen Verschönerungsmaßnahmen attraktiver zu gestalten.

Es lag also nahe, diese Ideen zu bündeln, damit auch fürderhin nicht jede Initiative oder Gemeinde, die ein solches Projekt realisieren will, das Rad neu erfinden und ihre Ressourcen für Fragen oder Aufgaben einsetzen muss, die längst erledigt sind. Ein solches „Ergebnis-Projekt“ hat sich etwa für den immer wieder vorgebrachten Vorschlag ergeben, eine digitale Plattform für eine bessere Vernetzung innerhalb der Gemeinde zu schaffen. Die Landesstiftung plante zunächst, einen professionellen Entwickler mit der Programmierung einer entsprechenden Website zu beauftragen. Die teilnehmenden Gemeinden sollten diese Plattform, angepasst an die jeweiligen Bedürfnisse, übernehmen könnten. Dazu kam es allerdings nicht. Denn inzwischen hatte ein IT-Unternehmer aus Sontra in Eigeninitiative eine Stadtplattform geschaffen und an den Start gebracht – ohne Auftrag der Stadt und ohne das Programm „Land mit Zukunft“ zu kennen. Motivation des Geschäftsführers war und ist es, die Digitalisierung in Sontra voranzubringen. Wie die Stadt zum Start des Pilotprojekts im Mai 2017 meldete, leistet die Plattform „Sontra digital“ ihr „wichtige

Dienste in der Kommunikation, insbesondere bei der Beteiligung der Bürger an Stadtentwicklungsprozessen“.⁴ Vorerst finden Bürger und Interessierte hier am PC oder über eine Smartphone-App Termine, Angebote und Informationen von Vereinen, Verbänden, Unternehmen, sozialen und öffentlichen Einrichtungen. Eine Anmeldung oder das Anlegen eines Profils ist hierfür nicht erforderlich. Vereine und Organisationen können ihre Veröffentlichungen über Facebook in die Plattform einspeisen. Dieser Ansatz ist einfacher als bei einer Vielzahl von Webseiten, bei denen dies Kenntnisse im Umgang mit einem Content-Management-System oder den Umweg über einen Systemadministrator erfordert.

Dieses Konzept überzeugte die Landesstiftung. Sie verwarf ihre Pläne und schlug den Arbeitsgruppen in den übrigen „Land mit Zukunft“-Gemeinden vor, das System von „Sontra digital“ zu übernehmen und sich so den Aufwand für die Programmierung einer eigenen Website zu ersparen. Die Landesstiftung will die Nutzung mit Hilfe von Werbepartnern kostenfrei gestalten und zusätzlich eine redaktionelle Unterstützung durch das Unternehmen aus Sontra ermöglichen. Die Planungen dafür sind im Gange.

Auch bei anderen Ideen, die im Zuge der Gespräche an den Runden Tischen in mehreren Gemeinden aufgekommen waren, bietet sich eine übergreifende Lösung an. Dazu gehört etwa der Vorschlag, in leeren Schaufenstern Werke lokaler und regionaler Künstler zu präsentieren. Bisher ist dieser nur in sehr begrenztem Umfang umgesetzt worden, in Bad Karlshafen, Tann und Sontra. Allerdings wäre denkbar, in einer Art Wanderausstellung mehrere Kommunen bei einem solchen Projekt zusammenzubringen oder ein „Artist in Residence“-Programm zu starten, bei dem Künstler für einen festgelegten Zeitraum im Ort leben und arbeiten. Die Landesstiftung arbeitet gemeinsam mit der Hessischen Kulturstiftung daran, ein derartiges Projekt 2018 zu realisieren.

Was in den sechs Gemeinden geschah

Bad Karlshafen

Auftaktveranstaltung:

16. Juli 2015 im Bürgerhaus Helmarshausen mit rund 80 Teilnehmern

Runde Tische:

8 Treffen mit gut 30 Teilnehmern, September 2015 bis März 2016, anschließend regelmäßige Treffen Vereinsvorstand und Programmleitung

Beim Auftakt identifizierte Schwerpunkte:

- Gebäude und Leerstand (25 Stimmen)
- Angebote für Kinder und Jugendliche (22 Stimmen)
- Tourismus und Freizeit (21 Stimmen)

Daraus entstandene Projekte:

- Freiluft-Treffpunkt „Im Todt“ für Jugendliche
- Kinoprogramm

Förderung:

- 14.500 Euro für Jugendtreff
- 7.900 Euro für Kinoprogramm
- 30.000 Euro Aktionsgemeinschaft HafenStadt

Bei den ersten Gesprächen des Runden Tisches in Bad Karlshafen bildeten sich drei Gruppen heraus: Eine suchte nach Räumen, die sich als Treffpunkt für alle Generationen eignen könnten. Eine zweite Gruppe nahm sich vor, einen Ort für die rund 700 Jugendlichen in der Gemeinde zu schaffen. Die dritte Gruppe beschäftigte sich damit, wie Bad Karlshafen attraktiver für Besucher und Bewohner zu machen sei, etwa mit kulturellen Angeboten oder mit einer künstlerischen Gestaltung der leeren Schaufenster.

Ein erstes Ergebnis war die Gründung eines Bürgervereins am 20. Mai 2016. Wie der Name „Bürgerverein Karlshafen-Helmarshausen e.V.“ ausdrückt, besteht dessen wesentliches Ziel darin, das Miteinander von Menschen und Vereinen aus den beiden Stadtteilen zu fördern. Dass dies nötig war, hatte sich bei der Auftaktveranstaltung

gezeigt, wo als Schwerpunktthemen auch „Stärkung des Wir-Gefühls“ und „Bad Karlshafen und Helmarshausen näher zusammenbringen“ viel Zustimmung fanden.

Tanzkurs und Kinoprogramm

Der Bürgerverein zählt inzwischen rund 80 Mitglieder und hat einen eigenen Internetauftritt.⁵ Um schnell erste Ideen umzusetzen, organisierten die Aktiven ohne Förderung zunächst einen Tanzkurs, für den sie einen Teilnahmebeitrag erhoben. Der Kurs erfreute sich aus dem Stand heraus einer großen Nachfrage. Dadurch kam Geld in die Vereinskasse, sodass der Bürgerverein den nötigen Eigenanteil für zwei Projekte im Rahmen von „Land mit Zukunft“ stemmen konnte: einen Jugendtreff von und mit Jugendlichen zu gestalten sowie ein regelmäßiges Kinoprogramm anzubieten. Im Dezember 2016 fanden im Kursaal die ersten Vorstellungen statt, weitere folgten im Frühjahr 2017. Der Eintritt war frei, eine Spende jedoch willkommen. Die Kinderfilme waren gut besucht, das Programm für Erwachsene konnte dagegen nur wenige anlocken.

Jugendtreff

Das zentrale Projekt bestand darin, den bisherigen „wildem“ Badeplatz bei der Kanuanlegestelle am Ufer des Flüsschens Diemel in Helmarshausen mit einem überdachten Unterstand und einem Volleyballfeld zu einem Freiluft-Treffpunkt für Jugendliche auszugestalten. Die künftigen Nutzer sollten mit eigener Arbeit dazu beitragen. Bei zwei Präsentationen in der Bad Karlshafener Gesamtschule vermochte der Verein rund 50 Jugendliche für das Vorhaben zu begeistern, sodass im Herbst und Winter die Planung erfolgen konnte. Im Frühjahr 2017 erfolgte der erste Spatenstich für den Jugendtreff „Im Todt“. Die künftigen Nutzer haben inzwischen mit der Bepflanzung begonnen und Spenden gesammelt, sodass es im Frühjahr 2018 losgehen kann.

Kulturtreff

Die schon zur Zeit der Runden Tische gestartete Suche nach Räumen für einen Mehrgenerationen-Treffpunkt blieb vorerst erfolglos. Zwar fehlt es nicht an ungenutzten Lokalisationen in Bad Karlshafen, aber es gelang nicht, im Rahmen von „Land mit Zukunft“ ein förderfähiges Projekt zu entwickeln. Der Verein hat indessen anderweitig Fördermittel akquiriert, um in ehemaligen Büroräumen einen „Kulturtreff“ einzurichten. Dort finden sich jetzt regelmäßig Vereinsmitglieder und Bürger unter anderem zum Stammtisch ein, um – gleichsam in Fortsetzung der Runden Tische – Bedürfnisse festzustellen und Anregungen aufzunehmen, aber auch weitere Mitstreiter zur Umsetzung der Projekte zu finden. Regelmäßig treffen sich hier auch eine Näh- und eine Kulturgruppe, die sich auch um Geflüchtete kümmert.

Hürden:

Im Überschwang, endlich etwas in Gang zu bringen, haben die Aktiven den ersten Spatenstich für den Jugendtreff gesetzt, bevor die Baugenehmigung vorlag. So kam es, dass die Verwaltung erst einmal einen Baustopp verhängte. Ein hoher Einsatz an Zeit und Geduld war nötig, um die Einwände aus dem Weg zu räumen, Auflagen des Landschaftsschutzes zu erfüllen und das Vorhaben ordnungsgemäß fortzuführen. Im Herbst 2017 wurde der Bauantrag endgültig genehmigt.

Warum das Kinoangebot so wenig Zuspruch fand, können sich die Aktiven nicht so richtig erklären. Denn in Bad Karlshafen gibt es seit 30 Jahren kein Kino mehr. Zum nächstgelegenen Lichtspielhaus sind es 17 Kilometer. Sicherlich spielt die Konkurrenz durch Fernsehen und Online-Filmangebote eine Rolle. Vor allem aber machen generelle Hürden solche nichtkommerziellen Angebote wenig attraktiv: Die Veranstalter dürfen keine aktuellen Filme zeigen und in ihrer Werbung nur verklausuliert darauf hinweisen, welche Titel zu sehen sind. Sie sind an bestimmte

Verleiher gebunden und deren Auswahl ist begrenzt. Erschwerend kommt hinzu, dass Gema-Gebühren anfallen und im Falle von Bad Karlshafen die Stadtverwaltung je Vorstellung 120 Euro Saalmiete fordert. Der Bürgerverein konnte diese Kosten zum Teil aus „Land mit Zukunft“-Fördermitteln decken, zum Teil durch Spenden von Zuschauern und von Geschäftsleuten. Inzwischen ist das Kinoprogramm im Angebot des Kulturtreffs aufgegangen.

Den Plan, leere Schaufenster im Rahmen und gefördert von „Land mit Zukunft“ für eine größere Kunst-Schau zu nutzen, mussten die Engagierten vorläufig auf Eis legen. Es gab den Einwand, ein solches Projekt hätte im Jahr 2017 kaum Chancen, Besucher nach Bad Karlshafen zu locken, da gleichzeitig die „Documenta“ in Kassel die Aufmerksamkeit der Kunstinteressierten auf sich zieht. Allerdings konnten die Aktiven nicht verhehlen, dass sie sich dadurch in ihrem Elan gebremst fühlten. Immerhin reichte das Engagement aus, in Eigenregie ein paar leere Schaufenster mit Werken heimischer Künstler und historischen Objekten des Heimatvereins zu dekorieren. Mehr hätten sie aus eigener Kraft ohnehin nicht geschafft, sagen die Engagierten: Es erfordere einigen Aufwand, die privaten, teils auswärtigen Ladenbesitzer ausfindig zu machen und dazu zu bewegen, ihre Schaufenster zur Verfügung zu stellen.

Indessen ist der Bürgerverein, zusammen mit der Bad Karlshafener Werbegemeinschaft und der Landesstiftung „Miteinander in Hessen“, eingebunden in das Projekt der Bad Karlshafener Stadtmarketing-Gesellschaft zur Wiederbelebung der Altstadt. Dazu gehört unter anderem ein „Baustellen-Begleitprogramm“ mit Picknicks, Konzerten und anderen Angeboten rund um den Hafen, eine Reaktivierung leerstehender Gebäude an zentraler Lage sowie eine Existenzgründer-Kampagne. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit ist auch die Realisierung des Kunstprojekts geplant.

Ideen gibt es noch viele beim Bürgerverein. Die Freiwilligen sehen sich jedoch weder personell noch finanziell in der Lage, große Vorhaben zu stemmen wie etwa eine Umgestaltung des ehemaligen Schwimmbades am Weserufer, das seit Jahren ungenutzt vor sich hin rotet – ein Schandfleck an zentraler Stelle. Sie können eher kleine, überschaubare Projekte umsetzen. Es fehlt vor allem an dauerhafter Unterstützung, an Beratung und Expertise bezüglich der Erstellung von Förderanträgen.

Homberg (Efze)

Auftaktveranstaltung:

22. Juli 2015 in der Stadthalle mit rund 80 Teilnehmern

Runde Tische:

6 Treffen mit rund 20 Teilnehmern, September bis Dezember 2015, 15 Sitzungen Projektgruppe und Lenkungsausschuss Bürgerbus März bis November 2016, 3 Treffen zum Kulturzentrum Krone April bis August 2017

Beim Auftakt identifizierte Schwerpunkte:

- Bessere, intelligenter Lösungen für die Mobilität (23 Stimmen)
- Bessere Zusammenarbeit der Ehrenamtlichen mit Stadt, anderen Vereinen, Schulen (20 Stimmen)
- Belebung der Altstadt, Leerstand als Chance wahrnehmen (18 Stimmen)

Daraus entstandene Projekte:

- Bürgerbus
- Kulturzentrum „Krone“ (geplant)

Förderung:

30.000 Euro für Bürgerbus

Bürgerbus

Das Schwerpunktthema „unbefriedigende Verbindungen des öffentlichen Nahverkehrs zwischen den Stadtteilen“ hatte beim Bürgerdialog in Homberg die höchste Zustimmung erhalten. Am Runden Tisch kam daher schon bald der Vorschlag auf, einen Bürgerbus ins Leben zu rufen. Dieser könnte die Lücke schließen, die durch den Wegfall des

„Stadtbusses“ entstanden war. Ein örtliches Busunternehmen hatte diese innerstädtische Linie betrieben, sie jedoch wegen mangelnder Nachfrage, bedingt auch durch die Schließung des Krankenhauses, 2011 eingestellt.⁶ Im Februar 2016 luden die Stadt und die Organisatoren des Programms „Land mit Zukunft“ zu einer Informationsveranstaltung, zu der etwa 50 Bürger kamen. Der Bürgerbus-Experte Holger Jansen vom Berliner nexus-Institut, der zuvor schon den Teilnehmern des Runden Tisches Rede und Antwort gestanden hatte, brachte den Bürgerbusbeauftragten der rheinland-pfälzischen Verbandsgemeinde Langenlonsheim mit. Dieser schilderte mit großer Detailkenntnis, wie ein solches Projekt aufzubauen und zu betreiben sei. Spontan meldeten sich anschließend rund 20 Personen, die bereit waren, an der Realisierung des Projekts mitzuwirken.

Dies gelang binnen eines halben Jahres. Die Projektgruppe konnte sich weiterhin bei dem Bürgerbus-Experten Holger Jansen Rat holen. Eigens eine gemeinnützige Organisation als Rechtsträger zu gründen, erwies sich als unnötig: Der Bürgerbus Homberg konnte sich als Abteilung in den bestehenden Verein „Bürger für Homberg“ (siehe S. 49) eingliedern. Der Vorstand des Vereins unterzeichnete im August 2016 eine Kooperationsvereinbarung mit der Herbert Quandt-Stiftung, die im Rahmen von „Land mit Zukunft“ eine Anschubfinanzierung von 30.000 Euro zur Verfügung stellte. Damit konnte der Verein einen fast neuen Opel Vivaro Kleinbus und einen Laptop kaufen, Prospekte drucken und den Gesundheitscheck für die Fahrer bezahlen. Im September 2016 stellte die Gruppe das Vorhaben anlässlich einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor.

Seit dem 20. Oktober 2016 fährt „d'Bus“ nun zweimal wöchentlich: Dienstags bedient er die Kernstadt Homberg und ihre nördlichen Ortsteile, donnerstags die Kernstadt und den Süden.⁷ Wer den Bürgerbus nutzen will, ruft jeweils am vorherigen Tag zwischen 15 und 17 Uhr beim Organisationsteam an, um Abholungsort, Fahrtziel und Uhrzeiten zu

vereinbaren. Das Angebot richtet sich an alle Bürger, die „noch nicht, nicht oder nicht mehr selbst mobil sind“. Es ist kostenlos, aber die meisten Nutzer werfen gerne ein paar Euro in die Spendenbox. Denn den Bürgerbus-Service in Anspruch zu nehmen sei besser als Nachbarn um einen Gefallen bitten zu müssen, erzählte eine Mitfahrerin.

Pro Fahrt befördert der Bürgerbus bis zu 15 Passagiere, meist Stammgäste, zum Arzt, zum Einkaufen oder zum Friseur und wieder nachhause. 30 Ehrenamtliche arbeiten im Fahr- und im Telefondienst mit. Für den Telefondienst und die regelmäßigen Koordinations-sitzungen des siebenköpfigen Lenkungs-ausschusses hat die Stadtverwaltung Räume in einem der Fachwerkhäuser am historis-chen Marktplatz zur Verfügung gestellt. Die laufenden Kosten von rund 13.000 Euro jährlich kann das Team vor allem durch die Vermietung von Werbeflächen auf dem Bus decken. Die Stadt steuert jährlich rund 3.000 Euro bei. Der Rest kommt über Spenden in die Kasse. Damit lassen sich auch Rückla-gen bilden, um in zehn bis zwölf Jahren einen neuen Bus zu erwerben, wie der Sprecher Dirk Schumacher betont. Er macht aber auch deutlich, dass der Bürgerbus ohne Anschubfi-nanzierung nicht zustande gekommen wäre. Einmal zum Laufen gebracht, trägt sich das Projekt jedoch weitgehend finanziell selbst – solange sich genügend Ehrenamtliche finden, die es in ihrer Freizeit betreiben und weiter entwickeln.

Hürden:

Die Anschubfinanzierung war die größte Hürde bei der Umsetzung der Projektidee im Rahmen von „Land mit Zukunft“. Ohne Fahrzeug kein Bürgerbus. Ein Leasing wäre über die Kommune grundsätzlich möglich gewesen, aber nicht über den Verein, da die Finanzierungsinstitute von Autohäu- sern solche Verträge mit gemeinnützigen Vereinen nicht zulassen. blieb also nur der Kauf. Unterschiedliche Auffassungen bei den beiden Stiftungen darüber, welche Signalwir- kung die Finanzierung des Kaufpreises aus

Dienstags ist der Norden dran, donnerstags der Süden

Vom Bürgerbus bediente Ortsteile (weiß), öffentliches Liniennetz (rot, zeitweise bediente Linien gestrichelt)

(Datengrundlage: Bürgerbus Homberg, www.nvv.de)



Fördermitteln hätte, brachten das Projekt zu- nächst ins Stocken. Die engagierten Freiwilligen in Homberg wähten sich dagegen sicher, ihr Förderantrag erfülle dank der fachkundigen Begleitung alle Kriterien und sie könnten mit der Finanzierung der vollen Kaufsumme rechnen. Sie hatten daher schon viele Stun- den für die Klärung offener Fragen und die konkrete Organisation aufgewendet. So habe sich vorübergehend große Enttäuschung breitgemacht, sagt Bürgerbus-Sprecher Dirk Schumacher. Erst als die Herbert Quandt-Stif- tung zusicherte, im Zuge des Wechsels der Programmleitung die komplette Kaufsumme zu übernehmen, hellte sich die Stimmung un- ter den Mitwirkenden wieder auf.

Dass das Projekt dann endgültig ins Rollen kam, verdankt sich auch der Unterstützung durch die Stadtverwaltung: Neben der finan- ziellen Beteiligung hat sie im städtischen Bauhof einen überdachten Abstellplatz für den Bürgerbus eingerichtet. Und sie hat es er- möglicht, den Bürgerbus über die kommunale

Fahrzeugflotte zu günstigeren Konditionen zu versichern. Dies half, eine weitere Hürde zu überwinden: Die marktüblichen Versiche- rungsprämien hätten das Budget gesprengt.

Die Idee, einen Bürgerbus einzurichten, hatte schon 2011 der damalige Bürgermeister ins Gespräch gebracht, als der Stadtbus seinen Betrieb einstellte. Ein Aufruf zum Mitmachen fand jedoch seinerzeit keine ausreichende Resonanz. Die Veranstaltungen im Rahmen von „Land mit Zukunft“, verbunden mit der Aussicht auf Fördermittel, vermochten die „kritische Masse“ an engagierten Bürgern zu mobilisieren, die bereit waren, diese Idee auch umzusetzen.

Inzwischen hat die hessische Landesregie- rung angekündigt, im Rahmen ihrer Offensi- ve „Land hat Zukunft – Heimat Hessen“ die Beschaffung von Bürgerbussen zur Sicherung der Mobilität 2018 und 2019 mit jeweils 1,2 Millionen Euro zu fördern.

„BÜRGER FÜR HOMBERG“ – EHRENAMTLICHER EINSATZ FÜR DEN ERHALT HISTORISCHER GEBÄUDE

Lebenswerter, liebenswerter und zukunfts-sicherer soll die Stadt werden. Das ist das Ziel des Vereins „Bürger für Homberg“. Hervorgegangen ist er 2007 aus dem Geschichtsverein Homberg, der mangels Nachwuchs kurz vor der Auflösung stand. Aufgaben wie die ehrenamtliche Führung des lokalen Archivs wurden einem Zweigverein des Vereins für Hessische Geschichte und Landeskunde übertragen. Die historische Perspektive übernahm der neue Verein „Bürger für Homberg“: Die Aktiven kümmerten sich zunächst darum, den Alten Friedhof und das Gebäude des heimatkundlichen Archivs herzurichten. Bald fassten sie außerdem die Erhaltung der Fachwerkgebäude ins Auge, die zunehmend leer standen. 2009 ersteigerten sie ein Wohngebäude aus dem 18. Jahrhundert in der Innenstadt von Homberg (Efze), sanierten es teilweise und verkauften es – nicht ohne sich zusichern zu lassen, dass die denkmalgerechte Sanierung zu Ende gebracht wird. Der Verein hatte diesen Kraftakt aus eigenen Mitteln vorfinanziert, für dieses und weitere Projekte aber auch eine Bürgerstiftung Pro Homberg ins Leben gerufen, die inzwischen über ein Stiftungskapital von 55.000 Euro verfügt.

Mit einem Teil dieser Mittel und massivem freiwilligem Einsatz hat sich der Verein große Verdienste bei der Rettung der „Krone“ erworben. Dieses Fachwerkgebäude am Marktplatz hat eine lange Geschichte: Erbaut 1480, als der Wollhandel Homberg zu Wohlstand gebracht hatte, überstand es die Zerstörungen im Dreißigjährigen Krieg

dank eines kaiserlichen Schutzbriefs unversehrt. Seit 1721 diente es als Gaststätte und blieb bis ins 21. Jahrhundert in gutem Zustand erhalten. Ab 2011 war ein rentabler Betrieb nicht mehr möglich, unter anderem wegen zu hoher Energiekosten. Das Restaurant musste schließen. Der Verein „Bürger für Homberg“ mochte das drohende Ende nicht hinnehmen und begann Spenden zur Rettung der „Krone“ zu sammeln. 26.000 Euro kamen zusammen. Dieses Geld steht seither als Beitrag zur denkmalgerechten Sanierung des historischen Kleinods zur Verfügung. Es wurde aber bisher nicht eingesetzt.

2015 hatte die Stadt das Gebäude von dem bisherigen Eigentümer, einer Investorengesellschaft, gekauft – und eigene Pläne dafür entwickelt. Für den Erwerb musste sie nicht einmal die Stadtkasse antasten: 70 Prozent des Kaufpreises von knapp 71.000 Euro kamen von dem Bund-Länder-Förderprogramm „Stadtumbau West“, den Eigenanteil der Stadt von 21.400 Euro übernahm der Verein „Bürger für Homberg“. Es fand sich ein Pächter, der den gastronomischen Betrieb zumindest abends aufrechterhält. Er will das Lokal auch weiterhin bewirten und möglicherweise auch den Festsaal für Gesellschaften anbieten. Allerdings ist dringend eine energetische Sanierung nötig: Die Räume in dem schlecht isolierten Fachwerkgebäude auf gastlichen Temperaturen zu halten, verursacht enorme Kosten. Inzwischen zeichnet sich eine neue Nutzung als Kulturzentrum im Rahmen des Programms „Land mit Zukunft“ ab (siehe S. 50).

Die Arbeit geht dem Verein indessen nicht aus. Der Vorsitzende Gerhard Grebe, Arzt in Rente, und der Kassenwart Georg Ritter, Bauingenieur und pensionierter ehemaliger Bauamtsleiter, schätzen den Leerstand allein in der Kernstadt auf 15 bis 20 Prozent aller Gebäude. Der Kataster müsste auf den aktuellen Stand gebracht werden, sagt Ritter: „Dann wollen wir die Eigentümer aufsuchen und ihnen unseren Sachverstand anbieten.“ Ritter hat sich ausgiebig damit beschäftigt, wie sich Fachwerk denkmalgerecht von innen dämmen ließe, ohne feucht zu werden. Dafür seien weitere bauphysikalische Forschung und geänderte gesetzliche Bestimmungen nötig, damit Hausbesitzer an Fördermittel für eine energetische Sanierung kämen. Es fehle aber an Geld und es gebe „Behinderungen an jeder Ecke“.

Das vom Verein sanierte Wohnhaus dient als Modell und Anschauungsobjekt für Eigentümer historischer Gebäude. Diese sollen wieder genutzt werden, malt Gerhard Grebe die Vorstellungen des Vereins aus, und zwar so, dass sie modernen Wohnansprüchen genügen, dass sie generationsübergreifendes Zusammenleben ermöglichen und dass in die Ladenlokale im Erdgeschoss Kleingewerbe oder Anbieter von Nischenprodukten einziehen. Damit Homberg noch lebenswerter und zukunfts-sicherer wird.

Kulturzentrum „Krone“

Zum Schwerpunktthema „Leerstand und Belebung der Altstadt“ lieferte ein Vortrag von Ulrich Berding, Experte für Stadtentwicklung an der Technischen Hochschule Aachen, den Teilnehmern des Runden Tisches Impulse für die Wiederbelebung verlassener Immobilien. Berding plädierte dafür, kreativ mit dem Leerstand umzugehen, beispielsweise durch temporäre Zwischennutzung oder durch eine dauerhafte Umnutzung, und sich dafür auch Anregungen von außen zu holen. Vertreter des Vereins „Bürger für Homberg“ (siehe Kasten S. 49) schlugen vor, als Projekt im Rahmen des Programms „Land mit Zukunft“ ein Leerstandskataster zu erfassen und eine Fachberatung für modernes Wohnen in historischen Bauten ähnlich wie in Wanfried (siehe S. 68) aufzuziehen. Die anschließende Diskussion ergab, dass weder das eine noch das andere ausreichen würde, die Innenstadt als Wohnstandort attraktiv zu machen. Dennoch machten sich daraufhin einige Engagierte daran, die Ideen des Vereins „Bürger für Homberg“ weiterzuentwickeln. Ein förderfähiges „Land mit Zukunft“-Projekt ist daraus nicht geworden.

Indes erörterte eine kleine Gruppe vom Frühjahr 2017 an bei drei weiteren Runden Tischen, wie das traditionsreiche, aber sanierungsbedürftige Restaurant „Krone“ am zentralen Marktplatz (siehe S. 49) künftig genutzt werden könnte. Der Architekt Klaus Mienert nahm als profunder Kenner des Gebäudes und seiner Schwachstellen an den Gesprächen teil. Ein Vorschlag lautete, die Krone zu einem Kulturzentrum zu machen und sowohl die Gastronomie als auch das Veranstaltungsprogramm rein bürgerschaftlich zu betreiben. Ein funktionierendes Vorbild dafür gibt es beispielsweise im Dorftreffpunkt „Schule Dalwigkthal“ (siehe S. 69). Bernd Wecker, Mitglied der dortigen Bürgergenossenschaft, schilderte der Gruppe in Homberg bei einem der Treffen Ende Juni 2017 die positiven Erfahrungen. Daniela Watzke vom Genossenschaftsverband sprach über die Rahmenbedingungen und die Vorteile dieser Rechtsform.

Die Idee, eine Genossenschaft zu gründen, fand allerdings keine Anhänger. Aber als Träger für das kulturelle Angebot bot sich der bestehende Verein „Homberger Kulturring“ an. Gegründet 1990, nach der erfolgreichen, bürgerschaftlich initiierten Sanierung der Stadthalle (siehe S. 13), koordiniert der Kulturring die Termine aller Vereine und Organisationen in Homberg und seinen Ortsteilen, von der Kirmes bis zum Barockkonzert. Er organisiert aber auch selbst Konzerte, Aufführungen und Ausstellungen mit lokalen wie überregional bekannten Künstlern. Die Ideen für das Kulturprogramm in der „Krone“ hätten sie bereits im Kopf, sagten die Projektverantwortlichen im Herbst 2017. Sie könnten allein in der näheren Umgebung aus dem Vollen schöpfen. Und der „Krone“-Saal mit seinen etwa 120 Plätzen eigne sich gut für Veranstaltungsformate, für die der Saal der Stadthalle überdimensioniert sei. Voraussetzung dafür sei, dass der Saal gedämmt und vernünftig beheizbar sei. Denn: „Die Liedertafel, die früher in dem Saal geprobt hat, musste winters im Mantel singen. Wenn wir jetzt Veranstaltungen in einem kalten Raum anbieten, sagen die Leute hinterher: Da haben wir gefroren, da gehen wir nie mehr hin.“

Hürden:

Eine Zeitlang standen zwei unterschiedliche Vorschläge im Raum, wie die „Krone“ zu sanieren sei. Die sachkundigen Mitglieder des Vereins „Bürger für Homberg“ hatten ein Konzept für eine einfache Isolierung des Saales ausgearbeitet, die sich mit dem gesammelten Spendenbetrag realisieren ließe. Der Magistrat der Stadt Homberg verfolgte zunächst eine eigene Idee: Örtliche Handwerksbetriebe sollten die Sanierung vornehmen und als Entgelt für einen Teil ihrer Arbeitsleistung Anteile an einer Handwerkergenossenschaft erhalten. Das ließ sich nicht realisieren. Schließlich fand sich eine Lösung: Auf Grundlage der am Runden Tisch entwickelten Ideen und in Zusammenarbeit mit dem beteiligten Architekten erarbeitete die Stadt Homberg ein Konzept für ein Kultur- und Begegnungszentrum Krone. Damit bewarb sie sich um

eine Förderung aus dem Bund-Länderprogramm „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“. Im Dezember 2017 erfolgte die Förderzusage über 405.000 Euro. Damit kann die Stadt die geplanten Sanierungsmaßnahmen und die übrigen Investitionen zu 90 Prozent finanzieren.

Der Veranstaltungsbetrieb auf bürgerschaftlicher Basis ist dank des „Kulturring“-Engagements gesichert. Und hinsichtlich der Bewirtung wird derzeit geprüft, das Ausbildungsrestaurant des Vereins „Starthilfe“ in die „Krone“ zu verlagern. Dieses ist zurzeit in einem anderen Fachwerkgebäude an der Untergasse untergebracht. Schulisch und sozial benachteiligte junge Menschen erhalten hier eine Berufsausbildung zum Koch oder zur Fachkraft im Gastgewerbe.⁸

Schlitz

Auftaktveranstaltung:

23. Juli 2015 im Bürgerhaus Hutzdorf mit über 60 Teilnehmern

Runde Tische:

16 Treffen mit bis zu 40 Teilnehmern, September 2015 bis März 2017

Beim Auftakt identifizierte Schwerpunkte:

- Tourismuskonzept (17 Stimmen)
- Medizinische Versorgung (16 Stimmen)
- Werbung um junge Familien (10 Stimmen)
- Angebote für Jung und Alt (10 Stimmen)

Daraus entstandene Projekte:

- Markierung Wanderwege
- Outdoor-Aktivitäten (wurde nicht fortgesetzt)

Förderung:

keine

Die Protokolle der Runden Tische in Schlitz zeigen, dass es nicht immer leicht ist, konkrete Projekte zu identifizieren, die von Freiwilligen realisiert werden können, um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. So diskutierten die Teilnehmer zu Beginn ausgiebig darüber,

wie sich das Schlitzerland für Tagestouristen attraktiver machen könnte und wie sich die medizinische Versorgung verbessern ließe. Sie mussten einsehen, dass weder die Erstellung eines globalen Tourismuskonzepts noch die Anwerbung von Ärzten oder die Einrichtung eines Ärztehauses im Rahmen eines ehrenamtlichen Projekts machbar sind. Auch bei der Frage, wie sich junge Familien nach Schlitz holen ließen, wurde bald klar, dass Bürger nicht leisten können, was in diesem Zusammenhang erforderlich ist: die Schaffung von Arbeitsplätzen und attraktivem Wohnraum. Im weiteren Verlauf drehten sich die Gespräche darum, wie sich bisher gefundene Ideen möglicherweise kombinieren ließen, um dennoch zur Verbesserung auf den Gebieten Tourismus, medizinische Versorgung und Attraktivität für junge Familien beizutragen – dabei aber keine doppelten Strukturen zu schaffen. Denn manches, was vorgeschlagen wurde, gibt es bereits. Zum Beispiel den Verein „Wir in Schlitz“, der ehrenamtliche Dienstleistungen vermittelt und so die Lücke zwischen professionellen Pflegediensten und Nachbarschaftshilfe schließt (siehe Kasten).

Die Diskussion ergab, dass das Schlitzerland eigentlich gut mit Schulen, Kindergarten, Kirchen und Vereinen versorgt ist. Es fehlt aber an einer Vernetzung und gemeinsamen Kommunikation der Angebote. Daraus ging die Projektidee einer digitalen Bürgerplattform hervor, auf der sich alle Vereine und Institutionen vorstellen und ihre Termine bekanntgeben können. Mithilfe eines solchen „Binnenmarketings“, so der Gedanke, würde sich Schlitz auch nach außen besser darstellen können. Die Arbeitsgruppe stellte hierzu umfangreiche Überlegungen an. Sie verfolgte das Projekt jedoch nicht weiter, nachdem die Entscheidung gefallen war, die digitale Bürgerplattform als „Ergebnis-Projekt“ für alle sechs Kommunen zu realisieren. Die Landesstiftung hat Ende 2017 allen Gruppen angeboten, das in Sontra entwickelte System (siehe S. 45) zu übernehmen.

„WIR IN SCHLITZ“

Seit einigen Jahren lebt eine Frau mit ihrem Mann und ihrer betagten Mutter in einem Dorf des Schlitzerlandes. Während sie neben ihrer Berufstätigkeit leicht Anschluss an die Dorfgemeinschaft fand, ist die Mutter nie so recht heimisch geworden: Nach all den Jahren hat sie kaum Kontakte im Dorf geknüpft, zumal es ihr immer schwerer fällt, das Haus zu verlassen. Jetzt hat sich die Tochter an den Verein „Wir in Schlitz“ gewandt mit der Frage, ob es nicht möglich sei, jemanden zu finden, der ihre Mutter ab und zu besucht.

„Es ist uns gelungen, eine Dame in unserem Verein zu finden, die bereit war, das zu übernehmen“, sagt Erika Wunsch, die Vorsitzende des Vereins, „und es geht beiden gut dabei, der Besuchten und der Besucherin.“ Eigentlich funktionieren die Dorfgemeinschaften noch, sagt Wunsch. Aber das ändere sich: „Wir werden älter, die jungen Leute gehen weg.“ Deshalb hat sie mit anderen zusammen 2007 den Verein gegründet. Dieser hat sich zum Ziel gesetzt, Menschen zu helfen, die Zuwendung und Unterstützung bei leichten Verrichtungen des Alltags benötigen. Das

Angebot umfasst Begleitung beim Spazierengehen, bei Einkäufen oder Arztbesuchen, Gesellschaft leisten und vorlesen, Hilfe bei Reparaturen, Entlastung pflegender Familienangehöriger, aber auch Kinderbetreuung bei Notfällen. Sigrid Stock, die zweite Vorsitzende weist darauf hin, dass der Verein sich sorgfältig gegenüber professionellen Dienstleistern abgrenzen muss: „Wir dürfen nicht wirtschaftlich tätig werden. Wenn es um Krankenfahrten geht, müssen Taxifahrer das übernehmen, die ja dafür ausgebildet sind. Und wenn wir gefragt werden, ob wir etwa Rasen mähen oder putzen könnten, dann vermitteln wir das an bezahlte Kräfte.“

Als Anlaufstelle hat der Verein ein kleines Büro im Gebäude der örtlichen Sparkasse gemietet. Er finanziert sich ausschließlich über die Beiträge der mittlerweile 120 Mitglieder und über Spenden von Unternehmen, „die gut finden, was wir machen“, sagt Erika Wunsch. Die Mitglieder, die sich für Einsätze abrufen lassen, sind überwiegend jüngere Rentner, die fit genug sind und sich Zeit nehmen können, um Ältere zu unterstützen.

Als weitere Projektidee ging aus den Gesprächen am Runden Tisch hervor, dass eine Verbesserung und Erneuerung des Outdoor-Angebotes die Attraktivität des Schlitzerlandes für Bewohner, Zugezogene und Touristen steigern könnte. Der Fokus sollte dabei auf dem Wandern sowie dem Vermitteln von Wissen rund um Sehenswürdigkeiten und Naturschönheiten liegen.

Nach dem Wechsel der Programmleitung wurde das Schwerpunktthema „Outdoor-Konzept“ erneut aufgegriffen. Fachliche Beratung dafür holten sich die Teilnehmer bei Jochen

Becker vom Büro „ProjektPartner Wandern“ im mittelhessischen Bad Endbach, der am 23. März 2017 beim Runden Tisch eine Präsentation zum Thema „Premiumwanderwege“ hielt. Das sind Routen, die mit einem Siegel ausgezeichnet sind und ein „modernes, erlebnisorientiertes“ Wanderangebot garantieren, das heißt unter anderem keine asphaltierten Wegstrecken oder verbaute Aussichtspunkte. In der anschließenden Diskussion herrschte bald Einigkeit darüber, dass sich die vorhandenen Wege im Schlitzerland nicht für einen Ausbau in diesem Sinne und für eine touristische Vermarktung eignen. Vielmehr sollten

sie als grüne Infrastruktur für die eigene Bevölkerung erneuert und instandgehalten werden. Eine Gruppe hatte zu diesem Zeitpunkt aber bereits begonnen, sich um die Erneuerung des teilweise veralteten und ungenügend gepflegten Wanderwegenetzes zu kümmern: Die Aktiven glichen alte Wanderkarten mit internetbasierten aktuellen Karten ab (Georeferenzierung), suchten fachliche Unterstützung, Sponsoren und Helfer. Schließlich machten sie sich daran, drei Wanderwege auf dem Tempelberg auszubessern und zu markieren. Aufgrund von mangelnder Rücken- deckung begann die Anzahl der engagierten Mitstreiter allerdings schon bald zu bröckeln. Die Bereitschaft, sich über das Markieren der Wanderwege hinaus zu engagieren, hielt sich letztlich in Grenzen, was dazu geführt hat, dass das Projekt keine Fortsetzung gefunden hat.

Hürden:

Die eigentliche Hürde in Schlitz dürfte gewesen sein, dass an den Runden Tischen keine zündende Projektidee entstanden ist. Die Idee der digitalen Bürgerplattform wurde zwar aufgegriffen und vor Ort weit vorange- trieben, am Ende aber in Form eines „Ergeb- nis-Projekts“ für alle beteiligten Gemeinden realisiert. Alle weiteren Ideen entpuppten sich entweder als zu groß, um von Ehrenamt- lichen umgesetzt werden zu können, oder sie versprachen nicht den gewünschten Erfolg. Möglicherweise eignen sich touristische Themen auch weniger für freiwilliges Enga- gement, da sie einen langen Atem erfordern und die Freiwilligen nicht nachhaltig binden können.

Hier hat sich gezeigt, dass ein Dialogprozess nicht automatisch in ein tragfähiges Projekt mündet. In der Folge hat dies dazu geführt, dass im Rahmen von „Land mit Zukunft“ kei- ne finanzielle Förderung erfolgte.

Sontra

Auftaktveranstaltung:

28. September 2015 mit rund 200 Teilnehmern

Runde Tische:

19 Treffen mit durchschnittlich 15 Teilnehmern, November 2015 bis November 2017

Beim Auftakt identifizierte Schwerpunkte:

- Ehrenamt fördern und anerkennen, Kommunika- tion und Kooperation zwischen Vereinen bzw. mit der Stadt verbessern
- Freizeit- und Kulturangebote ausbauen, Angebote für Kinder und Jugend stärken
- Zusammenhalt in Sontra verbessern

Daraus entstandene Projekte:

- Netzwerk „SontrAktiVereint“
- Wander-Event „Sontra von 8 bis 8“

Förderung:

15.000 Euro für Aktionsprogramm 2018 und 2019
38.000 Euro für Stadtmanager

Im Januar 2015 hatte die Gemeinde Sontra mit Unterstützung der Landesregierung ihre Bürger bereits zu einem „lokalen Demografie- Dialog“ eingeladen (siehe S. 21). Rund 250 Sontraer kamen ins Bürgerhaus, um darüber zu diskutieren, welches die größten Heraus- forderungen sind und wie sie die Zukunft sehen. An vorderster Stelle benannten sie die Sicherung und Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze, den Leerstand in der Stadt, den Ärztemangel auf dem Land und das aus- baufähige Angebot des öffentlichen Nahver- kehrs. Sie regten jedoch auch dazu an, auf mehr Sauberkeit im Straßenbild zu achten und „positiv über Sontra zu reden“.⁹ Konkret schlugen sie unter anderem vor, die Innen- stadt mit einem Wochenmarkt zu beleben, Zuwanderer besser in die lokalen Vereine ein- zubinden und ein Familienzentrum einzurich- ten. Um auch die Bedürfnisse der jüngeren Bevölkerung zu erfassen, verteilte die Ge- meinde anschließend 450 Fragebögen an der Adam-von-Trott-Gesamtschule, die vollzählig ausgefüllt zurückkamen. Daraus ergab sich als erstes konkretes Projekt die Einrichtung eines Skaterplatzes.

Das Programm „Land mit Zukunft“ konnte an diesen Demografie-Dialog anknüpfen. Bei der Auftaktveranstaltung zog der Bürgermeister zunächst eine erste Bilanz der realisierten Vorschläge. So war es mit Unterstützung der „Arbeitsgemeinschaft Sontraer Handel“ ge- lungen einen Wochenmarkt zu etablieren. An- schließend präsentierten sich zwei Arbeits- gruppen, die sich bereits gebildet hatten. Eine von der Stadt getragene Gruppe widme- te sich der Image-Entwicklung und Außen- darstellung der Stadt Sontra. Moderiert wur- de sie vom Büro Selzer Konzepte, das schon den Demografie-Dialog begleitet hatte.¹⁰

Netzwerk „SontrAktiVereint“

Eine zweite, rein bürgerschaftlich getrage- ne Arbeitsgruppe „Soziale Infrastruktur und bürgerschaftliches Engagement“ machte sich daran, im Rahmen des Programms „Land mit Zukunft“ Ideen dafür zu entwickeln, wie Ehrenamt, Freizeit- und Kulturangebote so- wie der Zusammenhalt innerhalb Sontras zu verbessern seien. Knapp 20 Engagierte trafen sich ab November 2015 am Runden Tisch. Sie kamen zum Schluss, „dass es in Sontra sehr viele aktive Vereine und Engagierte gibt, die das Leben in der Stadt auf unterschiedlichste Art bereichern. Leider arbeiten die Ehrenamt- lichen jedoch nur selten über die Grenzen des eigenen Vereins oder über die Grenzen des eigenen Stadtteils zusammen – dabei können aus einer solchen Zusammenarbeit viele Vor- teile entstehen, zumal viele Ehrenamtliche vor sehr ähnlichen Herausforderungen stehen.“

Aufgrund dieses Befundes entstanden zwei Projektideen: die Entwicklung einer digitalen Bürgerplattform und die Schaffung eines Netzwerks der Aktiven unter dem Namen „SontrAktiVereint“, das vor allem den Aus- tausch und die Zusammenarbeit unter den über 90 Vereinen in Sontra fördern soll. Im Idealfall würde dieses Netzwerk zu einer Art „Denkwerkstatt“, die neue Ideen und Veran- staltungsformate für Sontra entwickelt. Bei einem „Vereinsforum“ am 17. März 2016 im Bürgerhaus Sontra erläuterte die Arbeits- gruppe ihre Vorstellungen: Das Netzwerk

könnte beispielsweise Schulungen für Vereinsaktive organisieren, „Paten“ aus anderen Vereinen für Anwärter auf Vorstandsposten vermitteln, die sich die Aufgabe nicht zutrauen, oder Unterstützung finden für Vereine, die eine größere Veranstaltung planen. Die Idee stieß bei den Vertretern der Vereine auf viel Zustimmung. Es gab aber auch Bedenken: Sie sei zu utopisch oder sie lasse sich nicht ohne einen zentralen Ansprechpartner bei der Stadt realisieren.¹¹

Eine solche Anlaufstelle gibt es inzwischen. Die Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ hat Ende 2016 mit der Stadt eine entsprechende Kooperationsvereinbarung geschlossen. Fernziel ist, ein „Haus der aktiven Bürgerschaft“ zu schaffen, um das bürgerschaftliche Engagement in Sontra zu bündeln und zu unterstützen. Vorerst handelt es sich dabei nur um ein imaginäres Haus. In einem ersten Schritt wurde die Stelle eines Stadtmanagers ausgeschrieben und zum 1. Juli 2017 mit Alexander Dupont besetzt, zuvor Leiter des Stadtmarketings im nahe gelegenen Schwalmstadt. Neben der Entwicklung eines Leitbildes für Sontra soll er hauptsächlich die bisher entwickelten Ideen voranbringen und neue Projekte anstoßen. Die Schaffung dieser Stelle hat die Landesstiftung im Rahmen von „Land mit Zukunft“ mit 38.000 Euro unterstützt. Damit sind rund 40 Prozent der Kosten gedeckt, für den Rest kommen die Stadt und örtliche Unternehmen auf. Die Stadt hat zugesagt, mit Hilfe von Sponsoren die Stelle über den Förderzeitraum hinaus zu finanzieren.¹²

Den Vereinen und Freiwilligen steht jetzt ein Profi zur Seite, der allerdings einen äußerst breiten Aufgabenbereich abdecken muss: Neben dem Handels- und Innenstadtmanagement, der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, dem Tourismus- und Standortmarketing kümmert er sich auch um die Koordination von Projekten und die Förderung der Vereine.¹³ Vorgesehen ist, dass der Stadtmanager sich gemeinsam mit zwei oder drei Ehrenamtlichen zum Engagement-Lotsen weiterbilden lässt (siehe S. 28). Vielleicht finden sich künftig auch Räumlichkeiten für ein reales „Haus

BÜRGERHILFE SONTRAEER LAND

Unter den vielen leeren Schaufenstern entlang der Einkaufsstraße von Sontra fallen einige auf, die mit einer bunten Mischung von Geschirr, Haushaltgeräten, Kleidern oder Möbeln aller Stilrichtungen sorgfältig dekoriert sind. Der Verein „Bürgerhilfe Sontraer Land“ hat über die Innenstadt verteilt Ausstellungsräume und ungenutzte Ladenlokale gemietet. In der „Stoff-Wechsel-Stube“ bietet er gut erhaltene, getragene Kleidung gegen eine Spende an. In der „Stöber-Ecke“ gibt es gebrauchte Möbel, Haushaltartikel, Spielsachen sowie Baby- und Kleinkindbedarf. In „Sontras Warenkorb“ können sich Menschen, die an der unteren Einkommensgrenze leben oder in Not geraten sind, Lebensmittel abholen, die der Verein kauft oder über Spenden von Unternehmen in und um Sontra erhält. Im „Blickpunkt“ steht ein heller Raum für Beratungen, Vorträge, Spielkreise, Fortbildungen und dergleichen zur Verfügung.

In allen Einrichtungen arbeiten Vereinsmitglieder ehrenamtlich. Sie übernehmen auch Fahrdienste mit einem gesponserten Kleinwagen oder holen mit einem eigenen Transporter Lebensmittel- und Sachspenden ab. Auf Wunsch besuchen sie Menschen, die Hilfe benötigen. Und sie helfen sich gegenseitig, wenn nötig. „Ich glaube, gerade bei ‚Geben und Nehmen‘ spielt der Gedanke mit, wenn ich jetzt helfe, ist auch jemand da, der mir hilft, wenn ich mal alt und bedürftig bin“, sagt Barbara Persch. Die gelernte Erzieherin und agile Geschäftsfrau hat den Verein 2008 gemeinsam mit dem damaligen Sontraer

der aktiven Bürgerschaft“. Ein Träger dafür böte sich in dem Verein „Bürgerhilfe Sontraer Land“ an, der sich bereits leerstehende Ladenlokale in der Kernstadt zunutze gemacht hat (siehe Kasten).

Bürgermeister Karl-Heinz Schäfer aus der Taufe gehoben. Die Idee dazu sei ihr beim Besuch einer Freundin gekommen, die in Hessisch Lichtenau den Verein „Arche“ mit aufgebaut hat, erzählt Persch: „Es war offensichtlich, dass es auch bei uns einen Bedarf gibt.“

Rasch fanden sich auch Freiwillige, die bereit waren mitzumachen. Die Initianten hatten zu einer Informationsveranstaltung eingeladen, um das Interesse an der Gründung eines Bürgervereins zu erkunden. 140 Bürger fanden sich ein. Bei der Gründung des Vereins im Sommer 2008 zählte dieser 48 Mitglieder. Heute sind es über 200, davon über 50 Aktive, die Woche für Woche mitarbeiten. Sie kommen mehrheitlich aus der Kernstadt, weniger aus den Ortsteilen.

Der Bedarf wird aus Sicht der Bürgerhilfe nicht geringer – im Gegenteil. Durch die Flüchtlinge, die in einer zur Erstaufnahmeeinrichtung umgewidmeten Ferien-siedlung untergekommen waren, hat er noch zugenommen. „Unsere Gesellschaft hat die Vorstellung: Die Menschen, die zu uns kommen, sehen ja gar nicht arm aus“, sagt Barbara Persch: „Aber wann ist man wirklich bedürftig? Und wer will schon zeigen, dass er arm ist? Manche beißen sich durch, ihr Stolz lässt es nicht zu, sich von der Stadt unterstützen zu lassen. Manche sind aber einfach nur einsam und nehmen aus diesem Grund die Gelegenheit wahr, in unseren Räumen Kontakte zu knüpfen und einfach reden zu können.“

Wander-Event, Chorprojekt, Website

Die im Netzwerk engagierten Bürger haben als weiteres Projekt im Rahmen von „Land mit Zukunft“ den Wander-Event „Sontra von

8 bis 8“ am 30. September 2017 organisiert. Start war in Mitterode, Ziel in Berneburg. Unterwegs gab es Halte in fünf weiteren Sontraer Stadtteilen, mit Darbietungen lokaler Vereine, einem Frühstück, Mittagessen, Grillen zum Abschluss und einem Shuttlebus, der die Teilnehmer wieder zum Ausgangsort brachte. Bei schönem Herbstwetter waren streckenweise bis zu 60 Bürger dabei. „Ein großer Erfolg“ sei der Event geworden, sagen die Organisatoren, sie hätten viele positive Rückmeldungen erhalten. Wenn möglich, werden sie daraus eine jährlich wiederkehrende Veranstaltung machen, wobei stets andere Sontraer Dörfer zum Zuge kämen.

Des Weiteren hat sich ein Projektchor aus Sängern verschiedener Stadtteile gebildet. Diese proben gemeinsam und laden dazu auch Nicht-Chormitglieder ein.¹⁴ Und mit „Sontra digital“ (siehe S. 45) verfügt Sontra nun auch über eine digitale Stadtplattform, auf der sich Vereine, Ortsteile und Stadt über Termine und Neuigkeiten austauschen können. Die Seite wird gut genutzt.¹⁵

Hürden:

In Sontra wird Bürgerbeteiligung groß geschrieben. So hat sich der Magistrat sehr dafür eingesetzt, sowohl die bei dem vorangegangenen Bürger-Dialog als auch die im Rahmen des Programms „Land mit Zukunft“ festgestellten Bedarfe aufzunehmen und die eingebrachten Ideen umzusetzen. Das ist lobenswert. Allem Anschein nach hat dies jedoch den engagierten Bürgern teilweise den Wind aus den Segeln genommen. Mit der Einstellung des Stadtmanagers hat sich etwa die ursprüngliche Projektidee erledigt, dass bürgerschaftlich Engagierte aus dem Netzwerk „SontraAktiVereint“ Aufgaben wie die Vernetzung oder die Unterstützung der Ehrenamtlichen übernehmen. Dadurch gewannen einige Beteiligte den Eindruck, ihr Einsatz bei „Land mit Zukunft“ habe nicht den erwünschten Erfolg gezeigt.

Tann (Rhön)

Auftaktveranstaltung:

21. Oktober 2015 in der Rhönhalle mit rund 50 Teilnehmern

Runde Tische:

9 Treffen mit rund 30 Teilnehmern, November 2015 bis Februar 2017

Beim Auftakt identifizierte Schwerpunkte:

- Wirtschaft besser fördern, Jobs schaffen (23 Stimmen)
- Leerstand kreativ nutzen (15 Stimmen)
- Hilfen und Anlaufstellen für Ältere und sozial Benachteiligte (15 Stimmen)

Daraus entstandene Projekte:

- Masterplan Wohnen für Tann

Förderung:

25.000 Euro für Masterplan

Masterplan Wohnen

Tann hat als letzte der sechs Kommunen mit der Projektarbeit begonnen. Mitte November 2015 kam der Runde Tisch erstmals zusammen. Im Frühjahr 2016 entschied die Gruppe, zwei Projekte zu verfolgen, welche die Gemeinschaft und den Zusammenhalt innerhalb der Gemeinde stärken sollten. Dem ersten Projekt lag der Gedanke zugrunde, Ehrenamtliche, Vereine und Gewerbe sollten sich besser vernetzen, etwa über Vereinskonzferenzen oder eine Website.

Um die bessere Vernetzung auch praktisch anzugehen, war als zweites Projekt geplant, einen Begegnungsort „Tanner Treff“ zu schaffen, den sozial Bedürftige wie auch Vereine, Familien, Jugendliche oder Kulturschaffende nutzen können. Als Ort für einen solchen Treff war unter anderem das „Elf-Apostel-Haus“ am Marktplatz im Gespräch. Parallel dazu machten sich die Mitglieder des Vereins „Füreinander da sein“ für eine Lösung in der Rhönhalle stark. Dort hatten sie bereits zuvor Vereinsräume gefunden (siehe Kasten S. 55). Im Sommer 2016 entschied die Landesstiftung, den Verein „Füreinander da sein“ außerhalb des Programms „Land mit Zukunft“ zu

fördern und damit zu einer Entflechtung der Interessen beizutragen. Die Vertreter von „Füreinander da sein“ konzentrierten sich in der Folge auf die Weiterentwicklung ihrer Aktivitäten und zogen sich aus der Arbeitsgruppe zurück.

Übrig blieb eine Arbeitsgruppe, die aus der noch recht vagen Idee, Vernetzung und Umgang mit Leerstand zu verknüpfen ein neues Projekt entwickelte. In weiteren Gesprächen, unter anderem mit einem Experten für Stadtplanung, verständigten sich die Beteiligten darauf, einen Masterplan auf den Weg zu bringen, der dazu beitragen soll, Tann als Wohnort attraktiv zu machen. Ein Masterplan ist ein Konzept, das die Eckpunkte für die Entwicklung stadtplanerischer Strategien vorgibt und darüber hinaus weitere Anregungen liefert. Ehrenamtliche können ein solches Vorhaben mit professioneller Hilfe umsetzen, gaben sich die Beteiligten überzeugt. Bei einer Bürgerversammlung in der Rhönhalle im Februar 2017 stellten sie diese und andere Projektideen vor.¹⁶ 30 der rund 80 Teilnehmer gründeten noch am gleichen Abend den gemeinnützigen Verein „Tann Aktiv“. Er ist inzwischen auf rund 40 Mitglieder angewachsen und hat die Zusage für 25.000 Euro aus dem Programm „Land mit Zukunft“ erhalten, um die Erstellung eines „Masterplans Wohnen“ auf den Weg zu bringen. Dafür muss „Tann Aktiv“ allerdings den gleichen Betrag aus anderer Quelle aufbringen. Bisher ist es noch nicht gelungen, diese Summe aus dem städtischen Haushalt zu erhalten. Die Gespräche hierfür laufen.

Der Tanner Masterplan soll sich auf das Thema Leerstand und Wohnen fokussieren und zunächst ein abgegrenztes Gebiet in den Blick nehmen. Ziel ist, gemeinsam mit einem Architekten und/oder Stadtplaner gezielt Lösungsansätze und Anregungen dafür zu entwickeln. Die Umsetzung könnte in dem Quartier rund um das „Elf-Apostel-Haus“ am Marktplatz beginnen. Dieses schicke Fachwerkgebäude, um 1500 erbaut und mit üppigen Schnitzereien verziert, steht seit langem leer. Die Eigentümerfamilie bietet es für 77.000 Euro an.¹⁷ Einen möglichen Käufer

„FÜREINANDER DA SEIN“ IN TANN

Dass Nachbarn Nachbarn helfen, ist in Tann mit seinen dörflichen Strukturen immer noch weitgehend selbstverständlich. Dennoch gibt es Menschen, die darüber hinaus Hilfe und Unterstützung brauchen. Der Mangel an Arbeitsplätzen vor Ort und der demografische Wandel bringen mit sich, dass auch auf dem Land Mehrgenerationenhaushalte seltener werden und Ältere wie auch junge Familien zunehmend auf sich gestellt sind. Diese Entwicklung brachte einige Tanner auf die Idee, einen Verein für ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe ins Leben zu rufen. Anfang 2011 gründeten sie „Füreinander da sein“. Der Verein hat inzwischen 111 Mitglieder, davon sind rund 40 aktive Ehrenamtliche. Deren Dienstleistungen reichen von Fahrdiensten zum Arzt oder zum Einkaufen über Rasenmähen bis zur Hilfe beim Umzug. Und wo die Freiwilligenarbeit an ihre Grenzen stößt, verweist der Verein an geeignete professionelle Einrichtungen oder Pflegedienste.

Seit April 2016 verfügt der Verein über eigene Räumlichkeiten. Nachdem der Versuch, daraus im Rahmen von „Land mit Zukunft“ einen „Tanner Treff“ zu machen, nicht zustande gekommen war, machte sich der Verein daran, die Idee eines Begegnungsortes für alle unter diesem Namen eigenständig zu verwirklichen.

Die Stadt hat „Füreinander da sein“ die Lokalität im Erdgeschoss der zentral gelegenen Rhönhalle zur Nutzung überlassen. Nur für die Nebenkosten muss der Verein selbst aufkommen. Aktive Mitglieder haben die Räume in Eigenleistung renoviert, finanziell und materiell unterstützt von Tanner Unternehmen. Eine kleine Teeküche konnte durch Crowdfunding beschafft werden: Für jede private Spende von fünf Euro legte die lokale Bank zehn dazu.

Der Verein hat einen eigenen Projektantrag an die Landesstiftung gestellt, der Ende 2016 unter dem Titel „Raus aus der

Einsamkeit – Zeit für Gespräche und Kontakte“ genehmigt wurde und von der Stadt Tann sowie Sponsoren mitfinanziert wird. Damit konnte der Verein im „Tanner Treff“ gleich mehrere Aktivitäten starten: das „Montagsfrühstück“, die „Familienzeit“ sowie einen Nachmittag mit gemeinsamen Spielen und anderen Aktivitäten alle zwei Wochen freitags. Ein Teilzeit-Mitarbeiter unterstützt seither die Ehrenamtlichen und kümmert sich gezielt um die Anwerbung neuer Freiwilliger. Darüber hinaus bietet „Füreinander da sein“ ein regelmäßiges Treffen für „Menschen aller Nationen, die in Tann leben“ an, Kurse zum Umgang mit Smartphones oder zum Gedächtnistraining, einmal im Monat das „Erzählcafé“ sowie einen wöchentlichen Bürgerhilfetreff. Dieser dient als Anlaufstelle für Freiwillige, die Fahrdienste leisten oder an Projekten mitwirken möchten, und für Ratsuchende, die sich bei einer Tasse Tee oder Kaffee über soziale Angebote informieren wollen.

hat sie in der Aktiv-Stiftung gefunden, die nur zufällig ähnlich heißt wie der Verein. Die Aktiv-Stiftung hat in Tann bereits das Geburtshaus des Stifters, den Rhönhof, restauriert und an die Diakonie vermietet (siehe S. 24). Der Architekt des Rhönhofs stammt selbst aus Tann und könnte die Umsetzung des Masterplans begleiten. Mit dem ausgearbeiteten Plan könnte sich Tann anschließend für eine Förderung aus dem Programm „Soziale Integration im Quartier“ 2018 bewerben.

Der Verein „Tann Aktiv“ setzt derweil Projekte um, die in den Masterplan einfließen sollen. Ziel ist, das Zusammenleben in den weit verstreuten Stadtteilen wie auch die Außenwahrnehmung der Stadt zu verbessern. Die Arbeitsgruppe „Rhöngardening“ hat damit begonnen, im Museumsdorf neue Beete anzulegen. So sind ein Staudenbeet,

ein Kräutergarten, eine Bienenwiese und ein Bauerngarten entstanden. Die Arbeitsgruppe „Schaufensterprojekt“ hat leere Ladenfenster mit Werken lokaler Künstler dekoriert. An weiteren Ideen fehlt es nicht, aber mehr schaffen die Ehrenamtlichen in ihrer Freizeit nicht.

Hürden:

Ähnlich wie in Schlitz zeigt sich auch in Tann, dass es den Bürgern trotz Bürgerdialogen, Bedarfsanalyse und moderierter Diskussion an den Runden Tischen mitunter schwer fällt, eine Projektidee zu entwickeln, die freiwillig Engagierte praxisnah umsetzen können. Wenn es darum geht, Häuser zu erhalten und Leerstand kreativ zu nutzen, können sie etwas bewirken – allerdings nur in kleinen Schritten.

Waldeck

Auftaktveranstaltung:

15. Juli 2015 in der Stadthalle Sachsenhausen mit rund 60 Teilnehmern

Runde Tische:

18 Treffen mit durchschnittlich 8 Teilnehmern, September 2015 bis November 2017

Beim Auftakt identifizierte Schwerpunkte:

- Übergreifendes Marketingkonzept für den Tourismus- und Wohnort Waldeck (26 Stimmen)
- Begegnungsorte schaffen, um Neubürger und Jugendliche besser zu integrieren (17 Stimmen)
- Informationen und Angebote bündeln, bessere Kommunikation der Stadtteile und der Vereine untereinander (14 Stimmen)

Daraus entstandene Projekte:

- Waldecker Kultursommer

Förderung:

35.100 Euro für Kultursommer 2017, 2018 und 2019

Waldecker Kultursommer

Beim ersten Runden Tisch war bald klar, dass ein „übergreifendes Marketingkonzept“ für Waldeck als Tourismusziel und Wohnort zu erstellen keine Aufgabe für bürgerschaftliches Engagement ist. Darum müssen sich die Verwaltung und die Wirtschaftsförderung kümmern. „Übergreifend“ war dennoch das zentrale Stichwort: In der Summe hatten bei der Auftaktveranstaltung jene Handlungsfelder am meisten Stimmen erhalten, die darauf abzielen, die unterschiedlichen Befindlichkeiten in den zehn Ortsteilen zu überwinden sowie die Kommunikation und die Zusammenarbeit untereinander zu verbessern.

Von Januar 2016 an tagte der Runde Tisch als offene Projektgruppe unter dem Namen „Wir in Waldeck“. Die Gruppe ging am 22. März 2016 mit einem Aktionsplan an die Öffentlichkeit. Zielsetzung war, Wissen und Knowhow unter den Waldeckern auszutauschen, sich gegenseitig zu unterstützen und gemeinsam Ideen für Waldecks Zukunft zu entwickeln. Bei einem Stammtisch im April diskutierte die Gruppe ihre Vorstellungen mit interessierten Bürgern. Am 22. Mai 2016 waren alle zu einem Aktionstag in Form einer Bustour eingeladen: Im Verlauf dieser Fahrt durch alle Waldecker Ortsteile konnten die Bürger die Besonderheiten und das Engagement dort kennenlernen. Zum Abschluss gab es ein Fest auf Schloss Waldeck.

Unterdessen hatte sich die Gruppe darauf geeinigt, im Rahmen des Programms „Land mit Zukunft“ einen Förderantrag für ein Projekt „Wir in Waldeck“ mit vier Bausteinen zu stellen: Regelmäßige Stammtische sollten der Vernetzung und Weiterbildung der Engagierten dienen. Eine Vereinsmesse würde Gelegenheit zum Kennenlernen schaffen, eine digitale Bürgerplattform den Austausch fördern. Die Anschaffung eines Zeltes mit Verstärkeranlage sollte Theateraufführungen, Konzerte oder Feste in allen Ortsteilen ermöglichen, in denen die entsprechende Infrastruktur nicht zur Verfügung steht.

Die Landesstiftung legte im Sommer 2016 den Mitwirkenden nahe, das Vorhaben zu modifizieren. Zum einen, da an allen Orten Räumlichkeiten zur Verfügung stehen und die Stadt Veranstaltungstechnik für die Schlossgartenbühne bereits mit Leader-Förderung beschafft. Zum zweiten war es sinnvoller, die digitale Bürgerplattform als „Ergebnis-Projekt“ für alle zu realisieren. Auch in Waldeck führte dies bei einigen Teilnehmern dazu, dass sie sich enttäuscht zurückzogen.

Die verbleibende Gruppe griff daraufhin den Gedanken des Runden Tisches auf, dass es für das Wir-Gefühl förderlich wäre, kulturelle Veranstaltungen in den einzelnen Ortsteilen zu organisieren. So entstand das Projekt „Waldecker Kultursommer“. Entworfen und wesentlich getragen haben es die Aktiven des „Waldecker Fördervereins für Kinder, Jugend und Kultur“, kurz WajuKu. Dieser ist neben dem Deutschen Roten Kreuz die einzige Organisation in der Gemeinde, die gemeinnützig und ortsteilübergreifend tätig ist. 2008 gegründet, hat sich der Verein zum Ziel gesetzt, „Heranwachsenden kulturelle Erlebnisse zu bieten“. Er organisiert Konzerte, Feste und Lesungen, auch für Erwachsene, und lädt dazu vor allem lokale Künstler und Autoren ein. Unter anderem hat WajuKu 2014 den „Literarischen Herbst“ ins Leben gerufen, bei dem seither alljährlich Autoren aus der Region ihr Schaffen präsentieren – als Kontrapunkt zum Literarischen Frühling, zu dem jeweils deutschlandweit bekannte Schriftsteller und Schauspieler nach Waldeck kommen.¹⁸

Als Kooperationspartner für den Waldecker Kultursommers konnte die Gruppe die Kultursommer Nordhessen gGmbH gewinnen. Diese stellt seit 1988 alljährlich ein umfangreiches Programm mit überregional bekannten Künstlern zusammen, die in Schlössern, Klöstern, Parks und Gärten der Region auftreten. Die Intendantin steht den Engagierten in Waldeck mit Rat und Tat zur Seite. Zudem steuert der Kultursommer Nordhessen jedes Jahr einen bis zwei Programmpunkte zum kleineren Waldecker Kultursommer bei. 2017 war dies ein Konzert der „Madison Bigband“ auf

dem Gelände des Waldecker Schlosses. Für das weitere Programm hat die Arbeitsgruppe zum Auftakt teilweise auf Veranstaltungsformate von WajuKu zurückgegriffen, die sich in der Vergangenheit bewährt hatten, etwa das Ferien-Wunsch-Kino für die ganze Familie, abwechselnd in verschiedenen Ortsteilen angeboten, oder ein buntes Kinderfest mit gemeinsamem Singen, Trommel-Workshop, Mitmach-Märchen und anderem mehr im Garten des Waldecker Schlosses. Die Engagierten haben sich aber auch Neues einfallen lassen. Ein Festival für Jugendbands im Ortsteil Höringhausen gab jungen Musikern Gelegenheit zu einem öffentlichen Auftritt. Im August gab es in Ober-Werbe ein „Picknick in Gelb“: Die Teilnehmer wurden gebeten, neben Ess- und Trinkbarem auch etwas Gelbes mitzubringen oder anzuziehen. Geplant war, sich dafür unter freiem Himmel vor der Kulisse der Klosterkirche zusammenzufinden. Wegen Regenwetters musste das Picknick in die Scheune eines Bauernhofes verlegt werden, wurde aber dennoch ein großer Erfolg.¹⁹

Geplant ist, den Waldecker Kultursommer zu einer festen Einrichtung zu machen. Die Fördermittel von „Land mit Zukunft“, zusammen mit Sponsorenbeiträgen und Spenden, welche die ehrenamtlichen Organisatoren dafür sammeln, sichern die ersten drei Ausgaben bis 2019.

Hürden:

Bei der Umsetzung des Waldecker Kultursommers zeigten sich keine größeren Hürden. Dies dürfte nicht zuletzt daran gelegen haben, dass mit WajuKu ein erfahrener Verein die Angebote mit organisiert hat. Dennoch bleibt es eine Herausforderung, die vielen Ortsteile zur Zusammenarbeit zu motivieren. Auch wenn WajuKu mit seinem Kulturangebot dazu einen wichtigen Beitrag leistet, dürften weitere Anstrengungen nötig sein.

2.3 DIE ZWEITE BEFRAGUNG

Was die Beteiligten zu „Land mit Zukunft“ sagen

Welche Erfahrungen die Menschen vor Ort mit dem Förderansatz von „Land mit Zukunft“ gemacht haben, was sie als hilfreich und zielorientiert empfunden haben oder was ihnen die Arbeit erschwert hat, stand im Mittelpunkt der zweiten Befragung zum Ende des Programms im Herbst 2017. Ein wesentlicher Unterschied zu den meisten herkömmlichen Förderprogrammen besteht darin, dass Projekte im Rahmen von „Land mit Zukunft“ nicht von oben herab, also „top-down“, sondern aus den Kommunen heraus entwickelt werden, also „bottom-up“. Diesen Ansatz bewerteten die Befragten überwiegend positiv. Insbesondere den Prozess der Ideenentwicklung in den sechs Kommunen empfanden sie als erfolgversprechend. Die Runden Tische hätten viele Bewohner ermutigt, über die Zukunft ihrer Gemeinde nachzudenken und nach Strategien für den Umgang mit den Auswirkungen des demografischen Wandels zu suchen. Dass die beiden beteiligten Stiftungen mit eigenen Mitarbeitern vor Ort waren, die Gespräche moderierten und gegebenenfalls externe Experten dazu holten, habe für ein praxisorientiertes und zielführendes Vorgehen gesorgt. Auch die Protokolle hätten zu einem schnellen Vorankommen beigetragen. Über den gesamten Zeitraum von der Ideenentwicklung bis zur Umsetzung zeigten sich jedoch auch einige Hürden, die den Prozess in einigen Kommunen ins Stocken brachten und in Schlitz dazu führten, dass kein großes Projekt zustande kam.

Vorhandene ehrenamtliche Strukturen einbeziehen

Ein Programm wie „Land mit Zukunft“ baut auf dem ehrenamtlichen Engagement vor Ort auf. In allen sechs Kommunen gab es zuvor schon etablierte und gut funktionierende Strukturen, in denen sich die Menschen engagieren. Einzelne Befragte regten an, die Organisatoren des Programms hätten stärker auf diesem Fundament aufbauen sollen. So hätten sie Vereine und Initiativen im Vorfeld gezielt ansprechen sollen, um die Bildung von Doppelstrukturen, etwa durch Vereins-Neugründungen, zu vermeiden. Denn die meisten ehrenamtlich Engagierten seien bereits heute ausgelastet und in mehreren Vereinen aktiv. „Jeder neue Verein bringt zusätzliche Arbeit mit sich und bindet Kräfte, die dann an anderer Stelle fehlen“, so eine der Befragten.

Auch wenn es vielleicht zu Beginn des Programms „Land mit Zukunft“ nicht im Vordergrund stand, auf den vorhandenen Vereinen und Strukturen aufzubauen, ist letztlich genau das in zwei Fällen geschehen: Den Waldecker Kultursommer organisiert weitgehend der Verein WajuKu, der hier seit langem tätig ist und seine Erfahrungen eingebracht hat. In Homberg (Efze) konnten die Organisatoren des Bürgerbusses unter das Dach des bereits bestehenden Vereins „Bürger für Homberg“ schlüpfen. In Bad Karlshafen hingegen haben Bürger aus beiden Stadtteilen einen neuen Verein aus der Taufe gehoben und in Tann hat sich ein Verein gegründet, der sich der Umsetzung des Projekts widmet.

Zusammenhalt in den Kommunen ausbaufähig

Ein weiteres Ziel des Programms war, den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen zu verbessern. Insbesondere sollten gemeinsame Aktivitäten zwischen den Hauptorten und den umliegenden Dörfern gestärkt werden. Dies ist rückblickend nur teilweise gelungen, wie einzelne Befragte feststellten. Den Einladungen der Stiftungen seien viele Ortsvorsteher nicht gefolgt und selbst heute sei einigen von ihnen das Programm „Land mit Zukunft“ nicht bekannt.

Ein stärkeres Zusammenwachsen innerhalb der Kommunen braucht allerdings deutlich mehr Zeit. Einzelne Befragte vertraten die Auffassung, die Stiftungen hätten – über die Einladungen an die Ortsvorsteher hinaus – in den Orts- respektive Stadtteilen stärker für „Land mit Zukunft“ werben können, um auch dort Bewohner für das Programm zu gewinnen. Wie sich auch in unseren Gesprächen vor Ort bestätigte, ist dies jedoch kein leichtes Unterfangen, da viele der dörflichen Ortsteile ihre eigene Identität pflegen. Bei den Befragungen zeigte sich, dass sich die Bürger gerade dort erst einmal genau anschauen, ob sich eine Initiative hauptsächlich an den Hauptort richtet oder auch an die umliegenden Dörfer, bevor sie sich engagieren. Eine Möglichkeit wäre demnach gewesen, anders als von den beiden Stiftungen zunächst beabsichtigt, die Verantwortlichen in den Rathäusern von Beginn an in das Programm mit einzubeziehen. Die Bürgermeister hätten dann für „Land mit Zukunft“ in allen Ortsteilen die

Werbetrommel rühren können. „Gerade die Hauptamtlichen in den Rathäusern kennen die Engagierten vor Ort und wissen, wen sie dort ansprechen müssen“, erklärte ein Beteiligter.

Runde Tische waren ein Erfolg

Die Freiwilligen, die sich nach den Auftaktveranstaltungen zur Teilnahme an den Runden Tischen eingetragen hatten und dort auch bis zum Schluss regelmäßig erschienen waren, empfanden den Prozess überwiegend als gelungen. Die Diskussionen seien ergebnisoffen gewesen, durch die professionelle Begleitung hätten die Teilnehmer aber nie das Ziel aus den Augen verloren, darüber nachzudenken, welche Angebote in den Gemeinden fehlen, und auf Basis dieser Bedarfsanalyse praktikable Projekte zu entwickeln.

Insgesamt haben die meisten Teilnehmer das Vorgehen bei den Runden Tischen als sehr gut wahrgenommen: Auf Flipcharts wurden die verschiedenen Vorschläge festgehalten. So hatte die Runde jederzeit einen guten Überblick, welche Herausforderungen als besonders wichtig galten, mit welchen Lösungsansätzen diesen zu begegnen und was davon im Rahmen des Programms „Land mit Zukunft“ umsetzbar wäre. Die Moderatoren hätten die Diskussion immer wieder auf die Kernthemen zurückgeführt, lobten die Teilnehmer. Und sie hätten darauf geachtet, bei jeder Gesprächsrunde auf den Ergebnissen des vorangegangenen Termins aufzubauen. Unnötige Schleifen seien so vermieden worden. Dazu beigetragen hat sicherlich, dass die Diskussionen und deren Ergebnisse nach jedem Treffen aufgearbeitet und die Protokolle an die Teilnehmer verschickt wurden.

Dieses strukturierte Vorgehen habe verhindert, dass sich die Teilnehmer in zu vielen Projektideen verzettelten. „Förderprogramme ergeben Sinn, wenn sie auch eine professionelle Unterstützung bieten“, hieß es aus dem Kreis der Beteiligten, „dann können sie wirklich Dinge anstoßen und Ideen aus den Kommunen heraus entwickeln. Das fehlt bei anderen Förderprogrammen häufig.“

Es leuchtete den meisten Beteiligten ein, dass nicht alle Ideen weiterverfolgt werden konnten, die zu Beginn auf den Tisch kamen. Eine Fokussierung auf höchstens drei Ziele sei nötig gewesen. „In den anschließend ausgewählten Projekten haben sich nicht mehr alle Teilnehmer wiedergefunden, daher ist die Gruppe kleiner geworden“, fasste eine Teilnehmerin den Prozess zusammen. Trotzdem sei es wichtig gewesen, aus den Dialogprozessen relativ schnell etwas Greifbares zu entwickeln. Das habe die Mitwirkenden bei der Stange gehalten, weil sie gemerkt hätten, dass aus ihrem Engagement ein konkretes Projekt entsteht.

In einigen Kommunen werden die Runden Tische nun in Eigenregie weitergeführt. In Bad Karlshafen treffen sich engagierte Bürger einmal im Monat bei einem Stammtisch. Aktive des neu gegründeten Bürgervereins moderieren die Treffen, die abwechselnd in Bad Karlshafen und Helmarshausen stattfinden. Zwischen 10 und 40 Leute folgen jeweils der Einladung und diskutieren über die Fortschritte bei den Projekten, über das Baustellenbegleitprogramm, über die Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Vereinen oder über neue Ideen. Dass dieser Dialog nun eigenständig weitergeführt wird, ist neben der finanziellen Förderung der Projekte als wichtiger Mehrwert des Programms „Land mit Zukunft“ zu bewerten.

Wissenstransfer sorgte für schnelles Vorankommen

Nachdem sich die Teilnehmer der Runden Tische jeweils für zwei bis drei Projektideen entschieden hatten, vertieften und konkretisierten sie diese Vorhaben. Auch in dieser Phase bewerteten die Befragten den Prozess überwiegend als konstruktiv und zügig voranschreitend. Dies habe vor allem daran gelegen, dass es zu jeder Zeit einen direkten Ansprechpartner gab, der bei aufkommenden Fragen schnell weiterhalf. Dieser Befund zog sich wie ein roter Faden durch die Befragungen. „Ehrenamtlich Aktive kommen dann schnell mit ihren Projekten voran, wenn sie bei kniffligen Fragen, etwa bei einer Vereinsgründung, bei Förderanträgen oder Versicherungsdetails schnell eine fachkundige Auskunft bekommen“, fasste einer der Beteiligten zusammen. Zum Beratungsangebot gehörte auch, wie sich Mitstreiter gewinnen oder eine Dorfgemeinschaft für die gemeinsamen Projekte motivieren lassen.

Weitergeholfen hat auch, dass Experten eingeladen wurden, die bei der Entwicklung der Projekte hilfreiche Tipps geben und Erfahrungen vermitteln konnten, wie dies beim Homberger Bürgerbus der Fall war, die aber auch auf mögliche Fallstricke und Schwierigkeiten hinwiesen. Der gezielte Wissenstransfer von Experten oder von freiwillig Engagierten, die bereits eine ähnliche Projektidee realisiert haben, war definitiv ein Pluspunkt des Programms „Land mit Zukunft“. Viele rechtliche oder organisatorische Fragen konnten so zügig beantwortet und Hürden aus dem Weg geräumt werden. „Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, sondern können auch funktionierende Ansätze aus anderen ländlichen Regionen kopieren“, sagte einer der Initiatoren des Bürgerbusses in Homberg (Efze): „Dass wir immer jemanden hatten, der wusste, wie man von der Idee zum Projekt kommt, war das eigentlich Wertvolle an diesem Förderansatz.“

3 | WIE WEITER?

3.1 DIE LEHREN AUS DEM PROGRAMM „LAND MIT ZUKUNFT“

Einordnung in die hessische Förderlandschaft

Nahezu alle Programme, die in Kapitel 1 beschrieben sind, widmen sich einem klar definierten Schwerpunkt: Entweder steht die Entwicklung des ländlichen Raums im Vordergrund oder die Förderung des Ehrenamts oder der Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels. Nur wenige verbinden mehrere Themen miteinander und gehen ganzheitlicher an die Sache heran, wie es bei „Land mit Zukunft“ gedacht war. Und anders als viele „klassische“ Förderprogramme setzt „Land mit Zukunft“ zwar „von oben“ an, indem es Anreize schafft, sich freiwillig zu engagieren, und Geld für Projekte gibt, überlässt es dann aber den Bürgern, den Handlungsbedarf zu analysieren und zu entscheiden, wofür sie das Geld einsetzen. Wenn sie einen Eigenanteil aufbringen müssen, um das Projekt zu finanzieren, sorgt dies zusätzlich für Verbindlichkeit.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgte die hessische Landesregierung mit dem „Bürgergutachten“, das sie 2007 in Battenberg (Eder) angestoßen hatte. Allerdings blieb es dort zunächst bei einer Bedarfsanalyse, ohne konkrete Folgemaßnahmen. Ein zusätzlicher Impuls war nötig, um in einem strukturierten Verfahren Projekte zu entwickeln. Doch erst

nach umständlicher Wiederholung des Verfahrens konnten die Beteiligten einige wenige ihrer Ideen realisieren (siehe Kasten S. 60). Auch bei den von der hessischen Staatskanzlei initiierten lokalen Demografie-Dialogen, zu denen 2008 und 2014 Einwohner verschiedener hessischer Kommunen eingeladen waren, hat sich die Bürgerbeteiligung weitgehend darin erschöpft, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, Handlungsfelder und Ziele zu identifizieren sowie Ideen zu formulieren oder bestenfalls Arbeitsgruppen zu gründen (siehe S. 21). Um ihre Projekte auch realisieren zu können, mussten sich die daraus hervorgegangenen Initiativen selbst um die Förderung kümmern.

Was bei „Land mit Zukunft“ gut funktioniert hat

Das Programm „Land mit Zukunft“ zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es die Bürger nicht nur beteiligt, sondern auch begleitet hat – und ihre Vorhaben am Ende auch fördert. Dieser integrierte Ansatz stellt eine Besonderheit dar. Den Prozess von der Bedarfsanalyse bis zur Projektentwicklung haben die meisten befragten Beteiligten als positiv wahrgenommen. Das sind die Pluspunkte des Programms:

Strukturiertes Verfahren:

Begonnen hat „Land mit Zukunft“ mit Bürgerdialogen, zu denen alle Interessierten eingeladen waren. Fortgesetzt wurde es mit Diskussionen im kleineren Kreis an „Runden Tischen“. Mitarbeiter der beiden organisierenden Stiftungen haben beide Formate moderiert und begleitet. Dieses strukturierte Verfahren trug maßgeblich dazu bei, Leerlauf oder ein Verzetteln zu vermeiden. Die Diskussionen waren immer auf das Ziel ausgerichtet, förderfähige Projekte zu entwickeln. Das hat zwar einzelne Teilnehmer zum Aussteigen bewegt, wenn „ihre“ Ideen nicht weiterverfolgt wurden, aber die Mehrheit – trotz enormen Einsatzes an Zeit und Energie – zum Dranbleiben motiviert.

Wissenstransfer:

Die Teilnehmer der Runden Tische hatten jederzeit die Möglichkeit, auf Kosten und mit Unterstützung der Stiftungen Experten hinzuzuziehen, um auf Erfahrungswissen zurückgreifen zu können. Das half, Fehler zu vermeiden. Die Teilnehmer mussten keine Energie für die Klärung komplexer Fragen verschwenden, sondern konnten diese direkt in die Umsetzung ihres Vorhabens stecken.

Förderung:

Das Programm hat darüber hinaus die freiwillig Engagierten dabei begleitet, ihre Ideen in die Praxis umzusetzen. Die Stiftungen haben

einen Teil der erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt. Außerdem haben sie die Arbeitsgruppen dabei unterstützt, den Eigenanteil über kommunale Haushalte, andere Förderprogramme oder Sponsoren zu akquirieren. Über die klassische Förderung hinaus haben die Stiftungen aus dem Etat von „Land mit Zukunft“ anfallende Kosten

unbürokratisch übernommen, etwa für die Bustour in Waldeck, den Wanderevent in Sontra, das Werbematerial für den Waldecker Kultursommer, die Flyer für Tann-Aktiv, das Material für die Markierung der Wanderwege in Schlitz oder das Honorar für den Bürgerbus-Experten in Homberg (Efze).

Kleine Projekte:

Auch vermeintlich „kleinere“ Projekte wie Tanzkurse, ein Kinoprogramm oder ein Wandertag von Ortsteil zu Ortsteil hatten ihre Chance. Solche Ideen sind in der Regel mit wenig Geld umsetzbar und tragen dennoch dazu bei, das Lebensgefühl der Menschen in den Orten zu verbessern. In klassischen

FALLBEISPIEL BATTENBERG (EDER): BÜRGER FRAGEN ALLEIN GENÜGT NICHT

Im Rahmen der hessisch-sächsischen Demografiepartnerschaft haben 2007 im vogtländischen Erlbach und in Battenberg (Eder) zufällig ausgewählte Bewohner in Workshops ihre Erfahrungen mit den lokalen Auswirkungen des demografischen Wandels und ihre Ideen dazu mit Experten diskutiert. So entstanden sogenannte „Bürgergutachten“. Als größte Herausforderungen benannten die Bürgergutachter in Battenberg die schlechten öffentlichen Verkehrsverbindungen, die Unterstützung und Pflege älterer Menschen, die Angebote für Familien, die Versorgungslage und die Verödung der Oberstadt. Das Spektrum der Lösungsansätze, die in den Workshops entwickelt wurden, reichte von einem Projekt „Ältere helfen Alten“ über die Schaffung nachfragegerechter Wohnangebote in der Altstadt bis zur Einrichtung einer Mitfahrzentrale. Anders als die Bürgergutachter in Sachsen sahen jene in Hessen zu diesem Zeitpunkt allerdings noch keine Notwendigkeit, sich über die alltägliche gegenseitige Hilfe und die bestehenden Netzwerke hinaus zu engagieren.¹

Das änderte sich, nachdem der Kasseler Stadt- und Landschaftsplaner Alexander G. Eichenlaub im Oktober 2011 auf Einladung des Heimatvereins einen Vortrag über die Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung in anderen

hessischen Kommunen gehalten hatte. Aus dem Kontakt entstand das Modellvorhaben „Zukunftssicherung Battenberg“: Getragen von der Staatskanzlei und der Stadtverwaltung, organisierte eine Forschungsgruppe der Universität Kassel eine Reihe moderierter Workshops. Während eines Jahres entwickelten hier engagierte Bürger in verschiedenen Arbeitsgruppen praktische Lösungsansätze für ihre Gemeinde. Die Verwaltung wurde dabei bewusst weitgehend herausgehalten.

In der Auswertung lobten die Teilnehmer, durch den Beteiligungsprozess hätten sich Strukturen der Zusammenarbeit gebildet, die ansonsten kaum möglich gewesen wären.² So hat sich etwa ein Nachbarschaftsverein gegründet. Dieser organisiert ehrenamtliche Unterstützung bei alltäglichen Besorgungen und Verrichtungen und vergibt dafür „Zeitpunkte“, die Helfer einlösen können, wenn sie selbst Unterstützung benötigen. Der Verein betreibt außerdem ein Reparaturcafé und bietet regelmäßige Spielenachmittage an.³ Gefördert im Rahmen der lokalen Demografie-Dialoge, lud der Verein zusammen mit der Gemeinde im Herbst 2014 zu einer Informationsveranstaltung ein. Ziel war, das Netzwerk weiter auszubauen. Trotz breiter Öffentlichkeitsarbeit fanden sich lediglich 15 Bürger ein, die Mitglieder des Vereins eingeschlossen.⁴

2013 wurde die Stadt Battenberg in das Dorfentwicklungsprogramm des Landes aufgenommen und erhielt damit die Möglichkeit, die aus dem Modellvorhaben gewonnenen Erkenntnisse in einem bestehenden Förderrahmen des Landes weiterzuentwickeln und umzusetzen. Dazu musste die Stadt ein „integriertes kommunales Entwicklungskonzept“ (IKEK, siehe S. 24) in Zusammenarbeit mit einem Planungsbüro erstellen. Beteiligt waren auch zwei Mitglieder der Bürgerinitiative. Sie gewannen bei dem IKEK-Verfahren den Eindruck, sie hätten „alles noch einmal durchgekaut“, am Ende seien die bereits vorgeschlagenen Projekte in erster Linie präzisiert und nach Priorität geordnet worden. Das Ergebnis bildet nun die Grundlage für weitere Planungen, etwa die Umnutzung eines Gebäudes als Begegnungs- und Kommunikationsstätte oder die Umgestaltung eines zentralen Platzes. Das Entwicklungskonzept durchläuft jetzt den politischen Abstimmungsprozess: von den Ortsbeiräten über die Stadtverordneten bis zum Magistrat. Insgesamt hat das lokale IKEK-Dorfentwicklungsprogramm eine Laufzeit bis 2022.⁵ Fazit: Zukunftssicherung erfordert nicht nur Engagement, sondern von den engagierten Bürgern auch ein gewisses Maß an Frustrationstoleranz sowie Durchhaltevermögen.

Förderprogrammen lassen sie sich meist nicht unterbringen.

Wo es Schwierigkeiten gab

Kein Pilotprojekt ohne Verbesserungsbedarf, das gilt auch für das Programm „Land mit Zukunft“. Nicht alles ist wie geplant verlaufen. Für künftige Vorhaben ist es daher wichtig, die Knackpunkte zu kennen, die im Zuge des Programms auftraten, um sie von vornherein zu vermeiden. Das waren die Schwierigkeiten:

Wechsel beim Personal, unklare Verantwortlichkeit:

Die Federführung für das Programm lag bis zum Sommer 2016 bei der Herbert Quandt-Stiftung. Da diese ihre operative Tätigkeit zum Jahresende 2016 einstellte, kam es zu einem Rollentausch. Die Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ übernahm die Projektleitung und damit die alleinige Verantwortlichkeit. Die Herbert Quandt-Stiftung beschränkte sich auf ihre Rolle als Kooperationspartner. Damit verbunden war auch ein Wechsel der Ansprechpartner für die Projektgruppen, was teilweise für Irritationen sorgte und die Fortführung der Projekte zeitweilig erschwerte.

Unklarheit über die Förderbedingungen:

Die Informationen zu den Bedingungen der finanziellen Förderung kamen bei den Engagierten nicht oder nur teilweise an. Manchen Beteiligten wurde erst zum Zeitpunkt der Übergabe von einer Stiftung zur anderen klar, dass sie einen Teil des Geldes für ihre Projekte selbst aufbringen mussten. Da sie geglaubt hatten, „Land mit Zukunft“ finanziere diese komplett, waren sie enttäuscht und frustriert. In einigen Fällen mussten sie erst einmal neu überlegen, welche der gefundenen Projektideen sich unter diesen Voraussetzungen realisieren ließen.

Aus Sicht der Landesstiftung dürfte es gerade dem Tatendrang der mitwirkenden Bürger geschuldet sein, dass diese sich mit der

Aussicht auf Fördermittel ans Werk machten, ohne weitere Gedanken an den Finanzierungsmodus zu verschwenden: Wer sich freiwillig engagiert, will in erster Linie „etwas bewegen“. Die Akquisition und Abrechnung von Geldern ist zweitrangig. Fest steht, dass den Beteiligten von Beginn an hätte deutlich mitgeteilt werden müssen, welchen Anteil sie aus anderen Quellen zu bestreiten haben, um die Finanzierung ihres Projekts zu sichern, und wie die Vorgaben zum Erhalt und zur Abrechnung der Fördermittel lauten.

Unklarheit über Organisationsformen:

Einige Arbeitsgruppen waren überzeugt, sie müssten auf jeden Fall einen Verein gründen, um Fördermittel empfangen zu können. Eine Förderung durch die Landesstiftung ist aber nicht an eine bestimmte Rechtsform gebunden. Die Förderrichtlinien von „Miteinander in Hessen“ schließen einfache Initiativen ausdrücklich ein.

Vorhandene Strukturen zu wenig beachtet:

Die Programmverantwortlichen haben im Vorfeld nicht ausreichend berücksichtigt, welche ehrenamtlichen Strukturen in den Kommunen bereits vorhanden sind und wie umfangreich das Engagement ist. Die Vertreter der Vereine für Nachbarschaftshilfe haben sich meist aus eigener Initiative an den Bürgerdialogen und Runden Tischen beteiligt. Dies dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, dass nicht unnötig Energie in Projektideen für Bedarfe floss, die längst abgedeckt sind.

Wo die Moderation an Grenzen stieß:

Nicht in allen Kommunen sind tragfähige Projekte zustande gekommen. Das heißt, der Dialogprozess lässt sich zwar fördern, ein Erfolg aber nicht erzwingen. Wenn die Organisatoren merken, dass sich die Engagierten nicht einigen können, welche Ideen sie vorrangig verfolgen wollen, oder dass kein förderfähiges Projekt zustande kommt, kann es ein Ausweg sein, auf eine Fortführung zu verzichten. Die denkbare Alternative, den Dialogprozess mithilfe kreativer Ansätze und

guter Beispiele aus anderen Orten womöglich wieder in Gang zu setzen, war im Programm „Land mit Zukunft“ nicht vorgesehen.

Ziel erreicht?

Bei Redaktionsschluss der vorliegenden Studie waren die meisten Projekte erst ange laufen. Daher lässt sich nicht abschließend sagen, ob „Land mit Zukunft“ die selbstgesteckten Ziele erreicht hat, nämlich das Zusammengehörigkeitsgefühl in den sechs Kommunen zu verbessern und die Lebensqualität zu steigern. Um dies beurteilen zu können, wäre zunächst festzustellen, wie nachhaltig die Projekte wirken, das heißt, ob sie langfristig Bestand haben und sich eigenständig tragen. Dazu wäre mit einem gewissen zeitlichen Abstand zu prüfen, welche Projekte überlebt haben und welche Faktoren hierzu beigetragen haben. Generell wäre eine Bestandsaufnahme nicht nur zum Ende eines Förderprogramms, sondern auch einige Jahre später sinnvoll.

Beim Bürgerbus in Homberg (Efze) stehen die Chancen nach Einschätzung der Mitwirkenden gut, dass der Bus auch in einigen Jahren noch seine Runden dreht. Dies gilt auch für den „Waldecker Kultursommer“, das Kulturzentrum Krone in Homberg und das Ergebnisprojekt „digitale Bürgerplattform“. Erfolgsfaktoren sind dabei, dass die Projekte auf bestehenden Strukturen und Erfahrungen aufbauen können oder, bezogen auf die „digitale Bürgerplattform“, leicht zu übernehmen sind. Die Bürgerplattform hat das Potenzial dauerhaft zur Vernetzung innerhalb der Kommunen beizutragen.

3.2 WELCHE ERKENNTNISSE LASSEN SICH DARAUSS ABLEITEN?

Empfehlungen für fördernde Institutionen, Stiftungen, Landesregierung

Auf den folgenden Seiten haben wir zusammengetragen, was sich aus „Land mit Zukunft“ für die Förderung von Projekten in ländlichen Regionen lernen lässt. Eingeflossen sind auch Erfahrungen aus anderen Regionen und Förderansätzen. Im Fokus steht dabei, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es freiwillig Engagierten erleichtern, ihr Lebensumfeld aktiv mit zu gestalten.

Keine Zweckbindung der Mittel

Die Vergabe von Fördergeldern war bei „Land mit Zukunft“ nicht an einen bestimmten Zweck gebunden. Vielmehr entwickeln die Bürger zunächst Projektideen, die sie anschließend in einen Förderantrag gossen. Dies ist ein großer Vorteil gegenüber anderen Förderprogrammen. Die Herausforderungen ähneln sich zwar, aber der Bedarf ist von Ort zu Ort unterschiedlich und lässt sich nicht verallgemeinern. Statt von oben vorzugeben, wofür Fördermittel zu verwenden sind, kann es sinnvoller sein, die Menschen zu fragen, wo und wie finanzielle Mittel vorrangig einzusetzen sind. Das Programm läuft damit weniger Gefahr, das bürgerschaftliche Engagement einzuengen, und ermöglicht es Engagierten auch neue Wege zu gehen. Der Förderansatz von „Land mit Zukunft“ bietet grundsätzlich den nötigen kreativen Freiraum, damit die Bürger mit konkreten Projekten den lokalen Herausforderungen des demografischen Wandels begegnen können.

Wenn mit einem derartigen Förderansatz Projekte unterstützt werden, die am lokalen Bedarf ausgerichtet sind und von den Menschen vor Ort mitgetragen werden, macht dies ein Weiterbestehen über den Förderzeitraum hinaus deutlich wahrscheinlicher. Die engagierten Bürger sollten daher nach Möglichkeit eingebunden werden, wenn es darum geht, Projekte zu entwickeln und Fördermittel auszugeben.

Bürgerbeteiligung professionell begleiten

Zentrale Voraussetzung dafür ist, dass die Bedarfsanalyse und die Projektentwicklung professionell moderiert und begleitet werden. Dies dürfte insbesondere für jene Stadt- und Dorfgemeinschaften hilfreich sein, denen es an Erfahrungen in diesem Bereich fehlt und die offen sind für Impulse von außen. Aufgabe der Moderation ist dabei nicht nur, für eine gute und konstruktive Stimmung zu sorgen, sondern auch darauf zu achten, dass der Einsatz der Bürger in ein förderfähiges Projekt mündet.

Wissen und Erfahrungen zugänglich machen

Bei „Land mit Zukunft“ war es jederzeit möglich, bei Bedarf Experten hinzuzuziehen. Dies könnte neben der finanziellen Förderung auch in anderen Programmen ein wichtiger Baustein sein. Gerade wenn Bürger neue Ideen und Konzepte entwickeln und sich damit auf unbekanntes Terrain begeben, treffen sie beinahe automatisch auf Hürden und Stolpersteine. Damit sie trotz etwaiger rechtlicher, organisatorischer, förderrechtlicher oder versicherungstechnischer Fragen vorankommen,

brauchen sie Ansprechpartner, die ihnen weiterhelfen – und zwar kurzfristig. Das können Experten sein oder erfahrene Engagierte aus anderen Regionen, beispielsweise auch Vertreter von Vereinen, Bürgergenossenschaften oder anderer Organisationsformen.

Ein solcher Wissenstransfer, wie ihn das Programm „Land mit Zukunft“ etwa beim Bürgerbus in Homberg (Efze) ermöglicht hat, trägt zum einen dazu bei, dass aus einer Idee schnell ein konkretes Projekt wird – oder unüberwindbare Hürden frühzeitig erkannt und Fehler vermieden werden. Zum anderen verhindert er, dass sich die Engagierten schon vorweg an bürokratischen oder rechtlichen Fragen aufreiben.

Klarheit über die Bedingungen schaffen

Um Missverständnisse und Irritationen von Anfang an zu vermeiden, sollten die Organisatoren den Teilnehmern vorweg einen Leitfaden mit allen wichtigen Informationen zu den Förderrichtlinien und Rahmenbedingungen des Programms an die Hand geben. Damit gewinnen die Beteiligten Klarheit darüber, wie sie sich am besten organisieren, um ihre Vorhaben zu realisieren. Eine oder zwei DIN A4-Seiten mit einer griffigen Zusammenfassung der wichtigsten Punkte genügen dabei in der Regel vollauf.

Hauptamtliche einbeziehen

Die Bürger zu Wort kommen zu lassen hat sicherlich einige Mehrarbeit zur Folge, es zahlt sich am Ende jedoch aus. Im Umkehrschluss bedeutet es nicht, Politik und Verwaltung gänzlich außen vor zu lassen. Wie die

Gespräche mit den Bürgermeistern in den sechs Kommunen gezeigt haben, sind diese im Allgemeinen offen für bürgerschaftlich getragene Projekte und Initiativen, auch wenn sie nur einen geringen oder häufig gar keinen finanziellen Beitrag leisten können. Die Verwaltungen können aber sehr wohl helfen, passende Förderprogramme zu finden oder Anträge zu stellen. Darüber hinaus können sie auf gesetzliche Vorgaben hinweisen oder sich für deren Lockerung einsetzen und vieles mehr. Im Falle von „Land mit Zukunft“ hat es sich letztlich als sinnvoll erwiesen, die Kommune über geplante Projekte auf dem Laufenden zu halten und um konkrete Unterstützung zu bitten. So fand die Stadtverordnetenversammlung in Homberg (Efze) trotz knapper Kasse einen Haushaltsposten, aus dem sie den Bürgerbus bezuschussen kann.

Erfolg nicht erzwingen

Für den Fall, dass kein sinnvolles oder förderfähiges Projekt zustande kommt, könnten die Verantwortlichen vorsorgen, indem sie zu Beginn festlegen, dass nach einer bestimmten Anzahl von Treffen eine Entscheidung fallen muss, wie es weiter geht. Spätestens dann könnten beispielhafte Bürgerprojekte aus anderen Orten oder Regionen für neue Impulse sorgen. Letztlich lassen sich Projekte, die von Freiwilligen getragen werden, aber nicht erzwingen. An bestimmten Punkten ist daher immer wieder zu überlegen, ob der Prozess oder das Projekt besser eingestellt werden sollte.

Sich von anderen inspirieren lassen

In diesem Zusammenhang wäre bei einer Fortsetzung respektive Neuauflage von „Land mit Zukunft“ oder bei vergleichbaren Programmen zu prüfen, ob es Sinn ergäbe, aufbauend auf der Bedarfsanalyse den Teilnehmern gleich zu Beginn existierende Projektbeispiele vorzustellen. Dagegen ließe sich im Sinne des ursprünglichen Ansatzes argumentieren, dies würde die Kreativität einschränken und die Diskussion in eine

EINE IDEE, VIELE NACHAHMER: FÜR BÜRGERBUS-INITIATIVEN GIBT ES VIELE VORBILDER

Bürgerbusse sind keine neue Erfindung. In Deutschland rollte 1985 erstmals ein solcher Bus in Nordrhein-Westfalen, lanciert vom Landesministerium für Landes- und Stadtentwicklung. Mit Unterstützung des Landes und des Dachverbandes „Pro Bürgerbus NRW“ bewegen Ehrenamtliche allein in Nordrhein-Westfalen heute über 130 Bürgerbusse.⁶ Inzwischen gibt es sie in fast allen Bundesländern, auch in Hessen und auch in unmittelbarer Nähe zu Homberg: Pionier war Kirchheim, eine halbe Autostunde südöstlich von Homberg, wo seit 1986 ein Bürgerbus fährt.⁷ Im Jahr 2000 ging im nördlich gelegenen Körle einer an den Start, 2011 in der Nachbargemeinde Knüllwald.⁸ Potenzielle Nachahmer können sich nicht nur bei bestehenden Initiativen informieren, praktische Ratschläge finden sie beispielsweise auch in dem ständig aktualisierten Online-Leitfaden von „Pro Bürgerbus NRW“. Auch die Arbeitsgruppe in Homberg (Efze) hat sich bei Praktikern und Experten Rat geholt für ihre ganz spezifischen lokalen Anforderungen, vermittelt im Rahmen von „Land mit Zukunft“.

Da Bürgerbusse im ländlichen Raum den dünner werdenden öffentlichen Personennahverkehr bedarfsgerecht ergänzen, läge es eigentlich im Interesse von Kommunen, Kreisen und Land, solche Initiativen

anzuschließen oder bestehende mit Rat und Tat zu unterstützen. Ein erster Schritt ist getan: Der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) und der Nordhessische Verkehrsverbund (NVV) haben im Juni 2017 ein gemeinsames Fachzentrum „zur Suche nach zukunftsfähigen Ansätzen für den öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum“ eingerichtet.⁹

Darüber hinaus haben das Verkehrsministerium, die Verkehrsverbünde und die Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ eine Projektgruppe zum Thema Bürgerbusse eingerichtet. Ziel ist, dafür zu sorgen, dass neue Bürgerbusprojekte von den Erfahrungen der bereits bestehenden profitieren und damit die Entwicklungsarbeit vor Ort abkürzen können. Dafür sollen die wichtigsten Informationen etwa zur Beschaffung der Fahrzeuge oder deren Versicherung zusammengetragen werden. Auch einen Leitfaden soll es geben, in dem Punkt für Punkt erklärt wird, wie sich ein Bürgerbusprojekt umsetzen lässt. Die Engagierten vor Ort sollen sich dann stärker auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren können: Mitstreiter suchen, die als ehrenamtliche Fahrer den Bus ins Rollen bringen, und das neue Angebot bei potenziellen Mitfahrern bekannt machen, damit der Bus auch genutzt wird.

bestimmte Richtung lenken. Mehrere Argumente sprechen jedoch dafür: Erstens kann dies die Mitwirkenden in ihrer Selbstwahrnehmung bestärken, dass Bürger etwas auf die Beine stellen können. Zweitens kann es als Inspiration dafür dienen, was machbar ist und vor allem wie. Drittens hat sich gezeigt, dass die Teilnehmer in den sechs „Land mit Zukunft“-Kommunen sehr häufig auf ähnliche

Ideen kamen, zum Beispiel über eine Internetplattform für eine bessere Vernetzung zu sorgen. Es wäre sicher überzogen zu erwarten, dass die Gruppen ausschließlich neue und originelle Ideen hervorbringen. Wenn es für einen festgestellten Bedarf bereits Erfahrungswerte und Lösungen gibt – warum sollten sie das Rad dann neu erfinden?

Vorhandene Beratungsangebote bekannter machen

Engagierte benötigen Ansprechpartner und Anlaufstellen, die ihnen weiterhelfen, wenn es erforderlich ist, nicht nur im Rahmen von Förderprogrammen, sondern generell.

Zwar mangelt es nicht an engagementfördernden Einrichtungen, die Freiwillige informieren, vermitteln, beraten oder qualifizieren. Insgesamt zählt Deutschland mehr als 2.000 davon.¹⁰ Auch in Hessen können sich die Engagierten etwa an Freiwilligenzentren oder mancherorts auch an Engagementlotsen wenden. Allerdings zeigte sich in den Gesprächen in den sechs Kommunen, dass viele der Angebote den Mitwirkenden nicht bekannt waren. Hier besteht eine erhebliche Informationslücke. Kommunale Mitarbeiter wie etwa der neue Stadtmanager in Sontra (siehe S. 53) oder Hauptamtliche in Dachverbänden sollten daher regelmäßig über die vorhandenen Angebote informieren und Freiwillige bei Bedarf an die passenden Beratungsstellen vermitteln. Darüber hinaus hat die Studie noch einmal verdeutlicht, dass in den ländlichen Regionen Hessens, in denen das freiwillige Engagement einen Schlüsselfaktor darstellt, weniger Ansprechpartner für Engagierte zur Verfügung stehen als in dicht besiedelten Gebieten.

Kleinere Summen dauerhaft zur Verfügung stellen

Das Engagement der Menschen richtet sich überwiegend auf ihr unmittelbares Lebensumfeld aus. Dieses subsidiäre, eigenverantwortliche Handeln der Bürger sorgt für ein lebendiges Vereinsleben, eine funktionierende Nachbarschaftshilfe oder dafür, dass mit bedarfsorientierten Lösungen die Versorgung aufrechterhalten wird. Häufig stecken hinter diesen Angeboten kleinere Initiativen, die keinen großen Finanzierungsbedarf haben. Trotzdem haben sie mitunter Schwierigkeiten, an die nötigen Mittel zu kommen, da sich für sie der bürokratische Aufwand, der mit vielen Förderprogrammen verbunden

ist, nicht lohnt. Für solche Initiativen sollten niedrigschwellige respektive vereinfachte Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen werden. Diese könnten etwa so aussehen, dass die Gruppen mit einer kurzen Vorhabenbeschreibung kleinere Summen beantragen können, über deren Bewilligung dann rasch entschieden wird.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass die Förderung fast immer zeitlich begrenzt ist und es selten die Möglichkeit gibt, ein Programm aufgrund guter Ergebnisse zu verlängern. Das Auslaufen der Unterstützung gefährdet dann den weiteren Bestand der Projekte – häufig auch von erfolgreich laufenden. Für die Beteiligten kann die Ungewissheit, ob sie ihr Projekt längerfristig aufrechterhalten können, zermürbend sein. Zumal sie viel Zeit aufwenden müssen, um neue Fördermöglichkeiten zu finden und zu erschließen. Damit sich Freiwillige auf ihr Engagement konzentrieren können, ist eine verlässliche Basis und eine dauerhafte Finanzierung erforderlich.

Vereine beim Generationswechsel unterstützen

Die Bereitschaft der Menschen, sich langfristig zu binden, nimmt ab. In der Folge haben immer mehr Vereine Schwierigkeiten, ihre Vorstandsposten neu zu besetzen. Freiwilligenzentren oder andere engagementfördernde Einrichtungen sollten daher verstärkt Vereine dabei unterstützen, die Vorstandsarbeit wieder attraktiver zu machen, indem sie zeigen, wie sich Leitungsstrukturen reformieren lassen: Bildung von Vorstandsteams, kürzere Amtszeiten, rotierende Zuständigkeiten oder Arbeitskreise aus einfachen Mitgliedern, die Aufgaben wie beispielsweise die Öffentlichkeitsarbeit übernehmen.¹² Hierzu gehört auch die Anregung, dass Vereine sich unter einem gemeinsamen Dach zusammenfinden und einzelne Pflichten, wie beispielsweise die Buchhaltung, bündeln. In einer weiteren Stufe könnte dies sogar dazu führen, dass nicht mehr jeder Verein einen eigenen Vorstand benötigt. Daneben können auch Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote Vereine im Bereich der Vorstandsarbeit unterstützen.

LOKALE HÄNDLER UND DIENSTLEISTER FÜR DIE EHRENAMTSKARTE GEWINNEN

Die Anerkennung der freiwillig erbrachten Leistung ist ein wichtiger Aspekt. Eine positive Rückmeldung zeigt Engagierten, dass ihr Einsatz wahrgenommen und gewürdigt wird. Die Ehrenamtskarte kann hierzu einen Beitrag leisten. Doch gerade in ländlichen Räumen ist der Nutzen der Karte für viele Ehrenamtliche nicht ersichtlich. Um in den Genuss von Vergünstigungen etwa bei einem Zoo- oder Theaterbesuch zu kommen, müssten sie meist weit fahren und Zeit aufwenden. Lokale Anbieter sollten daher mit ins Boot geholt werden, damit Besitzer der Karte auch in ihrer näheren Umgebung entsprechende Vergünstigungen erhalten können.

Auch eine feierliche Übergabe durch den Landkreis könnte die Attraktivität der hessischen Ehrenamtskarte steigern. Im niedersächsischen Emsland wird die vergleichbare „Ehrenamtskarte“ der Landesregierung Niedersachsen zweimal im Jahr durch den Landrat feierlich bei einer Abendveranstaltung überreicht – mit Erfolg. Diese öffentliche Übergabe verdeutlicht das „Dankeschön“, das die Politik zum Ausdruck bringen möchte. Die Ehrenamtskarte erfreut sich bei den Ehrenamtlichen zwischen Salzbergen und Papenburg großer Beliebtheit.¹¹

Empfehlungen für Gemeinden, Städte, Kreise

Den Kommunen und vor allem den Bürgermeistern fällt bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in den ländlichen Gebieten eine Schlüsselrolle zu. Sie können die Bürger einbinden und an Entscheidungen beteiligen, indem sie die Zusammenarbeit zwischen den lokalen Vereinen und Initiativen stärken oder indem sie eigene Beratungs- und Qualifizierungsangebote initiieren.¹³ In kleineren Städten und Gemeinden mit überschaubaren Strukturen gelingt dies leichter als in Ballungszentren.

Bürger einbinden

Kommunen können Zukunftsforen veranstalten, um Bedarfe zu analysieren und gemeinsam Projekte zu entwickeln. Mit den Demografiedialogen (siehe S. 21) oder den „Bürgergutachten“ des Landes Hessen (siehe S. 60) gab es bereits derartige Veranstaltungen. Bei Formaten dieser Art ist jedoch künftig darauf zu achten, dass sie möglichst in ein konkretes Projekt münden. Es ermutigt Bürger sich an solchen Foren zu beteiligen, wenn sie sehen, dass ihr Einsatz dazu beiträgt, das direkte Lebensumfeld zu verbessern. Diese Erfahrung der „Selbstwirksamkeit“ kann der Nährboden und damit die Motivation für weitere Aktivitäten sein.

Offen für neue Ideen der Bürger sein

Kommunale Verwaltungen sollten offen für Vorstöße von Bürgern sein, die kreative neue oder an anderer Stelle bereits erprobte Projekte anstoßen und umsetzen wollen. Nehmen sich Verwaltungsmitarbeiter hingegen kaum Zeit für die Anliegen der Engagierten, können selbst vielversprechende Ansätze schnell im Sand verlaufen. Vor allem in den ersten Monaten treten bei neuen Vorhaben häufig rechtliche und bürokratische Hürden auf. Sie zu überwinden, erfordert mitunter eine kreative Auslegung von Vorschriften oder Sondierungen auf höherer

Verwaltungsebene, um Spielräume auszuloten respektive zu erweitern.¹⁴

Dem Ehrenamt mehr Bedeutung geben

Die Bürgermeister im ländlichen Raum sollten der „Ressource Ehrenamt“ eine ähnlich hohe Bedeutung beimessen wie etwa der Wirtschaftsförderung. Dazu gehört auch, einen Mitarbeiter der kommunalen Verwaltung als Ansprechpartner für die Freiwilligen zu benennen, bei dem dann alle Informationen über die lokale Engagementlandschaft zusammenlaufen. Dieser kann die Aktiven dabei unterstützen, Fördergelder zu beantragen oder Mitstreiter zu gewinnen. Er wäre damit nicht nur ein wichtiger Ansprechpartner für die Ehrenamtlichen, sondern auch für den Landkreis, ehrenamtsfördernde Einrichtungen oder Landesinitiativen. Über diese Kontaktperson könnten Informationen zu neuen Förder-, Beratungs- und Qualifizierungsangeboten die Engagierten vor Ort besser erreichen. Umgekehrt könnten die Hauptamtlichen in den Rathäusern an die fördernden Institutionen zurückmelden, welche Erfahrungen sie mit einzelnen Maßnahmen gemacht haben und welche Bedarfe sich vor Ort abzeichnen.

Zusammenarbeit stärken und Aktivitäten koordinieren

Die Hauptamtlichen in den Rathäusern haben in der Regel einen guten Überblick über die ehrenamtlichen Aktivitäten in der jeweiligen Kommune. Sie können Termine sammeln und Vereine auf mögliche Überschneidungen hinweisen. In den sechs „Land mit Zukunft“-Kommunen steht den Vereinen dazu perspektivisch auch die neu entwickelte digitale Bürgerplattform zur Verfügung (siehe S. 45). Kommunale Mitarbeiter sollten außerdem darauf achten, in welchen Bereichen und Aufgabenfeldern sich eine stärkere Zusammenarbeit einzelner Organisationen lohnt. Ist dies der Fall, muss die Verwaltung aktiv auf die Vereine oder Initiativen zugehen, damit diese zusammenfinden. Häufig ist der Bürgermeister dabei als Vermittler gefragt.

Empfehlungen für Bürger, Initiativen, Vereine und andere zivilgesellschaftliche Organisationen

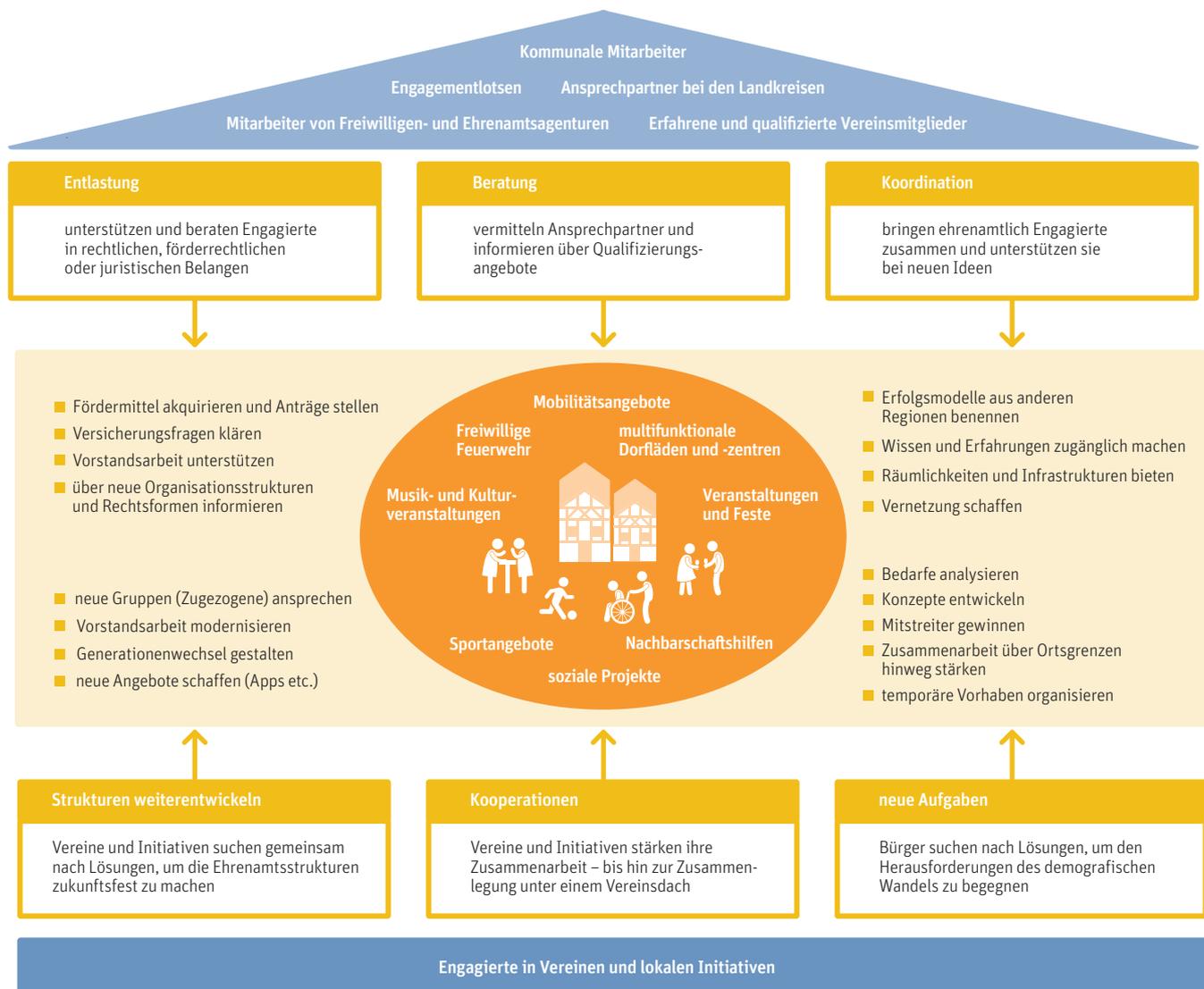
Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Strukturwandels im Ehrenamt müssen sich auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen weiter entwickeln. Das bedeutet, dass sie verstärkt Anstrengungen unternehmen müssen, bislang zurückhaltend Engagierte zu motivieren und mitzunehmen. Dabei müssen sie auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten der verschiedenen Lebensalter möglichst individuell eingehen und neue Formen des Engagements in bestehende Strukturen einbetten.

Zugezogene für die gewachsenen Strukturen gewinnen

Bei den Befragungen in den sechs Kommunen hat sich gezeigt, dass Alteingesessene und Zugezogene häufig nicht vorbehaltlos zusammenfinden. Dabei könnten die neuen Nachbarn dazu beitragen, die Nachwuchsprobleme in den Vereinen zumindest ein Stück weit zu mildern und die gewachsenen Ehrenamtsstrukturen mit Ideen von außen aufzufrischen und zu stärken. Im südwestfälischen Freudenberg besucht etwa ein ehrenamtlicher Dorfbotschafter die neu Zugezogenen und informiert sie über das örtliche Vereinsleben oder die ehrenamtlichen Aktivitäten.¹⁵ Auch über Willkommensabende, Nachbarschaftsfeste, Schnupperangebote oder ein „Tag der Vereine“ können Zugezogene gezielt angesprochen und für die lokalen Strukturen gewonnen werden.

Mit Schulen zusammenarbeiten

Um junge Menschen für die Vereine zu begeistern, bietet sich eine Zusammenarbeit mit den örtlichen Schulen an, da diese häufig Partner für die Gestaltung des Nachmittagsprogramms oder für Projektwochen suchen. Mit ihren jeweiligen Angeboten könnten die



Demografischer Wandel braucht Engagement – aber Engagement braucht Unterstützung

Die Befragungen zu „Land mit Zukunft“ haben einmal mehr gezeigt, dass Menschen sich nur engagieren und Engagierte nur dann dabei bleiben, wenn sie Unterstützung erhalten – gerade in ländlichen Gebieten. Engagierte müssen wissen, wo sie sich Rat holen können oder wer ihnen helfen kann, wenn es zum Beispiel Förderanträge auszufüllen gilt. Unterstützung können nicht nur hauptamtliche Mitarbeiter in Verwaltungen, Freiwilligenagenturen oder Förderprogrammen bieten. Auch erfahrene Vorstandsmitglieder von Vereinen und anderen Organisationen können einspringen, wenn beispielsweise Vereine Aufgaben wie die immer aufwändiger werdende Rechnungslegung bewältigen müssen.

Damit Bürgerinnen und Bürger auf dem Land sich an der Entwicklung von Lösungsansätzen für ihren Ort beteiligen können, benötigen sie Anregungen, Erfahrungen aus anderen Orten und Expertenwissen. Diese Informationen sind vorhanden,

sie müssen aber auch kommuniziert und beispielsweise über die lokalen Medien verbreitet werden.

Vereine und Initiativen müssen sich dem demografischen Wandel und den sich verändernden ehrenamtlichen Strukturen anpassen. Sinkende Mitgliederzahlen erfordern von ihnen dabei ein stärkeres Miteinander – etwa um bestehende Angebote zu erhalten oder neue gemeinsam voranzubringen. Neue Ehrenamtsformen wie lose Bündnisse von Engagierten sollten zudem mit den etablierten Vereinen und Initiativen kooperieren. Dies dürfte gewinnbringend für beide Seiten sein – die einen erhalten ein verlässliches Rückgrat, die anderen möglicherweise Zugang zu Menschen, die sich erstmalig ehrenamtlich betätigen.

(Quelle: eigene Darstellung)

Vereine hier eingebunden werden und darüber Interesse bei den Kindern und Jugendlichen wecken.¹⁶ Das ist beispielsweise bei der Freiwilligen Feuerwehr in Schlitz gelungen, die mit Projektwochen in der örtlichen Gesamtschule um Nachwuchs wirbt (siehe S. 38). Für die Vereine besteht dabei allerdings die Herausforderung darin, geeignete Gruppenleiter für die Nachmittage in den Schulen zu finden, da viele Aktive berufstätig sind. Hinzu kommt, dass die Inhalte vorbereitet und didaktisch aufbereitet werden müssen.

Die Generation 60plus gezielt umwerben

Viele künftige Rentner werden im Alter weiterhin gesund und leistungsfähig sein. Sie können und wollen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiterhin einbringen. Neurentner oder Eltern, deren Kinder gerade das Haus verlassen haben, suchen dann häufig nach einer sinnvollen Beschäftigung beziehungsweise nach einem Ersteinstieg ins Ehrenamt. Diese zahlenmäßig wachsende Gruppe der „jungen Alten“ birgt ein großes Potenzial, das es für klassische wie auch neue ehrenamtliche Aufgaben auszuschöpfen gilt.¹⁷

Neue und alte Formen des Ehrenamts zusammenbringen

Vereine oder andere Organisationen können ein verlässliches Rückgrat für kurzfristige Initiativen bilden. Sie können die Aktivitäten der Freiwilligen unterstützen und koordinieren, indem sie beispielsweise Verwaltungsaufgaben übernehmen oder Akteure zusammenbringen. Zeitlich befristete Initiativen sollten von Beginn an in bestehende Engagementstrukturen integriert werden, um eine Konkurrenz zwischen beiden zu vermeiden. Da bei offenen Gruppen häufig auch Vereinsmitglieder mitwirken, dürfte diese Verbindung relativ einfach herzustellen sein. Voraussetzung dafür ist, dass sich bestehende Organisationen offen für Impulse von außen zeigen.

3.3 WO BÜRGER AKTIV WERDEN

Die Herausforderungen in ländlichen Regionen ähneln sich. Kein Wunder also, dass häufig auch die Lösungsansätze weitgehend identisch ausfallen. Auch wenn die zündende Idee noch nicht gefunden ist, kann es helfen sich anzusehen, welche Lösungen an anderer Stelle gewählt wurden und wie die Umsetzung erfolgte. In Hessen bietet etwa die Website der Servicestelle „Vitale Orte 2030“ (https://vitale-orte.hessen-nachhaltig.de/de/Servicestelle_Vitale_Orte.html) eine Fülle guter Beispiele an, als „praktische Hilfe für die Umsetzung von Ideen, die dazu beitragen, die Folgen der demografischen Veränderungen positiv zu gestalten“. Darüber hinaus gibt es eine Liste von Links, unter denen sich weitere Projekte aus der Praxis sowie Förderprogramme finden lassen. Oft sind es ganz einfache Dinge, die eine positive Wirkung entfalten: In Niederlistingen, einem Ortsteil von Breuna, haben Bürger ein leerstehendes Hühnerhaus renoviert und wieder seinem ursprünglichen Zweck zugeführt. Auf der umliegenden Obstwiese haben die Hühner freien Auslauf und in der Milchammer des nahegelegenen früheren Bauernhofes liegen stets frische Eier zum Verkauf in Selbstbedienung aus.¹⁸ Auf einem

Praxisforum der „Servicestelle Vitale Orte 2030“ zum Thema Kultur wurden auch Projekte vorgestellt, die demonstrieren, wie Bürger, Vereine und Kommunen mit Musik, Kunst und kulinarischen Angeboten zur Lebensqualität in den Dörfern beitragen können: Da gibt es eine Lesebühne und einen Poetry-Slam, ein Festival, bei dem leerstehende denkmalgeschützte Häuser als Kulisse für Ausstellungen oder Aufführungen dienen, und ein „Blues, Schmus und Apfelmus-Festival“.¹⁹

Das Freiwilligenzentrum für Stadt und Landkreis Gießen hat 2016/17 eine Bestandsaufnahme bestehender Ansätze rein bürgerschaftlicher Initiativen in der Leader-Region Gießener Land vorgenommen und dabei auch die Rahmenbedingungen, Hürden und Erfolgsfaktoren ermittelt. Auch hier finden sich viele gute Beispiele: Bürger haben eine historische Dorfschmiede zu einem multifunktionalen Mehrgenerationenhaus mit Tagespflagestation, Café, Laden und Dorfwerkstatt umgestaltet, Bürger haben ein Gemeindefrauenprojekt aufgesetzt, unterstützen den Dorfladen, richten einen Jugendraum oder eine „Powergarage“ mit Fitnessgeräten

ein, spielen Theater oder gründen eine Energiegenossenschaft, betreiben ehrenamtlich die Dorfbibliothek oder sogar das kommunale Schwimmbad.²⁰

„22 beachtliche Beispiele, wie Bürger Staat machen“ enthält das 2007 erschienene Buch „Deutschland zum Selbermachen“. Hier ist nachzulesen, wie Bürger ein geschlossenes Museum in neuer Gestalt auferstehen ließen, wie sie einen dem Untergang geweihten botanischen Garten pflegen oder mit einer Handy-App die Straßenbeleuchtung individuell einschalten, wenn die Lichter abends früher gelöscht werden, weil die Kommune sparen muss.²¹

An Ideen, Vorbildern und Handbüchern mangelt es nicht. Im Folgenden zeigen wir anhand einiger Beispiele aus Hessen, wie Bürger es in die Hand genommen haben, die Versorgung zu verbessern, die Gemeinschaft zu stärken und so für mehr Lebensqualität in ihren Orten zu sorgen. Die kleine Auswahl soll dazu anregen, sich selbst auf die Suche nach eigenen Engagementfeldern zu machen.

BÜRGER RETTEN LEERSTEHENDE GEBÄUDE – DIE „BÜRGERGRUPPE FÜR DEN ERHALT WANFRIEDER HÄUSER“

Im 16. Jahrhundert galt Wanfried noch als „eine der fürnembsten Städte Europas“. Der Endhafen der Weser-Werra-Schifffahrt bescherte dem kleinen Ort im Jahr 1608 die Stadtrechte.²² Die Fachwerkhäuser aus jener Epoche, als Wanfried ein bedeutender Handelsplatz war, sind erhalten geblieben. Aufgrund der Lage direkt an der innerdeutschen Grenze verlor Wanfried jedoch seit den 1950er Jahren Einwohner. Auch nach der Eingemeindung von Völkershausen 1971 nahm die Bevölkerung kontinuierlich ab. Nach einem Zwischenhoch Anfang der 1990er gingen viele Arbeitsplätze verloren, vor allem, weil die Zonenrandförderung entfiel, und der Abwanderungstrend setzte sich fort.²³

Jetzt verzeichnet die Kleinstadt wieder Zuwachs. Das verdankt sie der „Bürgergruppe für den Erhalt Wanfrieder Häuser“: Angesichts des zunehmenden Gebäudeleerstands schlossen sich 2006 einige engagierte Bewohner zusammen, unter anderem Architekten, Restauratoren und der spätere Bürgermeister, ein Betriebswirt. Sie erstellten ein Leerstandskataster, nahmen Kontakt zu den Besitzern auf und boten Kaufinteressenten an, sich fachmännisch beraten zu lassen, wie sie die historischen Gemäuer energetisch sinnvoll und heutigen Ansprüchen an Wohnkomfort genügend sanieren könnten. Mit Erfolg: Zunächst schlugen Niederländer, die anscheinend ein besonderes Faible für Fachwerk haben, in Wanfried ihren Zweit- oder sogar Hauptwohnsitz auf, später kamen Deutsche aus Ballungsräumen, die es aufs Land zog, und sogar eine italienische

Familie. Bilanz nach zehn Jahren: Insgesamt hat die Gruppe bis heute 55 Gebäude vermitteln können, darunter zahlreiche Objekte mit hohem Sanierungsstau. Den in der Region ansässigen Handwerksunternehmen brachte diese ehrenamtliche Vermittlungsarbeit und Beratungsleistung der Bürgergruppe Aufträge in Höhe von über 3,5 Millionen Euro. Die positiven Nachrichten aus der Heimat locken auch ehemalige Wanfrieder zurück. Neben der ruhigen Lage und der Naturlandschaft bieten günstige Immobilienpreise und Mieten Anreize auch für junge Familien.

Die Stadt hat bis auf einen Zuschuss zur Instandsetzung eines Fachwerk-Musterhauses und einiger hundert Euro für die Veröffentlichung der Immobilienangebote auf einer niederländischen Internetseite kein Geld dazu gegeben. Ihr waren die Hände gebunden, denn sie hatte sich 2012 unter den Hessischen Kommunalen Schutzschirm begeben und nicht nur zahlreiche Einsparungen vornehmen, sondern auch kräftig Steuern erhöhen müssen, um 2015 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und 2018 aus dem Schutzschirm entlassen werden zu können. Unabhängig von der finanziellen Lage kümmert sich die Stadtverwaltung gemeinsam mit der Bürgergruppe jedoch nach wie vor um die Vermarktung der Immobilien und die Beratung von Interessenten.

Aus der Initiative der Bürgergruppe entwickeln sich neue Ideen. So hat sich eine Genossenschaft gegründet, die Hanf anbaut und daraus unter anderem einen natürlichen Dämmstoff für Gebäude herstellt.

Hürden:

Die Bürgergruppe vermeidet wenn möglich Hindernisse wie beispielsweise das Ausfüllen umfangreicher Antragsformulare, wenn keine Fördermittel in nennenswerter Höhe in Aussicht stehen, so der Bürgermeister: „Wir sind ein loser Zusammenschluss von Bürgern mit dem gleichen Ziel, nämlich Stadtentwicklung zu betreiben und Leerstände zu verhindern. Wir wollen unsere kostbare Zeit nicht mit Formalien vergeuden, sondern die Sache voranbringen.“²⁴

Warum gelingt es?

Auf der Homepage der Bürgergruppe präsentiert sich der Bürgermeister, seit 2007 im Amt, als Stadtoberhaupt, das auf umsetzbare Ideen aus der Bürgerschaft setzt und sich einer jeden auch annimmt.²⁵ Das Klima für Ehrenamt scheint in Wanfried generell günstig zu sein: Schon seit 2005 vergibt die Stadt alle zwei Jahre einen Bürgerschaftspreis, bei dem Bürger andere Bürger vorschlagen können. Eine Bürgerjury, deren Besetzung jedes Mal wechselt, entscheidet über die Vergabe.²⁶

Kontakt:

wanfried.de,
buergergruppewanfried.de



BÜRGER BETREIBEN EINEN MULTIFUNKTIONALEN DORFTREFF – DIE „SCHULE“ DALWIGKSTHAL

Als die Dorfkneipe schloss, gab es in Dalwigksthale und Umgebung keinen Ort mehr, an dem sich die Menschen formlos treffen konnten. So richtig bewusst wurde dies dem Ortsbeirat, als die Wirtschaft im Jahre 2010 für kurze Zeit den Betrieb noch einmal aufnahm und sich vor Gästen kaum retten konnte. Für eine Weile durften die örtlichen Vereine und Gruppierungen für ihre Treffen das Dorfgemeinschaftshaus kostenfrei nutzen. Doch auch diesem drohte die Schließung: Die Stadt Lichtenfels, zu der Dalwigksthale gehört, hatte bei einer Überprüfung festgestellt, dass die kleinen Dorfgemeinschaftshäuser auf dem Gemeindegebiet nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben waren. Der Ortsbeirat hatte die rettende Idee, das Dorfgemeinschaftshaus zu einem multifunktionalen Dorftreff mit Kneipe und Biergarten umzugestalten und für den Betrieb eine Bürgergenossenschaft zu gründen. Bei einer Bürgerversammlung stieß die Idee mehrheitlich auf Zustimmung. Von den rund 180 Einwohnern fanden sich über 50, die Anteile zu 500 Euro zeichneten. Zudem beteiligte sich die Kommune an der Instandsetzung. Und die Genossenschaft erhielt einen Zuschuss von 10.650 Euro aus dem Leader-Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums, denn nicht nur Einheimische, sondern auch Wanderer und Radfahrer, die in der „Waldeckischen Schweiz“ unterwegs sind, können hier einkehren.

Im Herbst 2012 eröffnete der Dorftreff. Der Name „Schule“ rührt daher, dass das Gebäude als Dorfschule diente, bevor es 1976 zum Versammlungshaus umfunktionierte wurde. Die Stadt Lichtenfels vermietet das Dorfgemeinschaftshaus an die Genossenschaft für einen Euro monatlich. Die Vorstände der Genossenschaft arbeiten ehrenamtlich. Für den Gaststättenbetrieb sorgen 450-Euro-Kräfte. Daneben finden hier auch Kulturveranstaltungen, Versammlungen und Ortsbeiratssitzungen statt. „Damit ist Dalwigksthale der erste Ort in Hessen, der sein Dorfgemeinschaftshaus selbst betreibt und finanziert“, so der stolze Hinweis auf das inzwischen mehrfach preisgekrönte Modell.

Hürden:

Eine Bürgergenossenschaft eignet sich besonders für Projekte, die wirtschaftlich tätig sein müssen, um soziale Angebote zu finanzieren. Sie erfordert jedoch einen hohen Verwaltungsaufwand und verursacht relativ hohe Kosten für Steuerberatung und Prüfung. Das kann Engagierte hemmen, vor allem, wenn sie sich nur zeitlich begrenzt einbringen können. Außerdem kann die Genossenschaft als wirtschaftlich tätige Organisation keine Spenden entgegennehmen; sie ist auf Sponsoring angewiesen.

Warum gelingt es?

Der soziale Zusammenhalt in dem Ort ist gut. Neben der Feuerwehr und dem Ortsbeirat hatten sich drei weitere Gruppierungen regelmäßig in der Dorfkneipe getroffen. Deren Schließung war ein „Schock“. Den letzten Schub erhielt die Initiative durch die drohende Schließung des Dorfgemeinschaftshauses. Der Anteil der Eigenleistungen, die der Ortsteil aufbringen musste, hatte in den Jahren zuvor stetig zugenommen. „Dann können wir es auch gleich komplett selber machen“, fanden die Mitglieder des Ortsbeirates. Sie überlegten und recheneten im kleinen Kreis. Das fertige Konzept samt Businessplan, auf einer Bürgerversammlung vorgestellt, vermochte zu überzeugen. Die Stadt hat das Vorhaben unterstützt, aus der Einsicht heraus, dass die Kommunalaufsicht ihr angesichts leerer Kassen sonst womöglich das Dorfgemeinschaftshaus geschlossen hätte.²⁷

Kontakt:

info@schule.dalwigksthale.de,
<http://schule.dalwigksthale.de>



BÜRGER HELFEN BÜRGERN – NACHBARSCHAFTSHILFE SCHWALMTAL

Bürger-, Nachbarschafts- oder Generationenhilfen gibt es vielerorts, wo jüngere Menschen aus beruflichen Gründen wegziehen und Eltern zurückbleiben, wo Familien ohne Verwandte hinziehen, die sich gelegentlich um ihre Kinder kümmern können, oder allein lebende Betagte immer weniger mobil sind. Meist ergreifen Bürger die Initiative. In Schwalmatal (Hessen), einer Gemeinde mit rund 2.800 Einwohnern im Vogelsbergkreis, ging der Anstoß vom Sozialbeirat der Kommune aus. Diesen hatte die Gemeinde 2014 ins Leben gerufen, um Wohlfahrtsorganisationen, interessierte Einzelpersonen, Politik und Verwaltung an einen Tisch zu bringen. Der Sozialbeirat initiierte eine Projektgruppe, die den Aufbau einer Nachbarschaftshilfe vorantrieb. Nachdem sie sich bei vergleichbaren Initiativen erkundigt und einen Überblick über die bereits bestehenden Angebote verschafft hatte, ermittelte sie in einer gemeindeweiten Befragung, ob ausreichend Nachfrage dafür bestehe und ob Bürger bereit wären, sich hier zu engagieren. 83 Prozent gaben an, sie würden bei Bedarf Hilfeleistungen in Anspruch nehmen, würden aber auch aktiv mitarbeiten. Besorgungen erledigen stand dabei an erster Stelle, aber auch Schreibearbeiten übernehmen, bei Behördengängen unterstützen und bei Besuchsdiensten Kontakte pflegen.

So kam es zur Gründung des Vereins „Nachbarschaftshilfe Schwalmatal“. Er hat bisher knapp 30 Mitglieder und bietet seit Januar 2016 seine Dienste bei alltäglichen Verrichtungen an. „Nachbarschaftliche Hilfe gab und gibt es natürlich schon immer in unserer Gemeinde“, so die Selbstdarstellung des Vereins: „Wir wollen sie nur verbreitern und intensivieren,

denn der demografische Wandel beeinflusst das Zusammenleben in unserer dörflichen Region. Der steigende Anteil älterer Mitbürger und der Schwund an Infrastruktur in der Nähe fordert mehr wechselseitige Unterstützung. Aber auch der Zuzug von Neubürgern unterschiedlicher Herkunft, die nicht in unserer Region verwurzelt sind oder eventuell sogar aus Krisengebieten kommend bei uns Schutz suchen, verlangt nach Integrationshilfen.“ Tatsächlich hält sich die Nachfrage nach nachbarschaftlichen Hilfeleistungen dank der noch weitgehend intakten dörflichen Strukturen bislang in Grenzen. Dafür fordert die Betreuung der Asylsuchenden, die in einer Gemeinschaftsunterkunft in einem der Dörfer leben, zurzeit den ganzen Einsatz der Helfer.

Hürden:

Der bürokratische Aufwand bei einer Vereinsgründung könne allenfalls Einzelne abschrecken, aktiv mitzumachen, sagen die Verantwortlichen. Indes biete die Organisationsform Verein auch eine gute Absicherung der Aktiven.

Warum gelingt es?

Die Gemeinde hat die Initiative ergriffen und steht hinter dem Projekt.

Kontakt:

www.nachbarschaftshilfe-schwalmtal.de



BÜRGER SCHAFFEN EINE NAHVERSORGUNG – DORFLADEN HÖRINGHAUSEN

Höringhausen ist sowohl nach Fläche als auch nach Einwohnern der drittgrößte Stadtteil von Waldeck. Knapp 1.200 Einwohner leben hier. Es gibt eine Grundschule und einen Kindergarten, eine eigene evangelische Kirchengemeinde, ein Dorfgemeinschaftshaus mit angeschlossener Kneipe, eine Bankfiliale und zwei Friseurgeschäfte. Der ehemalige Fleischerladen steht leer. 2014 war der Versuch gescheitert, den zuvor wegen Insolvenz geschlossenen Dorfladen mithilfe Freiwilliger wieder zu beleben. Somit gähnte auch an dem Ladenlokal an der Hauptstraße ein leeres Schaufenster.

Der Ortsbeirat wollte das nicht hinnehmen. Der stellvertretende Ortsvorsteher Falk Elkmann bildete einen Arbeitskreis Dorfladen und begann zu recherchieren. Die Gruppe sah sich verschiedene Modelle an und machte sich dann auf die Suche nach einem professionellen Betreiber. Lange ohne Ergebnis, bis die Höringhauser Initiative auf die Idee verfiel, ein riesiges Plakat mit der Aufschrift „Wir suchen Dich“ ins Schaufenster zu hängen. Eine gelernte Kauffrau aus einem nahegelegenen Dorf sah dieses im Vorbeifahren und rief flugs die darunter angegebene Telefonnummer an. Man einigte sich auf ein Betriebskonzept und ging gemeinsam die nächste Hürde an, die Finanzierung. Nach langer Suche fand sich eine Bank, die ansonsten rein bürgerschaftlich organisierten Projekten auf die Beine hilft; sie sagte zu, ein Darlehen zu gewähren, wenn die Bewohner von Höringhausen einen Teil der Anschubfinanzierung übernehmen. Rund 100 Bürger investierten durchschnittlich 120 Euro, im Wissen, dass das Geld weg ist, falls der Laden vor Ablauf der sieben Jahre schließen muss, die nach allen Berechnungen nötig sind, um zuerst das Bankdarlehen und dann den Bürgerkredit zurückzuzahlen.

Im Juli 2015 war Eröffnung. „Seit es den Laden gibt, hat sich im Ort etwas bewegt“, sagte Ortsvorsteher Uwe Wagner im Frühjahr 2016. Es lief gut: Mit 160 bis 180 Kunden am Tag war die Ladeninhaberin zufrieden. Auf 200 Quadratmetern gab es ein breites Sortiment von rund 2.000 Artikeln: abgepacktes Frischfleisch, Getränke, Drogerieartikel, Schülerbedarf wie Stifte oder Hefte und natürlich Naschkram. Auf einem Regal boten Dorfbewohner eigenen Honig, handgestrickte Socken und andere Mitbringsel an. Paketannahme und Warenlieferungen an die Haustür gehörten zum Service. Gelegentliche Koch-Events oder Degustationen erfreuten sich eines regen Zuspruchs. In der Bäckerei-Ecke schenkte eine Mitarbeiterin auch Kaffee und kalte Getränke aus. Die drei Tische am Fenster waren von frühmorgens an stets gut besetzt. Das Dorf hatte endlich wieder einen Ort, an dem sich Bürger begegnen konnten.

Allerdings musste der Laden wegen Erkrankung der Inhaberin im Herbst 2017 wieder schließen. Die Suche nach einem Nachfolger blieb ohne Erfolg. Doch die Engagierten gaben nicht auf. Auch weil die Bürger nachfragten, wie es denn nun weitergehe. „Vielen fehlte der lieb gewonnene Service“, sagt Falk Elkmann. Aus dem Arbeitskreis Dorfladen heraus haben sieben Bürger eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) gegründet. Sie führt die Geschäfte, ein Team angestellter Fachkräfte sorgt für den Betrieb. Anfang Februar 2018 war Eröffnung.

„Wir sind also bei der weithin verbreiteten Variante ‚Bürgerladen‘ gelandet“, kommentiert Falk Elkmann den Schritt weg vom professionellen Handelsbetrieb zum bürgerschaftlich betriebenen Modell. Elkmann bedauert das nicht: „So haben wir es in der Hand.“

Hürden:

Ein hoher Einsatz an Zeit und unbezahlter Arbeit war schon nötig, um die Eröffnung des professionell betriebenen Ladens in die Wege zu leiten. Die Schließung war ein Rückschlag, der die Engagierten in die Resignation hätte treiben können. Stattdessen scheuten sie keinen Aufwand und stürzten sich in das Risiko, einen „Bürgerladen“ zu betreiben.

Warum gelingt es?

Höringhausen verfügt über eine gut funktionierende Dorfgemeinschaft. Falk Elkmann weist auf eine historische Besonderheit hin: Der Ort war bis 1942 eine Enklave der preußischen Provinz Hessen-Nassau innerhalb des Landkreises Waldeck.²⁸ Wo möglich lässt sich der gute Zusammenhalt teilweise darauf zurückführen. Diesem ist es jedenfalls zu verdanken, dass sich auch recht schnell Freiwillige fanden, als die Initiative „Wir für Höringhausen“ dazu aufrief, im Zuge des Dorfentwicklungsprogramms den Kirchplatz zu pflastern und das Umfeld der nach vorne offenen „Dorfscheune“ als Freiluft-Veranstaltungsort aufzuwerten – größtenteils in Eigenarbeit. Im Herbst 2016 feierte das Dorf die Eröffnung.

Kontakt:

falk-elkmann@hoeringhausen.de



QUELLEN

Das Wichtigste in Kürze und Kapitel 1

¹ Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ (2015): Pressemitteilung. www.miteinander-in-hessen.de/aktuelles/pressemitteilungen/sechs-hessische-kommunen-starten-in-neues-programm-land-mit-zukunft/ (abgerufen am 01.12.2017)

² Slupina, M./Damm, T. & Klingholz, R. (2016): Im Osten auf Wanderschaft. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.

³ Landesgeschichtliches Informationssystem Hessen (2012): Volkszählung belegt Bevölkerungszuwachs und Zahl der Heimatvertriebenen in Hessen, September 1950. In: Zeitgeschichte in Hessen. www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/edb/id/3614 (abgerufen am 30.03.2016).

⁴ Hessische Landesregierung (2016): 70 Jahre Hessen. www.hessen.de/fuer-besucher/geschichte-des-landes-hessen/70-jahre-hessen (abgerufen am 06.04.2016).

⁵ Bovermann, G. (1976): Landesentwicklungsplanung in Hessen. In: Stein, E. (Hg.): 30 Jahre Hessische Verfassung: 1946 - 1976. Herausgegeben im Auftrag der Hessischen Landesregierung. Wiesbaden. S. 337-350; Strubelt, W. & Briesen, D. (2015): Raumplanung nach 1945. Kontinuitäten und Neuanfänge in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/New York.

⁶ Siehe Endnote 4.

⁷ Hessen Agentur (2015): Bevölkerungsvorausschätzung für Hessen und seine Regionen als Grundlage der Landesentwicklungsplanung. Wichtige Ergebnisse im Überblick. Wiesbaden.

⁸ Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung und Institut für Regionalforschung (2002): Struktur- und Entwicklungsprobleme von niedersächsischen Städten im ehemaligen Zonenrandgebiet – Duderstadt, Helmstedt und Uelzen. Gutachten. Hannover/Göttingen.

⁹ Regionalmanagement NordHessen (o.J.): Wirtschaft. Schlüsselbranchen. www.regionordhessen.de/region/wirtschaft/ (abgerufen am 28.11.2017)

¹⁰ van den Busch, U. & Frings, K. (2011): Regionalanalyse Nordhessen. Report Nr. 805. Hessen Agentur GmbH. Wiesbaden.

¹¹ Hessisches Statistisches Landesamt (2015): Hessische Gemeindedatenbank. Wiesbaden. Auf Anfrage am 7. März 2016 zugesandt. Eigene Berechnungen.

¹² Hessisches Statistisches Landesamt (2017): Hessische Gemeindestatistik 2016. Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft 2015. Wiesbaden.

¹³ Siehe Endnote 11.

¹⁴ Siehe Endnote 11.

¹⁵ Hessisches Statistisches Landesamt (2016): Bevölkerung in Hessen 2060. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Hessen bis 2030. Wiesbaden.

¹⁶ Siehe Endnote 15.

¹⁷ Siehe Endnote 11.

¹⁸ Statistisches Bundesamt (2017): Bevölkerungsstand: Bevölkerung nach Geschlecht – Stichtag 31.12. – regionale Ebene. Tabelle 12411-01-01-5-B. Wiesbaden.

¹⁹ Kohl, J. & Stadtmüller, S. (2016): Demografiebericht Hessen. FZDW-Kurzbericht 8. Frankfurt a. M.

²⁰ Siehe Endnote 12.

²¹ Siehe Endnote 11 und Endnote 15.

²² Hessen Agentur (2013): Sozioökonomische Analyse im Hinblick auf EFRE, ESF und ELER in Hessen für die Förderperiode 2014 bis 2020 einschließlich Stärken-, Schwächen-, Chancen-, Risiken-Analyse. Wiesbaden.

²³ Gemeinde Kirchheim (2018): Bürgerbus Kirchheim. www.kirchheim.de/verzeichnis/visitenkarte.php?mandat=120138 (abgerufen am 22.01.2018)

²⁴ Nordhessischer VerkehrsVerbund (o.J.): NVV-Mobilfalt. www.mobilfalt.de/ (abgerufen am 22.01.2018)

²⁵ Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH (o.J.): garantiert mobil! www.odenwaldmobil.de/nahverkehr/garantiert-mobil/ (abgerufen am 28.11.2017)

²⁶ Klose, J. & Rehbein, I. (2015): Ärzteatlas 2015. Wissenschaftliches Institut der AOK (WiDo). Berlin; Hessisches Ministerium für Soziales und Integration/Kassenärztliche Vereinigung Hessen (Hg.) (2014): Regionaler Gesundheitsreport 2014. Wiesbaden.

²⁷ Siehe Endnote 26.

²⁸ Siehe Endnote 22.

²⁹ Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (2015): Hessischer Gesundheitspakt 2.0 für die Jahre 2015-2018. Wiesbaden.

³⁰ Hessisches Statistisches Landesamt (2017): Bevölkerung in Hessen nach Gemeinden am 30.09.2016. Wiesbaden.

³¹ Hessisches Statistisches Landesamt (2008): Hessische Gemeindestatistik 2007. Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft 2006. Wiesbaden; siehe Endnote 12.

³² Hessen Agentur (2017). Hessisches Gemeindelexikon. Wiesbaden. <https://www.hessen-agentur.de/dynasite.cfm?dsid=18822> (abgerufen am 11.10.2017).

³³ Siehe Endnote 12.

³⁴ Siehe Endnote 12.

³⁵ Historisches Ortslexikon (o.J.): Helmarshausen, Landkreis Kassel. www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/ol/id/633002020 (abgerufen am 25.03.2016)

³⁶ Landkreis Kassel (2014): Neue Nutzung für ehemalige Klinik Helmarshausen – Langfristige Kooperation angestrebt. <http://www.landkreiskassel.de/aktuelles/presse/0136086/index> (abgerufen 21.11.2017); HNA (2016): Helmarshausen: Ex-Kreisklinik ist endlich Tagespflege. <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/bad-karlshafen-ort74607/helmarshausen-ex-kreisklinik-ist-endlich-tagespflege-6833819.html> (abgerufen am 21.11.2017); medicalnetworks (o.J.): Beste Versorgung für Sie: Standort Helmarshausen. <https://www.medicalnetworks.de/pflege.html> (abgerufen am 21.11.2017)

³⁷ Persönl. Mitteilung Bad Karlshafen GmbH, 29.11.2017

³⁸ Hessisches Ministerium der Finanzen (o.J.): Übersicht der teilnehmenden Schuttschirmkommunen und deren Entschuldung. https://finanzen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdf/uebersicht_schuttschirm-kommunen.pdf (abgerufen am 17.12.2017)

³⁹ Hessen Agentur (2016): Natur, Land, Hessen. Wiesbaden.

⁴⁰ Wir in Homberg (o.J.): Stadtteile. <http://www.homberg-efze.eu/stadt-stadtteile/> (abgerufen am 30.03.2016)

⁴¹ Wir in Homberg (o.J.): Schulen. <http://homberg-efze.eu/leben/familien/schulen/> (abgerufen am 30.03.2016)

⁴² Siehe Endnote 32.

⁴³ HNA (2016): Hombergs Schuttschirm-Haushalt zum ersten Mal ohne Auflagen genehmigt. <http://www.hna.de/lokales/fritzlar-homberg/homberg-efze-ort305309/hombergs-schuttschirm-haushalt-ersten-ohne-auflagen-genehmigt-6180853.html> (abgerufen 30.03.2016)

⁴⁴ HNA (2014): Stadt Homberg kauft das Gasthaus Krone. <http://www.hna.de/lokales/fritzlar-homberg/homberg-efze-ort305309/stadt-homberg-kauft-gasthaus-krone-4468823.html> (abgerufen am 30.03.2016)

⁴⁵ Vogelsberg.de (o.J.): Vulkan und Tourismus. <http://www.vogelsberg.de/vulkan-tourismus/113-ilbeshausen-hochwaldhausen-siebter-luftkurort-im-vogelsberg.html> (abgerufen am 30.03.2016)

⁴⁶ Siehe Endnote 32.

⁴⁷ Siehe Endnote 32.

⁴⁸ Burgenstadt Schlitz (o.J.): Touristinformationen. <http://www.schlitz.de/index.php?page=&nav=5> (abgerufen am 14.04.2016)

⁴⁹ Siehe Endnote 32.

⁵⁰ Stadt Sontra (o.J.): Stadtportrait. <https://www.sontra.de/>

- de/seite/235924/stadtportrait.html (abgerufen am 15.04.2016)
- ⁵¹ Stadt Sontra (o.J.): Ulfen. <https://www.sontra.de/verzeichnis/objekt.php?mandat=152321> (abgerufen am 15.04.2016)
- ⁵² Siehe Endnote 32.
- ⁵³ Stadt Tann (Rhön): Willkommen in Tann (Rhön). www.tann-rhoen.de (abgerufen am 20.06.2016); Historisches Ortslexikon (o.J.): Tann (Rhön). <http://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/ol/id/7056> (abgerufen am 20.06.2016)
- ⁵⁴ Hessen-Agentur (2011): Branchenprofil Tourismus in Hessen. https://www.hessen-agentur.de/img/downloads/813_Tourismus_komplett_aktuell.pdf (abgerufen am 20.06.2016); Stadt Waldeck (2011): Marketingplan Tourismus der Stadt Waldeck 2011-2015. http://www.waldeck-stadt.de/city_info/webaccessibility/index.cfm?waid=7&item_id=853428&old_item_id=0&oldrccord=0&oldmodul=31&olddesign=0 (abgerufen am 20.06.2016); Mitteilung Stadtverwaltung Waldeck 27.11.2017
- ⁵⁵ Siehe Endnote 30.
- ⁵⁶ Siehe Endnote 12.
- ⁵⁷ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2016): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2016. Bonn.
- ⁵⁸ Siehe Endnote 12.
- ⁵⁹ Siehe Endnote 57.
- ⁶⁰ Siehe Endnote 12.
- ⁶¹ Siehe Endnote 57.
- ⁶² Hessischer Landtag (Hg.) (2005): Zwischenbericht der Enquetekommission „Demographischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“. Drucksache 16/4200.
- ⁶³ Justus-Liebig-Universität Gießen (Hg.) (2007): Studienprojekt: Demographischer Wandel in der Region Mittelhessen. <http://www.uni-giessen.de/fbz/fb07/fachgebiete/geographie/bereiche/raum-stadtgeographie/dateien/endbericht> (abgerufen am 20.06.2016)
- ⁶⁴ Hessische Staatskanzlei & Sächsische Staatskanzlei (o.J.): „Den demographischen Wandel gestalten - Zukunftschancen sichern“. Gemeinsame Leitvorstellungen der Länder Hessen und Sachsen. https://staatskanzlei.hessen.de/sites/default/files/Staatskanzlei/gemeinsame_leitvorstellungen_der_laender_hessen_und_sachsen.pdf (abgerufen am 02.05.2016)
- ⁶⁵ Hessischer Landtag (2007): Abschlussbericht der Enquetekommission „Demographischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“. Drucksache 16/7500.
- ⁶⁶ Hessische Staatskanzlei (o.J.): Demografie-Preis. <https://staatskanzlei.hessen.de/initiativen/demografie/demografie-preis-2014/demografie-preis>. (abgerufen am 02.05.2016)
- ⁶⁷ Hessische Staatskanzlei (Hg.) (2013): 3. Demografie-Bericht. Bericht aus der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Demografie“. Wiesbaden.
- ⁶⁸ Hessische Landesregierung (Hg.) (2016): 4. Demografie-Bericht: Weiterentwicklung und Perspektiven. Wiesbaden.
- ⁶⁹ Gemeinsam-Aktiv (o.J.): So werden sie aktiv. <http://www.gemeinsam-aktiv.de/dynasite.cfm?dsmid=5247> (abgerufen am 05.05.2016)
- ⁷⁰ Hessisches Ministerium für Familie und Integration (o.J.): Familienstadt mit Zukunft. <http://www.familienatlas.de/zusammenleben/wohnen-und-umfeld/familienstadt-mit-zukunft> (abgerufen am 22.01.2018)
- ⁷¹ Siehe Endnote 67.
- ⁷² Imelli, B./Jaensch, K. (2007): Hessen 2050 – Sichere Zukunft im demografischen Wandel. Auswertung der Modellprojekte. Hessen Agentur Report Nr. 717, Wiesbaden.
- ⁷³ Landkreis Waldeck-Frankenberg (2014): Fachtag Regionalentwicklung am 3. April - Ehrenamt und Vereine als Stützen des ländlichen Raums. www.landkreis-waldeck-frankenberg.de (abgerufen am 22.01.2018)
- ⁷⁴ Imelli, B./Jaensch, K. (2014): Lokale Demografie-Dialoge 2014. Dokumentation. HA Report Nr. 886. Wiesbaden.
- ⁷⁵ Hessische Staatskanzlei (o.J.): Praxisforen Demografie (2008 und 2009) <https://staatskanzlei.hessen.de/initiativen/demografie/archiv/praxisforen-demografie-2008-und-2009>. (abgerufen am 22.01.2018)
- ⁷⁶ Hessisches Landesamt für geschichtliche Landeskunde (o.J.): Hessischer Landtag beschließt Programm zur „sozialen Aufrüstung des Dorfes“, 3. April 1952. <http://www.lagis-hessen.de/de/subjects/rsrec/sn/edb/register/sache/entry/dorfgemeinschaftshaeuser> (abgerufen am 22.01.2018); Lilje, H. (1992): Hessen in Geschichte und Gegenwart. Stuttgart.
- ⁷⁷ Oberhessische Presse (2013): Gemeinschaftshäuser ohne Zukunft? <http://www.op-marburg.de/Lokales/Hinterland/Gemeinschaftshaeuser-ohne-Zukunft> (abgerufen am 10.01.2018).
- ⁷⁸ Hessisches Landesamt für geschichtliche Landeskunde (o.J.): Der hessische Ministerpräsident Osswald übergibt das Landesentwicklungsprogramm „Hessen 80“ an die Öffentlichkeit, 24. Juni 1970. <http://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/edb/id/202-039> (abgerufen am 10.01.2018)
- ⁷⁹ Bovermann, G. (1976): Landesentwicklungsplanung in Hessen. In: Stein, E. (Hg.): 30 Jahre Hessische Verfassung: 1946 – 1976. Wiesbaden.
- ⁸⁰ Siehe Endnote 79.
- ⁸¹ Landesgeschichtliches Informationssystem Hessen (o.J.): Gebietsreform. <http://www.lagis-hessen.de/de/subjects/drec/sn/edb/mode/catchwords/lemma/Gebietsreform/current/0> (abgerufen am 22.01.2018)
- ⁸² Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (2018): LEADER. <https://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader/> (abgerufen am 22.01.2018)
- ⁸³ Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hg.) (o.J.): LEADER bewegt Regionen. Ländliche Regionalentwicklung in Hessen. Wiesbaden.
- ⁸⁴ Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (o.J.): Regionalentwicklung. <https://umwelt.hessen.de/landwirtschaft/laendlicher-raum/foerderung-der-laendlichen-entwicklung/regionalentwicklung> (abgerufen am 23.01.2018)
- ⁸⁵ Verein Natur- und Lebensraum Rhön (2018): Leader-Projekt Rhönhof Tann. <http://vnlr.de/vnlr-leader-projekte-rhoenhof-tann> (abgerufen am 23.01.2018)
- ⁸⁶ Persönl. Mitteilung Ortsvorsteher Berge, 23.11.2017
- ⁸⁷ Persönl. Mitteilung Reiner Kopp, Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 23.11.2017
- ⁸⁸ Persönl. Mitteilung Ortsvorsteher Höringhausen, 28.08.2017
- ⁸⁹ Flinc (o.J.): Willkommen beim Mobilitätsnetz Spessart <https://flinc.org/spessart> (abgerufen am 20.05.2016); Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (o.J.): Spessart regional. <http://www.regionale-daseinsvorsorge.de/modellregionen/spessart-regional/> (abgerufen am 05.05.2016)
- ⁹⁰ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.) (2012): Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge. Ein MORO-Forschungsfeld. Kurzinformation über Ziele, Ablauf und Modellregionen. Berlin.
- ⁹¹ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.) (2015): Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge. Bilanz des Aktionsprogramms. Berlin; persönl. Mitteilung Matthias Sebald, Amt für den ländlichen Raum und Daseinsvorsorge, Vogelsbergkreis, 12.12.2017
- ⁹² Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (o.J.): Landkreis Hersfeld-Rotenburg. <http://www.regionale-daseinsvorsorge.de/modellregionen/landkreis-hersfeld-rotenburg/> (abgerufen am 05.05.2016)
- ⁹³ Siehe Endnote 92; Hausarztakademie Hersfeld-Rotenburg (o.J.): Von der Uni zur eigenen Praxis. <http://www.hausarztakademie-hersfeld-rotenburg.de> (abgerufen 05.05.2016); Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2016): Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge. Abschlussbericht Projektassistenz. Berlin.
- ⁹⁴ Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2014): Praxisforum des Kompetenznetzes Vitale Orte: Kein Bäcker, kein Arzt, kein Bus – was tun? <https://www.hessen.de/presse/pressemitteilung/praxisforum-des-kompetenznetzes-vitale-orte-kein-baecker-kein-arzt-kein-bus> (abgerufen am 03.06.2016)

- ⁹⁵ Hessen Agentur (o.J.): Servicestelle Vitale Orte 2030. <https://www.hessen-agentur.de/dynasite.cfm?dmsmid=18810> (abgerufen 23.01.2018)
- ⁹⁶ Persönl. Mitteilung Reiner Kopp, Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 08.01.2018
- ⁹⁷ Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (o.J.): Das Portal für nachhaltige Stadtentwicklung in Hessen. 5,73 Millionen Euro für das Förderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“. <http://nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de/foerderprogramme/staedtebaulicher-denkmalschutz.html> (abgerufen am 22.11.2017)
- ⁹⁸ Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (o.J.): Das Portal für nachhaltige Stadtentwicklung in Hessen. Städtebaulicher Denkmalschutz: Bad Karlshafen – Barocke Planstadt Bad Karlshafen und historische Kernstadt Helmarshausen. <https://nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de/kurzprofile/stds-bad-karlshafen.html>. (abgerufen am 22.11.2017)
- ⁹⁹ Persönl. Mitteilung Bauamt, Stadtverwaltung Bad Karlshafen, 23.11.2017
- ¹⁰⁰ Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2015): 450.000 Euro für innerstädtische Quartiersentwicklung. Presseinformation Nr. 452. <https://nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de> (abgerufen am 23.01.2018); Bad Karlshafen (2017): Einladung „Starke Altstadt Bad Karlshafen“. Auftaktveranstaltung zu Inge plus. <http://www.bad-karlshafen-tourismus.de> (abgerufen am 23.01.2018)
- ¹⁰¹ Siehe Endnote 96.
- ¹⁰² Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (o.J.): Programm Sozial Stadt. http://www.staedtebauforderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/Programm/programm_node.html (abgerufen am 25.11.2017)
- ¹⁰³ Kausmann, C. et al. (2016): Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2014. Tabellenband. Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin.
- ¹⁰⁴ Simonson, J./Vogel, C. & Tesch-Römer, C. (Hg.) (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden; Kausmann, C./Simonson, J./Ziegelmann, J./Vogel, C. & Tesch-Römer, C. (2016): Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2014. Berlin.
- ¹⁰⁵ Siehe Endnote 103; Simonson, J./Vogel, C./Tesch-Römer, C. (Hg.) (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden.
- ¹⁰⁶ Geiss, S./Jakob, G. & Englert, C. (2010): Ehrenamt, freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement in Hessen. Ergebnisse der Freiwilligensurveys 1999 – 2004 – 2009. München/Darmstadt
- ¹⁰⁷ Siehe Endnote 103.
- ¹⁰⁸ Siehe Endnote 103.
- ¹⁰⁹ Kausmann, C./Simonson, J./Ziegelmann, J./Vogel, C. & Tesch-Römer, C. (2016): Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2014. Berlin.
- ¹¹⁰ Hessische Landesregierung (Hg.) (2013): Engagement-Lotsen in Hessen. Menschen, Ideen, Projekte. Wiesbaden; persönl. Mitteilung Uwe Dittmer, 11.05.2016
- ¹¹¹ Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Drucksache 14/8900; Hessische Landesregierung (Hg.) (2013): Qualifiziert engagiert – Engagiert qualifiziert. Stärkung bürgerschaftlichen Engagements durch Fort- und Weiterbildungsangebote. Wiesbaden.
- ¹¹² Braun, S. (2011): Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement im Sport. Sportbezogene Sonderauswertung der Freiwilligensurveys 1999, 2004 und 2009. Köln.
- ¹¹³ Hessisches Sozialministerium (2012): Ältere Menschen aktiv und engagiert wie nie. Seniorenpolitische Initiative der Hessischen Landesregierung; Modellprojekt „Koordinstierungsstellen für Senioren- und Generationenhilfen“ startet. Presseinformation. http://www.gemeinsam-aktiv.de/mm/mm001/2012_09_03_PM_Koordinierungsstellen.pdf (abgerufen am 26.11.2017)
- ¹¹⁴ Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (o.J.): Landesauszeichnung „Soziales Bürgerengagement“. <https://soziales.hessen.de/familie-soziales/ehrenamt-und-freiwilligendienst/landesauszeichnung-soziales-buergerengagement> (abgerufen am 26.11.2017)
- ¹¹⁵ Persönl. Mitteilung Stephan Würz, LandesEhrenamtsagentur 31.05.2016
- ¹¹⁶ Hessische Landesregierung (Hg.) (2013): Qualifiziert engagiert – Engagiert qualifiziert. Stärkung bürgerschaftlichen Engagements durch Fort- und Weiterbildungsangebote. Wiesbaden.
- ¹¹⁷ Hessische Landesregierung (2015): „Ehrenamt sicher in die Zukunft“. Ehrenamtliche Vereinsvorstände und Führungskräfte im ländlichen Raum gewinnen und halten. Wiesbaden.
- ¹¹⁸ Robert Bosch Stiftung (2016): Engagement braucht Leadership. <http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/33875.asp> (abgerufen am 02.11.2017)
- ¹¹⁹ Robert Bosch Stiftung (o.J.): Engagement braucht Leadership – Landesnetzwerk Hessen. http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Landesnetzwerk_Hessen.pdf (abgerufen am 23.01.2018)
- ¹²⁰ Landkreis Waldeck-Frankenberg (2015): Engagement braucht Leadership: Landkreis will Vorstandsarbeit von Vereinen unterstützen. www.landkreis-waldeck-franken-berg.de (abgerufen am 23.01.2018)
- ¹²¹ Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (2016): Weitere 400.000 Euro für Förderprogramm „Sport und Flüchtlinge“. <https://www.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/weitere-400000-euro-foer-foerderprogramm-sport-und-fluechtlinge> (abgerufen am 23.01.2018)
- ¹²² Kloss, C. (2016): Ergebnisse der Evaluation Integrierter Kommunalentwicklungskonzepte (IKEK). Präsentation auf dem Praxisforum Dorferneuerung in Hessen am 3. Mai 2016. <http://vitale-orte.hessen-nachhaltig.de/de/evaluationen-dorferneuerung.html> (abgerufen am 08.06.2016)
- ¹²³ Siehe Endnote 115.
- ¹²⁴ Hessische Landesregierung (Hg.) (2013): Ehrenamts-Lotsen in Hessen – Menschen, Ideen, Projekte. Wiesbaden.
- ¹²⁵ Gemeinsam-aktiv (o.J.): Engagement-Lotsen in Hessen. <https://www.gemeinsam-aktiv.de/engagement-lotsen> (abgerufen am 23.01.2018)
- ¹²⁶ Gemeinsam-aktiv (o.J.): So werden Sie aktiv. <https://www.gemeinsam-aktiv.de/ansprechpartner> (abgerufen am 23.01.2018)
- ¹²⁷ Gemeinsam-aktiv (2007): Glänzendes Zeugnis für hessische Ehrenamts-Card. <https://www.ecard-hessen.de/dynasite.cfm?dmsmid=7300> (abgerufen am 15.11.2017)
- ¹²⁸ Siehe Endnote 126.

Kapitel 2

¹ Kausmann, C./Simonson, J./Ziegelmann, J./Vogel, C. & Tesch-Römer, C. (2016): Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2014. Berlin; Geiss, S./Jakob, G. & Englert, C. (2010): Ehrenamt, freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement in Hessen. Ergebnisse der Freiwilligensurveys 1999 – 2004 – 2009. München/Darmstadt.

² Landesstiftung Miteinander in Hessen/Herbert Quandt-Stiftung (o.J.): Land mit Zukunft. Demografischer Wandel und Bürgergesellschaft in Hessen. http://www.miteinander-in-hessen.de/fileadmin/media/downloads/flyer_land_mit_zukunft.pdf. (abgerufen am 01.06.2016)

³ Landesstiftung Miteinander in Hessen (o.J.): Jahresbericht für das Geschäftsjahr 2016. Wiesbaden; Landesstiftung Miteinander in Hessen (2016): Stabwechsel beim Programm „Land mit Zukunft“. <http://www.miteinander-in-hessen.de/aktuelles/pressemitteilungen/stabwechsel-beim-programm-land-mit-zukunft/> (abgerufen am 13.11.2017)

⁴ Stadt Sontra (2017): „Sontra.digital“ und „Sontra – Mehr als Mitte“ verschmelzen. Presseinformation. <https://www.sontra.de/news/> (abgerufen am 23.01.2018)

⁵ Bürgerverein Karlshafen-Helmarshausen e.V. (o.J.): Herzlich willkommen auf der Homepage von Bürgerverein(t), dem Bürgerverein Karlshafen-Helmarshausen e.V.! <http://www.buerger-vereint.de/index.html> (abgerufen am 29.11.2017)

⁶ Homberg Hingucker (2011): Stadtbus Linie 421 wird zum 30.Juni eingestellt. <https://www.hombergerhingucker.de/?p=3817> (abgerufen am 15.10.2017); HNA (2011): Homberger Stadtbuslinie wird Ende Juni eingestellt. <https://www.hna.de/lokales/fritzlar-homberg/homberger-stadtbuslinie-wird-ende-juni-einge->

stellt-1279815.html (abgerufen am 15.10.2017)

⁷ Wir in Homberg (2017): Bürgerbus. <http://homberg-efze.eu/leben/mobilitaet/4247-2/> (abgerufen am 25.11.2017); nexus (2016): Bürgerbus Homberg (Efze) mit acht Fahrgästen erfolgreich gestartet. <http://www.nexusinstitut.de/de/institut/aktuelles-blog/686-25102016-buergerbus-homberg-efze-mit-acht-fahrgaes-ten-erfolgreich-gestartet> (abgerufen am 5.10.2017)

⁸ Starthilfe Ausbildungsverbund (o.J.): Ausbildungsrestaurant Unterhaus. <http://s441249846.website-start.de/zweckbetriebe/ausbildungsrestaurant-unterhaus/> (abgerufen am 23.01.2018)

⁹ Imelli, B./Jaensch, K. (2014): Lokale Demografie-Dialoge 2014. Dokumentation. HA Report Nr. 886. Wiesbaden.

¹⁰ Herbert Quandt-Stiftung/Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ (2015): Der Bürger-Dialog in Sontra. http://www.herbert-quandt-stiftung.de/files/gesellschaftund-politik/landmitzukunft/ergebnisbericht_buerger_dialog_sontra_28_09_2015.pdf (abgerufen am 23.01.2018)

¹¹ Herbert Quandt-Stiftung/Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ (2016): Ergebnisse des 1. Sontraer Vereinsforums am 17. März 2016. http://www.herbert-quandt-stiftung.de/files/gesellschaftundpolitik/landmitzukunft/sontra_ergebnisbericht_vereinsforum.pdf (abgerufen am 09.01.2018)

¹² Sontraer Stadtkurier (2017): Alexander Dupont wird neuer Stadtmanager in Sontra. <https://www.lokal24.de/lokales/werra-meissner-kreis/sontraer-stadtkurier/stadtmanager-sontra-alexander-dupont-thomas-eckhardt-8323610.html> (abgerufen am 23.11.2017)

¹³ Werra-Rundschau (2017): Sontras neuer Stadtmanager im Interview. <https://www.werra-rundschau.de/lokales/sontra/> (abgerufen am 23.11.2017)

¹⁴ Sontraer Stadtkurier (2017): „Projektchor-Sontraer Land“ soll Zukunft von Chören sichern. <https://www.lokal24.de/lokales/werra-meissner-kreis/sontraer-stadtkurier/choere-singen-projektchor-sontraer-land-8044434.html> (abgerufen am 23.11.2017)

¹⁵ Werra-Rundschau (2017): Sontra-App gut genutzt. <https://www.werra-rundschau.de/lokales/sontra/> (abgerufen am 23.11.2017)

¹⁶ Persönl. Mitteilung TannAktiv, 24.11.2017; Fuldainfo (2017): Nach dem Prinzip „Bürger für Bürger“. <https://www.fuldainfo.de/nach-dem-prinzip-buerger-fuer-buerger/> (abgerufen am 29.11.2017)

¹⁷ Objektdaten der Anbieterin auf <http://www.11-apostelhaus.de/11-Apostelhaus/Startseite.html> (abgerufen am 23.01.2018)

¹⁸ Waldecker Förderverein für Kinder, Jugend und Kultur (o.J.): Ziele des Fördervereins. https://www.facebook.com/pg/wajukuwaldeck/about/?ref=page_internal (abgerufen am 23.01.2018)

¹⁹ Persönl. Mitteilung Ute Wiesenberg und Sibylle Teuber-Blechschildt, 29.08.2017

Kapitel 3

¹ Empirica (2008): Bürgergutachten in Battenberg (Eder) und Erlbach im Vogtland im Rahmen der hessisch-sächsischen Demographie-Partnerschaft. Berlin.

² Eichenlaub, A./Pristl, T. (Hg.) (2012): Zukunftssicherung Battenberg. Battenberg bewegt! Forschungsbericht 2012. www.projekt-battenberg.de/index.php/informieren (abgerufen am 08.06.2016)

³ Stadt Battenberg (Eder) (2018): Nachbarschaftsnetzwerk Battenberg e. V. <http://www.battenberg-eder.de/verzeichnis/mandat.php?mandat=142472&kategorie=6451> (abgerufen am 23.01.2018)

⁴ Imelli, Birgit/Jaensch, Kerstin (2007): Hessen 2050 – Sichere Zukunft im demografischen Wandel. Auswertung der Modellprojekte. Hessen Agentur Report Nr. 717, Wiesbaden.

⁵ Persönl. Mitteilung Projekt Zukunftssicherung Battenberg 09.06.2016; Stadt Battenberg (Eder) (o.J.): IKEK - „Integriertes Kommunales Entwicklungskonzept“. <http://www.battenberg-eder.de/seite/174731/ikek.html> (abgerufen am 23.01.2018)

⁶ Pro Bürgerbus NRW (o.J.): Bürgerbusvereine in NRW. <http://www.pro-buergerbus-nrw.de/index.php?id=buergerbusvereine> (abgerufen am 23.01.2018)

⁷ Gemeinde Kirchheim (2018): Bürgerbus Kirchheim. www.kirchheim.de/verzeichnis/visitenkarte.php?mandat=120138 (abgerufen am 22.01.2018)

⁸ Gemeinde Knüllwald (o.J.): Bürgerbus. <http://www.knuellwald.de/seite/95207/b%C3%BCrgerbus.html> (abgerufen am 23.01.2018); Gemeinde Körle (o.J.): Bürgerbus Körle. <http://www.koerle.de/index.php/gemeinde/oeffentliche-einrichtungen/buergerbus-koerle> (abgerufen am 23.01.2018)

⁹ Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (2017): Verbünde gründen Fachzentrum zur Zukunft des Nahverkehrs auf dem Land. www.hessen.de/presse/pressemitteilung/verbuendegrunden-fachzentrum-zur-zukunft-des-nahverkehrs-auf-dem-land-0 (abgerufen am 23.01.2018)

¹⁰ Wolf, A.C. & Zimmer, A. (2012): Lokale Engagementförderung. Kritik und Perspektiven. Springer Fachmedien. Wiesbaden.

¹¹ Damm, T./Dähner, S./Slupina, M. & Klingholz, R. (2017): Von Kirchtürmen und Netzwerken. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.

¹² Klein, A. (2013): Vereine in der Kommune. Chancen und Herausforderung. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Berlin.

¹³ Wolf, A.C. & Zimmer, A. (2012): Lokale Engagementförderung. Kritik und Perspektiven. Springer Fachmedien. Wiesbaden.

¹⁴ Slupina, M./Sütterlin, S. & Klingholz, R. (2015): Von Hürden und Helden. Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.

¹⁵ Arbeitsgemeinschaft Freudenberger Heimatverein e.V. (2015): Dorfbotschafter für Freudenberg werden. <http://www.heimatvereine-in-freudenberg.de/content/infoveranstaltung-dorfbotschafter-f%C3%BCr-freudenberg-werden> (abgerufen am 24.01.2018)

¹⁶ Zickgraf, A. (2010): Vereine müssen kooperieren oder kapitulieren. Zeit Online vom 30.07.2010. <http://www.zeit.de/gesellschaft/familie/2010-07/vereine-ganztagsschulen> (abgerufen am 24.01.2018)

¹⁷ Kröhnert, S./Klingholz, R./Sievers, F./Großer, T. & Friemel, K. (2011): Die demografische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.

¹⁸ Servicestelle Vitale Orte 2030 (o.J.): Gute Beispiele aus Hessen zum Thema Bürgermitwirkung. <https://vitale-orte.hessen-nachhaltig.de/de/buergermitwirkung.html> (abgerufen am 23.02.2018)

¹⁹ Servicestelle Vitale Orte 2030 (2016): Praxisforum Kultur im ländlichen Raum. Dokumentation. <https://vitale-orte.hessen-nachhaltig.de/de/Kultur.html> (abgerufen am 23.01.2018)

²⁰ Freiwilligenzentrum für Stadt und Landkreis Gießen e.V. (Hg.) (2017): Engagement als Schlüsselfaktor für Entwicklung und Lebensqualität im Gießener Land. Gießen.

²¹ Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft/Forschungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement (Hg.) (2007): Deutschland zum Selbermachen. München/Zürich.

²² Förderverein Historischer Hafen Wanfried e. V. (o.J.): Hafengeschichte <https://www.wanfriederhafen.de/geschichte/> (abgerufen am 23.01.2018)

²³ Landesgeschichtliches Informationssystem Hessen (2018): Historisches Ortslexikon. Wanfried, Werra-Meißner-Kreis. <http://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/ol/id/7192> (abgerufen am 09.01.2018); Statistik Hessen: Bevölkerung Gemeinden 1973 – 2014. Wiesbaden.

²⁴ Persönl. Mitteilung Wilhelm Gebhard, 10.01.2018

²⁵ Bürgergruppe für den Erhalt Wanfrieder Häuser (o.J.): Herzlich Willkommen. <http://buergergruppewanfried.de/> (abgerufen am 09.01.2018)

²⁶ Stadt Wanfried (2015): Bürgerschaftspreis 2015. www.wanfried.de (abgerufen am 14.06.2016)

²⁷ Bürgergenossenschaft Schule Dalwigksthäl (2012): Pilotprojekt „Schule“. <http://schule.dalwigksthäl.de/wlz-21-06-2012-pilotprojekt-schule/> (abgerufen am 09.01.2018)

²⁸ Landesgeschichtliches Informationssystem Hessen (2018): Historisches Ortslexikon. Höringhausen, Landkreis Waldeck-Frankenberg. <http://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/ol/id/1584> (abgerufen am 07.06.2016)

Berlin-Institut

für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin

www.berlin-institut.org

ISBN: 978-3-946332-96-1

+ demografischer und Strukturwandel in Nordhessen +++ öffentliche Daseinsvorsorge stößt im ländlichen Raum an Grenzen +++ Bewohner entwickeln kreative
z aus professioneller Begleitung und Förderung +++ aus Erfahrungen und Fehlern lernen +++ Erkenntnisse lassen sich auf andere Gemeinden und Programme ü